

Antrag 1.0.-Ä001: Änderungsantrag zu 1.0.

Laufende Nummer: 608 • Änderungsantrag zu 1.0.

Antragsteller*in:	Ortsverein St. Ingbert-Mitte
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 1
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 1

Zeile 4

Am Anfang des **zweidritten** Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts stehen wir in Deutschland, Europa und der Welt vor gewaltigen Aufgaben. Dabei hat die Corona-Krise drängende Fragen unserer Zeit teils überlagert, teils stärker in den Fokus gerückt:

Antrag 1.1.-Ä001: Änderungsantrag zu 1.1.

Laufende Nummer: 254 • Änderungsantrag zu 1.1.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Köln
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 1
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 1

Zeile 19

Den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft meistern wir, wenn wir wirtschaftlichen Erfolg zukünftig nicht nur am Bruttoinlandsprodukt messen, sondern am Wohlergehen der gesamten Gesellschaft und der Natur. Wenn der Staat maßgebliche Impulse gibt, durch kluge Spielregeln, die soziale und technische Innovationen hervorbringen, durch Förderung von Wissenschaft und Forschung, massive und stetige Investitionen in eine moderne Infrastruktur, durch aktive Förderung der Regionen im Wandel und durch Beteiligung der Bürger*innen im Allgemeinen und der Beschäftigten im Besonderen. So werden Arbeitsplätze zukunftsfähig und neue gute Arbeitsplätze geschaffen. So sichern wir Einkommen und Perspektiven für alle. Wir wollen einen neuen sozial-ökologischen

Gesellschaftsvertrag, der dafür sorgt, dass im Wandel niemand abgehängt wird.

Anders als unsere politischen Mitbewerber*innen stellen wir in unserer Transformationspolitik Arbeit und Beschäftigung in den Mittelpunkt, wobei der Klima- und Umweltschutz die neue Prämisse für die Politik der 20er Jahre ist.

Antrag 1.1.-Ä002: Änderungsantrag zu 1.1.

Laufende Nummer: 257 • Änderungsantrag zu 1.1.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 1
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 1

Zeile 17

Den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft meistern wir, wenn wir wirtschaftlichen Erfolg zukünftig nicht nur am Bruttoinlandsprodukt messen, sondern am Wohlergehen der gesamten Gesellschaft und der Natur. Wenn der Staat maßgebliche Impulse gibt, durch kluge Spielregeln, die soziale und technische Innovationen hervorbringen, durch Förderung von Wissenschaft und Forschung, massive und stetige Investitionen in eine moderne Infrastruktur, durch aktive Förderung der Regionen im Wandel und durch Beteiligung der Bürger*innen im Allgemeinen und der Beschäftigten im Besonderen. So

werden Arbeitsplätze zukunftsfähig und neue gute Arbeitsplätze geschaffen. Die sozial-ökologische Transformation ist nicht in erster Linie durch Konsumverzicht und Digitalisierung zu erreichen, sondern bedarf einer deutlichen Ausweitung des öffentlichen Sektors in Wirtschaft und Gesellschaft. Erforderlich sind massive Investitionen in Bildung und Qualifizierung sowie in gemeinwohlorientierte und nachhaltige Infrastrukturen, insbesondere in die kommunale Energieerzeugung und -versorgung So sichern

wir Einkommen und Perspektiven für alle. Wir wollen einen neuen sozial-ökologischen Gesellschaftsvertrag, der dafür sorgt, dass im Wandel niemand abgehängt wird.

Antrag 1.1.-Ä003: Änderungsantrag zu 1.1.

Laufende Nummer: 343 • Änderungsantrag zu 1.1.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	erledigt durch 2.1.2.1.-Ä039
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.1.2.1.-Ä039
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 1
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 1

Zeile 2 - 3

Ein kurzer Blick in die Zukunft: Spätestens 20~~50~~³⁵ werden wir klimaneutral wirtschaften. Windkraft, Sonne und Geothermie sind unsere Energiequellen, unterstützt durch eine saubere Wasserstoffwirtschaft. Öffentliche Gebäude, Schulen und Supermärkte beziehen Solarstrom und klimafreundliches Unternehmertum wird finanziell belohnt. Wir sehen in dieser Jahrhundertaufgabe riesige Potenziale für gute und sichere Arbeitsplätze. Deutschland ist erfolgreich als Exporteur umweltfreundlicher Technologien, weil es gelungen ist, Produktionsprozesse nachhaltig und die 20er zu einem Jahrzehnt der erneuerbaren Energien zu machen.

Antrag 1.1.-Ä004: Änderungsantrag zu 1.1.

Laufende Nummer: 344 • Änderungsantrag zu 1.1.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 1
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 1

Zeile 19

Den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft meistern wir, wenn wir wirtschaftlichen Erfolg zukünftig nicht nur am Bruttoinlandsprodukt messen, sondern am Wohlergehen der gesamten Gesellschaft und der Natur. Wenn der Staat maßgebliche Impulse gibt, durch kluge Spielregeln, die soziale und technische Innovationen hervorbringen, durch Förderung von Wissenschaft und Forschung, massive und stetige Investitionen in eine moderne Infrastruktur, durch aktive Förderung der Regionen im Wandel und durch Beteiligung der Bürger*innen im Allgemeinen und der Beschäftigten im Besonderen. So werden Arbeitsplätze zukunftsfähig und neue gute Arbeitsplätze geschaffen. So sichern wir Einkommen und Perspektiven für alle. Wir wollen einen neuen sozial-ökologischen

Gesellschaftsvertrag, der dafür sorgt, dass im Wandel niemand abgehängt wird.

Hier ist ein besonderes Augenmerk auf die Errichtung von regionalen virtuellen Kraftwerken zu legen, damit alle Regionen in Deutschland von einer sozialen ökologischen Energiewende profitieren. Um dies zu gewährleisten, sollten bundesweite Förderprogramme zur Nutzung von Erdwärme etabliert werden.

Antrag 1.1.-Ä005: Änderungsantrag zu 1.1.

Laufende Nummer: 581 • Änderungsantrag zu 1.1.

Antragsteller*in:	Kreisverband Jena
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 1
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 1

Zeile 2

Ein kurzer Blick in die Zukunft: Spätestens 20~~5~~40 werden wir klimaneutral wirtschaften. Windkraft, Sonne sind unsere Energiequellen, unterstützt durch eine saubere Wasserstoffwirtschaft. Öffentliche Gebäude, Schulen und Supermärkte beziehen Solarstrom und klimafreundliches Unternehmertum wird finanziell belohnt. Wir sehen in dieser Jahrhundertaufgabe riesige Potenziale für gute und sichere Arbeitsplätze. Deutschland ist erfolgreich als Exporteur umweltfreundlicher Technologien, weil es gelungen ist, Produktionsprozesse nachhaltig und die 20er zu einem Jahrzehnt der erneuerbaren Energien zu machen.

Antrag 1.1.-Ä006: Änderungsantrag zu 1.1.

Laufende Nummer: 705 • Änderungsantrag zu 1.1.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Status:	erledigt durch 2.1.2.1.-Ä039
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.1.2.1.-Ä039
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 1
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 1

Zeile 9

Ein kurzer Blick in die Zukunft: Spätestens 2050 werden wir klimaneutral wirtschaften. Windkraft, Sonne sind unsere Energiequellen, unterstützt durch eine saubere Wasserstoffwirtschaft. Öffentliche Gebäude, Schulen und Supermärkte beziehen Solarstrom und klimafreundliches Unternehmertum wird finanziell belohnt. Wir sehen in dieser Jahrhundertaufgabe riesige Potenziale für gute und sichere Arbeitsplätze. Deutschland ist erfolgreich als Exporteur umweltfreundlicher Technologien, weil es gelungen ist, Produktionsprozesse nachhaltig und die 20er zu einem Jahrzehnt der

erneuerbaren Energien zu machen. Ein kurzer Blick in die Zukunft: Spätestens 2050 werden wir klimaneutral wirtschaften. Windkraft, Sonne und Geothermie sind unsere Energiequellen, unterstützt durch eine saubere Wasserstoffwirtschaft.

Antrag 1.1.-Ä007: Änderungsantrag zu 1.1.

Laufende Nummer: 711 • Änderungsantrag zu 1.1.

Antragsteller*in:	Ortsverein Oldenburg Stadt 2 Stadtmitte-Süd
Status:	erledigt durch 2.1., Zeile 57-61
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.1., Zeile 57-61
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 1
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 1

Zeile 12

Den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft meistern wir, wenn wir wirtschaftlichen Erfolg zukünftig nicht nur am Bruttoinlandsprodukt messen, sondern am Wohlergehen der gesamten Gesellschaft und der Natur. Wir müssen dabei sicherstellen, dass arme und armutsgefährdete Menschen durch diesen Umbau nicht weiter belastet werden, sondern sich ihre Situation verbessert und ihnen neue Perspektiven und Aufstiegschancen geboten werden. Für die Rahmenbedingungen ist der Staat verantwortlich.

Wenn der Staat maßgebliche Impulse gibt, durch kluge Spielregeln, die soziale und technische Innovationen hervorbringen, durch Förderung von Wissenschaft und Forschung, massive und stetige Investitionen in eine moderne Infrastruktur, durch aktive Förderung der Regionen im Wandel und durch Beteiligung der Bürger*innen im Allgemeinen und der Beschäftigten im Besonderen. So werden Arbeitsplätze zukunftsfähig und neue gute Arbeitsplätze geschaffen. So sichern wir Einkommen und Perspektiven für alle. Wir wollen einen neuen sozial-ökologischen Gesellschaftsvertrag, der dafür sorgt, dass im Wandel niemand abgehängt wird.

Antrag 1.1.-Ä008: Änderungsantrag zu 1.1.

Laufende Nummer: 833 • Änderungsantrag zu 1.1.

Antragsteller*in:	Antragskommission
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 1
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 1

Zeile 2

Ein kurzer Blick in die Zukunft: Spätestens 20~~50~~⁴⁵ werden wir klimaneutral wirtschaften. Windkraft, Sonne sind unsere Energiequellen, unterstützt durch eine saubere Wasserstoffwirtschaft. Öffentliche Gebäude, Schulen und Supermärkte beziehen Solarstrom und klimafreundliches Unternehmertum wird finanziell belohnt. Wir sehen in dieser Jahrhundertaufgabe riesige Potenziale für gute und sichere Arbeitsplätze. Deutschland ist erfolgreich als Exporteur umweltfreundlicher Technologien, weil es gelungen ist, Produktionsprozesse nachhaltig und die 20er zu einem Jahrzehnt der erneuerbaren Energien zu machen.

Antrag 1.2.-Ä001: Änderungsantrag zu 1.2.

Laufende Nummer: 632 • Änderungsantrag zu 1.2.

Antragsteller*in:	Ortsverein Frankfurt-Niederrad
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 1
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 1

Zeile 35 - 39

Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland schaffen. Dazu gehört auch, die deutsche Einheit zu vollenden und das Ungleichgewicht zwischen Metropole und Peripherie, zwischen traditionellen Industrieregionen und neuen Boom-Zonen,

zwischen Stadt und Land zu reduzieren. ~~Gerade hier zeigen sich die Herausforderungen großer gesellschaftlicher Transformationsprozesse und des Strukturwandels. Dabei sind der Respekt und die Anerkennung der spezifisch ostdeutschen Lebenserfahrungen und Lebensleistungen zentral, um das Vertrauen in die Demokratie weiter zu stärken. Unser Ziel ist, die Sichtbarkeit der Ostdeutschen in allen Bereichen zu erhöhen.~~

Antrag 1.2.-Ä002: Änderungsantrag zu 1.2.

Laufende Nummer: 710 • Änderungsantrag zu 1.2.

Antragsteller*in:	Ortsverein Oldenburg Stadt 2 Stadtmitte-Süd
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 1
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 1

Zeile 5 - 6

Die Corona-Krise hat uns allen in Deutschland vor Augen geführt, wie sehr wir in unserem Alltag auf die Arbeit derjenigen angewiesen sind, deren Einkommen bislang oft nur knapp zum Leben reicht. Die Kassierer*innen im Supermarkt, die Busfahrer*innen,

Reinigungskräfte, Pflegekräfte und Erzieher*innen verdienen mehr Anerkennung - ~~die~~ Diese Anerkennung muss sich auch in guten Einkommen und in guten in höheren Einkommen und besseren Arbeitsbedingungen niederschlägt. niederschlagen. Dafür werden wir kämpfen.

:-

Antrag 1.2.-Ä003: Änderungsantrag zu 1.2.

Laufende Nummer: 712 • Änderungsantrag zu 1.2.

Antragsteller*in:	Ortsverein Oldenburg Stadt 2 Stadtmitte-Süd
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 1
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 1

Zeile 8 - 9

Wie wertvoll ein funktionierender Sozialstaat ist, haben wir in der Corona-Krise erlebt. ~~Anders als in anderen Ländern haben wir die~~ Wir bemühen uns, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise ~~abmildern können~~ bestmöglich durch verschiedene Maßnahmen abzumildern, etwa durch ein tragfähiges Kurzarbeitergeld. Erkennbar wurde aber auch, wo wir als Gesellschaft noch viel zu tun haben.

Bei der immer noch nicht vollendeten Gleichstellung von Männern und Frauen, die sich vor allem daran zeigte, dass sich viele unvermittelt in alte Rollenmodelle zurückversetzt gesehen haben. Auch bei der unzureichenden Absicherung von Künstler*innen und Selbstständigen, den überbelegten Wohnungen nicht nur in den Ballungszentren und der mangelnden Infrastruktur im ländlichen Raum gibt es noch viel zu tun.

Antrag 1.2.-Ä004: Änderungsantrag zu 1.2.

Laufende Nummer: 713 • Änderungsantrag zu 1.2.

Antragsteller*in:	Ortsverein Oldenburg Stadt 2 Stadtmitte-Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 1
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 1

Zeile 38 - 39

Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland schaffen. Dazu gehört auch, die deutsche Einheit zu vollenden und das Ungleichgewicht zwischen Metropole und Peripherie, zwischen traditionellen Industrieregionen und neuen Boom-Zonen, zwischen Stadt und Land zu reduzieren. Gerade hier zeigen sich die Herausforderungen großer gesellschaftlicher Transformationsprozesse und des Strukturwandels. Dabei sind der Respekt und die Anerkennung der spezifisch ostdeutschen Lebenserfahrungen und

Leistungen zentral, um das Vertrauen in die Demokratie weiter zu stärken. ~~Unser Ziel ist, die Sichtbarkeit der Ostdeutschen in allen Bereichen zu erhöhen.~~

Antrag 1.3.-Ä001: Änderungsantrag zu 1.3.

Laufende Nummer: 346 • Änderungsantrag zu 1.3.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 1
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 1

Zeile 6

Grenzenlos reisen, arbeiten, studieren oder leben. Die Europäische Union (EU) hat das Leben von Millionen von Menschen geprägt, neue Möglichkeiten und Freiheiten eröffnet und den unermesslichen Wert kultureller Vielfalt für unsere Gesellschaften für viele erlebbar gemacht. Sie hat gezeigt, dass wir gemeinsam mehr erreichen können. Darauf

wird es in Zukunft ganz besonders ankommen. Damit dies gewährleistet werden kann, sind internationale Schulabschlüsse zu etablieren und kostenfrei jeder*m Schüler*in in Europa zugänglich zu machen. Hier muss ein Angebot als Ergänzung zum International Baccalaureate für den mittleren Schulabschluss erarbeitet werden.

Antrag 1.3.-Ä002: Änderungsantrag zu 1.3.

Laufende Nummer: 589 • Änderungsantrag zu 1.3.

Antragsteller*in:	Kreisverband Jena
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 1
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 1

Zeile 19 - 20

~~Nur~~Wir müssen miteinander ~~werden wir~~ eine humanitäre und solidarische Flüchtlingspolitik gewährleisten, in der Deutschland eine Vorreiterrolle spielen kann. Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind das Fundament unserer Gemeinschaft. Wir werden es nicht zulassen, dass nationalistischer Hass und populistische Hetze Europa spalten.

Antrag 2.0.-Ä001: Änderungsantrag zu 2.0.

Laufende Nummer: 417 • Änderungsantrag zu 2.0.

Antragsteller*in:	SPD-UB Dresden
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 23

Die Umsetzung dieser Missionen braucht ein hohes Niveau öffentlicher Investitionen und eine sozial-ökologisch ausgerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wir werden diese Missionen im Zusammenwirken mit Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft voranbringen und den klimafreundlichen Infrastrukturausbau auf Grundlage eines neuen, gesamtgesellschaftlichen Infrastrukturkonsenses gestalten.

Darin zeigt sich unser Anspruch eines modernen und kooperativen Regierens.

Indem unsere soziale Politik Zug um Zug Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Zusammenhalt stärkt, schaffen wir eine immer breitere, stabilere gesellschaftliche Basis für gemeinsames Handeln. Die Entwicklung zu einer klimaneutralen Arbeits- und Lebensweise setzt dieses starke soziale Netz von Menschen voraus, die zusammenhalten. Dabei darf niemand zurückgelassen werden. Sobald uns das gelingt, können wir gemeinsam das 1,5-Grad-Ziel erreichen. Hierzu werden wir beispielsweise auch die Digitalisierung entschieden steuern und zu einer treibenden Kraft für die sozial-ökologische Transformation ausrichten, statt ein Mehr an Verschwendung zu erzeugen.

Antrag 2.0.-Ä002: Änderungsantrag zu 2.0.

Laufende Nummer: 727 • Änderungsantrag zu 2.0.

Antragsteller*in:	Ortsverein Oldenburg Stadt 2 Stadtmitte-Süd
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 20

Die Umsetzung dieser Missionen braucht ein hohes Niveau öffentlicher Investitionen und eine sozial-ökologisch ausgerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wir werden

diese Missionen im Zusammenwirken mit ~~Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und~~ Wissenschaft, Wirtschaft und

Zivilgesellschaft voranbringen und den klimafreundlichen Infrastrukturausbau auf Grundlage eines neuen, gesamtgesellschaftlichen Infrastrukturkonsenses gestalten. Darin zeigt sich unser Anspruch eines modernen und kooperativen Regierens.

Antrag 2.1.-Ä001: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 188 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD OV Köln-Kalk
Status:	überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 22

Um in Deutschland bis spätestens 2050 treibhausgasneutral leben, arbeiten und wirtschaften zu können, werden wir dafür sorgen, dass wir unseren Strom bis zum Jahr 2040 vollständig aus erneuerbaren Energien beziehen. Dafür müssen jetzt die richtigen Entscheidungen getroffen werden: Beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der Digitalisierung der Stromnetze, bei der Steigerung der Energieeffizienz, beim Aufbau von Speichertechnologien und einer Wasserstoffproduktion sowie eines Transportnetzes, bei Investitionen in klimafreundliche Produktionsprozesse in der Industrie, bei der

Modernisierung von Wohngebäuden, Fabriken und Schulen.

Zusätzlich werden wir darauf hinwirken, dass verstärkt Maßnahmen getroffen werden, die den Stromverbrauch flexibel steuerbar machen (Demand Side Management).

Antrag 2.1.-Ä002: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 190 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD OV Köln-Kalk
Status:	erledigt durch 2.1.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.1.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 33

Wir brauchen mehr Tempo beim Ausbau der Stromnetze, Wasserstoffleitungen und Ladesäulen für Elektroautos. Der Ausbau dieser Infrastrukturen muss dem Bedarf vorausgehen. Unsere Planungen für den Aufbau einer nachhaltigen Infrastruktur müssen

über das Jahr 2025 hinausreichen. Die bestehende Gasinfrastruktur muss für den Transport von Wasserstoff ertüchtigt werden. Neue Gasinfrastruktur wird nur noch genehmigt, wenn diese auch für den Wasserstofftransport geeignet ist.

Antrag 2.1.-Ä003: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 191 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD OV Köln-Kalk
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 42 - 43

Wir wollen dafür sorgen, dass alle dazu geeigneten Dächer ~~von öffentlichen Gebäuden und gewerblichen Neubauten~~ eine Solaranlage bekommen. In einem ersten Schritt sorgen wir dafür, dass auf öffentlichen Gebäuden und gewerblichen Neubauten Solar-Strom erzeugt wird. Unser Ziel ist eine Solaranlage

auf jedem Supermarkt, jeder Schule und jedem Rathaus. Wir werden innovative Formen der erneuerbaren Stromerzeugung wie integrierte Photovoltaik in der Gebäudehülle und auf landwirtschaftlichen Flächen gezielt fördern und neue strategische Energiepartnerschaften aufbauen.

Antrag 2.1.-Ä004: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 193 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD OV Köln-Kalk
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 44

Wir wollen dafür sorgen, dass alle dazu geeigneten Dächer von öffentlichen Gebäuden und gewerblichen Neubauten eine Solaranlage bekommen. Unser Ziel ist eine Solaranlage auf jedem Supermarkt, jeder Schule und jedem Rathaus. Die Klimawende ist final aber nur zur erreichen, wenn alle geeigneten Dächer auf Neu- und Bestandsbauten eine Solar-Anlage erhalten. Dieses werden wir mit großzügigen Förderinstrumenten bis 2040 verwirklichen. Wir werden innovative Formen der erneuerbaren Stromerzeugung wie integrierte Photovoltaik in der Gebäudehülle und auf landwirtschaftlichen Flächen gezielt fördern und neue strategische Energiepartnerschaften aufbauen.

Antrag 2.1.-Ä005: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 195 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD OV Köln-Kalk
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 50

Seit Anfang 2021 gilt im Zuge des nationalen Emissionshandels ein CO₂-Preis. Die zukünftige Entwicklung des CO₂-Preises soll sich nach den Kosten der globalen Klimafolgeschäden sowie der Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens ausrichten. In

Kombination mit anderen Maßnahmen wie dem Umweltbonus beim Kauf eines Elektroautos oder Förderprogrammen zum Heizungstausch sorgt er dafür, dass klimafreundliche Alternativen attraktiver werden. Um den Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehr und der Gebäudewärme zu unterstützen („Sektorenkopplung“), werden wir die EEG-Umlage in der bestehenden Form bis 2025 abschaffen und aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Dazu dienen auch die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung.

Antrag 2.1.-Ä006: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 198 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD OV Köln-Kalk
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 60 - 61

Diese Maßnahme leistet auch einen Beitrag zur sozialen gerechten Finanzierung der Energiewende, weil dadurch die Stromrechnung deutlich sinkt. Wir werden dafür sorgen, dass Bürger*innen mit niedrigen Einkommen nicht ins Hintertreffen geraten. Wir werden prüfen, ob mit dem Ansteigen des CO₂-Preises weitere Ausgleichsmaßnahmen sozial gerechte Ausgleichsmaßnahmen - wie ein Pro-Kopf-Bonus - ähnlich dem Schweizer Modell möglich werden.

Antrag 2.1.-Ä007: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 256 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Köln
Status:	erledigt durch 3.1.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.1.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 14

Leben, Arbeiten und Wirtschaften hat spätestens 2050 keine negativen Auswirkungen mehr auf unser Klima. Die Energieversorgung Deutschlands basiert dann vollständig auf erneuerbaren Energien, unsere Gebäude werden effizient mit erneuerbaren Energien beheizt. Unsere Industrie ist auf den Weltmärkten weiterhin führend, gerade weil sie CO₂-neutral produziert und Technologien exportiert, die die klimaneutrale Welt von morgen braucht. So sichern wir die Arbeitsplätze für die Zukunft und erreichen

gleichzeitig unsere ökologischen Ziele.

Unsere Transformationspolitik folgt zwei Prinzipien: Jede*r wird gebraucht und niemand zurückgelassen. Eine klimaneutrale Wirtschaft bis 2050 ist eine immense Herausforderung, die wir nur im gesamtgesellschaftlichen Schulterschluss bewältigen können. Der Staat wird dafür sorgen, dass jede*r die Möglichkeit hat, beizutragen. Deshalb setzen wir umfassende Programme zur Qualifizierung und Beschäftigungssicherung auf, die Perspektiven in dem vom klimaneutralen Umbau betroffenen Branchen schaffen.

Antrag 2.1.-Ä008: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 260 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 53

Seit Anfang 2021 gilt im Zuge des nationalen Emissionshandels ein CO₂-Preis. In Kombination mit anderen Maßnahmen wie dem Umweltbonus beim Kauf eines Elektroautos oder Förderprogrammen zum Heizungstausch sorgt er dafür, dass klimafreundliche

Alternativen attraktiver werden. Um eine wirklich wirkungsvolle CO₂-Bepreisung zu gewährleisten, muss der nationale CO₂-Preis kurzfristig von gegenwärtig 25 auf 60 Euro/Tonne steigen und jedes weitere Jahr um je 20 Euro/Tonne erhöht werden. Gleichzeitig werden wir auf europäischer Ebene die Einführung einer CO₂-Grenzsteuer fordern, damit CO₂-Emissionen in Industrie & Fertigung nicht ins außereuropäische Ausland verlagert werden. Die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung müssen zum Ausgleich etwaiger sozialer Härten eingesetzt werden. Um den Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehr und

der Gebäudewärme zu unterstützen („Sektorenkopplung“), werden wir die EEG-Umlage in der bestehenden Form bis 2025 abschaffen und aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Dazu dienen auch die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung.

Antrag 2.1.-Ä009: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 339 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Köln
Status:	erledigt durch 2.1.-Ä0012.1.-Ä006
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.1.-Ä0012.1.-Ä006
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 22

Um in Deutschland bis spätestens 2050 treibhausgasneutral leben, arbeiten und wirtschaften zu können, werden wir dafür sorgen, dass wir unseren Strom bis zum Jahr 2040 vollständig aus erneuerbaren Energien beziehen. Dafür müssen jetzt die richtigen Entscheidungen getroffen werden: Beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der Digitalisierung der Stromnetze, bei der Steigerung der Energieeffizienz, beim Aufbau von Speichertechnologien und einer Wasserstoffproduktion sowie eines Transportnetzes, bei Investitionen in klimafreundliche Produktionsprozesse in der Industrie, bei der

Modernisierung von Wohngebäuden, Fabriken und Schulen.

Zusätzlich werden wir darauf hinwirken, dass verstärkt Maßnahmen getroffen werden, die den Stromverbrauch flexibel steuerbar machen (Demand Side Management).

Zeile 33

Wir brauchen mehr Tempo beim Ausbau der Stromnetze, Wasserstoffleitungen und Ladesäulen für Elektroautos. Der Ausbau dieser Infrastrukturen muss dem Bedarf vorausgehen. Unsere Planungen für den Aufbau einer nachhaltigen Infrastruktur müssen

über das Jahr 2025 hinausreichen.

Die bestehende Gasinfrastruktur muss für den Transport von Wasserstoff ertüchtigt werden. Neue Gasinfrastruktur wird nur noch genehmigt, wenn diese auch für den Wasserstofftransport geeignet ist.

Zeile 42 - 44

Wir wollen dafür sorgen, dass alle dazu geeigneten Dächer ~~von öffentlichen Gebäuden und gewerblichen Neubauten~~ eine Solaranlage bekommen. In einem ersten Schritt sorgen wir dafür, dass auf öffentlichen Gebäuden und gewerblichen Neubauten Solar-Strom erzeugt wird. Unser Ziel ist eine Solaranlage auf jedem Supermarkt, jeder Schule und jedem Rathaus. Die Klimawende ist final aber nur zur erreichen, wenn alle geeigneten Dächer auf Neu- und Bestandsbauten eine Solar-Anlage erhalten. Dieses werden wir mit großzügigen Förderinstrumenten bis 2040 verwirklichen. Wir werden innovative Formen

der erneuerbaren Stromerzeugung wie integrierte Photovoltaik in der Gebäudehülle und auf

landwirtschaftlichen Flächen gezielt fördern und neue strategische Energiepartnerschaften aufbauen.

Zeile 50

Seit Anfang 2021 gilt im Zuge des nationalen Emissionshandels ein CO₂-Preis. Die zukünftige Entwicklung des CO₂-Preises soll sich nach den Kosten der globalen Klimafolgeschäden sowie der Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens ausrichten. In

Kombination mit anderen Maßnahmen wie dem Umweltbonus beim Kauf eines Elektroautos oder Förderprogrammen zum Heizungstausch sorgt er dafür, dass klimafreundliche Alternativen attraktiver werden. Um den Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehr und der Gebäudewärme zu unterstützen („Sektorenkopplung“), werden wir die EEG-Umlage in der bestehenden Form bis 2025 abschaffen und aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Dazu dienen auch die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung.

Zeile 60 - 61

Diese Maßnahme leistet auch einen Beitrag zur sozialen gerechten Finanzierung der Energiewende, weil dadurch die Stromrechnung deutlich sinkt. Wir werden dafür sorgen, dass Bürger*innen mit niedrigen Einkommen nicht ins Hintertreffen geraten. Wir werden

~~prüfen, ob~~ mit dem Ansteigen des CO₂-Preises weitere ~~Ausgleichsmaßnahmen – wie~~ sozial gerechte Ausgleichsmaßnahmen umsetzen sowie ein Pro-Kopf-Bonus ~~– möglich werden.~~ ähnlich dem Schweizer Modell prüfen. Wir sind uns bewusst, dass wir auf dem Weg zur Klimaneutralität gemeinsam noch viel lernen müssen. Die Wirkung aller Maßnahmen wird daher kontinuierlich bewertet und ggf. werden Maßnahmen angepasst oder ergänzt. Dabei orientieren wir uns an den fortschreitenden Erkenntnissen der Wissenschaft zum Klimawandel und passen auch Ziele und Ambitionen entsprechend wissenschaftlicher Belege an.

Antrag 2.1.-Ä010: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 348 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 2

Unser Ziel: ein komplett klimaneutrales Deutschland - spätestens im Jahr 20~~50~~35 und das ohne Atomkraft. Aber: Jahreszahlen sind erst mal nur Symbole. Mit dem Klimaschutzgesetz hat die SPD einen wirkungsvollen Kontrollmechanismus zur Erreichung der Klimaziele durchgesetzt. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist bereits beschlossene Sache. Spätestens 2038 ist bei uns auch Schluss mit der Kohleverbrennung. Das sind historische Entscheidungen.

Antrag 2.1.-Ä011: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 352 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 8

Leben, Arbeiten und Wirtschaften hat spätestens 20~~50~~³⁵ keine negativen Auswirkungen mehr auf unser Klima. Die Energieversorgung Deutschlands basiert dann vollständig auf erneuerbaren Energien, unsere Gebäude werden effizient mit erneuerbaren Energien beheizt. Unsere Industrie ist auf den Weltmärkten weiterhin führend, gerade weil sie CO₂-neutral produziert und Technologien exportiert, die die klimaneutrale Welt von morgen braucht. So sichern wir die Arbeitsplätze für die Zukunft und erreichen gleichzeitig unsere ökologischen Ziele.

Antrag 2.1.-Ä012: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 353 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 15

Um in Deutschland bis spätestens 20~~50~~³⁵ treibhausgasneutral leben, arbeiten und wirtschaften zu können, werden wir dafür sorgen, dass wir unseren Strom bis zum Jahr 2040 vollständig aus erneuerbaren Energien beziehen. Dafür müssen jetzt die richtigen Entscheidungen getroffen werden: Beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der Digitalisierung der Stromnetze, bei der Steigerung der Energieeffizienz, beim Aufbau von Speichertechnologien und einer Wasserstoffproduktion sowie eines Transportnetzes, bei Investitionen in klimafreundliche Produktionsprozesse in der Industrie, bei der Modernisierung von Wohngebäuden, Fabriken und Schulen.

Antrag 2.1.-Ä013: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 355 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 45 - 46

Wir wollen dafür sorgen, dass alle dazu geeigneten Dächer von öffentlichen Gebäuden und gewerblichen Neubauten eine Solaranlage bekommen. Unser Ziel ist eine Solaranlage auf jedem Supermarkt, jeder Schule und jedem Rathaus. Wir werden innovative Formen

der erneuerbaren Stromerzeugung wie integrierte Photovoltaik ~~in der Gebäudehülle und auf landwirtschaftlichen Flächen~~ auf Gebäuden oder Anlagen mit kombinierter landwirtschaftlicher Nutzung gezielt fördern und neue strategische Energiepartnerschaften aufbauen.

Antrag 2.1.-Ä014: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 425 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD-UB Dresden
Status:	erledigt durch 2.1.-Ä051_AK2.1.-Ä051_AK2.1.-Ä053_AK
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.1.-Ä051_AK2.1.-Ä051_AK2.1.-Ä053_AK
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 2 - 3

~~Unser Ziel: ein komplett klimaneutrales Deutschland – spätestens im Jahr 2050~~Unsere Politik richtet sich aus am Klimaabkommen von Paris und das ohne Atomkraft. Aber: Jahreszahlen sind erst mal nur Symbole am Bericht des Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit. Mit dem Klimaschutzgesetz hat die SPD einen wirkungsvollen Kontrollmechanismus zur Erreichung der Klimaziele durchgesetzt. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist bereits beschlossene Sache. Spätestens 2038 ist bei uns auch Schluss mit der Kohleverbrennung. Das sind historische Entscheidungen.

Antrag 2.1.-Ä015: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 428 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Aachen-Stadt
Status:	überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 77

Den Umstieg auf klimaschonende Produktionsprozesse werden wir durch direkte Investitionsförderung staatlich unterstützen und die derzeitigen höheren Kosten von klimaschonenden Technologien ausgleichen; klima- und umweltschädliche Subventionen werden wir abbauen. Gleichzeitig wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, welche Industrie und Handel dazu verpflichten die Einhaltung von Umweltstandards in der gesamten Lieferkette zu gewährleisten. Wir werden einen Markt für umweltfreundliche Ausgangsmaterialien schaffen. Die öffentliche Hand als großer Bauherr von Straßen und Gebäuden wird bis 2030 schrittweise immer mehr und ab 2030 ausschließlich klimaneutrale Grundmaterialien für Bauten beschaffen. Wir werden unsere Industrien sichern und die Verlagerung von Produktion und Emissionen ins Ausland durch maßgeschneiderte Instrumente unattraktiver machen. Außerdem werden wir dafür sorgen, dass für Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, auch der Industriestrompreis wettbewerbsfähig ist.

Antrag 2.1.-Ä016: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 431 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Aachen-Stadt
Status:	erledigt durch Regierungshandeln (Klimaschutzgesetz)
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Regierungshandeln (Klimaschutzgesetz)
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 53

Seit Anfang 2021 gilt im Zuge des nationalen Emissionshandels ein CO₂-Preis. In Kombination mit anderen Maßnahmen wie dem Umweltbonus beim Kauf eines Elektroautos oder Förderprogrammen zum Heizungstausch sorgt er dafür, dass klimafreundliche

Alternativen attraktiver werden. Wir werden überprüfen, ob die bisher vorgesehenen CO₂-Preise eine ausreichend senkende Wirkung auf den CO₂-Ausstoß haben und gegebenenfalls nachbessern.

Um den Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehr und der Gebäudewärme zu unterstützen („Sektorenkopplung“), werden wir die EEG-Umlage in der bestehenden Form bis 2025 abschaffen und aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Dazu dienen auch die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung.

Antrag 2.1.-Ä017: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 453 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD-UB Dresden
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 50

Seit Anfang 2021 gilt im Zuge des nationalen Emissionshandels ein CO₂-Preis. Der CO₂-Preis soll sich an den Kosten der zu vermeidenden globalen Klimafolgeschäden sowie der Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens ausrichten. In

Kombination mit anderen Maßnahmen wie dem Umweltbonus beim Kauf eines Elektroautos oder Förderprogrammen zum Heizungstausch sorgt er dafür, dass klimafreundliche Alternativen attraktiver werden. Um den Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehr und der Gebäudewärme zu unterstützen („Sektorenkopplung“), werden wir die EEG-Umlage in der bestehenden Form bis 2025 abschaffen und aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Dazu dienen auch die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung.

Antrag 2.1.-Ä018: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 456 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD-KV Höxter
Status:	erledigt durch 2.1.-Ä053_AK
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.1.-Ä053_AK
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 6

Unser Ziel: ein komplett klimaneutrales Deutschland - spätestens im Jahr 2050 und das ohne Atomkraft. Aber: Jahreszahlen sind erst mal nur Symbole. Mit dem Klimaschutzgesetz hat die SPD einen wirkungsvollen Kontrollmechanismus zur Erreichung der Klimaziele durchgesetzt. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist bereits

beschlossene Sache. Spätestens 2038⁵ ist bei uns auch Schluss mit der Kohleverbrennung. Das sind historische Entscheidungen.

Antrag 2.1.-Ä019: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 457 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 17

Um in Deutschland bis spätestens 2050 treibhausgasneutral leben, arbeiten und wirtschaften zu können, werden wir dafür sorgen, dass wir unseren Strom bis zum Jahr

~~2040~~2030 nahezu vollständig aus erneuerbaren Energien beziehen. Dafür müssen jetzt die richtigen

Entscheidungen getroffen werden: Beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der Digitalisierung der Stromnetze, bei der Steigerung der Energieeffizienz, beim Aufbau von Speichertechnologien und einer Wasserstoffproduktion sowie eines Transportnetzes, bei Investitionen in klimafreundliche Produktionsprozesse in der Industrie, bei der Modernisierung von Wohngebäuden, Fabriken und Schulen.

Antrag 2.1.-Ä020: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 458 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 25 - 29

Erneuerbarer Strom wird in allen Sektoren eingesetzt. Dort, wo eine direkte Elektrifizierung nicht sinnvoll ist, werden wir große Mengen Wasserstoff aus

erneuerbaren Energien benötigen. ~~Wasserstoff stößt bei der Verbrennung keinerlei Treibhausgase aus und ist gut speicherbar. Er ist reichlich vorhanden und lässt sich durch die Aufspaltung von Wasser in Sauerstoff und Wasserstoff~~ Diesen Wasserstoff wollen wir vor Ort in Europa erzeugen. Ohne sauberen Wasserstoff in großindustriell hergestelltem Maßstab ist Klimaneutralität nicht zu erreichen., vorrangig aus den zukünftig immer häufiger vorhandenen Überschussmengen erneuerbaren Stroms. Dieses Ziel hat für uns industriepolitische Bedeutung, denn wir wollen Technologien zur Wasserstoffproduktion und - anwendung in Europa aufbauen und langfristig hier halten.

Antrag 2.1.-Ä021: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 461 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 33

Wir brauchen mehr Tempo beim Ausbau der Stromnetze, Wasserstoffleitungen und Ladesäulen für Elektroautos. Der Ausbau dieser Infrastrukturen muss dem Bedarf vorausgehen. Unsere Planungen für den Aufbau einer nachhaltigen Infrastruktur müssen

über das Jahr 2025 hinausreichen. [Der massive Ausbau der erneuerbaren Energien und die Beteiligung der Bürger*innen vor Ort werden das Herzstück unserer Klimaschutz- und Energiepolitik.](#)

Antrag 2.1.-Ä022: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 463 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	erledigt durch 2.1.-Ä0392.1.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.1.-Ä0392.1.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 35 - 36

In einem Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern, Kommunen und kommunalen

Spitzenverbänden vereinbaren wir verbindliche Mindest-Ausbauziele für die erneuerbaren Energien wie Sonne, Wind und Geothermie. Damit die Energiewende vor Ort zur Win-Win-Situation für alle wird, laden

wir Bürger*innen und Gemeinden zum Mitmachen ein, indem wir Mieterstrom und gemeinschaftliche Eigenversorgung stärken, kommunale Beteiligungsmodelle ausweiten und nachhaltige Strom-Anleihen auflegen. Wir werden in der Umsetzung des Kohleausstiegs sicherstellen, dass die Kohleregionen verlässlich dabei unterstützt werden, neue Wertschöpfung und zukunftsfähige Arbeitsplätze aufzubauen.

Antrag 2.1.-Ä023: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 464 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	überwiesen an SPE-Fraktion
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPE-Fraktion
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 55 - 56

Seit Anfang 2021 gilt im Zuge des nationalen Emissionshandels ein CO₂-Preis. In Kombination mit anderen Maßnahmen wie dem Umweltbonus beim Kauf eines Elektroautos oder Förderprogrammen zum Heizungstausch sorgt er dafür, dass klimafreundliche Alternativen attraktiver werden. Um den Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehr und der Gebäudewärme zu unterstützen („Sektorenkopplung“), werden wir die EEG-Umlage in

der bestehenden Form bis 2025 abschaffen ~~und aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Dazu dienen auch die~~. Zur Finanzierung können die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung dienen. In diesem Zusammenhang werden wir parallel zum nationalen Emissionshandel auch die Einführung eines CO₂-Mindestpreises im europäischen Emissionshandel prüfen.

Antrag 2.1.-Ä024: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 513 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Distrikt Eimsbüttel-Süd
Status:	erledigt durch Regierungshandeln (Klimaschutzgesetz)
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Regierungshandeln (Klimaschutzgesetz)
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 3 - 5

Unser Ziel: ein komplett klimaneutrales Deutschland - spätestens im Jahr 2050 und das ohne Atomkraft. Aber: Jahreszahlen sind erst mal nur Symbole. ~~Mit dem Klimaschutzgesetz hat die SPD~~ Wichtiger ist: Der verbleibende CO2-Gesamtausstoß wird verbindlich begrenzt. So schaffen wir einen wirkungsvollen Kontrollmechanismus zur Erreichung der Klimaziele. Die SPD kann damit die Führungsrolle in der Gestaltung des sozial-ökologischen Wandels übernehmen. Mit dem Klimaschutzgesetz haben wir bereits wichtige Eckpunkte durchgesetzt. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist bereits beschlossene Sache. Spätestens 2038 ist bei uns auch Schluss mit der Kohleverbrennung. Das sind historische Entscheidungen.

Antrag 2.1.-Ä025: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 514 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Distrikt Eimsbüttel-Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 50

Seit Anfang 2021 gilt im Zuge des nationalen Emissionshandels ein CO₂-Preis. [Den nationalen Emissionshandel werden wir am verbleibenden CO₂-Gesamtbudget ausrichten.](#) In Kombination mit anderen Maßnahmen wie dem Umweltbonus beim Kauf eines Elektroautos oder Förderprogrammen zum Heizungstausch sorgt er dafür, dass klimafreundliche Alternativen attraktiver werden. Um den Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehr und der Gebäudewärme zu unterstützen („Sektorenkopplung“), werden wir die EEG-Umlage in der bestehenden Form bis 2025 abschaffen und aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Dazu dienen auch die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung.

Antrag 2.1.-Ä026: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 517 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Lindenthal
Status:	erledigt durch 2.1.-Ä009, Empfehlung der AK zur Änderung in Kapitel 1.1., Z. 10f.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.1.-Ä009, Empfehlung der AK zur Änderung in Kapitel 1.1., Z. 10f.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 22

Um in Deutschland bis spätestens 2050 treibhausgasneutral leben, arbeiten und wirtschaften zu können, werden wir dafür sorgen, dass wir unseren Strom bis zum Jahr 2040 vollständig aus erneuerbaren Energien beziehen. Dafür müssen jetzt die richtigen Entscheidungen getroffen werden: Beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der Digitalisierung der Stromnetze, bei der Steigerung der Energieeffizienz, beim Aufbau von Speichertechnologien und einer Wasserstoffproduktion sowie eines Transportnetzes, bei Investitionen in klimafreundliche Produktionsprozesse in der Industrie, bei der

Modernisierung von Wohngebäuden, Fabriken und Schulen. Zusätzlich werden wir darauf hinwirken, dass verstärkt Maßnahmen getroffen werden, die den Stromverbrauch flexibel steuerbar machen (Demand Side Management)

Zeile 33

Wir brauchen mehr Tempo beim Ausbau der Stromnetze, Wasserstoffleitungen und Ladesäulen für Elektroautos. Der Ausbau dieser Infrastrukturen muss dem Bedarf vorausgehen. Unsere Planungen für den Aufbau einer nachhaltigen Infrastruktur müssen

über das Jahr 2025 hinausreichen. Die bestehende Gasinfrastruktur muss für den Transport von Wasserstoff ertüchtigt werden. Neue Gasinfrastruktur wird nur noch genehmigt, wenn diese auch für den Wasserstofftransport geeignet ist.

Zeile 42 - 44

Wir wollen dafür sorgen, dass alle dazu geeigneten Dächer ~~von öffentlichen Gebäuden und gewerblichen Neubauten~~ eine Solaranlage bekommen. In einem ersten Schritt sorgen wir dafür, dass auf öffentlichen Gebäuden und gewerblichen Neubauten Solar-Strom erzeugt wird. Unser Ziel ist eine Solaranlage auf jedem Supermarkt, jeder Schule und jedem Rathaus. Die Klimawende ist final aber nur zur erreichen, wenn alle geeigneten Dächer auf Neu- und Bestandsbauten eine Solar-Anlage erhalten. Dieses werden wir mit großzügigen Förderinstrumenten bis 2040 verwirklichen. Wir werden innovative Formen

der erneuerbaren Stromerzeugung wie integrierte Photovoltaik in der Gebäudehülle und auf

landwirtschaftlichen Flächen gezielt fördern und neue strategische Energiepartnerschaften aufbauen.

Zeile 50

Seit Anfang 2021 gilt im Zuge des nationalen Emissionshandels ein CO₂-Preis. Die zukünftige Entwicklung des CO₂-Preises soll sich nach den Kosten der globalen Klimafolgeschäden sowie der Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens ausrichten. In

Kombination mit anderen Maßnahmen wie dem Umweltbonus beim Kauf eines Elektroautos oder Förderprogrammen zum Heizungstausch sorgt er dafür, dass klimafreundliche Alternativen attraktiver werden. Um den Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehr und der Gebäudewärme zu unterstützen („Sektorenkopplung“), werden wir die EEG-Umlage in der bestehenden Form bis 2025 abschaffen und aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Dazu dienen auch die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung.

Zeile 60 - 61

Diese Maßnahme leistet auch einen Beitrag zur sozialen gerechten Finanzierung der Energiewende, weil dadurch die Stromrechnung deutlich sinkt. Wir werden dafür sorgen, dass Bürger*innen mit niedrigen Einkommen nicht ins Hintertreffen geraten. Wir werden

~~prüfen, ob~~ mit dem Ansteigen des CO₂-Preises weitere ~~Ausgleichsmaßnahmen – wie~~ sozial gerechte Ausgleichsmaßnahmen umsetzen sowie ein Pro-Kopf-Bonus ~~– möglich werden.~~ ähnlich dem Schweizer Modell prüfen.

Wir sind uns bewusst, dass wir auf dem Weg zur Klimaneutralität gemeinsam noch viel lernen müssen. Die Wirkung aller Maßnahmen wird daher kontinuierlich bewertet und ggf. werden Maßnahmen angepasst oder ergänzt. Dabei orientieren wir uns an den fortschreitenden Erkenntnissen der Wissenschaft zum Klimawandel und passen auch Ziele und Ambitionen entsprechend wissenschaftlicher Belege an.

Antrag 2.1.-Ä027: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 558 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD-OV Heilbronn
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 8

Leben, Arbeiten und Wirtschaften hat spätestens 20~~5~~⁴0 keine negativen Auswirkungen mehr auf unser Klima. Die Energieversorgung Deutschlands basiert dann vollständig auf erneuerbaren Energien, unsere Gebäude werden effizient mit erneuerbaren Energien beheizt. Unsere Industrie ist auf den Weltmärkten weiterhin führend, gerade weil sie CO₂-neutral produziert und Technologien exportiert, die die klimaneutrale Welt von morgen braucht. So sichern wir die Arbeitsplätze für die Zukunft und erreichen gleichzeitig unsere ökologischen Ziele.

Antrag 2.1.-Ä028: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 560 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD-OV Heilbronn
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 8

Leben, Arbeiten und Wirtschaften hat spätestens 20~~5~~⁴0 keine negativen Auswirkungen mehr auf unser Klima. Die Energieversorgung Deutschlands basiert dann vollständig auf erneuerbaren Energien, unsere Gebäude werden effizient mit erneuerbaren Energien beheizt. Unsere Industrie ist auf den Weltmärkten weiterhin führend, gerade weil sie CO₂-neutral produziert und Technologien exportiert, die die klimaneutrale Welt von morgen braucht. So sichern wir die Arbeitsplätze für die Zukunft und erreichen gleichzeitig unsere ökologischen Ziele.

Antrag 2.1.-Ä029: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 561 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD-OV Heilbronn
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 2

Unser Ziel: ein komplett klimaneutrales Deutschland - spätestens im Jahr 20540 und das ohne Atomkraft. Aber: Jahreszahlen sind erst mal nur Symbole. Mit dem Klimaschutzgesetz hat die SPD einen wirkungsvollen Kontrollmechanismus zur Erreichung der Klimaziele durchgesetzt. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist bereits beschlossene Sache. Spätestens 2038 ist bei uns auch Schluss mit der Kohleverbrennung. Das sind historische Entscheidungen.

Antrag 2.1.-Ä030: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 562 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD-OV Heilbronn
Status:	erledigt durch 2.1.-Ä053_AK
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.1.-Ä053_AK
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 7

Unser Ziel: ein komplett klimaneutrales Deutschland - spätestens im Jahr 2050 und das ohne Atomkraft. Aber: Jahreszahlen sind erst mal nur Symbole. Mit dem Klimaschutzgesetz hat die SPD einen wirkungsvollen Kontrollmechanismus zur Erreichung der Klimaziele durchgesetzt. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist bereits beschlossene Sache. Spätestens 2038 ist bei uns auch Schluss mit der

Kohleverbrennung, wobei wir ein deutlich früheres Ende bis 2030 anstreben. Das sind historische Entscheidungen.

Antrag 2.1.-Ä031: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 564 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD-OV Heilbronn
Status:	erledigt durch 2.1.-Ä0502.1.-Ä052_AK2.1.-Ä053_AK
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.1.-Ä0502.1.-Ä052_AK2.1.-Ä053_AK
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 7

Unser Ziel: ein komplett klimaneutrales Deutschland - spätestens im Jahr 2050 und das ohne Atomkraft. Aber: Jahreszahlen sind erst mal nur Symbole. Mit dem Klimaschutzgesetz hat die SPD einen wirkungsvollen Kontrollmechanismus zur Erreichung der Klimaziele durchgesetzt. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist bereits beschlossene Sache. Spätestens 2038 ist bei uns auch Schluss mit der

Kohleverbrennung. Das sind historische Entscheidungen. Unsere Verantwortung für Klimagerechtigkeit geht hierüber jedoch hinaus. Wir bekennen uns klar zum Ziel des Pariser Klimaabkommens, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Das daraus resultierende CO2-Restbudget halten wir ein.

Antrag 2.1.-Ä032: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 566 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD-OV Heilbronn
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 15 - 17

Um in Deutschland bis spätestens ~~2050 treibhausgasneutral leben, arbeiten und wirtschaften zu können, werden wir dafür sorgen, dass wir unseren Strom bis zum Jahr~~ 2040 treibhausgasneutral leben, arbeiten und wirtschaften zu können, werden wir dafür sorgen, dass wir unseren Strom bis zum Jahr 2035 vollständig aus erneuerbaren Energien beziehen. Dafür müssen jetzt die richtigen Entscheidungen getroffen werden: Beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der Digitalisierung der Stromnetze, bei der Steigerung der Energieeffizienz, beim Aufbau von Speichertechnologien und einer Wasserstoffproduktion sowie eines Transportnetzes, bei Investitionen in klimafreundliche Produktionsprozesse in der Industrie, bei der Modernisierung von Wohngebäuden, Fabriken und Schulen.

Antrag 2.1.-Ä033: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 568 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD-OV Heilbronn
Status:	erledigt durch 2.1.-Ä006;
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.1.-Ä006;
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 59 - 61

Diese Maßnahme leistet auch einen Beitrag zur sozialen gerechten Finanzierung der Energiewende, weil dadurch die Stromrechnung deutlich sinkt. Wir werden dafür sorgen, dass Bürger*innen mit niedrigen Einkommen nicht ins Hintertreffen geraten. ~~Wir werden prüfen, ob mit dem Ansteigen des CO2-Preises~~ Deswegen schaffen wir weitere ~~Ausgleichsmaßnahmen – wie ein Pro-~~ Ausgleichsmaßnahmen. Dazu gehört eine Klimaprämie, die einmal jährlich pro Kopf- ~~Bonus – möglich werden.~~ ausgezahlt wird. So garantieren wir sozial-gerechten Klimaschutz.

Antrag 2.1.-Ä034: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 583 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Kreisverband Jena
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 2

Unser Ziel: ein komplett klimaneutrales Deutschland - spätestens im Jahr 2050⁴ und das ohne Atomkraft. Aber: Jahreszahlen sind erst mal nur Symbole. Mit dem Klimaschutzgesetz hat die SPD einen wirkungsvollen Kontrollmechanismus zur Erreichung der Klimaziele durchgesetzt. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist bereits beschlossene Sache. Spätestens 2038 ist bei uns auch Schluss mit der Kohleverbrennung. Das sind historische Entscheidungen.

Antrag 2.1.-Ä035: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 584 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Kreisverband Jena
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 8

Leben, Arbeiten und Wirtschaften hat spätestens 20~~5~~⁴0 keine negativen Auswirkungen mehr auf unser Klima. Die Energieversorgung Deutschlands basiert dann vollständig auf erneuerbaren Energien, unsere Gebäude werden effizient mit erneuerbaren Energien beheizt. Unsere Industrie ist auf den Weltmärkten weiterhin führend, gerade weil sie CO₂-neutral produziert und Technologien exportiert, die die klimaneutrale Welt von morgen braucht. So sichern wir die Arbeitsplätze für die Zukunft und erreichen gleichzeitig unsere ökologischen Ziele.

Antrag 2.1.-Ä036: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 586 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Kreisverband Jena
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 15

Um in Deutschland bis spätestens 2054⁰ treibhausgasneutral leben, arbeiten und wirtschaften zu können, werden wir dafür sorgen, dass wir unseren Strom bis zum Jahr 2040 vollständig aus erneuerbaren Energien beziehen. Dafür müssen jetzt die richtigen Entscheidungen getroffen werden: Beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der Digitalisierung der Stromnetze, bei der Steigerung der Energieeffizienz, beim Aufbau von Speichertechnologien und einer Wasserstoffproduktion sowie eines Transportnetzes, bei Investitionen in klimafreundliche Produktionsprozesse in der Industrie, bei der Modernisierung von Wohngebäuden, Fabriken und Schulen.

Antrag 2.1.-Ä037: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 624 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Köln
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 1

2.1. Zukunftsmission I. Klima~~neutr~~soziales Deutschland

Antrag 2.1.-Ä038: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 625 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Köln
Status:	erledigt durch 3.1.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.1.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 1

2.1. Zukunftsmission I. ~~Klimaneutrales~~ Gute Arbeit im klimaneutralen
Deutschland

Antrag 2.1.-Ä039: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 706 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Uelzen/Lüchow-Dannenberg
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 36

In einem Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern, Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden vereinbaren wir verbindliche Ausbauziele für die erneuerbaren

Energien wie Sonne, Wind und Geothermie. Damit die Energiewende vor Ort zur Win-Win-Situation für alle wird, laden

wir Bürger*innen und Gemeinden zum Mitmachen ein, indem wir Mieterstrom und gemeinschaftliche Eigenversorgung stärken, kommunale Beteiligungsmodelle ausweiten und nachhaltige Strom-Anleihen auflegen. Wir werden in der Umsetzung des Kohleausstiegs sicherstellen, dass die Kohleregionen verlässlich dabei unterstützt werden, neue Wertschöpfung und zukunftsfähige Arbeitsplätze aufzubauen.

Antrag 2.1.-Ä040: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 728 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Sülz-Klettenberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 3

Unser Ziel: ein komplett klimaneutrales Deutschland - spätestens im Jahr 2050 und das ohne Atomkraft. ~~Aber: Jahreszahlen sind erst mal nur Symbole~~ Klimaschutz ist die soziale Aufgabe der nächsten Jahrzehnte. Mit dem Klimaschutzgesetz hat die SPD einen wirkungsvollen Kontrollmechanismus zur Erreichung der Klimaziele durchgesetzt. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist bereits beschlossene Sache. Spätestens 2038 ist bei uns auch Schluss mit der Kohleverbrennung. Das sind historische Entscheidungen.

Antrag 2.1.-Ä041: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 740 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen-Stadt
Status:	überwiesen an Digitale Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an Digitale Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 50

Seit Anfang 2021 gilt im Zuge des nationalen Emissionshandels ein CO₂-Preis. [Darüber hinaus möchten wir den CO₂-Zertifikatehandel reformieren und ausbauen.](#) In

Kombination mit anderen Maßnahmen wie dem Umweltbonus beim Kauf eines Elektroautos oder Förderprogrammen zum Heizungstausch sorgt er dafür, dass klimafreundliche Alternativen attraktiver werden. Um den Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehr und der Gebäudewärme zu unterstützen („Sektorenkopplung“), werden wir die EEG-Umlage in der bestehenden Form bis 2025 abschaffen und aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Dazu dienen auch die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung.

Antrag 2.1.-Ä042: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 741 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen-Stadt
Status:	erledigt durch 2.1.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.1.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 44

Wir wollen dafür sorgen, dass alle dazu geeigneten Dächer von öffentlichen Gebäuden und gewerblichen Neubauten eine Solaranlage bekommen. Unser Ziel ist eine Solaranlage auf jedem Supermarkt, jeder Schule und jedem Rathaus. Wir führen eine Solarpflicht für alle geeigneten Dächer bei Neubau und Dachsanierung ein. Wir werden innovative Formen der erneuerbaren Stromerzeugung wie integrierte Photovoltaik in der Gebäudehülle und auf landwirtschaftlichen Flächen gezielt fördern und neue strategische Energiepartnerschaften aufbauen.

Antrag 2.1.-Ä043: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 742 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen-Stadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 68

Auch der Gebäudesektor muss schrittweise CO₂-neutral werden. Mit dem CO₂-Preis wollen wir vor allem Investitionen lenken und Vermieter*innen zur Modernisierung motivieren. Gerade im Bestands-Mietwohnungsbau gibt es noch viel zu tun. Wir haben das Ziel, dass bis 2030 fünf Millionen Häuser über innovative Heiz- und Energiesysteme (z.B. Wärmepumpen) versorgt werden. Wir werden gesetzliche Regelungen schaffen, dass der CO₂-Preis von den Vermieter*innen getragen wird. Dabei orientieren wir uns am Ziel

der Warmmieten-Neutralität. Den öffentlichen Gebäudebestand wollen wir bis 2035 klimaneutral gestalten. Zugleich werden wir Investitionen in Wärmenetze und Quartierskonzepte staatlich fördern.

Antrag 2.1.-Ä044: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 743 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen-Stadt
Status:	erledigt durch 2.5.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.5.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 78

Den Umstieg auf klimaschonende Produktionsprozesse werden wir durch direkte Investitionsförderung staatlich unterstützen und die derzeitigen höheren Kosten von klimaschonenden Technologien ausgleichen; klima- und umweltschädliche Subventionen werden wir abbauen. Wir werden einen Markt für umweltfreundliche Ausgangsmaterialien schaffen. Wir werden das öffentliche Beschaffungswesen zum Vorreiter der Verwendung emissionsarmer und ressourcenschonender, bevorzugt ökologisch und regional erzeugter Produkte und Rohstoffe machen. Die öffentliche Hand als großer Bauherr von Straßen und Gebäuden wird bis

2030 schrittweise immer mehr und ab 2030 ausschließlich klimaneutrale Grundmaterialien für Bauten beschaffen. Wir werden unsere Industrien sichern und die Verlagerung von Produktion und Emissionen ins Ausland durch maßgeschneiderte Instrumente unattraktiver machen. Außerdem werden wir dafür sorgen, dass für Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, auch der Industriestrompreis wettbewerbsfähig ist.

Antrag 2.1.-Ä045: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 759 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Sülz-Klettenberg
Status:	erledigt durch 2.1.-Ä040
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.1.-Ä040
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 3

Unser Ziel: ein komplett klimaneutrales Deutschland - spätestens im Jahr 2050 und das ohne Atomkraft. ~~Aber: Jahreszahlen sind erst mal nur Symbole~~ Klimaschutz ist die soziale Aufgabe der nächsten Jahrzehnte. Mit dem Klimaschutzgesetz hat die SPD einen wirkungsvollen Kontrollmechanismus zur Erreichung der Klimaziele durchgesetzt. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist bereits beschlossene Sache. Spätestens 2038 ist bei uns auch Schluss mit der Kohleverbrennung. Das sind historische Entscheidungen.

Antrag 2.1.-Ä046: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 760 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Sülz-Klettenberg
Status:	erledigt durch 2.1.-Ä053_AK
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.1.-Ä053_AK
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 7

Unser Ziel: ein komplett klimaneutrales Deutschland - spätestens im Jahr 2050 und das ohne Atomkraft. Aber: Jahreszahlen sind erst mal nur Symbole. Mit dem Klimaschutzgesetz hat die SPD einen wirkungsvollen Kontrollmechanismus zur Erreichung der Klimaziele durchgesetzt. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist bereits beschlossene Sache. Spätestens 2038 ist bei uns auch Schluss mit der

Kohleverbrennung. ~~Das sind historische Entscheidungen~~, wobei wir als Ende 2030 anstreben.

Antrag 2.1.-Ä047: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 440 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	SPD-UB Dresden
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 30

Wir brauchen mehr Tempo beim Ausbau der Stromnetze, [Bahnstrecken](#), Wasserstoffleitungen und Ladesäulen für Elektroautos. Der Ausbau dieser Infrastrukturen muss dem Bedarf vorausgehen. Unsere Planungen für den Aufbau einer nachhaltigen Infrastruktur müssen über das Jahr 2025 hinausreichen.

Antrag 2.1.-Ä048: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 729 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Sülz-Klettenberg
Status:	erledigt durch 2.1.-Ä053_AK
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.1.-Ä053_AK
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 7

Unser Ziel: ein komplett klimaneutrales Deutschland - spätestens im Jahr 2050 und das ohne Atomkraft. Aber: Jahreszahlen sind erst mal nur Symbole. Mit dem Klimaschutzgesetz hat die SPD einen wirkungsvollen Kontrollmechanismus zur Erreichung der Klimaziele durchgesetzt. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist bereits beschlossene Sache. Spätestens 2038 ist bei uns auch Schluss mit der

Kohleverbrennung. ~~Das sind historische Entscheidungen~~, wobei wir als Ende 2030 anstreben.

Antrag 2.1.-Ä049: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 738 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen-Stadt
Status:	erledigt durch 2.1.-Ä041
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.1.-Ä041
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 50

Seit Anfang 2021 gilt im Zuge des nationalen Emissionshandels ein CO₂-Preis. [Darüber hinaus möchten wir den CO₂-Zertifikatehandel reformieren und ausbauen.](#) In

Kombination mit anderen Maßnahmen wie dem Umweltbonus beim Kauf eines Elektroautos oder Förderprogrammen zum Heizungstausch sorgt er dafür, dass klimafreundliche Alternativen attraktiver werden. Um den Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehr und der Gebäudewärme zu unterstützen („Sektorenkopplung“), werden wir die EEG-Umlage in der bestehenden Form bis 2025 abschaffen und aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Dazu dienen auch die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung.

Antrag 2.1.-Ä050: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 739 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen-Stadt
Status:	erledigt durch 2.1.-Ä041
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.1.-Ä041
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 50

Seit Anfang 2021 gilt im Zuge des nationalen Emissionshandels ein CO₂-Preis. [Darüber hinaus möchten wir den CO₂-Zertifikatehandel reformieren und ausbauen.](#) In

Kombination mit anderen Maßnahmen wie dem Umweltbonus beim Kauf eines Elektroautos oder Förderprogrammen zum Heizungstausch sorgt er dafür, dass klimafreundliche Alternativen attraktiver werden. Um den Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehr und der Gebäudewärme zu unterstützen („Sektorenkopplung“), werden wir die EEG-Umlage in der bestehenden Form bis 2025 abschaffen und aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Dazu dienen auch die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung.

Antrag 2.1.-Ä051_AK: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 823 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Antragskommission
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 2 - 7

~~Unser Ziel: ein komplett klimaneutrales Deutschland – spätestens im Jahr 2050 und das ohne Atomkraft. Aber: Jahreszahlen sind erst mal nur Symbole. Mit dem Klimaschutzgesetz hat die SPD einen wirkungsvollen Kontrollmechanismus zur Erreichung der Klimaziele durchgesetzt. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist bereits beschlossene Sache. Spätestens 2038 ist bei uns auch Schluss mit der Kohleverbrennung. Das sind historische Entscheidungen.~~

Den Klimawandel zu stoppen, ist eine Menschheitsaufgabe. Unsere Politik richtet sich nach dem Klimaabkommen von Paris: Wir müssen die globale Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad Celsius begrenzen. Darum haben wir uns zum Ziel gesetzt, in Deutschland bis spätestens 2045 komplett klimaneutral zu sein. Mit dem Klimaschutzgesetz haben wir dafür gesorgt, dass das Klimaabkommen konkret wird: Es bietet einen wirkungsvollen Kontrollmechanismus zur Erreichung der Klimaziele. Dementsprechend werden wir im Einklang mit den europäischen Klimazielen unser Minderungsziel für 2030 deutlich (auf 65 %) anheben; auch für 2040 werden wir ein Minderungsziel festschreiben (88 %).

Es kommt jetzt darauf an, die Ziele in praktische Politik umzusetzen. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist Ende nächsten Jahres bereits vollzogen. Auch der Kohleausstieg ist beschlossene Sache. Dabei gilt, je schneller der Ausbau der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien erfolgt und je schneller die nötigen Stromleitungen und Verteilnetze gebaut werden, desto eher kann auf fossile Energieträger verzichtet werden. Wir haben in dieser Wahlperiode den Ausstieg aufs Gleis gesetzt und ihn mit umfassenden Strukturhilfen verbunden, die wir zügig umsetzen wollen. Das sind historische Entscheidungen. Unser Arbeitsmarkt hat eine starke industrielle Basis, die aus dem Umbau noch stärker hervorgehen kann – wenn wir gezielt in Infrastruktur und Innovationen investieren. So wird unsere Zukunftsmission „klimaneutrales Deutschland“ zum Jobmotor. Auch werden wir – nicht nur im Rahmen unserer Klimapolitik – die Grundlagen dafür schaffen, dass alle bei der Bewältigung des Klimawandels mit anpacken können, alle von den Chancen profitieren und nicht diejenigen das Nachsehen haben, die den geringsten Einfluss auf ihre CO2-Bilanz haben.

Antrag 2.1.-Ä052_AK: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 824 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Antragskommission
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 15 - 17

Um in Deutschland bis spätestens 20~~59~~⁴⁵ treibhausgasneutral leben, arbeiten und wirtschaften zu können, werden wir dafür sorgen, dass wir unseren Strom spätestens bis zum Jahr 2040 vollständig aus erneuerbaren Energien beziehen. Unser Strombedarf wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten deutlich steigen, weil wir anstatt fossiler Energieträger deutlich mehr Strom im Verkehr und der Industrie einsetzen werden. Allein bis 2030 brauchen wir jährlich ungefähr 10 tWh Strom zusätzlich - das entspricht dem Stromverbrauch von Hamburg. Wir brauchen deshalb ein Jahrzehnt des entschlossenen Ausbaus der Erneuerbaren Energien. Dafür müssen jetzt die richtigen

Entscheidungen getroffen werden: Beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der Digitalisierung der Stromnetze, bei der Steigerung der Energieeffizienz, beim Aufbau von Speichertechnologien und einer Wasserstoffproduktion sowie eines Transportnetzes, bei Investitionen in klimafreundliche Produktionsprozesse in der Industrie, bei der Modernisierung von Wohngebäuden, Fabriken und Schulen.

Antrag 2.1.-Ä053_AK: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 825 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Antragskommission
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 35 - 41

In einem Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern, Kommunen und kommunalen

Spitzenverbänden vereinbaren wir verbindliche Ausbauziele für ~~die erneuerbaren~~ erneuerbare Energien. Damit die Energiewende vor Ort zur Win-Win-Situation für alle wird, laden wir Bürger*innen und Gemeinden zum Mitmachen ein, indem wir Mieterstrom und gemeinschaftliche Eigenversorgung stärken, kommunale Beteiligungsmodelle ausweiten und nachhaltige Strom-~~A~~anleihen auflegen. ~~Wir werden in der Umsetzung des Kohleausstiegs sicherstellen~~ Uns ist ebenso klar, dass die Kohleregionen verlässlich dabei unterstützt werden, neue Verantwortung für die Zukunft der Menschen in den Branchen und Regionen tragen. Es gilt, was wir beschlossen haben: Ausstieg gegen Strukturhilfen im Bergbau, aber auch darüber hinaus. Die verlässliche Unterstützung beim Aufbau neuer Wertschöpfung und zukunftsfähige ~~zukunftsfähiger~~ Arbeitsplätze ~~aufzubauen~~ haben oberste Priorität - ebenso die Wiedernutzbarmachung und Nachsorge bergbaulicher Flächen.

Antrag 2.1.-Ä054: Änderungsantrag zu 2.1.

Laufende Nummer: 837 • Änderungsantrag zu 2.1.

Antragsteller*in:	Antragskommission
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 72

Wir werden mit einer langfristig angelegten Industriestrategie Planungssicherheit für den sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft schaffen. Diese Industriestrategie wird in Verbindung mit dem European Green ~~New~~-Deal in eine gesamteuropäische Lösung eingebettet sein.

Antrag 2.2.-Ä001: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 182 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Münster
Status:	überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 17

Wir werden die Verkehrswende voranbringen und bis 2030 das modernste und klimafreundlichste Mobilitätssystem Europas aufbauen. Das ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, zu der die Bundesregierung ihren Beitrag leisten wird, die aber auch Länder und Kommunen in die Pflicht nimmt. Unser Ziel ist eine Mobilitätsgarantie: Jede*r Bürger*in - in der Stadt und auf dem Land - soll einen wohnortnahen Anschluss an den öffentlichen Verkehr haben. Dazu nutzen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung: mit neuen Mobilitätsdienstleistungen, die vernetzte Mobilitätsangebote auf digitalen Plattformen nutzbar machen. Modelle wie das 365-Euro-Ticket oder Modellprojekte für

einen ticketfreien Nahverkehr unterstützen wir. Unser mittel- bis langfristiges Ziel ist der ticketfreie Nahverkehr, den wir solidarisch durch Beiträge finanzieren

Antrag 2.2.-Ä002: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 205 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	SPD OV Köln-Kalk
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 13 - 14

Wir werden die Verkehrswende voranbringen und bis 2030 das modernste und klimafreundlichste Mobilitätssystem Europas aufbauen. Das ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, zu der die Bundesregierung ihren Beitrag leisten wird, die aber auch Länder und Kommunen in die Pflicht nimmt. Unser Ziel ist eine Mobilitätsgarantie: Jede*r

Bürger*in - in der Stadt und auf dem Land - soll ~~einen wohnortnahen Anschluss an den~~ mit einem fußläufig erreichbaren Angebot des öffentlichen Verkehrs den Alltag gestalten können. Dazu nutzen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung:

mit neuen Mobilitätsdienstleistungen, die vernetzte Mobilitätsangebote auf digitalen Plattformen nutzbar machen. Modelle wie das 365-Euro-Ticket oder Modellprojekte für einen ticketfreien Nahverkehr unterstützen wir.

Antrag 2.2.-Ä003: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 213 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	SPD OV Köln-Kalk
Status:	Sonstiges Annahme Antrag 1 Z. 35; Ablehnung Antrag 2, Zeile 41.
Empfehlung der Antragskommission:	Sonstiges Annahme Antrag 1 Z. 35; Ablehnung Antrag 2, Zeile 41.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 35 - 41

Der Schienenverkehr ist ein Schwerpunkt unserer verkehrspolitischen Agenda. Bahnfahren soll innereuropäisch günstiger und attraktiver als Fliegen sein. Wir wollen rasch den Deutschlandtakt umsetzen und einen Europatakt aufbauen. Hierfür werden wir investieren: in den Aus- und Neubau des Schienennetzes, in den Lärmschutz

und den Ausbau und die Attraktivitätssteigerung von Bahnhöfen sowie die Barrierefreiheit von Bahnhöfen und Zügen. Wir haben das Ziel, alle Großstädte wieder ans Fernverkehrsnetz anzuschließen und neue schnelle Zug- und Nachtzugverbindungen in unsere Nachbarländer zu etablieren. Vor allem werden wir die Attraktivität des Nahverkehrs verbessern, durch Investitionen in das Angebot und die Qualität von Zügen und Bussen und durch die Reaktivierung alter Bahnstrecken. Wir werden engere, verlässliche Taktungen, komfortablere Züge mit flächendeckendem W-LAN ~~und eine Reservierungsmöglichkeit für Sitzplätze ermöglichen.~~ und günstigere Fahrpreise.

Antrag 2.2.-Ä004: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 216 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	SPD OV Köln-Kalk
Status:	Sonstiges Ablenung Antrag Zeile 44; Im Übrigen Erledigung durch2.1.
Empfehlung der Antragskommission:	Sonstiges Ablenung Antrag Zeile 44; Im Übrigen Erledigung durch2.1.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 44 - 49

Bis 2030 wollen wir mindestens 75 Prozent des Schienennetzes elektrifizieren, die Schiene weiter digitalisieren und für nicht elektrifizierte Strecken verbindliche

Nutzungen wie den Einsatz von wasserstoffbetriebenen Zügen unterstützen. Dabei soll der Schwerpunkt auf stark frequentierten Strecken liegen. Die Deutsche Bahn AG ist für uns ein Garant verlässlicher Mobilität. Wir werden sie als integrierten Konzern in öffentlichem Eigentum erhalten. Mit der Verpflichtung zur Tariftreue, zum Personalübergang für alle Beschäftigten bei Betreiberwechsel und der Gewährleistung guter Arbeitsbedingungen im Vergaberecht werden wir Wettbewerbsverzerrungen durch Billiganbieter verhindern.

Der Luftverkehr ist in den letzten Jahrzehnten auch aufgrund von Steuerprivilegien und Preisdumping rasant gewachsen. Neben dem Ausbau des Schienenverkehrs werden wir daher die Wettbewerbsbedingungen des Luftverkehrs an andere Verkehrsträger angleichen. Das bedeutet insbesondere höhere europäische Sozialstandards für Mitarbeiter*innen von Billigfluggesellschaften sowie eine Besteuerung von Flugkerosin analog zu anderen Treibstoffen; zunächst für Inlandsflüge, mittelfristig auch auf europäischer und internationaler Ebene. Noch nicht begonnene Neu- oder Ausbauprojekte von Flughäfen sollen zurückgestellt werden, bis der Luftverkehr zu großen Teilen emissionsneutral ist.

Antrag 2.2.-Ä005: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 220 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	SPD OV Schwerin-Südstadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 75

~~Wir werden~~Wir werden zunächst ein Tempolimit von ~~134~~0 km/h auf Bundesautobahnen einführen.

Das schützt

die Umwelt und senkt die Unfallzahlen deutlich. Zusätzlich werden wir Forschung, Entwicklung und Pilotprojekte vorantreiben, damit Schiffe, Flugzeuge und Laster kein klimaschädliches CO₂ mehr ausstoßen. Wir verbinden das mit Projekten zum Aufbau einer umweltfreundlichen Wasserstoffwirtschaft.

Antrag 2.2.-Ä006: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 240 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	SPD UB Landkreis Schaumburg
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 33

Der Schienenverkehr ist ein Schwerpunkt unserer verkehrspolitischen Agenda. Bahnfahren soll in Europa günstiger und attraktiver als Fliegen sein. Wir

wollen rasch ~~de~~inen Deutschlandtakt umsetzen und einen Europatakt aufbauen. Hierfür werden wir investieren: in den Aus- und Neubau des Schienennetzes, in den Lärmschutz und den Ausbau und die Attraktivitätssteigerung von Bahnhöfen. Wir haben das Ziel, alle Großstädte wieder ans Fernverkehrsnetz anzuschließen und neue schnelle Zug- und Nachtzugverbindungen in unsere Nachbarländer zu etablieren. Vor allem werden wir die Attraktivität des Nahverkehrs verbessern, durch Investitionen in das Angebot und die Qualität von Zügen und Bussen und durch die Reaktivierung alter Bahnstrecken. Wir werden engere, verlässliche Taktungen, komfortablere Züge mit flächendeckendem W-LAN und eine Reservierungsmöglichkeit für Sitzplätze ermöglichen.

Antrag 2.2.-Ä007: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 251 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Landkreis Schaumburg
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 33

Der Schienenverkehr ist ein Schwerpunkt unserer verkehrspolitischen Agenda. Bahnfahren soll in Europa günstiger und attraktiver als Fliegen sein. Wir

wollen rasch ~~de~~inen Deutschlandtakt umsetzen und einen Europatakt aufbauen. Hierfür werden wir investieren: in den Aus- und Neubau des Schienennetzes, in den Lärmschutz und den Ausbau und die Attraktivitätssteigerung von Bahnhöfen. Wir haben das Ziel, alle Großstädte wieder ans Fernverkehrsnetz anzuschließen und neue schnelle Zug- und Nachtzugverbindungen in unsere Nachbarländer zu etablieren. Vor allem werden wir die Attraktivität des Nahverkehrs verbessern, durch Investitionen in das Angebot und die Qualität von Zügen und Bussen und durch die Reaktivierung alter Bahnstrecken. Wir werden engere, verlässliche Taktungen, komfortablere Züge mit flächendeckendem W-LAN und eine Reservierungsmöglichkeit für Sitzplätze ermöglichen.

Antrag 2.2.-Ä008: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 271 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	erledigt durch 2.2.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.2.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 18 - 30

~~Wir werden einen Mobilitätsplan 2030 auf den Weg bringen, der den öffentlichen Personennahverkehr und den Schienenverkehr auf ein neues Niveau bringt. Der Bund wird durch Austauschprogramme seinen Beitrag leisten, damit alle neuen Busse und Bahnen bis 2030 in den Kommunen klimaneutral fahren und die vorhandenen Flotten modernisiert sind. Förderprogramme und ein geändertes Straßenverkehrsrecht sollen Kommunen dabei unterstützen, in Städten mehr Fläche für öffentlichen Verkehr, Fußgänger und Radfahrer zu schaffen. Wir werden den Straßenverkehr im Sinne der Vision Zero sicherer machen, insbesondere auch für die vielen Radfahrer*innen.~~

~~An Knotenpunkten werden wir die Einrichtung von barrierefreien Mobilitätsstationen für nachhaltige urbane Mobilität fördern, damit möglichst viele vom Auto auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umsteigen. Wir werden eine nationale Leitstelle Mobilität einrichten, die die Erarbeitung regionaler Mobilitätspläne unterstützt und eine frühzeitige Beteiligung vor Ort sicherstellt.~~

Wir werden einen Mobilitätsplan 2030 auf den Weg bringen, der den öffentlichen Personennahverkehr und den Schienenverkehr auf ein neues Niveau bringt. Der Bund wird durch Austauschprogramme seinen Beitrag leisten, damit alle neuen Busse und Bahnen bis 2030 in den Kommunen klimaneutral fahren und die vorhandenen Flotten modernisiert sind.

Für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs werden wir verstärkt Bundesmittel zur Verfügung stellen und die Förderwege vereinfachen. Förderprogramme sollen Kommunen dabei unterstützen, in Städten mehr Fläche für öffentlichen Verkehr, alternative Mobilitätsformen, Fußgänger und Radfahrer zu schaffen.

Wir werden überall den Ausbau von Radschnellverbindungen verstärkt finanziell unterstützen, um das umweltfreundliche Pendeln mit Fahrrad und Pedelec zu ermöglichen.

An Knotenpunkten werden wir die Einrichtung von barrierefreien Mobilitätsstationen für nachhaltige urbane Mobilität fördern, damit möglichst viele vom Auto auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umsteigen. Wir werden eine nationale Leitstelle Mobilität einrichten, die die Erarbeitung regionaler Mobilitätspläne unterstützt und eine frühzeitige Beteiligung vor Ort sicherstellt.

Antrag 2.2.-Ä009: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 273 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	erledigt durch 2.2.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.2.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 25 - 28

Wir werden einen Mobilitätsplan 2030 auf den Weg bringen, der den öffentlichen Personennahverkehr und den Schienenverkehr auf ein neues Niveau bringt. Der Bund wird durch Austauschprogramme seinen Beitrag leisten, damit alle neuen Busse und Bahnen bis 2030 in den Kommunen klimaneutral fahren und die vorhandenen Flotten modernisiert sind. Förderprogramme und ein geändertes Straßenverkehrsrecht sollen Kommunen dabei unterstützen, in Städten mehr Fläche für öffentlichen Verkehr, Fußgänger und Radfahrer zu schaffen. Wir werden den Straßenverkehr im Sinne der Vision Zero sicherer machen, insbesondere auch für die vielen Radfahrer*innen.

An Knotenpunkten werden wir die Einrichtung von barrierefreien Mobilitätsstationen für nachhaltige urbane Mobilität fördern, damit möglichst viele vom Auto auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umsteigen. fördern, die einen einfachen Wechsel zwischen den Mobilitätsformen ermöglichen. Wir werden eine nationale Leitstelle Mobilität einrichten, die die Erarbeitung regionaler Mobilitätspläne unterstützt und eine frühzeitige Beteiligung vor Ort sicherstellt.

Antrag 2.2.-Ä010: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 276 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	erledigt durch 2.2.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.2.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 37 - 41

Der Schienenverkehr ist ein Schwerpunkt unserer verkehrspolitischen Agenda. Bahnfahren soll innereuropäisch günstiger und attraktiver als Fliegen sein. Wir wollen rasch den Deutschlandtakt umsetzen und einen Europatakt aufbauen. Hierfür werden wir investieren: in den Aus- und Neubau des Schienennetzes, in den Lärmschutz und den Ausbau und die Attraktivitätssteigerung von Bahnhöfen. Wir haben das Ziel, alle Großstädte wieder ans Fernverkehrsnetz anzuschließen und neue schnelle Zug- und

Nachtzugverbindungen in unsere Nachbarländer und darüber hinaus zu etablieren.

Wir werden die Umsetzung bereits geplanter Vorhaben und den Ausbau der Bahnknotenpunkte beschleunigen. Vor allem werden wir die Attraktivität des Nahverkehrs und dessen Planung verbessern, ~~durch Investitionen in das Angebot und die Qualität von Zügen und Bussen und durch die Reaktivierung alter Bahnstrecken.~~ Wir werden. Das heißt engere, ~~verlässliche~~ Taktungen, komfortablere Züge mit flächendeckendem W-LAN ~~und~~, eine Reservierungsmöglichkeit für Sitzplätze ~~ermöglichen~~, Unterstützung der Kommunen bei der bevorratenden Planung und eine Vereinfachung der unterschiedlichen Ticket- und Preissysteme durch die rasche Realisierung des Deutschlandtarifs auf allen Ebenen.

Antrag 2.2.-Ä011: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 277 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 50 - 57

~~Wir wollen, dass sich die Deutsche Bahn AG auf ihr Kerngeschäft des Transports von Personen und Gütern auf der Schiene konzentriert und auf gemeinwohlorientierte Ziele ausrichtet. Den Schienengüterverkehr wollen wir ausbauen und modernisieren. Wir werden in die Erneuerung und Digitalisierung von Loks und Waggonen investieren. Wir werden die Kostennachteile der Schiene gegenüber der Straße parallel zum Kapazitätsaufbau im Schienengüterverkehr verringern. Die Potenziale unserer Wasserstraßen werden wir stärker nutzen, um mehr Güterverkehr von LKW auf die umweltfreundliche Binnenschifffahrt zu verlagern.~~

Wir wollen, dass sich die Deutsche Bahn AG auf ihr Kerngeschäft des Transports von Personen und Gütern auf der Schiene konzentriert und auf gemeinwohlorientierte Ziele ausrichtet. Den Schienengüterverkehr wollen wir ausbauen und modernisieren.

Wir werden die innerdeutsche Produktion von Schienenfahrzeugen ausweiten. Wir werden die Kostennachteile der Schiene gegenüber der Straße parallel zum Kapazitätsaufbau im Schienengüterverkehr verringern. Die Potenziale unserer Wasserstraßen werden wir stärker nutzen, um mehr Güterverkehr von LKW auf die umweltfreundliche Binnenschifffahrt zu verlagern. Wir wollen den schadstoffarmen Warentransport auf der letzten Meile durch den Einsatz von elektrisch betriebenen Lieferfahrzeugen voranbringen.

Dafür werden wir LKW im Vor- und Nachlauf zum Kombinierten Güterverkehr von der LKW-Maut befreien.

Antrag 2.2.-Ä012: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 281 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 72

Wir machen das Stromtanken so einfach wie bisher das Tanken von Benzin und Diesel.

Den Fortschritt beim Ausbau der Schnell-Ladesäulen für Elektroautos wollen wir vierteljährlich evaluieren und wo nötig mit Versorgungsaufgaben und staatlichem Ausbau die notwendige verlässliche Erreichbarkeit von Ladepunkten herstellen.

Antrag 2.2.-Ä013: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 284 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 75

Wir werden ein Tempolimit von 130 km/h auf Bundesautobahnen einführen. Innerorts werden wir Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in der Straßenverkehrsordnung festlegen. Das schützt die Umwelt und senkt die Unfallzahlen deutlich. Zusätzlich werden wir Forschung, Entwicklung und Pilotprojekte vorantreiben, damit Schiffe, Flugzeuge und Laster kein klimaschädliches CO₂ mehr ausstoßen. Wir verbinden das mit Projekten zum Aufbau einer umweltfreundlichen Wasserstoffwirtschaft.

Antrag 2.2.-Ä014: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 340 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Köln
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 13 - 14

Wir werden die Verkehrswende voranbringen und bis 2030 das modernste und klimafreundlichste Mobilitätssystem Europas aufbauen. Das ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, zu der die Bundesregierung ihren Beitrag leisten wird, die aber auch Länder und Kommunen in die Pflicht nimmt. Unser Ziel ist eine Mobilitätsgarantie: Jede*r

Bürger*in - in der Stadt und auf dem Land - ~~soll einen wohnortnahen Anschluss an den mit einem fußläufig erreichbaren Angebot des öffentlichen Verkehr haben~~ Verkehrs den Alltag gestalten können. Dazu nutzen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung:

mit neuen Mobilitätsdienstleistungen, die vernetzte Mobilitätsangebote auf digitalen Plattformen nutzbar machen. Modelle wie das 365-Euro-Ticket oder Modellprojekte für einen ticketfreien Nahverkehr unterstützen wir.

Zeile 25 - 26

Wir werden einen Mobilitätsplan 2030 auf den Weg bringen, der den öffentlichen Personennahverkehr und den Schienenverkehr auf ein neues Niveau bringt. Der Bund wird durch Austauschprogramme seinen Beitrag leisten, damit alle neuen Busse und Bahnen bis 2030 in den Kommunen klimaneutral fahren und die vorhandenen Flotten modernisiert sind.

Förderprogramme und ein geändertes Straßenverkehrsrecht sollen Kommunen dabei unterstützen, in Städten mehr Fläche für öffentlichen Verkehr, Fußgänger und Radfahrer zu schaffen. Wir werden den Straßenverkehr im Sinne der Vision Zero

sicherer machen, insbesondere auch für die vielen Radfahrer*innen.

Fuß-, Rad- und Öffentlicher Verkehr werden die dominierenden Verkehrsträger in Städten sein. Förderprogramme sollen Kommunen dabei unterstützen, mehr Fläche für diese Verkehrsträger zu schaffen. Wir werden den Ausbau von Radschnellverbindungen verstärkt finanziell unterstützen, um umweltfreundliches Pendeln mit dem Fahrrad, auch ins Umland zu ermöglichen. Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, werden wir Tempo 30 innerorts als Regelgeschwindigkeit in der Straßenverkehrsordnung festlegen, mit Ausnahmemöglichkeiten für Tempo 50 auf bestimmten Hauptverkehrsstraßen.

An Knotenpunkten werden wir die Einrichtung von barrierefreien Mobilitätsstationen

für nachhaltige urbane Mobilität fördern, damit möglichst viele vom Auto auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umsteigen. Wir werden eine nationale Leitstelle Mobilität einrichten, die die Erarbeitung regionaler Mobilitätspläne unterstützt und eine frühzeitige Beteiligung vor Ort sicherstellt.

Zeile 35

Der Schienenverkehr ist ein Schwerpunkt unserer verkehrspolitischen Agenda. Bahnfahren soll innereuropäisch günstiger und attraktiver als Fliegen sein. Wir wollen rasch den Deutschlandtakt umsetzen und einen Europatakt aufbauen. Hierfür werden wir investieren: in den Aus- und Neubau des Schienennetzes, in den Lärmschutz

und den Ausbau und die Attraktivitätssteigerung von Bahnhöfen sowie die Barrierefreiheit von Bahnhöfen und Zügen. Wir haben das Ziel, alle Großstädte wieder ans Fernverkehrsnetz anzuschließen und neue schnelle Zug- und Nachtzugverbindungen in unsere Nachbarländer zu etablieren. Vor allem werden wir die Attraktivität des Nahverkehrs verbessern, durch Investitionen in das Angebot und die Qualität von Zügen und Bussen und durch die Reaktivierung alter Bahnstrecken. Wir werden engere, verlässliche Taktungen, komfortablere Züge mit flächendeckendem W-LAN und eine Reservierungsmöglichkeit für Sitzplätze ermöglichen.

Zeile 44 - 49

Bis 2030 wollen wir mindestens 75 Prozent des Schienennetzes elektrifizieren, die Schiene weiter digitalisieren und für nicht elektrifizierte Strecken verbindliche

Nutzungen wie den Einsatz von wasserstoffbetriebenen Zügen unterstützen. Dabei soll der Schwerpunkt auf stark frequentierten Strecken liegen. Die Deutsche Bahn AG ist für uns ein Garant verlässlicher Mobilität. Wir werden sie als integrierten Konzern in öffentlichem Eigentum erhalten. Mit der Verpflichtung zur Tariftreue, zum Personalübergang für alle Beschäftigten bei Betreiberwechsel und der Gewährleistung guter Arbeitsbedingungen im Vergaberecht werden wir Wettbewerbsverzerrungen durch Billiganbieter verhindern.

Der Luftverkehr ist in den letzten Jahrzehnten auch aufgrund von Steuerprivilegien und Preisdumping rasant gewachsen. Neben dem Ausbau des Schienenverkehrs werden wir daher die Wettbewerbsbedingungen des Luftverkehrs an andere Verkehrsträger angleichen. Das bedeutet insbesondere höhere europäische Sozialstandards für Mitarbeiter*innen von Billigfluggesellschaften sowie eine Besteuerung von Flugkerosin analog zu anderen Treibstoffen; zunächst für Inlandsflüge, mittelfristig auch auf europäischer und internationaler Ebene. Noch nicht begonnene Neu- oder Ausbauprojekte von Flughäfen sollen zurückgestellt werden, bis der Luftverkehr zu großen Teilen emissionsneutral ist.

Antrag 2.2.-Ä015: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 416 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	Ortsverein Brüssel
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 1 - 2

2.2. Zukunftsmission II. ~~MODERNSTES MOBILITÄTSSYSTEM-
EUROPAS~~ Gemeinsam in Europa ein modernes Mobilitätssystem
aufbauen.

Antrag 2.2.-Ä016: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 418 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	SPD-UB Dresden
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 7

Alle Bürger*innen müssen schnell, zuverlässig und klimafreundlich von A nach B gelangen können. Dafür denken wir Mobilität neu: Nachhaltig, bezahlbar, barrierefrei und verlässlich. Und immer mehr Bürger*innen steigen auf Bus, Bahn oder das Rad um. Dennoch bleibt das Auto für viele Menschen wichtig. Aber der Schadstoffausstoß wird

auf null reduziert sein. Unsere Mission ist eine ~~klimafreundliche Mobilität für~~ klimaneutrale Mobilität für alle.

Antrag 2.2.-Ä017: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 419 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	SPD-UB Dresden
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 24

Wir werden einen Mobilitätsplan 2030 auf den Weg bringen, der den öffentlichen Personennahverkehr und den Schienenverkehr auf ein neues Niveau bringt. Der Bund wird durch Austauschprogramme seinen Beitrag leisten, damit alle neuen Busse und Bahnen bis 2030 in den Kommunen klimaneutral fahren und die vorhandenen Flotten modernisiert sind. Förderprogramme und ein geändertes Straßenverkehrsrecht sollen Kommunen dabei unterstützen, in Städten mehr Fläche für öffentlichen Verkehr, Fußgänger und Radfahrer zu schaffen. Wir werden den Straßenverkehr ~~im Sinne der Vision Zero~~ sicherer machen, insbesondere auch für die vielen Radfahrer*innen.

An Knotenpunkten werden wir die Einrichtung von barrierefreien Mobilitätsstationen für nachhaltige urbane Mobilität fördern, damit möglichst viele vom Auto auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umsteigen. Wir werden eine nationale Leitstelle Mobilität einrichten, die die Erarbeitung regionaler Mobilitätspläne unterstützt und eine frühzeitige Beteiligung vor Ort sicherstellt.

Antrag 2.2.-Ä018: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 420 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	SPD-UB Dresden
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 43

Bis 2030 wollen wir mindestens 75 Prozent des Schienennetzes elektrifizieren, die

Schiene weiter ~~digital~~modernisieren und für nicht elektrifizierte Strecken verbindliche Nutzungen wie den Einsatz von wasserstoffbetriebenen Zügen unterstützen. Die Deutsche Bahn AG ist für uns ein Garant verlässlicher Mobilität. Wir werden sie als integrierten Konzern in öffentlichem Eigentum erhalten. Mit der Verpflichtung zur Tariftreue, zum Personalübergang für alle Beschäftigten bei Betreiberwechsel und der Gewährleistung guter Arbeitsbedingungen im Vergaberecht werden wir Wettbewerbsverzerrungen durch Billiganbieter verhindern.

Antrag 2.2.-Ä019: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 421 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	SPD-UB Dresden
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 45

Bis 2030 wollen wir mindestens 75 Prozent des Schienennetzes elektrifizieren, die Schiene weiter digitalisieren und für nicht elektrifizierte Strecken verbindliche Nutzungen wie den Einsatz von wasserstoffbetriebenen Zügen unterstützen. Die Deutsche

Bahn AG ~~ist für uns ein Garant~~ entwickeln wir zu einem Garanten verlässlicher Mobilität. Wir werden sie als

integrierten Konzern in öffentlichem Eigentum erhalten. Mit der Verpflichtung zur Tariftreue, zum Personalübergang für alle Beschäftigten bei Betreiberwechsel und der Gewährleistung guter Arbeitsbedingungen im Vergaberecht werden wir Wettbewerbsverzerrungen durch Billiganbieter verhindern.

Antrag 2.2.-Ä020: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 435 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	SPD-OV Greifswald
Status:	überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 16

Wir werden die Verkehrswende voranbringen und bis 2030 das modernste und klimafreundlichste Mobilitätssystem Europas aufbauen. Das ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, zu der die Bundesregierung ihren Beitrag leisten wird, die aber auch Länder und Kommunen in die Pflicht nimmt. Unser Ziel ist eine Mobilitätsgarantie: Jede*r Bürger*in - in der Stadt und auf dem Land - soll einen wohnortnahen Anschluss an den öffentlichen Verkehr haben. Dazu nutzen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung: mit neuen Mobilitätsdienstleistungen, die vernetzte Mobilitätsangebote auf digitalen

Plattformen nutzbar machen. Deswegen verpflichten wir die Mobilitätsanbieter*innen, ihr Angebot im GTFS-Format zugänglich zu machen. Modelle wie das 365-Euro-Ticket oder Modellprojekte für einen ticketfreien Nahverkehr unterstützen wir.

Antrag 2.2.-Ä021: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 209 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	SPD OV Köln-Kalk
Status:	überwiesen an Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 25 - 26

Wir werden einen Mobilitätsplan 2030 auf den Weg bringen, der den öffentlichen Personennahverkehr und den Schienenverkehr auf ein neues Niveau bringt. Der Bund wird durch Austauschprogramme seinen Beitrag leisten, damit alle neuen Busse und Bahnen bis 2030 in den Kommunen klimaneutral fahren und die vorhandenen Flotten modernisiert sind. Förderprogramme und ein geändertes Straßenverkehrsrecht sollen Kommunen dabei unterstützen, in Städten mehr Fläche für öffentlichen Verkehr, Fußgänger und Radfahrer zu schaffen. Wir werden den Straßenverkehr im Sinne der Vision Zero sicherer machen, insbesondere auch für die vielen Radfahrer*innen.

Fuß-, Rad- und Öffentlicher Verkehr werden die dominierenden Verkehrsträger in Städten sein. Förderprogramme sollen Kommunen dabei unterstützen, mehr Fläche für diese Verkehrsträger zu schaffen. Wir werden den Ausbau von Radschnellverbindungen verstärkt finanziell unterstützen, um umweltfreundliches Pendeln mit dem Fahrrad, auch ins Umland zu ermöglichen. Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, werden wir Tempo 30 innerorts als Regelgeschwindigkeit in der Straßenverkehrsordnung festlegen, mit Ausnahmemöglichkeiten für Tempo 50 auf bestimmten Hauptverkehrsstraßen.

An Knotenpunkten werden wir die Einrichtung von barrierefreien Mobilitätsstationen für nachhaltige urbane Mobilität fördern, damit möglichst viele vom Auto auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umsteigen. Wir werden eine nationale Leitstelle Mobilität einrichten, die die Erarbeitung regionaler Mobilitätspläne unterstützt und eine frühzeitige Beteiligung vor Ort sicherstellt.

Antrag 2.2.-Ä022: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 441 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	SPD-UB Dresden
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 6 - 7

Alle Bürger*innen müssen schnell, zuverlässig und klimafreundlich von A nach B gelangen können. Dafür denken wir Mobilität neu: Nachhaltig, bezahlbar, barrierefrei und verlässlich. Und immer mehr Bürger*innen steigen auf Bus, Bahn oder das Rad um.

Dennoch bleibt das Auto für viele Menschen wichtig. ~~Aber der~~ Um aber dennoch den Schadstoffausstoß ~~wird auf null reduziert sein~~ auf Null zu reduzieren, setzen wir uns für ein Ende des Verbrennermotors bis 2030 ein. Unsere Mission ist eine klimafreundliche Mobilität für alle.

Antrag 2.2.-Ä023: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 449 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	SPD OV Schwerin-Südstadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 75

Wir werden ein Tempolimit von ~~13~~⁴0 km/h auf Bundesautobahnen einführen. Das schützt die Umwelt und senkt die Unfallzahlen deutlich. Zusätzlich werden wir Forschung, Entwicklung und Pilotprojekte vorantreiben, damit Schiffe, Flugzeuge und Laster kein klimaschädliches CO₂ mehr ausstoßen. Wir verbinden das mit Projekten zum Aufbau einer umweltfreundlichen Wasserstoffwirtschaft.

Antrag 2.2.-Ä024: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 465 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 17

Wir werden die Verkehrswende voranbringen und bis 2030 das modernste und klimafreundlichste Mobilitätssystem Europas aufbauen. Das ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, zu der die Bundesregierung ihren Beitrag leisten wird, die aber auch Länder und Kommunen in die Pflicht nimmt. Unser Ziel ist eine Mobilitätsgarantie: Jede*r Bürger*in - in der Stadt und auf dem Land - soll einen wohnortnahen Anschluss an den öffentlichen Verkehr haben. Dazu nutzen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung: mit neuen Mobilitätsdienstleistungen, die vernetzte Mobilitätsangebote auf digitalen Plattformen nutzbar machen. Modelle wie das 365-Euro-Ticket oder Modellprojekte für

einen ticketfreien Nahverkehr unterstützen wir. Für uns gilt weiterhin: Unser Ziel ist der ticketfreie und kostenfreie Nahverkehr für alle!

Antrag 2.2.-Ä025: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 478 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	03/13 Prenzlauer Berg NO
Status:	erledigt durch 2.1.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.1.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 64

Wir werden Deutschland zu einem Zentrum der Batteriezellenfertigung und des Recyclings gebrauchter Batterien machen. Wir fördern die Kreislaufwirtschaft, indem wir ambitionierte Recyclingziele für Batterierohstoffe auf deutscher und europäischer Ebene durchsetzen. Darüber hinaus stellen wir im Rahmen der europäischen Batterieverordnung sicher, dass die Rohstoffe für die Batteriezellfertigung unter menschenrechtlich und ökologisch einwandfreien Bedingungen gewonnen werden. Im Schwerlastverkehr wird auch die Wasserstoff-Brennstoffzelle eine wichtige Rolle spielen. Die weitere Forschung hierzu werden wir unterstützen. Wir unterstützen die Automobil-Zulieferindustrie bei der Umstellung ihrer Produktionsprozesse und der Erschließung neuer Geschäftsfelder. Gemeinsam mit Sozialpartnern und lokalen Akteuren werden wir regionale Transformationscluster aufbauen, um neue, qualifizierte und gut bezahlte Beschäftigung in den Regionen zu schaffen.

Antrag 2.2.-Ä026: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 510 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	Ortsverein Leutenbach
Status:	erledigt durch Zukunftsprogramm Kapitel 2.2. Der Antrag zur Streichung Zeile 75 wird abgelehnt.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Zukunftsprogramm Kapitel 2.2. Der Antrag zur Streichung Zeile 75 wird abgelehnt.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 14

Wir werden die Verkehrswende voranbringen und bis 2030 das modernste und klimafreundlichste Mobilitätssystem Europas aufbauen. Das ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, zu der die Bundesregierung ihren Beitrag leisten wird, die aber auch Länder und Kommunen in die Pflicht nimmt. Unser Ziel ist eine Mobilitätsgarantie: Jede*r Bürger*in - in der Stadt und auf dem Land - soll einen wohnortnahen Anschluss an den

öffentlichen Verkehr haben. Außerdem setzen wir auch in ländlichen Gebieten auf eine Taktverbindung und gute Reiseverbindungen. Dazu nutzen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung:

mit neuen Mobilitätsdienstleistungen, die vernetzte Mobilitätsangebote auf digitalen Plattformen nutzbar machen. Modelle wie das 365-Euro-Ticket oder Modellprojekte für einen ticketfreien Nahverkehr unterstützen wir.

Zeile 75 - 76

~~Wir werden ein Tempolimit von 130 km/h auf Bundesautobahnen einführen. Das schützt die Umwelt und senkt die Unfallzahlen deutlich.~~ Zusätzlich werden wir Forschung, Entwicklung und Pilotprojekte vorantreiben, damit Schiffe, Flugzeuge und Laster kein klimaschädliches CO₂ mehr ausstoßen. Wir verbinden das mit Projekten zum Aufbau einer umweltfreundlichen Wasserstoffwirtschaft.

Antrag 2.2.-Ä027: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 527 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Lindenthal
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 13 - 14

Wir werden die Verkehrswende voranbringen und bis 2030 das modernste und klimafreundlichste Mobilitätssystem Europas aufbauen. Das ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, zu der die Bundesregierung ihren Beitrag leisten wird, die aber auch Länder und Kommunen in die Pflicht nimmt. Unser Ziel ist eine Mobilitätsgarantie: Jede*r

Bürger*in - in der Stadt und auf dem Land - ~~soll einen wohnortnahen Anschluss an den mit einem fußläufig erreichbaren Angebot des öffentlichen Verkehr haben~~ Verkehrs den Alltag gestalten können. Dazu nutzen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung:

mit neuen Mobilitätsdienstleistungen, die vernetzte Mobilitätsangebote auf digitalen Plattformen nutzbar machen. Modelle wie das 365-Euro-Ticket oder Modellprojekte für einen ticketfreien Nahverkehr unterstützen wir.

Zeile 25 - 26

Wir werden einen Mobilitätsplan 2030 auf den Weg bringen, der den öffentlichen Personennahverkehr und den Schienenverkehr auf ein neues Niveau bringt. Der Bund wird durch Austauschprogramme seinen Beitrag leisten, damit alle neuen Busse und Bahnen bis 2030 in den Kommunen klimaneutral fahren und die vorhandenen Flotten modernisiert sind.

Förderprogramme und ein geändertes Straßenverkehrsrecht sollen Kommunen dabei unterstützen, in Städten mehr Fläche für öffentlichen Verkehr, Fußgänger und Radfahrer zu schaffen. Wir werden den Straßenverkehr im Sinne der Vision Zero

sicherer machen, insbesondere auch für die vielen Radfahrer*innen.

Fuß-, Rad- und Öffentlicher Verkehr werden die dominierenden Verkehrsträger in Städten sein. Förderprogramme sollen Kommunen dabei unterstützen, mehr Fläche für diese Verkehrsträger zu schaffen. Wir werden den Ausbau von Radschnellverbindungen verstärkt finanziell unterstützen, um umweltfreundliches Pendeln mit dem Fahrrad, auch ins Umland zu ermöglichen. Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, werden wir Tempo 30 innerorts als Regelgeschwindigkeit in der Straßenverkehrsordnung festlegen, mit Ausnahmemöglichkeiten für Tempo 50 auf bestimmten Hauptverkehrsstraßen.

An Knotenpunkten werden wir die Einrichtung von barrierefreien Mobilitätsstationen

für nachhaltige urbane Mobilität fördern, damit möglichst viele vom Auto auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umsteigen. Wir werden eine nationale Leitstelle Mobilität einrichten, die die Erarbeitung regionaler Mobilitätspläne unterstützt und eine frühzeitige Beteiligung vor Ort sicherstellt.

Zeile 35 - 41

Der Schienenverkehr ist ein Schwerpunkt unserer verkehrspolitischen Agenda. Bahnfahren soll innereuropäisch günstiger und attraktiver als Fliegen sein. Wir wollen rasch den Deutschlandtakt umsetzen und einen Europatakt aufbauen. Hierfür werden wir investieren: in den Aus- und Neubau des Schienennetzes, in den Lärmschutz

und den Ausbau und die Attraktivitätssteigerung von Bahnhöfen sowie die Barrierefreiheit von Bahnhöfen und Zügen. Wir haben das Ziel, alle Großstädte wieder ans Fernverkehrsnetz anzuschließen und neue schnelle Zug- und Nachtzugverbindungen in unsere Nachbarländer zu etablieren. Vor allem werden wir die Attraktivität des Nahverkehrs verbessern, durch Investitionen in das Angebot und die Qualität von Zügen und Bussen und durch die Reaktivierung alter Bahnstrecken. Wir werden engere, verlässliche Taktungen, komfortablere Züge mit flächendeckendem W-LAN ~~und eine Reservierungsmöglichkeit für Sitzplätze~~ und günstigere Fahrpreise ermöglichen.

Zeile 44 - 49

Bis 2030 wollen wir mindestens 75 Prozent des Schienennetzes elektrifizieren, die Schiene weiter digitalisieren und für nicht elektrifizierte Strecken verbindliche

Nutzungen wie den Einsatz von wasserstoffbetriebenen Zügen unterstützen. Dabei soll der Schwerpunkt auf stark frequentierten Strecken liegen. Die Deutsche Bahn AG ist für uns ein Garant verlässlicher Mobilität. Wir werden sie als integrierten Konzern in öffentlichem Eigentum erhalten. Mit der Verpflichtung zur Tariftreue, zum Personalübergang für alle Beschäftigten bei Betreiberwechsel und der Gewährleistung guter Arbeitsbedingungen im Vergaberecht werden wir Wettbewerbsverzerrungen durch Billiganbieter verhindern.

Der Luftverkehr ist in den letzten Jahrzehnten auch aufgrund von Steuerprivilegien und Preisdumping rasant gewachsen. Neben dem Ausbau des Schienenverkehrs werden wir daher die Wettbewerbsbedingungen des Luftverkehrs an andere Verkehrsträger angleichen. Das bedeutet insbesondere höhere europäische Sozialstandards für Mitarbeiter*innen von Billigfluggesellschaften sowie eine Besteuerung von Flugkerosin analog zu anderen Treibstoffen; zunächst für Inlandsflüge, mittelfristig auch auf europäischer und internationaler Ebene. Noch nicht begonnene Neu- oder Ausbauprojekte von Flughäfen sollen zurückgestellt werden, bis der Luftverkehr zu großen Teilen emissionsneutral ist.

Antrag 2.2.-Ä028: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 548 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	SPD-OV München Haidhausen
Status:	erledigt durch Kapitel 2.2
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Kapitel 2.2
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 22

Wir werden einen Mobilitätsplan 2030 auf den Weg bringen, der den öffentlichen Personennahverkehr und den Schienenverkehr auf ein neues Niveau bringt. Der Bund wird durch Austauschprogramme seinen Beitrag leisten, damit alle neuen Busse und Bahnen bis 2030 in den Kommunen klimaneutral fahren und die vorhandenen Flotten modernisiert

sind. Den Ausbau, Erhalt und die Modernisierung der Schienen- und Bahninfrastruktur im öffentlichen Personennahverkehr in den Kommunen werden wir mit den notwendigen Mitteln unterstützen. Förderprogramme und ein geändertes Straßenverkehrsrecht sollen Kommunen dabei unterstützen, in Städten mehr Fläche für öffentlichen Verkehr, Fußgänger und Radfahrer zu schaffen. Wir werden den Straßenverkehr im Sinne der Vision Zero sicherer machen, insbesondere auch für die vielen Radfahrer*innen.

An Knotenpunkten werden wir die Einrichtung von barrierefreien Mobilitätsstationen für nachhaltige urbane Mobilität fördern, damit möglichst viele vom Auto auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umsteigen. Wir werden eine nationale Leitstelle Mobilität einrichten, die die Erarbeitung regionaler Mobilitätspläne unterstützt und eine frühzeitige Beteiligung vor Ort sicherstellt.

Antrag 2.2.-Ä029: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 570 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	SPD-UB Krefeld
Status:	erledigt durch 2.2.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.2.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 17

Wir werden die Verkehrswende voranbringen und bis 2030 das modernste und klimafreundlichste Mobilitätssystem Europas aufbauen. Das ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, zu der die Bundesregierung ihren Beitrag leisten wird, die aber auch Länder und Kommunen in die Pflicht nimmt. Unser Ziel ist eine Mobilitätsgarantie: Jede*r Bürger*in - in der Stadt und auf dem Land - soll einen wohnortnahen Anschluss an den öffentlichen Verkehr haben. Dazu nutzen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung: mit neuen Mobilitätsdienstleistungen, die vernetzte Mobilitätsangebote auf digitalen Plattformen nutzbar machen. Modelle wie das 365-Euro-Ticket oder Modellprojekte für

einen ticketfreien Nahverkehr unterstützen wir.

Fuß- und Radverkehr verstehen wir als Basismobilität in unseren Städten und Gemeinden. Die Kommunen sollen Lebensräume sein, in denen die allermeisten Wege bequem und sicher zu Fuß oder mit dem Rad gemacht werden können. Bei dem dafür notwendigen, einschneidenden infrastrukturellen Umbau werden wir die Länder und Kommunen unterstützen, die örtlichen Rad- und Fußwegsysteme auf- und auszubauen und den Verkehr sicherer zu machen, gerade für die schwächsten Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Nach unserem Verständnis der gesellschaftlichen Teilhabe Aller ist ein barrierefreier Zugang zu allen Verkehrsarten unabdingbar.

Antrag 2.2.-Ä030: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 590 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	Kreisverband Jena
Status:	erledigt durch 2.2.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.2.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 14

Wir werden die Verkehrswende voranbringen und bis 2030 das modernste und klimafreundlichste Mobilitätssystem Europas aufbauen. Das ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, zu der die Bundesregierung ihren Beitrag leisten wird, die aber auch Länder und Kommunen in die Pflicht nimmt. Unser Ziel ist eine Mobilitätsgarantie: Jede*r Bürger*in - in der Stadt und auf dem Land - soll einen wohnortnahen Anschluss an den

öffentlichen Verkehr haben. Behörden der öffentlichen Verwaltung müssen besonders gut mit dem ÖPNV erreichbar sein. Dazu nutzen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung: mit neuen Mobilitätsdienstleistungen, die vernetzte Mobilitätsangebote auf digitalen Plattformen nutzbar machen. Modelle wie das 365-Euro-Ticket oder Modellprojekte für einen ticketfreien Nahverkehr unterstützen wir.

Antrag 2.2.-Ä031: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 591 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	Kreisverband Jena
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 74

Wir machen das Stromtanken so einfach wie bisher das Tanken von Benzin und Diesel. Den Fortschritt beim Ausbau der Ladesäulen für Elektroautos wollen wir vierteljährlich evaluieren und wo nötig mit Versorgungsaufgaben und staatlichem

Ausbau die notwendige verlässliche Erreichbarkeit von Ladepunkten herstellen. Hierzu wollen wir insbesondere die Parkplätze der öffentlichen Verwaltung nutzen.

Antrag 2.2.-Ä032: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 692 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	SPD-OV Eggenfelden
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 17

Wir werden die Verkehrswende voranbringen und bis 2030 das modernste und klimafreundlichste Mobilitätssystem Europas aufbauen. Das ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, zu der die Bundesregierung ihren Beitrag leisten wird, die aber auch Länder und Kommunen in die Pflicht nimmt. Unser Ziel ist eine Mobilitätsgarantie: Jede*r Bürger*in - in der Stadt und auf dem Land - soll einen wohnortnahen Anschluss an den öffentlichen Verkehr haben. Dazu nutzen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung: mit neuen Mobilitätsdienstleistungen, die vernetzte Mobilitätsangebote auf digitalen Plattformen nutzbar machen. Modelle wie das 365-Euro-Ticket oder Modellprojekte für

einen ticketfreien Nahverkehr unterstützen wir.

Für die Ersterschließung durch einen ÖPNV in ländlichen Gebieten ist ein Zukunftsfonds einzurichten. Wenn sich Gemeinden zu Mobilitätsklustern zusammenschließen ist eine zusätzliche Bundesförderung zu gewährleisten.

Antrag 2.2.-Ä033: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 708 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	Ortsverein Oldenburg Stadt 2 Stadtmitte-Süd
Status:	erledigt durch Annahme 2.2.-Ä047
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Annahme 2.2.-Ä047
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 79

Wir werden ein Tempolimit von 130 km/h auf Bundesautobahnen einführen. Das schützt die Umwelt und senkt die Unfallzahlen deutlich. Zusätzlich werden wir Forschung, Entwicklung und Pilotprojekte vorantreiben, damit Schiffe, Flugzeuge und Laster kein klimaschädliches CO2 mehr ausstoßen. Wir verbinden das mit Projekten zum Aufbau einer umweltfreundlichen Wasserstoffwirtschaft.

Die Ausbauten des Schienennetzes, die wir zum Erreichen unseres Ziels bis 2030 benötigen, werden wir nur erreichen, wenn wir Planung und Durchführung von Großprojekten deutlich effizienter gestalten. Wir werden daher die zugrundeliegenden Prozesse massiv beschleunigen, ohne dabei rechtsstaatliche Grundsätze aufzugeben.

Antrag 2.2.-Ä034: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 744 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen-Stadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 52

Wir wollen, dass sich die Deutsche Bahn AG auf ihr Kerngeschäft des Transports von Personen und Gütern auf der Schiene konzentriert und auf gemeinwohlorientierte Ziele

ausrichtet. Das Straßennetz in Deutschland ist weitestgehend sehr gut ausgebaut. Wir werden deshalb ein Moratorium für den Neu- und Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen durchsetzen. Nur gut begründete Ausnahmen sind möglich. Die freiwerdenden Mittel werden benötigt, um Lärmschutz an Bestandsstrecken, den Schienenverkehr, den ÖPNV sowie den Radverkehr zu fördern. Den Schienengüterverkehr wollen wir ausbauen und modernisieren. Wir werden in die Erneuerung und Digitalisierung von Loks und Waggons investieren. Wir werden die Kostennachteile der Schiene gegenüber der Straße parallel zum Kapazitätsaufbau im Schienengüterverkehr verringern. Die Potenziale unserer Wasserstraßen werden wir stärker nutzen, um mehr Güterverkehr von LKW auf die umweltfreundliche Binnenschifffahrt zu verlagern.

Antrag 2.2.-Ä035: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 422 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	SPD-UB Dresden
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 48 - 49

Bis 2030 wollen wir mindestens 75 Prozent des Schienennetzes elektrifizieren, die Schiene weiter digitalisieren und für nicht elektrifizierte Strecken verbindliche Nutzungen wie den Einsatz von wasserstoffbetriebenen Zügen unterstützen. Die Deutsche Bahn AG ist für uns ein Garant verlässlicher Mobilität. Wir werden sie als integrierten Konzern in öffentlichem Eigentum erhalten. Mit der Verpflichtung zur Tariftreue, zum Personalübergang für alle Beschäftigten bei Betreiberwechsel und der

Gewährleistung guter Arbeitsbedingungen im Vergaberecht ~~werden wir Wettbewerbsverzerrungen durch Billiganbieter verhindern.~~ sorgen wir für Fairness auf dem Markt für Mobilitätsdienstleistungen.

Antrag 2.2.-Ä036: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 462 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	03/13 Prenzlauer Berg NO
Status:	überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 64

Wir werden Deutschland zu einem Zentrum der Batteriezellenfertigung und des Recyclings gebrauchter Batterien machen. Wir fördern die Kreislaufwirtschaft, indem wir ambitionierte Recyclingziele für Batterierohstoffe auf deutscher und europäischer Ebene durchsetzen. Darüber hinaus stellen wir im Rahmen der europäischen Batterieverordnung sicher, dass die Rohstoffe für die Batteriezellfertigung unter menschenrechtlich und ökologisch einwandfreien Bedingungen gewonnen werden. Im Schwerlastverkehr wird auch die Wasserstoff-Brennstoffzelle eine wichtige Rolle spielen. Die weitere Forschung hierzu werden wir unterstützen. Wir unterstützen die Automobil-Zulieferindustrie bei der Umstellung ihrer Produktionsprozesse und der Erschließung neuer Geschäftsfelder. Gemeinsam mit Sozialpartnern und lokalen Akteuren werden wir regionale Transformationscluster aufbauen, um neue, qualifizierte und gut bezahlte Beschäftigung in den Regionen zu schaffen.

Antrag 2.2.-Ä037: Änderungsantrag zu 2.2.

Laufende Nummer: 702 • Änderungsantrag zu 2.2.

Antragsteller*in:	SPD-OV München Haidhausen
Status:	erledigt durch 2.2.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.2.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 22

Wir werden einen Mobilitätsplan 2030 auf den Weg bringen, der den öffentlichen Personennahverkehr und den Schienenverkehr auf ein neues Niveau bringt. Der Bund wird durch Austauschprogramme seinen Beitrag leisten, damit alle neuen Busse und Bahnen bis 2030 in den Kommunen klimaneutral fahren und die vorhandenen Flotten modernisiert

sind. Förderprogramme Den Ausbau, Erhalt und die Modernisierung der Schienen- und Bahninfrastruktur im öffentlichen Personennahverkehr in den Kommunen werden wir mit den notwendigen Mitteln unterstützen. Förderprogramme und ein geändertes Straßenverkehrsrecht sollen Kommunen dabei

unterstützen, in Städten mehr Fläche für öffentlichen Verkehr, Fußgänger und Radfahrer zu schaffen. Wir werden den Straßenverkehr im Sinne der Vision Zero sicherer machen, insbesondere auch für die vielen Radfahrer*innen.

An Knotenpunkten werden wir die Einrichtung von barrierefreien Mobilitätsstationen für nachhaltige urbane Mobilität fördern, damit möglichst viele vom Auto auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umsteigen. Wir werden eine nationale Leitstelle Mobilität einrichten, die die Erarbeitung regionaler Mobilitätspläne unterstützt und eine frühzeitige Beteiligung vor Ort sicherstellt.

Antrag 2.3.-Ä001: Änderungsantrag zu 2.3.

Laufende Nummer: 184 • Änderungsantrag zu 2.3.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Münster
Status:	erledigt durch 2.7.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.7.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 158

Es braucht aber neben den rechtlichen Vorgaben auch ziviles Engagement, um dem Respekt zwischen den Bürger*innen in der digitalen Kommunikation wieder mehr Geltung zu verschaffen. Organisationen, die gegen Hass und Hetze im Netz aktiv sind, sichern

wir unsere Unterstützung zu. Bisher jeglicher staatlichen Regulierung entzieht sich der Bereich der Cryptowährungen (Fungible Tokens) und Non-Fungible Tokens (NTF, einzigartige kryptografische Tokens). Hier darf die Politik nicht hinterherlaufen, sondern muss eingreifen, bevor eine verheere Blase oder Umweltschäden entstehen. Gemeinsam mit Expert:innen werden wir daher auf europäischer Ebene Wege entwickeln, den Kryptomarkt zu regulieren, ohne ihn komplett zu verbieten

Antrag 2.3.-Ä002: Änderungsantrag zu 2.3.

Laufende Nummer: 341 • Änderungsantrag zu 2.3.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 6

Deutschland soll 2030 über eine digitale Infrastruktur auf Weltniveau verfügen, über eine vollständig und durchgängig digitalisierte Verwaltung und ein Bildungssystem, in dem für das Leben in einer digitalen Welt gelernt werden kann. Die Selbstbestimmung und digitale Mündigkeit der Bürger*innen ist unser Leitbild, damit die Digitalisierung allen zugutekommen kann.

Zeile 23 - 24

Unser Ziel ist ein moderner, bürgernaher Staat, der allen Bürger*innen einen einfachen, digitalen Zugang zu seinen Dienstleistungen bietet. Wir werden daher die Verpflichtung von Bund, Ländern und Kommunen zur Bereitstellung digitaler Verwaltungsdienstleistungen ausbauen, damit alle Verwaltungsleistungen möglichst schnell auch digital verfügbar sind. Jede* Bürger*in soll ohne Zusatzkosten und Extraräte die Möglichkeit haben, diese Leistungen freiwillig und datenschutzkonform mit einer digitalen Identität zu nutzen. Wer Anspruch auf eine Leistung hat, muss ~~sie automatisch ohne einen gesonderten Antrag bekommen.~~ diese in einfacher Form 'mit einem Klick' beantragen können. Öffentlich finanzierte Software sollte wo möglich als Open-Source transparent entwickelt und öffentlich zugänglich gemacht werden.

Antrag 2.3.-Ä003: Änderungsantrag zu 2.3.

Laufende Nummer: 345 • Änderungsantrag zu 2.3.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 46 - 48

Notwendig ist darüber hinaus ein System, das die Qualität der eingestellten Medien auf solchen offenen Plattformen prüft und sichert. Wir werden die Entwicklung datenschutzkonformer intelligenter Lehr- und Lernsoftware unterstützen. Unser Ziel ist es, die Lehr- und Lernprozesse zu individualisieren, Schüler*innen bestmöglich zu fördern, Lehrkräfte fortzubilden und zu entlasten und die Binnendifferenzierung im

(digitalen) Unterricht zu verbessern. Die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften ist ein Schlüssel zur digitalen Schule. Wir werden deshalb bundesweit ~~vernetzte~~ Kompetenzzentren für digitales Lehren und Lernen aufbauen und unterstützen. Über die Kultusministerkonferenz werden wir darauf hinwirken, dass bereits im Lehramtsstudium digitale Kompetenzen Bestandteil der Ausbildung sein müssen, bspw. in Form von IT-Zertifikaten.

Antrag 2.3.-Ä004: Änderungsantrag zu 2.3.

Laufende Nummer: 347 • Änderungsantrag zu 2.3.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 98 - 99

Wir setzen uns für eine gezielte und koordinierte Unterstützung der deutschen und europäischen Digitalwirtschaft auf allen Technologie-Ebenen und entlang der gesamten Wertschöpfungsketten ein: von der Halbleiter-Fertigung und der Quantentechnologie über die Cloud und Künstliche Intelligenz und Edge-Computing bis zur Cyber-Sicherheit, sicherer und vertrauenswürdiger Hard- und Software sowie Netzwerktechnik

~~und datenbasierten Geschäftsmodellen.~~

:

Große Bedeutung für europäische Unternehmen kommt hierbei Open Source-basierten Modellen zu. Wir setzen uns ein für eine europäische Cloud-Infrastruktur.

Antrag 2.3.-Ä005: Änderungsantrag zu 2.3.

Laufende Nummer: 350 • Änderungsantrag zu 2.3.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 106

Daten sollen für gemeinwohlorientierte digitale Dienstleistungen und Innovationen nutzbar gemacht werden und nicht nur wenigen großen Daten-Monopolisten zur Verfügung stehen. Wir werden ein Datengesetz schaffen, das das Gemeinwohl in den Mittelpunkt rückt. Dafür werden wir eine vertrauenswürdige Daten-Teilen-Infrastruktur fördern, öffentliche Datentreuhänder einrichten und gleichzeitig dafür sorgen, dass die großen

Konzerne ihre Daten für gemeinwohlorientierte Ziele teilen müssen. Rückschlüsse auf einzelne Personen dürfen dabei jedoch insbesondere weder durch kleine Datensätze, noch durch das Zusammenführen großer Datenbanken möglich sein. Wo die öffentliche

Hand Aufträge vergibt, muss sie darauf bestehen können, dass die Daten, die im Rahmen des Auftrages erhoben werden, wieder an sie zurückfließen. Wir fördern die Entwicklung von Anonymisierungstechniken und setzen uns für strafbewehrte Verbote von De-Anonymisierung ein. Der Staat muss beim Datenteilen mit gutem Beispiel vorangehen und einen breiten Datenzugang im Sinne von Open-Data ermöglichen. Wir werden die Behörden dabei unterstützen, das umzusetzen.

Antrag 2.3.-Ä006: Änderungsantrag zu 2.3.

Laufende Nummer: 354 • Änderungsantrag zu 2.3.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 9 - 16

Ein schneller, sicherer und bezahlbarer Internetzugang ist im 21. Jahrhundert unverzichtbar. In den 2020er Jahren muss Deutschland zur „Gigabit-~~Gesellschaft~~ Gesellschaft“ werden. Gerade mittelständische Unternehmen im ländlichen Raum, die oft global agieren, sind auf schnelles Internet angewiesen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Um dieses Versprechen einzuhalten, ~~werden wir die Versorgung aller~~ alle Haushalte und Unternehmen mit einer Bandbreite von mindestens ~~einem Gigabit pro Sekunde garantieren – durch konkrete, gesetzlich festgelegte Ausbau- und Versorgungsverpflichtungen und entsprechende Zwischenziele. Hier stehen auch die Netzbetreiber~~ 1 GBit/s zu versorgen, muss der Glasfaserausbau von der Planung bis zum Anschluss in der Verantwortung staatliche Hand genommen werden. Somit werden betriebswirtschaftliche Gründe, die innerhalb von Konzernen gegen einen flächendeckenden Ausbau sprechen, ausgeschlossen. Nur so wird dieses zukunftsweisende Projekt der „Gigabit-Gesellschaft“ erfolgreich sein und alle Menschen mit schnellem Internet versorgt.

Antrag 2.3.-Ä007: Änderungsantrag zu 2.3.

Laufende Nummer: 356 • Änderungsantrag zu 2.3.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 150 - 152

Für den Schutz unserer Demokratie und die Sicherheit Einzelner benötigen wir auch im Netz ein konsequentes Vorgehen gegen Hasskriminalität, Betrug und andere Straftaten. Zur Verfolgung von aus dem oder im Internet begangenen Straftaten braucht es technisch und personell hinreichend ausgestattete Strafverfolgungsbehörden. ~~Bei hinreichenden tatsächlichen Anhaltspunkten auf eine Straftat müssen Verdächtige identifiziert werden können.~~ Wir werden die nationalen Schutzvorschriften im Strafgesetzbuch und Netzwerkdurchsetzungsgesetz weiterentwickeln und setzen uns für verbindliche Regelungen auf europäischer Ebene (Digital Service Act) ein.

Antrag 2.3.-Ä008: Änderungsantrag zu 2.3.

Laufende Nummer: 371 • Änderungsantrag zu 2.3.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 9 - 16

Ein schneller, sicherer und bezahlbarer Internetzugang ist im 21. Jahrhundert unverzichtbar. In den 2020er Jahren muss Deutschland zur "Gigabit-~~Gesellschaft~~" Gesellschaft werden. Gerade mittelständische Unternehmen im ländlichen Raum, die oft global agieren, sind auf schnelles Internet angewiesen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Um dieses Versprechen einzuhalten, werden wir die Versorgung aller Haushalte und Unternehmen mit einer Bandbreite von mindestens einem Gigabit pro Sekunde garantieren - durch konkrete, gesetzlich festgelegte Ausbau- und Versorgungsverpflichtungen und entsprechende Zwischenziele. Hier stehen auch die Netzbetreiber in der Verantwortung. Wir werden die Regulierung stärker auf Anreize für Investitionen und den Ausbau der Infrastruktur ausrichten und die Deutsche Telekom als integriertes Unternehmen in staatlicher Mitverantwortung erhalten.

Zeile 119

Online-Handel und Plattformökonomie verändern den Handel dramatisch. Damit nicht nur die großen Digitalkonzerne profitieren werden wir Plattformen für den regionalen Handel und regionale Dienstleistungen fördern. Der Handel vor Ort darf steuerlich nicht gegenüber dem Onlinehandel in Hintertreffen geraten. Darum haben wir dafür gesorgt, dass digitale Handelsplattformen dafür in Haftung genommen werden, wenn Händler*innen, die über die Plattform Geschäfte abwickeln, die Umsatzsteuer nicht zahlen. Wir werden weiterhin konsequent gegen Steuerbetrug, Lohn-, Sozial- und Umweltdumping im Onlinehandel vorgehen.

Antrag 2.3.-Ä009: Änderungsantrag zu 2.3.

Laufende Nummer: 403 • Änderungsantrag zu 2.3.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Nippes
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 33

Wir verfolgen das Ziel, dass alle Schulen in Deutschland erstklassig ausgestattet sind. Jede*r Schüler*in muss ein digitales Endgerät und Zugang zum Internet zur Verfügung stehen. Mit dem DigitalPakt Schule und dem Konjunkturpaket haben Bund und Länder bereits einen großen Schritt zu einer digitalen Lehrmittelfreiheit getan. Wir werden hier weiter investieren und ein Modernisierungsprogramm des Bundes aufsetzen, das sowohl den Sanierungsbedarf der Schulgebäude als auch die digitale Ausstattung

umfasst. Einen besonderen Schwerpunkt werden wir auf die Ganztagschule legen.

Daher beantragen wir die Aufnahme eines Paktes zwischen Bund, Ländern und kommunalen Trägern. Dieser soll beinhalten:

- Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems und die systematische Förderung von integrierten Schulen für alle, die zu allen Abschlüssen führt
- Ganztagschulen zur besseren Vereinbarung von Beruf und Familie
- Beitragsfreiheit für alle Bildungseinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Studierende
- ganzheitliche und nachhaltige Digitalisierung in allen Bildungseinrichtungen
- Vernetzung von KiTa, Schule, Universität und Berufsschule in den kommunalen Einrichtungen/ Vereinen vor Ort
- systematische Implementierung und Förderung von Demokratiebildung, Migration, Inklusion und Jugendhilfe.

Antrag 2.3.-Ä010: Änderungsantrag zu 2.3.

Laufende Nummer: 415 • Änderungsantrag zu 2.3.

Antragsteller*in:	Ortsverein Brüssel
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 21

Unser Ziel ist ein moderner, bürgernaher Staat, der allen Bürger*innen einen einfachen, digitalen Zugang zu seinen Dienstleistungen bietet. Wir werden daher die Verpflichtung von Bund, Ländern und Kommunen zur Bereitstellung digitaler Verwaltungsdienstleistungen ausbauen, damit alle Verwaltungsleistungen möglichst

schnell auch digital verfügbar sind. Wir setzen uns für Initiativen ein, die zur Harmonisierung digitaler Verwaltungen auf europäischer Ebene und zwischen den EU-Mitgliedsstaaten beitragen.

Jede* Bürger*in soll ohne Zusatzkosten und

Extrageräte die Möglichkeit haben, diese Leistungen freiwillig und datenschutzkonform mit einer digitalen Identität zu nutzen. Wer Anspruch auf eine Leistung hat, muss sie automatisch ohne einen gesonderten Antrag bekommen. Öffentlich finanzierte Software sollte wo möglich als Open-Source transparent entwickelt und öffentlich zugänglich gemacht werden.

Antrag 2.3.-Ä011: Änderungsantrag zu 2.3.

Laufende Nummer: 437 • Änderungsantrag zu 2.3.

Antragsteller*in:	SPD-OV Greifswald
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 125

Jeden Tag bekommen wir Dinge von Algorithmen vorgeschlagen: Neue Songs, Turnschuhe oder Routen von A nach B. Selbstlernende Systeme und Algorithmen treffen Entscheidungen für eine Vielzahl von Menschen. Sie können unser Leben und unseren Alltag erleichtern. Aber sie müssen transparent und diskriminierungsfrei angelegt werden. Die Zielsetzung einer algorithmischen Entscheidung muss klar und überprüfbar

definiert sein. [Deswegen lehnen wir algorithmische Entscheidungen in der Verwaltung ab.](#) Hierfür brauchen wir eine stringente Regulierung und Aufsicht.

Antrag 2.3.-Ä012: Änderungsantrag zu 2.3.

Laufende Nummer: 442 • Änderungsantrag zu 2.3.

Antragsteller*in:	SPD-UB Dresden
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 146

Die anonyme und pseudonyme Nutzung des Netzes schützt viele Journalist*innen und Freiheitskämpfer*innen in aller Welt vor Verfolgung und Bedrohung. Wir sind gegen eine Klarnamenpflicht im Netz und setzen uns weiterhin für die Möglichkeit einer anonymen und pseudonymen Nutzung ein. Das ist eine wichtige Voraussetzung für eine freie Meinungsäußerung und der beste Schutz vor Diskriminierungen. [Eine technisch sichere Ende-zu-Ende-Verschlüsselung ist für uns selbstverständlich.](#)

Antrag 2.3.-Ä013: Änderungsantrag zu 2.3.

Laufende Nummer: 592 • Änderungsantrag zu 2.3.

Antragsteller*in:	Kreisverband Jena
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 83

Zu viel Marktmacht einzelner schadet dem Wettbewerb und damit letztlich den Verbraucher*innen. Wir wollen Entwicklungen am Markt voraus sein und ein präventives und proaktives Wettbewerbs- und Kartellrecht schaffen. In das Kartellrecht werden wir verstärkt vorbeugende Kontrollen integrieren. Zudem werden wir weitere neue europäische Instrumente entwickeln, um die übermächtigen Plattformen zu zähmen oder

notfalls zu entflechten. Grundlegend notwendig hierfür ist die Bewahrung der Netzneutralität, für welche wir einstehen werden.

Antrag 2.3.-Ä014: Änderungsantrag zu 2.3.

Laufende Nummer: 594 • Änderungsantrag zu 2.3.

Antragsteller*in:	Kreisverband Jena
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 132

Cybersicherheit ist die Grundlage für eine erfolgreiche Digitalisierung. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik als zentrale, unabhängige und ausschließlich präventiv ausgerichtete Cybersicherheitsbehörde werden wir stärken und die Verschlüsselungsforschung ausbauen. Wir wollen Hersteller darauf verpflichten, Softwareprodukte, digitale Dienste und technische Geräte so zu konzipieren, dass sie sicher sind (Security by Design) und dass sie bei den Standardeinstellungen die

sicherste Variante wählen (Security by Default). Von daher werden wir Forderungen nach digitalen Hintertüren entschieden entgegentreten.

Antrag 2.3.-Ä015: Änderungsantrag zu 2.3.

Laufende Nummer: 605 • Änderungsantrag zu 2.3.

Antragsteller*in:	SPD-Distrikt Eppendorf
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 23

Unser Ziel ist ein moderner, bürgernaher Staat, der allen Bürger*innen einen einfachen, digitalen Zugang zu seinen Dienstleistungen bietet. Wir werden daher die Verpflichtung von Bund, Ländern und Kommunen zur Bereitstellung digitaler Verwaltungsdienstleistungen ausbauen, damit alle Verwaltungsleistungen möglichst schnell auch digital verfügbar sind. Jede* Bürger*in soll ohne Zusatzkosten und Extrageräte die Möglichkeit haben, diese Leistungen freiwillig und datenschutzkonform

mit einer digitalen Identität zu nutzen nach dem Modell einer digitalen Life-Chain, bei der die Bürger*innen die Berechtigungen selbst vergeben und auch wieder löschen können, wer auf ihre Daten zugreifen kann. Wer Anspruch auf eine Leistung hat, muss sie automatisch ohne einen gesonderten Antrag bekommen. Öffentlich finanzierte Software sollte wo möglich als Open-Source transparent entwickelt und öffentlich zugänglich gemacht werden.

Antrag 2.3.-Ä016: Änderungsantrag zu 2.3.

Laufende Nummer: 655 • Änderungsantrag zu 2.3.

Antragsteller*in:	SPD-Kreis II Altona
Status:	erledigt durch Zukunftsprogramm, Kap. 2.3.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Zukunftsprogramm, Kap. 2.3.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 58 - 61

Die Digitalisierung darf die Gesellschaft nicht spalten. Der Zugang zum Netz muss bezahlbar sein. Für Bürger*innen mit geringem Einkommen, für Schüler*innen und Studierende werden wir darum einen Sozialtarif für den Netzzugang schaffen. Zur digitalen Teilhabe gehört die Barrierefreiheit. Alle Bürger*innen sollen zur digitalen Selbstbestimmung befähigt werden. Wir brauchen ein Recht auf digitale

Bildung und Weiterbildung für alle Generationen. Gerade die Volkshochschulen ~~sind~~, öffentliche Bücherhallen und SeniorInnen-Treffs sind ideale Orte, um digitale Bildung für alle Bürger*innen zu ermöglichen - kostengünstig, barrierefrei, inklusiv. Wir werden die Volkshochschulen mit einem Förderprogramm des Bundes in ihrer Entwicklung unterstützen.

Viele Angebote auch im öffentlichen Raum basieren zunehmend auf Buchungen per Internet. Die Arbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen in Pflege und SeniorInnen-Einrichtungen sind ohne WLAN-Struktur nicht mehr denkbar. Wir wollen erreichen, dass die unterschiedlichen Einrichtungen für SeniorInnen, sowie ihre BewohnerInnen innerhalb der nächsten 3 Jahre eine digitale Ausstattung erhalten. Alte Menschen außerhalb von Einrichtungen müssen in die Lage versetzt werden, niedrigschwellig und kostenfrei den Umgang mit Endgeräten vermittelt zu bekommen.

Wir brauchen niedrigschwellige, kostengünstige Möglichkeiten in den Quartieren, um Erfahrung und Erprobung mit digitaler Technik zu sammeln. Dafür sind öffentlich, gut ausgestattete Räume, ehrenamtliche Strukturen und kostenlose Lernmöglichkeiten nötig, um das notwendige Know-how zu vermitteln.

Wir werden dafür sorgen, dass auch ältere Menschen in den Forschungs- und Entwicklungsprozess digitaler Technologien und Anwendungen einbezogen werden.

Für die Nutzung des Internets und die Anschaffung digitaler Technik für Menschen mit geringem Einkommen werden wir die sozialrechtlichen Hilfen des SGB XII nutzbar machen.

Antrag 2.3.-Ä017: Änderungsantrag zu 2.3.

Laufende Nummer: 726 • Änderungsantrag zu 2.3.

Antragsteller*in:	Ortsverein Oldenburg Stadt 2 Stadtmitte-Süd
Status:	erledigt durch 2.3., RN 143 ff.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.3., RN 143 ff.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 154

Für den Schutz unserer Demokratie und die Sicherheit Einzelner benötigen wir auch im Netz ein konsequentes Vorgehen gegen Hasskriminalität, Betrug und andere Straftaten. Zur Verfolgung von aus dem oder im Internet begangenen Straftaten braucht es technisch und personell hinreichend ausgestattete Strafverfolgungsbehörden. Bei hinreichenden tatsächlichen Anhaltspunkten auf eine Straftat müssen Verdächtige identifiziert werden können. Wir werden die nationalen Schutzvorschriften im Strafgesetzbuch und Netzwerkdurchsetzungsgesetz weiterentwickeln und setzen uns für

verbindliche Regelungen auf europäischer Ebene (Digital Service Act) ein. Eine grundsätzliche Ausweispflicht für die Nutzung digitaler Dienste wie E-Mail, Cloud-Dienste, soziale Netzwerke und andere werden wir aber nicht zulassen. Anonymität und Pseudonymität müssen großräumig gewährleistet sein und dürfen nur dort beschränkt werden, wo es zwingend nötig ist, um übergeordnete Rechtsgüter zu schützen.

Antrag 2.3.-Ä018: Änderungsantrag zu 2.3.

Laufende Nummer: 735 • Änderungsantrag zu 2.3.

Antragsteller*in:	Ortsverein Brüssel
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 7

Deutschland soll 2030 über eine digitale Infrastruktur auf Weltniveau verfügen, über eine vollständig und durchgängig digitalisierte Verwaltung und ein Bildungssystem, in dem für das Leben in einer digitalen Welt gelernt werden kann. Die Selbstbestimmung der Bürger*innen ist unser Leitbild, damit die Digitalisierung allen zugutekommen

~~kann.~~ kann. Wir setzen uns für Initiativen ein, die zur Harmonisierung digitaler Verwaltungen auf europäischer Ebene und zwischen den EU-Mitgliedsstaaten beitragen.

Antrag 2.3.-Ä019: Änderungsantrag zu 2.3.

Laufende Nummer: 680 • Änderungsantrag zu 2.3.

Antragsteller*in:	SPD-SV Halle
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 33

Wir verfolgen das Ziel, dass alle Schulen in Deutschland erstklassig ausgestattet sind. Jede*r Schüler*in muss ein digitales Endgerät und Zugang zum Internet zur Verfügung stehen. Mit dem DigitalPakt Schule und dem Konjunkturpaket haben Bund und Länder bereits einen großen Schritt zu einer digitalen Lehrmittelfreiheit getan. Wir werden hier weiter investieren und ein Modernisierungsprogramm des Bundes aufsetzen, das sowohl den Sanierungsbedarf der Schulgebäude als auch die digitale Ausstattung

umfasst. Wir werden dafür sorgen, dass eine einfache, unbürokratische Umsetzung der digitalen Grundausstattung für alle Schulen möglich ist. Einen besonderen Schwerpunkt werden wir auf die Ganztagschule legen.

Antrag 2.4.-Ä001: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 186 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Münster
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 28 - 30

Frauen, Männer und Kinder haben besondere gesundheitliche Bedürfnisse, die bei ihrer Gesundheitsversorgung und der Prävention berücksichtigt werden müssen. Doch ~~in der medizinischen Forschung wird~~ die Gesundheitsforschung, Ausbildung und Versorgungspraxis orientiert sich zumeist ~~mit~~ an Daten von weißen, männlichen erwachsenen Probanden ~~geforscht~~ - das werden wir ändern.

Antrag 2.4.-Ä002: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 187 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Münster
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 32 - 36

Eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung kann am besten durch eine

Neuordnung der Rollenverteilung zwischen ambulantem und stationärem Sektor ~~und durch,~~
durch eine Überwindung der Sektorengrenzen und eine gute Koordination und Kooperation der
medizinischen, psychotherapeutischen und pflegerischen Berufe gelingen. Wir brauchen darum
eine stärkere Öffnung von Krankenhäusern für die ambulante ~~und,~~ für teambasierte und
interdisziplinäre Formen der Versorgung. ~~Dienstleistungen können dann von niedergelassenen~~
~~Teams und Krankenhäusern gemeinsam erbracht werden.~~

Antrag 2.4.-Ä003: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 192 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Münster
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 47 - 48

Wir wollen Datenschutz gewährleisten und geeignete Rahmenbedingungen, damit nicht die großen Plattformen auch die Gesundheitswirtschaft dominieren. Für uns ist aber klar, dass die Digitalisierung unser hervorragendes und engagiertes medizinisches, psychotherapeutisches und pflegerisches Personal nicht ersetzen wird. Hinter guter medizinischer und psychotherapeutischer Versorgung und Pflege stehen immer Menschen. Damit vom Pfleger bis zur niedergelassenen Ärztin alle die digitale Transformation bewältigen können, sind flächendeckende Weiterbildungs- und Unterstützungsangebote unerlässlich.

Antrag 2.4.-Ä004: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 196 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Münster
Status:	erledigt durch 2.4.-Ä004_AK
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.4.-Ä004_AK
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 65

Professionelle Pflege ist ein höchst anspruchsvoller Beruf. Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne sind dafür eine wichtige Grundlage. Maßnahmen zur Überwindung des Personalmangels dürfen nicht dazu führen, dass die Stellen in der Pflege

abgewertet werden. Die Corona-Pandemie macht auch das chronische Defizit in der psychotherapeutischen Versorgung deutlich: Insbesondere die ambulante Versorgung muss gestärkt werden, damit sie niederschwellig und ohne lange Wartezeiten zugänglich wird. Wir haben die Reform der Psychotherapieausbildung auf den Weg gebracht, um für den psychotherapeutischen Nachwuchs angemessene Arbeitsbedingungen zu schaffen und eine ausreichende psychotherapeutische Versorgung in der Zukunft sicher zu stellen. Diese Neuordnung werden wir evaluieren und die Finanzierungsfragen der Weiterbildung klären. Wir wollen die Renditeorientierung im Gesundheitswesen begrenzen,

denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, müssen zumindest mehrheitlich wieder in das Gesundheitssystem zurückfließen. Das System der Fallpauschalen werden wir auf den Prüfstand stellen, die Pauschalen überarbeiten und wo nötig abschaffen. Bei der Stärkung des Gemeinwohls spielen öffentliche Krankenhäuser eine zentrale Rolle.

Antrag 2.4.-Ä004_AK: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 796 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Antragskommission
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 68

Professionelle Pflege ist ein höchst anspruchsvoller Beruf. Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne sind dafür eine wichtige Grundlage. Maßnahmen zur Überwindung des Personalmangels dürfen nicht dazu führen, dass die Stellen in der Pflege abgewertet werden. Wir wollen die Renditeorientierung im Gesundheitswesen begrenzen, denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Gewinne, die aus Mitteln der

Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, ~~müssen zumindest mehrheitlich~~ sollen verpflichtend und weitestgehend wieder in

das Gesundheitssystem zurückfließen. Das System der Fallpauschalen werden wir auf den Prüfstand stellen, die Pauschalen überarbeiten und wo nötig abschaffen. Bei der Stärkung des Gemeinwohls spielen öffentliche Krankenhäuser eine zentrale Rolle.

Zeile 75

Den individuellen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen werden Fallpauschalen nicht gerecht. Sie führen dazu, dass Kinderkliniken außerhalb der Ballungsräume nicht rechnen und geschlossen werden. Deshalb werden wir die Finanzierung der Kinder- und

Jugendmedizin neu strukturieren. Wir werden auch die ambulante und integrierte psychotherapeutische Versorgung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene stärken, damit sie niedrigschwellig und ohne lange Wartezeiten allen zugänglich ist.

Antrag 2.4.-Ä005: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 197 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Münster
Status:	erledigt durch die digitale Programmmatrix - Beschluss Zukunft des Gesundheitswesens.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch die digitale Programmmatrix - Beschluss Zukunft des Gesundheitswesens.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 69 - 71

Professionelle Pflege ist ein höchst anspruchsvoller Beruf. Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne sind dafür eine wichtige Grundlage. Maßnahmen zur Überwindung des Personalmangels dürfen nicht dazu führen, dass die Stellen in der Pflege abgewertet werden. Wir wollen die Renditeorientierung im Gesundheitswesen begrenzen, denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, müssen zumindest mehrheitlich wieder in

das Gesundheitssystem zurückfließen. Das System der Fallpauschalen ~~werden wir auf den Prüfstand stellen, die Pauschalen überarbeiten und wo nötig abschaffen~~ führt zu finanziellem Druck, hat Personaleinsparungen zur Folge und ist unvereinbar mit unserem Anspruch, eine bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung zu gewährleisten. Wir garantieren eine entsprechende Finanzierung zum Wohle von Patient*innen und Beschäftigten und schaffen das System der Fallpauschalen ab. Bei der Stärkung des Gemeinwohls spielen öffentliche Krankenhäuser eine zentrale Rolle. Daher setzen wir uns für eine Rekommunalisierung von Krankenhäusern ein, die nicht in öffentlicher Trägerschaft sind.

Antrag 2.4.-Ä006: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 315 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
Status:	erledigt durch den Antrag 2.4.-Ä001.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch den Antrag 2.4.-Ä001.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 30

Frauen, Männer und Kinder haben besondere gesundheitliche Bedürfnisse, die bei ihrer Gesundheitsversorgung und der Prävention berücksichtigt werden müssen. Doch in der medizinischen Forschung wird zumeist mit Daten von männlichen erwachsenen Probanden geforscht und gelehrt - das werden wir ändern.

Antrag 2.4.-Ä007: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 338 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	SPD-KV Eimsbüttel
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 65

Professionelle Pflege ist ein höchst anspruchsvoller Beruf. Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne sind dafür eine wichtige Grundlage. Maßnahmen zur Überwindung des Personalmangels dürfen nicht dazu führen, dass die Stellen in der Pflege abgewertet werden.

Wir wollen die ~~Renditeorient~~Kommerzialisierung im Gesundheitswesen begrenzenden, denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, müssen zumindest mehrheitlich wieder in das Gesundheitssystem zurückfließen. Das System der Fallpauschalen werden wir auf den Prüfstand stellen, die Pauschalen überarbeiten und wo nötig abschaffen. Bei der Stärkung des Gemeinwohls spielen öffentliche Krankenhäuser eine zentrale Rolle.

Antrag 2.4.-Ä008: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 357 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	erledigt durch 3.3.-Ä003
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.3.-Ä003
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 78

Insgesamt werden wir für eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung der Kliniken und den Erhalt der Versorgung inklusive den Ausbau der integrierten Versorgungszentren in den

ländlichen Regionen sorgen. [Das seelische Wohl der Mitglieder einer Gesellschaft ist so wichtig wie die materielle Versorgung. Maßnahmen gegen Einsamkeit müssen Querschnittsaufgaben sozialdemokratischer Politik werden.](#)

Antrag 2.4.-Ä009: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 358 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	erledigt durch das Zukunftsprogramm & die Beschlüsse zur Pflege und Gesundheit in der digitalen Matrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch das Zukunftsprogramm & die Beschlüsse zur Pflege und Gesundheit in der digitalen Matrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 61

Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem braucht eine stabile und solidarische Finanzierung. Steuerzuschüsse und Investitionsmittel sollten mit klaren Zielvorgaben für die Reform des Systems verbunden werden. Wir werden eine Bürgerversicherung einführen. Das bedeutet: Gleich guter Zugang zur medizinischen Versorgung für alle, eine solidarische Finanzierung und hohe Qualität der Leistungen. Gesundheit ist keine Ware, deshalb müssen in unserem Gesundheitssystem die Bürger*innen im Mittelpunkt stehen. Der Staat muss deshalb sicherstellen, dass die Leistungen der Gesundheitsversorgung den Bedürfnissen derer entsprechen, die sie benötigen. Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne in der Pflege sind dafür eine wichtige

Grundlage.

Dafür bedarf es als ersten Schritt vernünftige Regelungen der Personalbemessungsgrenzen, sowohl im Krankenaus, wie auch in der Altenpflege. Personaluntergrenzen dürfen kein Minimalsens sein, bei dem die Mitarbeitenden dennoch an ihre Belastungsgrenzen stoßen, sondern sollten an den real existierenden Personalproblemen in den Einrichtungen orientiert sein. Dazu kommt, dass wir einen flächendeckenden und tarifgebundenen Mindestlohn in der Altenpflege einführen wollen, um die Arbeit, die Pflegende täglich leisten, angemessen zu entlohnen.“

Zeile 62 - 71

~~Professionelle Pflege ist ein höchst anspruchsvoller Beruf. Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne sind dafür eine wichtige Grundlage. Maßnahmen zur Überwindung des Personalmangels dürfen nicht dazu führen, dass die Stellen in der Pflege abgewertet werden. Wir wollen die Renditeorientierung im Gesundheitswesen begrenzen, denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, müssen zumindest mehrheitlich wieder in das Gesundheitssystem zurückfließen. Das System der Fallpauschalen werden wir auf den Prüfstand stellen, die Pauschalen überarbeiten und wo nötig abschaffen. Bei der Stärkung des Gemeinwohls spielen öffentliche Krankenhäuser eine zentrale Rolle.~~

Professionelle Pflege ist ein höchst anspruchsvoller Beruf. Gute Arbeitsbedingungen und

vernünftige Löhne sind dafür eine wichtige Grundlage. Maßnahmen zur Überwindung des Personalmangels dürfen nicht dazu führen, dass die Stellen in der Pflege abgewertet werden. Dazu zählt auch ein vernünftige Konzept zu einer 30% Akademisierung der Pflege, die die Pflegequalität direkt im Patient*innenbett verbessert. Nach aktuellen Status Quo studieren bereits viele Ausbildungsjahrgänge dual einen pflegewissenschaftlichen Studiengang, dieser muss strukturell eingebettet werden. Darüber hinaus müssen die Schwellen für Pflegende gesenkt werden, um sich vernünftig fort- und weiterbilden zu können.

Wir wollen die Renditeorientierung im Gesundheitswesen begrenzen, denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, müssen zumindest mehrheitlich wieder in das Gesundheitssystem zurückfließen.

Die Finanzierung der Krankenhäuser über Fallpauschalen hat zu erheblichen Fehlentwicklungen geführt. Wir begrüßen, dass mit dem Pflegepersonal-Stärkungsgesetz nunmehr die Pflegepersonalkosten aus den DRG-Fallpauschalen herausgenommen worden sind und nun über ein krankenhausindividuelles Pflegebudget nach dem Selbstkostendeckungsprinzip finanziert werden. Dennoch bleibt der dem DRG-Fallpauschalensystem immanente Kostendruck gefährlich für Patient*innen und Beschäftigte. Im Gesundheitssystem muss der Versorgungsbedarf im Vordergrund stehen, nicht der Erlös. Die Krankenhausfinanzierung muss sich nach dem tatsächlichen Bedarf richten, inklusive der nötigen Vorhaltekosten. Deshalb wollen wir das Fallpauschalensystem abschaffen und gegen eine Daseinsfürsorgepauschale, im Sinne eines Sockelbetrags, der die Kosten der Krankenhäuser deckt ersetzen.

Bei der Stärkung des Gemeinwohls spielen öffentliche Krankenhäuser eine zentrale Rolle.

Zeile 78

Insgesamt werden wir für eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung der Kliniken und den Erhalt der Versorgung inklusive den Ausbau der integrierten Versorgungszentren in den ländlichen Regionen sorgen.

Ein konzeptloses schließen von Klinken kann nicht der erste Schritt sein, um eine bessere medizinische Versorgung zu sichern. Stattdessen bedarf es einer langfristigen Planung von Struktur und Versorgung, die ein klares Ziel vorgibt, wie sich die Kliniklandschaft entwickeln soll.“

Antrag 2.4.-Ä010: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 223 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	SPD OV Schwerin-Südstadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 59

Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem braucht eine stabile und solidarische Finanzierung. Steuerzuschüsse und Investitionsmittel sollten mit klaren Zielvorgaben für die Reform des Systems verbunden werden. Wir werden eine Bürgerversicherung einführen. Das bedeutet: Gleich guter Zugang zur medizinischen Versorgung für alle, eine solidarische Finanzierung und hohe Qualität der Leistungen. Gesundheit ist keine Ware, deshalb müssen in unserem Gesundheitssystem die Bürger*innen im Mittelpunkt stehen. Der Staat muss deshalb sicherstellen, dass die Leistungen der

Gesundheitsversorgung den Bedürfnissen derer entsprechen, die sie benötigen. Ärztliche Leistungen, die medizinisch notwendig und wissenschaftlich nachgewiesen, sinnvoll und nützlich sind, gehören verstärkt in den Leistungskatalog aller Krankenkassen und sind von ihnen zu bezahlen. Nur dann sind sie allen Patienten, unabhängig von ihrem Geldbeutel, zugänglich. Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne in der Pflege sind dafür eine wichtige Grundlage.

Antrag 2.4.-Ä011: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 467 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 69 - 70

Professionelle Pflege ist ein höchst anspruchsvoller Beruf. Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne sind dafür eine wichtige Grundlage. Maßnahmen zur Überwindung des Personalmangels dürfen nicht dazu führen, dass die Stellen in der Pflege abgewertet werden. Wir wollen die Renditeorientierung im Gesundheitswesen begrenzen, denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, müssen zumindest mehrheitlich wieder in

das Gesundheitssystem zurückfließen. Das System der Fallpauschalen werden wir ~~auf den Prüfstand stellen, die Pauschalen überarbeiten und wo nötig~~ abschaffen. Bei der Stärkung des Gemeinwohls spielen öffentliche Krankenhäuser eine zentrale Rolle.

Antrag 2.4.-Ä012: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 491 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Ortsverein Neuhausen-Nymphenburg
Status:	erledigt durch den Beschluss Gesundheit in der digitalen Matrix.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch den Beschluss Gesundheit in der digitalen Matrix.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 57 - 59

Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem braucht eine stabile und solidarische Finanzierung. Steuerzuschüsse und Investitionsmittel sollten mit klaren Zielvorgaben für die Reform des Systems verbunden werden. Wir werden eine Bürgerversicherung einführen. Das bedeutet: Gleich guter Zugang zur medizinischen Versorgung für alle, eine solidarische Finanzierung und hohe Qualität der Leistungen. Gesundheit ist keine

Ware, deshalb ~~müssen in unserem Gesundheitssystem die Bürger*innen im Mittelpunkt stehen. Der Staat muss deshalb sicherstellen, dass die Leistungen der Gesundheitsversorgung sollte sich~~
die Finanzierung nicht nur nach der maschinellen Leistungserbringung richten, sondern auch die
Zeit bezahlen, die notwendig ist zum Zuhören und für den ~~Bedürfnissen derer entsprechen, die sie~~
~~benötigen~~Beziehungsaufbau, der die Voraussetzung ist für eine gute Medizin. Gute
Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne in der Pflege sind dafür eine wichtige Grundlage.

Antrag 2.4.-Ä013: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 495 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Ortsverein Neuhausen-Nymphenburg
Status:	erledigt durch den Beschluss Gesundheit in der digitalen Matrix.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch den Beschluss Gesundheit in der digitalen Matrix.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 71

Professionelle Pflege ist ein höchst anspruchsvoller Beruf. Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne sind dafür eine wichtige Grundlage. Maßnahmen zur Überwindung des Personalmangels dürfen nicht dazu führen, dass die Stellen in der Pflege abgewertet werden. Wir wollen die Renditeorientierung im Gesundheitswesen begrenzen, denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, müssen zumindest mehrheitlich wieder in das Gesundheitssystem zurückfließen. Das System der Fallpauschalen werden wir auf den Prüfstand stellen, die Pauschalen überarbeiten und wo nötig abschaffen. Bei der

Stärkung des Gemeinwohls spielen öffentliche Krankenhäuser eine zentrale Rolle. Das Vergütungssystem der Krankenhäuser muss nicht nur überprüft und überarbeitet, sondern grundlegend reformiert werden und in diesem Zusammenhang auch die Krankenhausplanung und Investitionsförderung der Bundesländer auf den Prüfstand gestellt werden. Es muss dabei auch sichergestellt werden, dass die für die ambulante Notfallversorgung zuständigen niedergelassenen Kassenärzt*innen hier in Leistung gehen. Sofern dies nicht ausreichend zu gewährleistet ist, muss der Gesetzgeber für die Krankenhäuser - die schon jetzt die ambulante Notfallversorgung 24/7 in weiten Teilen übernehmen - adäquate finanzielle Voraussetzungen (Finanzierung der Vorhaltekosten, ausreichende Leistungsvergütung) für dieses Leistungssegment gewährleisten.

Antrag 2.4.-Ä014: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 503 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Ortsverein Neuhausen-Nymphenburg
Status:	erledigt durch den Beschluss Gesundheit in der digitalen Matrix.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch den Beschluss Gesundheit in der digitalen Matrix.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 78

Insgesamt werden wir für eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung der Kliniken und den Erhalt der Versorgung inklusive den Ausbau der integrierten Versorgungszentren in den

ländlichen Regionen sorgen. Die Planungsbereiche der kassenärztlichen Bedarfsplanung werden dahingehend differenziert verändert, dass die gleiche ärztliche Nahversorgung in allen Bezirken, Kreisen und Stadtteilen gewährleistet ist.

Antrag 2.4.-Ä015: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 563 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Ortsverein Kassel-Holland
Status:	überwiesen an die digitale Matrix
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an die digitale Matrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 31

Zudem setzen wir verstärkt auf sach- und evidenzorientierte Präventionsmaßnahmen im Bereich Ernährung. Eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung kann am besten durch eine Neuordnung der Rollenverteilung zwischen ambulantem und stationärem Sektor und durch eine Überwindung der Sektorengrenzen gelingen. Wir brauchen darum eine stärkere Öffnung von Krankenhäusern für die ambulante und für teambasierte Formen der Versorgung. Dienstleistungen können dann von niedergelassenen Teams und Krankenhäusern gemeinsam erbracht werden.

Antrag 2.4.-Ä016: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 593 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Ortsverein Frankfurt Innenstadt
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 11 - 15

Deutschland muss wieder seine Innovationskraft einsetzen, um ~~Krankheiten zu bekämpfen~~ neue Therapieoptionen zu finden. Dass die gezielte Förderung von Innovationen und neuen Methoden erfolgreich sein kann, hat aktuell das Beispiel BioNtech gezeigt. Es zeigt auch, dass die Gesundheitswirtschaft kein reiner Markt ist und eine aktive Rolle des Staates Leben retten kann. Wir brauchen insbesondere in Krisensituationen staatliche Steuerungsmechanismen für die Produktion, Bereithaltung und Verteilung von notwendiger Arznei und Medizinprodukten. Wir sehen es als unserer Pflicht dafür zu sorgen, dass die Medikamente, die hier entwickelt werden, in ärmeren Ländern nicht überteuert und knapp sind.

Zeile 47 - 51

Wir wollen Datenschutz gewährleisten und geeignete Rahmenbedingungen, damit nicht die großen Plattformen auch die Gesundheitswirtschaft dominieren. Für uns ist aber klar, dass die Digitalisierung unser hervorragendes und ~~engagiertes medizinisches Personal~~ engagierte medizinische Fachkräfte nicht ersetzen wird. Hinter guter medizinischer Versorgung und Pflege stehen immer Menschen. Damit vom Pfleger bis zur niedergelassenen Ärztin alle die digitale Transformation bewältigen können, sind flächendeckende Weiterbildungs- und Unterstützungsangebote unerlässlich. Wir wollen zudem dem Schutz der Patientendaten höchste Priorität einräumen.

Zeile 68 - 69

Professionelle Pflege ist ein höchst anspruchsvoller Beruf. Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne sind dafür eine wichtige Grundlage. Maßnahmen zur Überwindung des Personalmangels dürfen nicht dazu führen, dass die Stellen in der Pflege abgewertet werden. Wir wollen die Renditeorientierung im Gesundheitswesen begrenzen, denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Gewinne, die aus Mitteln der

Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, müssen ~~zumindest mehrheitlich~~ wieder in das Gesundheitssystem zurückfließen. Wir wollen der zunehmenden Privatisierung im Gesundheitswesen Einhalt gebieten und Kommunen und Kreisen ermöglichen, Kliniken und

andere Einrichtungen zur Gesundheitsversorgung zurück zu kaufen bzw. selbst zu errichten und betreiben. Das System der Fallpauschalen werden wir auf den Prüfstand stellen, die Pauschalen überarbeiten und wo nötig abschaffen. Bei der Stärkung des Gemeinwohls spielen öffentliche Krankenhäuser eine zentrale Rolle.

Antrag 2.4.-Ä017: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 595 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Kreisverband Jena
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 30

Frauen, Männer und Kinder haben besondere gesundheitliche Bedürfnisse, die bei ihrer Gesundheitsversorgung und der Prävention berücksichtigt werden müssen. Doch in der medizinischen Forschung wird zumeist mit Daten von männlichen erwachsenen Probanden geforscht - das werden wir ändern. Wir werden darüber hinaus Programme in den Bereichen Prävention und Krankheitsfrüherkennung fördern, die die Besonderheiten verschiedener Altersgruppen und Geschlechter berücksichtigen.

Antrag 2.4.-Ä018: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 597 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Kreisverband Jena
Status:	überwiesen an PV
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an PV
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 63

Professionelle Pflege ist ein höchst anspruchsvoller Beruf. Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne sind dafür eine wichtige Grundlage. Deshalb werden wir für die Pflege eine 30h-Woche bei vollem Lohnausgleich einführen. Maßnahmen zur Überwindung des Personalmangels dürfen nicht dazu führen, dass die Stellen in der Pflege abgewertet werden. Wir wollen die Renditeorientierung im Gesundheitswesen begrenzen, denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, müssen zumindest mehrheitlich wieder in das Gesundheitssystem zurückfließen. Das System der Fallpauschalen werden wir auf den Prüfstand stellen, die Pauschalen überarbeiten und wo nötig abschaffen. Bei der Stärkung des Gemeinwohls spielen öffentliche Krankenhäuser eine zentrale Rolle.

Antrag 2.4.-Ä019: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 598 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Kreisverband Jena
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 69

Professionelle Pflege ist ein höchst anspruchsvoller Beruf. Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne sind dafür eine wichtige Grundlage. Maßnahmen zur Überwindung des Personalmangels dürfen nicht dazu führen, dass die Stellen in der Pflege abgewertet werden. Wir wollen die Renditeorientierung im Gesundheitswesen begrenzen, denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, müssen zumindest mehrheitlich wieder in

das Gesundheitssystem zurückfließen. Medizinische Versorgung und Pflege sind Aufgaben der Daseinsvorsorge, daher gehören Krankenhäuser und Pflegeheime in kommunale Hände oder in die Hände von gemeinwohlorientierten privaten Unternehmen. Erwirtschaftete Gewinne sollen in diese Einrichtungen reinvestiert werden müssen. Das System der Fallpauschalen werden wir auf den

Prüfstand stellen, die Pauschalen überarbeiten und wo nötig abschaffen. Bei der Stärkung des Gemeinwohls spielen öffentliche Krankenhäuser eine zentrale Rolle.

Antrag 2.4.-Ä020: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 606 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	SPD-OV M-Neuhausen-Nymphenbg.
Status:	erledigt durch den Beschluss zur Gesundheit in der digitalen Matrix.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch den Beschluss zur Gesundheit in der digitalen Matrix.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 57

Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem braucht eine stabile und solidarische Finanzierung. Steuerzuschüsse und Investitionsmittel sollten mit klaren Zielvorgaben für die Reform des Systems verbunden werden. Wir werden eine Bürgerversicherung einführen. Das bedeutet: Gleich guter Zugang zur medizinischen Versorgung für alle, eine solidarische Finanzierung und hohe Qualität der Leistungen. Gesundheit ist keine

Ware, deshalb sollte sich die Finanzierung nicht nur nach der maschinellen Leistungserbringung richten, sondern auch die Zeit bezahlen, die notwendig ist zum Zuhören und für den Beziehungsaufbau, der die Voraussetzung ist für eine gute Medizin. Gesundheit ist keine Ware,

deshalb müssen in unserem Gesundheitssystem die Bürger*innen im Mittelpunkt stehen. Der Staat muss deshalb sicherstellen, dass die Leistungen der Gesundheitsversorgung den Bedürfnissen derer entsprechen, die sie benötigen. Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne in der Pflege sind dafür eine wichtige Grundlage.

Antrag 2.4.-Ä021: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 607 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	SPD-OV M-Neuhausen-Nymphenbg.
Status:	erledigt durch ÄA 013
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch ÄA 013
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 71

Professionelle Pflege ist ein höchst anspruchsvoller Beruf. Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne sind dafür eine wichtige Grundlage. Maßnahmen zur Überwindung des Personalmangels dürfen nicht dazu führen, dass die Stellen in der Pflege abgewertet werden. Wir wollen die Renditeorientierung im Gesundheitswesen begrenzen, denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, müssen zumindest mehrheitlich wieder in das Gesundheitssystem zurückfließen. Das System der Fallpauschalen werden wir auf den Prüfstand stellen, die Pauschalen überarbeiten und wo nötig abschaffen. Bei der

Stärkung des Gemeinwohls spielen öffentliche Krankenhäuser eine zentrale Rolle. Das Vergütungssystem der Krankenhäuser muss nicht nur überprüft und überarbeitet, sondern grundlegend reformiert werden und in diesem Zusammenhang auch die Krankenhausplanung und Investitionsförderung der Bundesländer auf den Prüfstand gestellt werden. Es muss dabei auch sichergestellt werden, dass die für die ambulante Notfallversorgung zuständigen niedergelassenen Kassenärzt*innen hier in Leistung gehen. Sofern dies nicht ausreichend zu gewährleistet ist, muss der Gesetzgeber für die Krankenhäuser - die schon jetzt die ambulante Notfallversorgung 24/7 in weiten Teilen übernehmen - adäquate finanzielle Voraussetzungen (Finanzierung der Vorhaltekosten, ausreichende Leistungsvergütung) für dieses Leistungssegment gewährleisten.

Antrag 2.4.-Ä022: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 641 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 18 - 20

~~Eines Einer~~ unserer Ziele ist die ~~Standardisierung der Entwicklungsmethoden der Förderung der~~ Forschung zur personalisierten Medizin, ~~so dass sie~~ Diese muss zu erschwinglichen Preisen für alle zugänglich ~~wird sein~~. Maßgefertigten Produkte statt Präparate "von der ~~Stange~~" Stange" sind Anfang einer

neuen Gesundheitswirtschaft und eine neue Zeit der adaptiven Zulassung von Medikamenten. Personalisierte Medizin bewirkt eine Veränderung im Verhältnis von Behandlung und Diagnostik. In der Zukunft wird es mehr Produkte geben, bei denen ein diagnostischer Test mit einem Medikament als Einheit angeboten wird. Diese Leistungen müssen allen Bürger*innen zur Verfügung stehen - auch bei Medikamenten brauchen wir einen Sicherstellungsauftrag.

Antrag 2.4.-Ä023: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 642 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 39

Die Corona-Krise hat gezeigt: Der öffentliche Gesundheitsdienst braucht bessere Rahmenbedingungen, eine bessere Ausstattung, auch mit Blick auf die digitale

Infrastruktur - Hardware ebenso wie Software, und eine konkurrenzfähige Vergütung. Dann kann auch dessen sozialpolitisch wichtigste Aufgabe, die wirtschaftlich Schwächeren in Gesundheitsfragen zu unterstützen, besser gemeistert werden.

Antrag 2.4.-Ä024: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 643 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)
Status:	erledigt durch ÄA 003
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch ÄA 003
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 47 - 48

Wir wollen Datenschutz gewährleisten und geeignete Rahmenbedingungen, damit nicht die großen Plattformen auch die Gesundheitswirtschaft dominieren. Für uns ist aber klar,

dass die Digitalisierung unser hervorragendes und engagiertes ~~medizinisches~~ Personal im Gesundheitswesen nicht ersetzen wird. Hinter guter medizinischer wie therapeutischer

Versorgung und Pflege stehen immer

Menschen. Damit vom Pfleger bis zur niedergelassenen Ärztin alle die digitale Transformation bewältigen können, sind flächendeckende Weiterbildungs- und Unterstützungsangebote unerlässlich.

Antrag 2.4.-Ä025: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 644 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 76 - 78

Insgesamt werden wir für eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung der Kliniken ~~und den~~, den Erhalt der Versorgung inklusive den Ausbau der integrierten Versorgungszentren in den ländlichen Regionen sowie eine integrierte, bessere Notfallversorgung sorgen.

Antrag 2.4.-Ä026: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 675 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	SPD-OV Wentorf
Status:	erledigt durch den Beschluss Gesundheit in der digitalen Matrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch den Beschluss Gesundheit in der digitalen Matrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 37

Die Corona-Krise hat gezeigt: Der öffentliche Gesundheitsdienst ist als starke nicht gewinnorientierte Säule des Gesundheitswesens auszubauen und bedarfsgerecht zu finanzieren. Auch im ärztlichen Bereich muss Personal aufgebaut und die Tätigkeit attraktiv gemacht werden. Der ÖGD muss sich auf Forschung und Ausbildungsaktivität an den Universitäten im Bereich der „Public Health“ stützen können. Dies ist u.a. mit Mitteln des Bundes zu fördern. Der öffentliche Gesundheitsdienst braucht ~~bessere~~ zudem bessere

Rahmenbedingungen, eine bessere Ausstattung, auch mit Blick auf die digitale Infrastruktur - Hardware ebenso wie Software, und eine konkurrenzfähige Vergütung.

Antrag 2.4.-Ä027: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 678 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	SPD-OV Wentorf
Status:	erledigt durch ÄA 009
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch ÄA 009
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 52 - 61

~~Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem braucht eine stabile und solidarische Finanzierung. Steuerzuschüsse und Investitionsmittel sollten mit klaren Zielvorgaben für die Reform des Systems verbunden werden. Wir werden eine Bürgerversicherung einführen. Das bedeutet: Gleich guter Zugang zur medizinischen Versorgung für alle, eine solidarische Finanzierung und hohe Qualität der Leistungen. Gesundheit ist keine Ware, deshalb müssen in unserem Gesundheitssystem die Bürger*innen im Mittelpunkt stehen. Der Staat muss deshalb sicherstellen, dass die Leistungen der Gesundheitsversorgung den Bedürfnissen derer entsprechen, die sie benötigen. Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne in der Pflege sind dafür eine wichtige Grundlage.~~

Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem braucht eine stabile und solidarische Finanzierung. Steuerzuschüsse und Investitionsmittel sollten mit klaren Zielvorgaben für die Reform des Systems verbunden werden. Wir werden eine Bürgerversicherung einführen. Das bedeutet: Gleich guter Zugang zur medizinischen Versorgung für alle, eine solidarische Finanzierung und hohe Qualität der Leistungen. Gesundheit ist keine Ware, deshalb müssen in unserem Gesundheitssystem die Bürger*innen im Mittelpunkt stehen. Der Staat muss deshalb sicherstellen, dass die Leistungen der Gesundheitsversorgung den Bedürfnissen derer entsprechen, die sie benötigen.

Dazu werden wir die Schließung von Krankenhäusern sowie die weitere Privatisierung und Kommerzialisierung von Gesundheit und Pflege stoppen. Stattdessen werden wir den schwierigen, aber notwendigen Weg zur Re-Kommunalisierung und verpflichtenden Gemeinwohlorientierung privatisierter Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen aufnehmen. Der seit langem bestehende Pflegenotstand muss zügig und mit aller Kraft überwunden werden. Ein neuer bundesweiter allgemein-verbindlicher Tarifvertrag mit guten Arbeitsbedingungen und deutlich höheren Löhnen in der Pflege ist dafür eine wichtige Grundlage.

Zeile 62 - 71

~~Professionelle Pflege ist ein höchst anspruchsvoller Beruf. Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne sind dafür eine wichtige Grundlage. Maßnahmen zur Überwindung des Personalmangels dürfen nicht dazu führen, dass die Stellen in der Pflege abgewertet werden. Wir~~

~~wollen die Renditeorientierung im Gesundheitswesen begrenzen, denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, müssen zumindest mehrheitlich wieder in das Gesundheitssystem zurückfließen. Das System der Fallpauschalen werden wir auf den Prüfstand stellen, die Pauschalen überarbeiten und wo nötig abschaffen. Bei der Stärkung des Gemeinwohls spielen öffentliche Krankenhäuser eine zentrale Rolle.~~

Professionelle Pflege ist ein höchst anspruchsvoller Beruf. Gute Arbeitsbedingungen und Löhne sind dafür eine wichtige Grundlage Maßnahmen zur Überwindung des Personalmangels dürfen nicht dazu führen, dass die Stellen in der Pflege abgewertet werden.

Wir werden bundesgesetzliche Mindeststandards und Personalschlüssel in Gesundheit und Pflege einführen, um die Versorgung der Betroffenen und die Arbeitsbedingungen des Personals gleichermaßen zu verbessern. Das wird dazu beitragen, dass die Gesundheitsberufe auch für die vielen qualifizierten Beschäftigten wieder attraktiv werden, die dem Gesundheitssystem wegen der schlechten Arbeitsbedingungen in den letzten Jahren den Rücken zugekehrt haben.

Wir wollen die Kommerzialisierung im Gesundheitswesen beenden, denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, müssen zumindest mehrheitlich wieder in das Gesundheitssystem zurückfließen. Das System der Fallpauschalen werden wir durch ein bedarfsdeckendes Abrechnungssystem ersetzen. Die Fallpauschalen haben auf breiter Basis dazu geführt, dass Krankenhausleistungen nicht an den medizinischen Bedarfen der Patient:innen ausgerichtet werden, sondern an den wirtschaftlichen Vorteilen für die Träger. Bei der Stärkung des Gemeinwohls spielen öffentliche Krankenhäuser eine zentrale Rolle.

Antrag 2.4.-Ä028: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 693 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	SPD-OV Eggenfelden
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 68

Professionelle Pflege ist ein höchst anspruchsvoller Beruf. Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne sind dafür eine wichtige Grundlage. Maßnahmen zur Überwindung des Personalmangels dürfen nicht dazu führen, dass die Stellen in der Pflege abgewertet werden. Wir wollen die Renditeorientierung im Gesundheitswesen begrenzen, denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Gewinne, die aus Mitteln der

Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, müssen ~~zumindest mehrheitlich~~ verpflichtend wieder in

das Gesundheitssystem zurückfließen. Das System der Fallpauschalen werden wir auf den Prüfstand stellen, die Pauschalen überarbeiten und wo nötig abschaffen. Bei der Stärkung des Gemeinwohls spielen öffentliche Krankenhäuser eine zentrale Rolle.

Zeile 78

Insgesamt werden wir für eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung der Kliniken und den Erhalt der Versorgung inklusive den Ausbau der integrierten Versorgungszentren in den

ländlichen Regionen ~~sorg~~ garantieren.

Antrag 2.4.-Ä030: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 194 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Münster
Status:	erledigt durch ÄA 009
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch ÄA 009
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 62 - 71

~~Professionelle Pflege ist ein höchst anspruchsvoller Beruf. Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne sind dafür eine wichtige Grundlage. Maßnahmen zur Überwindung des Personalmangels dürfen nicht dazu führen, dass die Stellen in der Pflege abgewertet werden. Wir wollen die Renditeorientierung im Gesundheitswesen begrenzen, denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, müssen zumindest mehrheitlich wieder in das Gesundheitssystem zurückfließen. Das System der Fallpauschalen werden wir auf den Prüfstand stellen, die Pauschalen überarbeiten und wo nötig abschaffen. Bei der Stärkung des Gemeinwohls spielen öffentliche Krankenhäuser eine zentrale Rolle.~~

Professionelle Pflege ist ein höchst anspruchsvoller Beruf. Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne sind dafür eine wichtige Grundlage. Maßnahmen zur Überwindung des Personalmangels dürfen nicht dazu führen, dass die Stellen in der Pflege abgewertet werden.

Die Corona-Pandemie macht auch das chronische Defizit in der psychotherapeutischen Versorgung deutlich: Insbesondere die ambulante Versorgung muss gestärkt werden, damit sie niederschwellig und ohne lange Wartezeiten zugänglich wird. Wir haben die Reform der Psychotherapieausbildung auf den Weg gebracht, um für den psychotherapeutischen Nachwuchs angemessene Arbeitsbedingungen zu schaffen und eine ausreichende psychotherapeutische Versorgung in der Zukunft sicher zu stellen. Diese Neuordnung werden wir evaluieren und die Finanzierungsfragen der Weiterbildung klären.

Wir wollen die Renditeorientierung im Gesundheitswesen begrenzen, denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, müssen zumindest mehrheitlich wieder in das Gesundheitssystem zurückfließen. Das System der Fallpauschalen werden wir auf den Prüfstand stellen, die Pauschalen überarbeiten und wo nötig abschaffen. Bei der Stärkung des Gemeinwohls spielen öffentliche Krankenhäuser eine zentrale Rolle.

Antrag 2.4.-Ä031: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 725 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Ortsverein Oldenburg Stadt 2 Stadtmitte-Süd
Status:	erledigt durch ÄA 022 und ÄA 016
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch ÄA 022 und ÄA 016
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 20 - 26

Eines unserer Ziele ist die Standardisierung der Entwicklungsmethoden der personalisierten Medizin, so dass sie zu erschwinglichen Preisen für alle zugänglich

wird. Maßgefertigten Produkte statt Präparate “von der ~~Stange~~“Stange” sind Anfang einer neuen Gesundheitswirtschaft und eine neue Zeit der adaptiven Zulassung von Medikamenten. Personalisierte Medizin bewirkt eine Veränderung im Verhältnis von Behandlung und Diagnostik. In der Zukunft wird es mehr Produkte geben, bei denen ein diagnostischer Test mit einem Medikament als Einheit angeboten wird. Diese Leistungen müssen allen Bürger*innen zur Verfügung stehen - auch bei Medikamenten brauchen wir einen Sicherstellungsauftrag. Wir werden dafür sorgen, dass die EU sich unabhängig und in ausreichendem Maße mit allen wichtigen Medikamenten versorgen kann. Die bestehende Abhängigkeit von Medizinimporten aus Indien, China und anderen außereuropäischen Ländern werden wir beenden. Innerhalb der EU werden wir durch staatliche Markteingriffe dafür sorgen, dass die nötigen Produktionskapazitäten wiederaufgebaut werden.

Antrag 2.4.-Ä032: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 745 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen-Stadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 54 - 55

Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem braucht eine stabile und solidarische Finanzierung. Steuerzuschüsse und Investitionsmittel sollten mit klaren Zielvorgaben

für die Reform des Systems verbunden werden. Wir werden eine ~~Bürgerversicherung~~ Bürger*innenversicherung einführen, in die alle Bürger*innen ihre Sozialversicherungsbeiträge einzahlen, unabhängig davon, ob sie Arbeitnehmer*innen, Angestellte im öffentlichen Dienst, Beamte oder Selbstständige sind. Das bedeutet: Gleich guter Zugang zur medizinischen Versorgung für alle,

eine solidarische Finanzierung und hohe Qualität der Leistungen. Gesundheit ist keine Ware, deshalb müssen in unserem Gesundheitssystem die Bürger*innen im Mittelpunkt stehen. Der Staat muss deshalb sicherstellen, dass die Leistungen der Gesundheitsversorgung den Bedürfnissen derer entsprechen, die sie benötigen. Gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne in der Pflege sind dafür eine wichtige Grundlage.

Antrag 2.4.-Ä033: Änderungsantrag zu 2.4.

Laufende Nummer: 761 • Änderungsantrag zu 2.4.

Antragsteller*in:	Ortsverein Frankfurt Innenstadt
Status:	erledigt durch ÄA 031
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch ÄA 031
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 20 - 26

Eines unserer Ziele ist die Standardisierung der Entwicklungsmethoden der personalisierten Medizin, so dass sie zu erschwinglichen Preisen für alle zugänglich

wird. Maßgefertigten Produkte statt Präparate "von der ~~Stange~~" Stange" sind Anfang einer neuen Gesundheitswirtschaft und eine neue Zeit der adaptiven Zulassung von Medikamenten. Personalisierte Medizin bewirkt eine Veränderung im Verhältnis von Behandlung und Diagnostik. In der Zukunft wird es mehr Produkte geben, bei denen ein diagnostischer Test mit einem Medikament als Einheit angeboten wird. Diese Leistungen müssen allen Bürger*innen zur Verfügung stehen - auch bei Medikamenten brauchen wir einen Sicherstellungsauftrag. Die wohnortnahe Gesundheitsversorgung hat sich gerade in der Pandemie als äußerst wichtig und effektiv herausgestellt. Daher bekennen wir uns zur Apotheke vor Ort und sprechen uns gegen einen Preiskampf bei verschreibungspflichtigen Medikamenten aus. Die Kompetenzen der Apothekerinnen und Apotheker wollen wir ambulant und stationär stärker einbinden."

Antrag 2.5.-Ä001: Änderungsantrag zu 2.5.

Laufende Nummer: 361 • Änderungsantrag zu 2.5.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	erledigt durch 2.5.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.5.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 53 - 54

Start-up-Unternehmen sind wichtige Wachstumsmotoren für die Wirtschaft. Wir wollen Deutschland zu einem führenden Start-up-Standort Europas machen, und so hochwertige Arbeitsplätze in den Regionen schaffen. Um mehr Unternehmensgründungen anzuregen und mittelständischen Unternehmen eine sinnvolle Nachfolgeplanung zu ermöglichen, setzen wir auf drei Kernpunkte: Organisatorische Unterstützung wie One-Stop-Agenturen für Gründer*innen, erleichterter Zugang zu Kapital durch Projektförderung sowie

öffentliche Fonds für Wagniskapital und eine "Kultur der zweiten ~~Chance~~"Chance", auch im Insolvenzrecht. Durch Impfstoffe gegen Corona bekannt gewordene Beispiele wie Biontech und CureVac zeigen, dass Deutschland zwar gut in der Grundlagenforschung ist, aber massiven Nachholbedarf bei der Bereitstellung von Risikokapital hat. Innovative Zukunftsbranchen sind aber gekennzeichnet durch hohe finanzielle Risiken und daher bisher stark abhängig von ausländischem Kapital. Das werden wir ändern.Existenzgründungen von Frauen und in der Fläche werden wir mit

eigenen Programmen gezielt fördern.

Antrag 2.5.-Ä002: Änderungsantrag zu 2.5.

Laufende Nummer: 443 • Änderungsantrag zu 2.5.

Antragsteller*in:	Landesverband Baden-Württemberg
Status:	erledigt durch 2.5.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.5.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 53 - 54

Start-up-Unternehmen sind wichtige Wachstumsmotoren für die Wirtschaft. Wir wollen Deutschland zu einem führenden Start-up-Standort Europas machen, und so hochwertige Arbeitsplätze in den Regionen schaffen. Um mehr Unternehmensgründungen anzuregen und mittelständischen Unternehmen eine sinnvolle Nachfolgeplanung zu ermöglichen, setzen wir auf drei Kernpunkte: Organisatorische Unterstützung wie One-Stop-Agenturen für Gründer*innen, erleichterter Zugang zu Kapital durch Projektförderung sowie

öffentliche Fonds für Wagniskapital und eine "Kultur der zweiten ~~Chance~~"Chance", auch im Insolvenzrecht. Durch Impfstoffe gegen Corona bekannt gewordene Beispiele wie Biontech und CureVac zeigen, dass Deutschland zwar gut in der Grundlagenforschung ist, aber massiven Nachholbedarf bei der Bereitstellung von Risikokapital hat. Innovative Zukunftsbranchen sind aber gekennzeichnet durch hohe finanzielle Risiken und daher bisher stark abhängig von ausländischem Kapital. Das werden wir ändern. Existenzgründungen von Frauen und in der Fläche werden wir mit

eigenen Programmen gezielt fördern.

Antrag 2.5.-Ä003: Änderungsantrag zu 2.5.

Laufende Nummer: 543 • Änderungsantrag zu 2.5.

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Aachen-Stadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 41 - 44

Wir stehen an der Seite der vielen Unternehmen, die ihre soziale, gesellschaftliche und ökologische Verantwortung ernst nehmen. Das Handwerk ist der entscheidende Partner damit die Klimawende vor Ort gelingt. Wir werden das Handwerk fördern, indem

wir Gebühren für ~~Techniker*innen~~Techniker- und ~~Meister*innen~~Meisterkurse abschaffen und uns für die Tarifbindung im Handwerk einsetzen. Wir unterstützen das Handwerk in dem Bemühen, mit neuen Ausbildungskonzepten dem Fachkräftemangel zu begegnen ~~und~~, berufliche Ausbildung praxisnah mit der Schule und Hochschule zu verknüpfen und Anschlussmöglichkeiten für ein Hochschulstudium schaffen. Wir fördern und erkennen die Rolle des Handwerks bei der Ausbildung und Integration junger Menschen aus allen Teilen der Welt an.

Antrag 2.5.-Ä004: Änderungsantrag zu 2.5.

Laufende Nummer: 574 • Änderungsantrag zu 2.5.

Antragsteller*in:	Stadtverband Kerpen
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 19 - 20

Die Investitionen der öffentlichen Hand in wichtige Zukunftsfelder haben eine zentrale Bedeutung. Wir werden das, in dieser Legislaturperiode von uns durchgesetzte, hohe Investitionsniveau des Bundes mit mindestens 50 Milliarden Euro pro Jahr, weiter fortsetzen und zudem dazu beitragen, dass sich alle staatlichen Ebenen mit großer Investitionskraft beteiligen. Ein zentraler Akteur beim Investitionsgeschehen sind die Kommunen - ihre Investitionskraft müssen wir erhalten und stärken. Dazu brauchen wir flächendeckend starke und handlungsfähige Kommunen. Im Zuge der Corona-Pandemie haben wir bereits weitere Schritte getan, um Kommunen von

Sozialausgaben zu entlasten. ~~Ein nötiger Schritt ist, den besonders hoch verschuldeten Kommunen~~ Eine Schuldenlast von ca. 50 Milliarden Euro lastet durch Kassenkredite auf den Kommunen in Deutschland. Viele Kommunen finden seit Jahren nicht aus der Verschuldung heraus. Um die Kommunen wieder handlungsfähig zu machen, müssen diese Altschulden einmalig hohe Altschulden abzunehmen übernommen werden. Damit machen wir die hochverschuldeten Kommunen wieder handlungsfähig und sorgen für einen Spielraum um in die Sanierung oder den Neubau von in Schulen, Kitas und Schwimmbäder zu finanzieren. Zudem werden wir das Problem der Altschulden vor allem ostdeutscher Wohnungsbaugesellschaften lösen.

In Deutschland werden gegenwärtig jährlich über 300 Milliarden Euro im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe umgesetzt. Gerade die öffentliche Hand muss als große Abnehmerin von Produkten und Dienstleistungen Verantwortung übernehmen. Wir werden die öffentliche Beschaffung so ausrichten, dass sie Innovationsimpulse setzt und den Zielen des sozial-ökologischen Wandels dient. Hierfür sollten die Vergabekriterien stärker auf Innovation, Tarifbindung, Geschlechtergerechtigkeit und klimafreundliche Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

Produktentwicklungen müssen sich auf den Staat als Nachfrager verlassen können.

Antrag 2.5.-Ä005: Änderungsantrag zu 2.5.

Laufende Nummer: 639 • Änderungsantrag zu 2.5.

Antragsteller*in:	Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
Status:	erledigt durch 2.5.-Ä005_AK
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.5.-Ä005_AK
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 15

Die Investitionen der öffentlichen Hand in wichtige Zukunftsfelder haben eine zentrale Bedeutung. Wir werden das, in dieser Legislaturperiode von uns durchgesetzte, hohe Investitionsniveau des Bundes mit mindestens 50 Milliarden Euro pro Jahr, weiter fortsetzen und zudem dazu beitragen, dass sich alle staatlichen

Ebenen mit großer Investitionskraft beteiligen. Wir werden mit dem Bundesanteil für die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) zukünftig jährlich mindestens eine Milliarde Euro investieren, um damit die Unterschiede zwischen strukturschwachen und strukturstarken Regionen besser ausgleichen zu können.

Ein zentraler Akteur beim

Investitionsgeschehen sind die Kommunen - ihre Investitionskraft müssen wir erhalten und stärken. Dazu brauchen wir flächendeckend starke und handlungsfähige Kommunen. Im Zuge der Corona-Pandemie haben wir bereits weitere Schritte getan, um Kommunen von Sozialausgaben zu entlasten. Ein nötiger Schritt ist, den besonders hoch verschuldeten Kommunen einmalig hohe Altschulden abzunehmen. Zudem werden wir das Problem der Altschulden vor allem ostdeutscher Wohnungsbaugesellschaften lösen.

In Deutschland werden gegenwärtig jährlich über 300 Milliarden Euro im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe umgesetzt. Gerade die öffentliche Hand muss als große Abnehmerin von Produkten und Dienstleistungen Verantwortung übernehmen. Wir werden die öffentliche Beschaffung so ausrichten, dass sie Innovationsimpulse setzt und den Zielen des sozial-ökologischen Wandels dient. Hierfür sollten die Vergabekriterien stärker auf Innovation, Tarifbindung, Geschlechtergerechtigkeit und klimafreundliche Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

Produktentwicklungen müssen sich auf den Staat als Nachfrager verlassen können.

Antrag 2.5.-Ä005_AK: Änderungsantrag zu 2.5.

Laufende Nummer: 795 • Änderungsantrag zu 2.5.

Antragsteller*in:	Antragskommission
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 15

Die Investitionen der öffentlichen Hand in wichtige Zukunftsfelder haben eine zentrale Bedeutung. Wir werden das, in dieser Legislaturperiode von uns durchgesetzte, hohe Investitionsniveau des Bundes mit mindestens 50 Milliarden Euro pro Jahr, weiter fortsetzen und zudem dazu beitragen, dass sich alle staatlichen

Ebenen mit großer Investitionskraft beteiligen. Wir werden die Unterstützung von strukturschwachen Regionen durch die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) verstetigen. Ein zentraler Akteur beim

Investitionsgeschehen sind die Kommunen - ihre Investitionskraft müssen wir erhalten und stärken. Dazu brauchen wir flächendeckend starke und handlungsfähige Kommunen. Im Zuge der Corona-Pandemie haben wir bereits weitere Schritte getan, um Kommunen von Sozialausgaben zu entlasten. Ein nötiger Schritt ist, den besonders hoch verschuldeten Kommunen einmalig hohe Altschulden abzunehmen. Zudem werden wir das Problem der Altschulden vor allem ostdeutscher Wohnungsbaugesellschaften lösen.

In Deutschland werden gegenwärtig jährlich über 300 Milliarden Euro im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe umgesetzt. Gerade die öffentliche Hand muss als große Abnehmerin von Produkten und Dienstleistungen Verantwortung übernehmen. Wir werden die öffentliche Beschaffung so ausrichten, dass sie Innovationsimpulse setzt und den Zielen des sozial-ökologischen Wandels dient. Hierfür sollten die Vergabekriterien stärker auf Innovation, Tarifbindung, Geschlechtergerechtigkeit und klimafreundliche Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

Produktentwicklungen müssen sich auf den Staat als Nachfrager verlassen können.

Antrag 2.5.-Ä006: Änderungsantrag zu 2.5.

Laufende Nummer: 648 • Änderungsantrag zu 2.5.

Antragsteller*in:	08/01 Rixdorf
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 17

Die Investitionen der öffentlichen Hand in wichtige Zukunftsfelder haben eine zentrale Bedeutung. Wir werden das, in dieser Legislaturperiode von uns durchgesetzte, hohe Investitionsniveau des Bundes mit mindestens 50 Milliarden Euro pro Jahr, weiter fortsetzen und zudem dazu beitragen, dass sich alle staatlichen Ebenen mit großer Investitionskraft beteiligen. Ein zentraler Akteur beim Investitionsgeschehen sind die Kommunen - ihre Investitionskraft müssen wir erhalten

und stärken. Gleichwertige Lebensverhältnisse zu sichern heißt auch: Soziale Dienstleistungen dürfen nicht abhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommune sein. Zudem werden wir fördern, dass alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge mittelfristig rekommunalisiert werden können. Dazu brauchen wir flächendeckend starke und handlungsfähige Kommunen. Im Zuge der Corona-Pandemie haben wir bereits weitere Schritte getan, um Kommunen von Sozialausgaben zu entlasten. Ein nötiger Schritt ist, den besonders hoch verschuldeten Kommunen einmalig hohe Altschulden abzunehmen. Zudem werden wir das Problem der Altschulden vor allem ostdeutscher Wohnungsbaugesellschaften lösen.

In Deutschland werden gegenwärtig jährlich über 300 Milliarden Euro im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe umgesetzt. Gerade die öffentliche Hand muss als große Abnehmerin von Produkten und Dienstleistungen Verantwortung übernehmen. Wir werden die öffentliche Beschaffung so ausrichten, dass sie Innovationsimpulse setzt und den Zielen des sozial-ökologischen Wandels dient. Hierfür sollten die Vergabekriterien stärker auf Innovation, Tarifbindung, Geschlechtergerechtigkeit und klimafreundliche Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

Produktentwicklungen müssen sich auf den Staat als Nachfrager verlassen können.

Antrag 2.5.-Ä007: Änderungsantrag zu 2.5.

Laufende Nummer: 661 • Änderungsantrag zu 2.5.

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Aachen-Stadt
Status:	erledigt durch 2.5.-Ä003
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.5.-Ä003
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 41 - 44

Wir stehen an der Seite der vielen Unternehmen, die ihre soziale, gesellschaftliche und ökologische Verantwortung ernst nehmen. Das Handwerk ist der entscheidende Partner damit die Klimawende vor Ort gelingt. Wir werden das Handwerk fördern, indem

wir Gebühren für ~~Techniker*innen~~Techniker- und ~~Meister*innen~~Meisterkurse abschaffen und uns für die Tarifbindung im Handwerk einsetzen. Wir unterstützen das Handwerk in dem Bemühen, mit neuen Ausbildungskonzepten dem Fachkräftemangel zu begegnen ~~und~~, berufliche Ausbildung praxisnah mit der Schule und Hochschule zu verknüpfen und Anschlussmöglichkeiten für ein Hochschulstudium schaffen. Wir fördern und erkennen die Rolle des Handwerks bei der Ausbildung und Integration junger Menschen aus allen Teilen der Welt an.

Antrag 2.5.-Ä008: Änderungsantrag zu 2.5.

Laufende Nummer: 746 • Änderungsantrag zu 2.5.

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen-Stadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 13 - 15

Die Investitionen der öffentlichen Hand in wichtige Zukunftsfelder haben eine zentrale Bedeutung. Wir werden das, in dieser Legislaturperiode von uns

durchgesetzte, hohe Investitionsniveau des Bundes ~~mit mindestens~~ um weitere 50 Milliarden Euro pro Jahr, ~~weiter fortsetzen und zudem dazu beitragen, dass sich alle staatlichen Ebenen mit großer Investitionskraft beteiligen~~ erhöhen, um notwendige Investitionen in Klimaschutz, Bildung, Gesundheit, Pflege und Wohnen zu bewerkstelligen. Ein zentraler Akteur beim

Investitionsgeschehen sind die Kommunen - ihre Investitionskraft müssen wir erhalten und stärken. Dazu brauchen wir flächendeckend starke und handlungsfähige Kommunen. Im Zuge der Corona-Pandemie haben wir bereits weitere Schritte getan, um Kommunen von Sozialausgaben zu entlasten. Ein nötiger Schritt ist, den besonders hoch verschuldeten Kommunen einmalig hohe Altschulden abzunehmen. Zudem werden wir das Problem der Altschulden vor allem ostdeutscher Wohnungsbaugesellschaften lösen.

In Deutschland werden gegenwärtig jährlich über 300 Milliarden Euro im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe umgesetzt. Gerade die öffentliche Hand muss als große Abnehmerin von Produkten und Dienstleistungen Verantwortung übernehmen. Wir werden die öffentliche Beschaffung so ausrichten, dass sie Innovationsimpulse setzt und den Zielen des sozial-ökologischen Wandels dient. Hierfür sollten die Vergabekriterien stärker auf Innovation, Tarifbindung, Geschlechtergerechtigkeit und klimafreundliche Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

Produktentwicklungen müssen sich auf den Staat als Nachfrager verlassen können.

Antrag 2.6.-Ä001: Änderungsantrag zu 2.6.

Laufende Nummer: 278 • Änderungsantrag zu 2.6.

Antragsteller*in:	SPD Ortsverein Bad Godesberg-Nord
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 7

Um auch in Zukunft innovativ zu bleiben, werden wir die Stärken des deutschen Wissenschaftssystems in seiner ganzen Breite und Vielfalt und seiner internationalen Ausrichtung erhalten und weiterentwickeln. Dazu fördern wir Zukunftstechnologien wie zum Beispiel Quantentechnik, Künstliche Intelligenz, Alternativverfahren zu

Tierversuchen und Wasserstoff an vielen Orten im Land. Die Geschlechterforschung werden wir weiterhin unterstützen.

Antrag 2.6.-Ä002: Änderungsantrag zu 2.6.

Laufende Nummer: 359 • Änderungsantrag zu 2.6.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	erledigt durch 2.6.-Ä002_AK
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.6.-Ä002_AK
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 11 - 16

Wir werden die Universitäten und Hochschulen dabei unterstützen, die Digitalisierung voranzutreiben, Innovationen in guter Lehre fördern und zugleich ihre forschungspolitische Bedeutung, die weit in die jeweiligen Regionen ausstrahlt,

stärken. Um die gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu bewerkstelligen, braucht es neben technischen auch kulturelle und soziale Innovationen. Fördermittel dürfen deshalb nicht nur in einschlägige Fächergruppen fließen, sondern müssen gezielt geistes-, sozial- und kulturwissenschaftliche Projekte unterstützen.

Die Exzellenzstrategie entwickeln wir weiter und ergänzen sie um die Unterstützung regionaler Kooperationen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Das wird auch dazu beitragen, dass die ausgezeichnete Forschungslandschaft, die die ostdeutschen Länder in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaut haben, ihr Exzellenzpotential weiter entfalten kann, insbesondere in Bezug auf die Erforschung innovativer Technologien.

Gleichzeitig müssen wir uns bemühen, dass es nicht zu einer Talentabwanderung kommt. Die nationale Wissenschaftslandschaft birgt viele Hürden und Schwierigkeiten für junge Wissenschaftler*innen, die überwunden werden müssen. Dabei bekennen wir uns zu den Zielen des Templiner Manifests der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Nur so können wir dem internationalen Wettbewerb standhalten.

Zeile 28

Eine besondere Bedeutung kommt dem Austausch von wissenschaftlichen Erkenntnissen mit der Gesellschaft zu. Die erfolgreiche Bewältigung und Akzeptanz der lebenspraktischen Konsequenzen wissenschaftlicher und technischer Innovationen kann nur über einen breit getragenen Dialog auf Augenhöhe über das menschliche Selbstverständnis sowie über unsere gemeinsamen Wertvorstellungen und Lebensmodelle gelingen. Hier sehen wir insbesondere die Geisteswissenschaften und die Vielfalt unserer Kulturinstitutionen in einer besonderen Verantwortung.

Wir werden deshalb mehr Fördergelder für Open Science und Wissenschaftskommunikation bereithalten.

Damit Europa im internationalen technologischen Wettbewerb bestehen und seine Souveränität behaupten kann, werden wir in der Europäischen Union gemeinsam weiter geschlossen vorgehen. Wir setzen uns für ein neu geordnetes Wettbewerbs- und Beihilferecht ein, das Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen großen Wirtschaftsräumen verringert. Die sozial-ökologische Transformation erfordert umfangreiche Investitionen in den klimaneutralen Umbau industrieller Wertschöpfungsketten. Das Beihilferecht muss es dem Staat ermöglichen, den nötigen Kapitaleinsatz in den Unternehmen mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen und auf diese Weise Arbeitsplätze zu erhalten.

Antrag 2.6.-Ä002_AK: Änderungsantrag zu 2.6.

Laufende Nummer: 797 • Änderungsantrag zu 2.6.

Antragsteller*in:	Antragskommission
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 8 - 11

Wir werden die Universitäten und ~~H~~Fachhochschulen dabei unterstützen, die Digitalisierung voranzutreiben, Innovationen in guter Lehre fördern und zugleich ihre forschungspolitische Bedeutung, die weit in die jeweiligen Regionen ausstrahlt, stärken. Um aktuelle und kommende gesellschaftlichen Herausforderungen zu meistern, braucht es neben technischen auch kulturelle und soziale Innovationen. Daher werden wir die geistes-, sozial-, und kulturwissenschaftliche Forschung gezielt fördern. Die Exzellenzstrategie entwickeln wir weiter und ergänzen sie um die Unterstützung regionaler Kooperationen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Das wird auch dazu beitragen, dass die ausgezeichnete Forschungslandschaft, die die ostdeutschen Länder in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaut haben, ihr Exzellenzpotential weiter entfalten kann, insbesondere in Bezug auf die Erforschung innovativer Technologien.

Zeile 17 - 19

~~Die Gleichstellung von Frauen wollen wir weiter stärken und durch eine Reform des Wissenschaftsarbeitszeitvertragsgesetzes für~~Gute Wissenschaft braucht gute Arbeitsbedingungen. Wir werden uns für verlässliche Karrierewege und weniger Befristungen in der Wissenschaft einsetzen. Wir wollen, dass Promovierende für ihre tatsächliche Arbeitszeit bezahlt werden, unabhängig vom Fach. Es muss gelten: 100 Prozent Gehalt für 100 Prozent Arbeit~~in der Wissenschaft. Wir werden für eine deutlich bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sorgen.~~
, neue, dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten unterhalb der Professur schaffen und den Tenure-Track ausweiten.

Wir haben den Zielwert gesamtstaatlicher, also öffentlicher und privater Ausgaben für Forschung und Entwicklung, von drei Prozent des BIP bereits in den letzten Jahren übertroffen und wollen ihn weiter auf mindestens 3,5 Prozent steigern. Wir werden dazu die Innovationsförderung aufstocken, die Forschung in die mittelständische Praxis mit Partnerschafts- und Kooperationsförderungen vorantreiben und die Förder- und Kreditprogramme für den Mittelstand im Bereich Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz ausbauen. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) werden einen niederschweligen Zugang zu Fördermitteln erhalten.

Antrag 2.6.-Ä003: Änderungsantrag zu 2.6.

Laufende Nummer: 376 • Änderungsantrag zu 2.6.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
Status:	überwiesen an digitale Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an digitale Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 26

Die Gleichstellung von Frauen wollen wir weiter stärken und durch eine Reform des Wissenschaftsarbeitszeitvertragsgesetzes für gute Arbeit in der Wissenschaft sorgen.

Wir haben den Zielwert gesamtstaatlicher, also öffentlicher und privater Ausgaben für Forschung und Entwicklung, von drei Prozent des BIP bereits in den letzten Jahren übertroffen und wollen ihn weiter auf mindestens 3,5 Prozent steigern. Wir werden dazu die Innovationsförderung aufstocken, die Forschung in die mittelständische Praxis mit Partnerschafts- und Kooperationsförderungen vorantreiben und die Förder- und Kreditprogramme für den Mittelstand im Bereich Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz ausbauen. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) werden einen

niederschweligen Zugang zu Fördermitteln erhalten.

Ein Staat, der Transformation fördern und gestalten will, der Innovation, Digitalisierung vorantreiben und seine Fördermittel wirksam verwenden will, muss seine Programme auch operativ umsetzen können. Wie sich auch bei den Corona-Hilfsprogrammen und dem mangelnden Mittelabfluss bei Investitionsprogrammen gezeigt hat, brauchen wir dafür eine angemessene Personal- und Sachausstattung der dafür zuständigen Behörden und Verwaltungen auf allen Ebenen von den Kommunen bis zum Bund und der EU. Deshalb werden wir auch hier, auch angesichts des demographischen Wandels, die Anstrengungen deutlich erhöhen, qualifiziertes Personal für die Daseinsvorsorge und die öffentliche Verwaltung auszubilden, zu gewinnen und zu halten.

Antrag 2.6.-Ä004: Änderungsantrag zu 2.6.

Laufende Nummer: 506 • Änderungsantrag zu 2.6.

Antragsteller*in:	Ortsverein St. Pauli Süd
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 7

Um auch in Zukunft innovativ zu bleiben, werden wir die Stärken des deutschen Wissenschaftssystems in seiner ganzen Breite und Vielfalt und seiner internationalen Ausrichtung erhalten und weiterentwickeln. Dazu fördern wir Zukunftstechnologien wie zum Beispiel Quantentechnik, Künstliche Intelligenz, Alternativverfahren zu

Tierversuchen und Wasserstoff an vielen Orten im Land. Für den perspektivischen Ausstieg aus den Tierversuchen werden wir eine Gesamtplanung inklusive Monitorings und Umsetzungsmanagement aufsetzen und die Gelder für die Entwicklung von tierversuchsfreien Verfahren deutlich erhöhen.

Antrag 2.6.-Ä005: Änderungsantrag zu 2.6.

Laufende Nummer: 511 • Änderungsantrag zu 2.6.

Antragsteller*in:	Ortsverein St. Pauli Süd
Status:	erledigt durch Annahme in geänderter Fassung 2.6.-Ä004
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Annahme in geänderter Fassung 2.6.-Ä004
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 7

Um auch in Zukunft innovativ zu bleiben, werden wir die Stärken des deutschen Wissenschaftssystems in seiner ganzen Breite und Vielfalt und seiner internationalen Ausrichtung erhalten und weiterentwickeln. Dazu fördern wir Zukunftstechnologien wie zum Beispiel Quantentechnik, Künstliche Intelligenz, Alternativverfahren zu

Tierversuchen und Wasserstoff an vielen Orten im Land. Für den perspektivischen Ausstieg aus den Tierversuchen werden wir eine Gesamtplanung inklusive Monitorings und Umsetzungsmanagement aufsetzen und die Gelder für die Entwicklung von tierversuchsfreien Verfahren deutlich erhöhen.

Antrag 2.6.-Ä006: Änderungsantrag zu 2.6.

Laufende Nummer: 565 • Änderungsantrag zu 2.6.

Antragsteller*in:	Ortsverein Kassel-Holland
Status:	erledigt durch 2.6.-Ä004Annahme in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.6.-Ä004Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 7

Um auch in Zukunft innovativ zu bleiben, werden wir die Stärken des deutschen Wissenschaftssystems in seiner ganzen Breite und Vielfalt und seiner internationalen Ausrichtung erhalten und weiterentwickeln. Dazu fördern wir Zukunftstechnologien wie zum Beispiel Quantentechnik, Künstliche Intelligenz, Alternativverfahren zu

Tierversuchen und Wasserstoff an vielen Orten im Land. Für den perspektivischen Ausstieg aus den Tierversuchen werden wir eine Gesamtplanung inklusive Monitoring und Umsetzungsmanagement aufsetzen und die Gelder für die Entwicklung von tierversuchsfreien Verfahren deutlich erhöhen.

Antrag 2.6.-Ä007: Änderungsantrag zu 2.6.

Laufende Nummer: 599 • Änderungsantrag zu 2.6.

Antragsteller*in:	Kreisverband Jena
Status:	erledigt durch 2.6.-Ä002
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.6.-Ä002
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 16

Wir werden die Universitäten und Hochschulen dabei unterstützen, die Digitalisierung voranzutreiben, Innovationen in guter Lehre fördern und zugleich ihre forschungspolitische Bedeutung, die weit in die jeweiligen Regionen ausstrahlt, stärken. Die Exzellenzstrategie entwickeln wir weiter und ergänzen sie um die Unterstützung regionaler Kooperationen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Das wird auch dazu beitragen, dass die ausgezeichnete Forschungslandschaft, die die ostdeutschen Länder in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaut haben, ihr Exzellenzpotential weiter entfalten kann, insbesondere in Bezug auf die Erforschung

innovativer Technologien. Daneben braucht es allerdings auch im Bereich der geistes- und sozialwissenschaft-lichen Forschung einen weiteren Schwerpunkt, da diese Forschung demokratiebildend und demokratiestärkend in die ostdeutsche Zivilgesellschaft hineinwirkt.

Antrag 2.6.-Ä008: Änderungsantrag zu 2.6.

Laufende Nummer: 614 • Änderungsantrag zu 2.6.

Antragsteller*in:	SPD-OV Kleve
Status:	erledigt durch Annahme in geänderter Fassung 2.6.-Ä004
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Annahme in geänderter Fassung 2.6.-Ä004
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 7

Um auch in Zukunft innovativ zu bleiben, werden wir die Stärken des deutschen Wissenschaftssystems in seiner ganzen Breite und Vielfalt und seiner internationalen Ausrichtung erhalten und weiterentwickeln. Dazu fördern wir Zukunftstechnologien wie zum Beispiel Quantentechnik, Künstliche Intelligenz, Alternativverfahren zu

Tierversuchen und Wasserstoff an vielen Orten im Land. Für den perspektivischen Ausstieg aus den Tierversuchen werden wir eine Gesamtplanung inklusive Monitoring und Umsetzungsmanagement aufsetzen sowie die Gelder für die Entwicklung von tierversuchsfreien Verfahren deutlich erhöhen.

Antrag 2.7.-Ä001: Änderungsantrag zu 2.7.

Laufende Nummer: 199 • Änderungsantrag zu 2.7.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Münster
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 10 - 11

Daher gilt für uns: Die Finanzierung der in diesem Regierungsprogramm formulierten

Schwerpunkte stellen wir sicher. Dazu ~~werden wir die verfassungsrechtlich möglichen Spielräume zu~~ bekennen wir uns zum Mittel der weiteren Kreditaufnahme ~~nutzen~~. Die gerechte Verteilung von Einkommen und

Vermögen ist eine Grundvoraussetzung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die extrem ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen ist nicht nur sozialpolitisch bedenklich, sie ist auch ökonomisch unvernünftig. Die hohe und weiterwachsende Konzentration des Vermögens auf einige Hochvermögende verhindert nachhaltiges Wachstum und verschenkt wertvolle Potenziale.

Antrag 2.7.-Ä002: Änderungsantrag zu 2.7.

Laufende Nummer: 247 • Änderungsantrag zu 2.7.

Antragsteller*in:	Ortsverein Erkrath
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 38

Wir werden der Steuergerechtigkeit Geltung verschaffen - Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerbetrug werden wir konsequent vorgehen. Wir haben grenzüberschreitende Steuergestaltungsmodelle der Anzeigepflicht unterworfen und werden eine nationale Anzeigepflicht einführen. Wir werden die Umgehung der Grunderwerbsteuer (Share Deals) beenden. Der Umsatzsteuerbetrug bei Karussellgeschäften auf europäischer Ebene muss beendet werden. Die öffentliche Transparenz ist ein gutes Mittel, um Unternehmen in die Pflicht zu nehmen. Wir werden Steuervermeidung mit einem öffentlichen Reporting großer, international agierender Unternehmen eindämmen (Public Country-by-Country-Reporting).

Die Besteuerung von Einkommen werden wir gerechter gestalten. Das aktuelle Steuersystem nimmt gerade mittlere Einkommen zu stark in Anspruch. Die finanziellen Lasten der Krisenbewältigung dürfen für die ohnehin stark strapazierte große Mehrheit der Bürger*innen nicht zu einer steuerlichen Mehrbelastung führen. Im Gegenteil: Wir wollen die Steuern für die Mehrheit senken. Wir werden eine Einkommensteuerreform vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt, die Kaufkraft stärkt und dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der wichtigen öffentlichen Aufgaben heranzieht.

Für diejenigen, die besonders viel verdienen, halten wir zudem an dem Aufschlag von drei Prozentpunkten zur Einkommensteuer fest. Er soll künftig bei Verheirateten für den zu versteuernden Einkommensanteil oberhalb von 500.000 Euro im Jahr, bei Ledigen ab 250.000 Euro im Jahr gelten.

Wir schaffen die Bemessungsgrenze zur Erhebung der Beiträge in die gesetzliche Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung ab.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden gleichgestellt bei der prozentualen Beitragsbemessung auf Löhne, Gehälter und Bonuszahlungen.

Die bestehende Beitragsbemessungsgrenze ist sozial ungerecht und unsolidarisch. Sie hat zu einer zunehmenden gesellschaftlichen Verwerfung im Gehaltsgefüge geführt und bewirkt maßgeblich, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnen konnte.

Die sich aus der Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze ergebenden Mehreinnahmen können

der Beitragssenkung für die Arbeitgeber und alle Versicherten dienen.

Diese grundlegende Maßnahme zur Herstellung von gesellschaftlicher Solidarität wird insbesondere die Arbeitgeber zu gerechteren und innerbetrieblich realistischen Gehaltseinstufungen führen und damit Lohngerechtigkeit herstellen.

Antrag 2.7.-Ä004: Änderungsantrag zu 2.7.

Laufende Nummer: 279 • Änderungsantrag zu 2.7.

Antragsteller*in:	SPD Ortsverein Bad Godesberg-Nord
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 52

Das geltende Steuerrecht befördert die klassische Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen. Das werden wir ändern und das Steuerrecht stärker auf Partnerschaftlichkeit ausrichten. Das Ehegattensplitting bildet die gesellschaftliche Realität nicht mehr ab und schließt viele Haushalte mit Kindern von dem gewährten Steuervorteil aus. Nutznießer sind stattdessen vor allem Alleinverdiener-Ehepaare mit hohem Einkommen unabhängig von der Kinderzahl. Wir werden das Ehegattensplitting für neu geschlossene Ehen ändern. Die allermeisten Haushalte mit Kindern werden durch die Kindergrundsicherung finanziell bessergestellt werden. Normalverdienende auch ohne Kinder werden keine Einbußen erleiden. Für bestehende Ehen werden wir zudem ein Wahlrecht einführen. [Langfristiges Ziel ist die Individualbesteuerung.](#)

Antrag 2.7.-Ä005: Änderungsantrag zu 2.7.

Laufende Nummer: 292 • Änderungsantrag zu 2.7.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Köln
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 10 - 11

Daher gilt für uns: Die Finanzierung der in diesem Regierungsprogramm formulierten Schwerpunkte stellen wir sicher. ~~Dazu werden wir die verfassungsrechtlich möglichen Spielräume~~ Wir stehen für eine nachhaltige Finanzpolitik. Sie richtet sich strikt an den Zielen der Vollbeschäftigung und einer starken, klimaneutralen Wirtschaft aus. So sorgen wir für dauerhaften Wohlstand und tragfähige Sozialausgaben trotz alternder Gesellschaft. Der heutige finanzpolitische Rahmen stammt aus einer anderen Zeit, in der Geld teuer und Arbeitskraft reichlich vorhanden war. Heute sind die Vorzeichen umgekehrt: Geld ist günstig und wir sehen uns dem Fachkräftemangel, einem großen Niedriglohnsektor und einem langjährigen Investitionsstau gegenüber. Daher werden wir eine Bewertung der grundgesetzlichen Regelungen zur Kreditaufnahme Finanzpolitik in Auftrag geben, so wie Zentralbanken auch ihre Strategie evaluieren. In der Zwischenzeit werden wir die verfügbaren Spielräume nutzen, um die Schuldenbremse von einer Zukunfts- und Beschäftigungsbremse zu einer Kostenbremse weiterzuentwickeln. Das haushaltspolitische Mantra der schwarzen Null als Selbstzweck lehnen wir ab. Die gerechte Verteilung von Einkommen und

Vermögen ist eine Grundvoraussetzung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die extrem ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen ist nicht nur sozialpolitisch bedenklich, sie ist auch ökonomisch unvernünftig. Die hohe und weiterwachsende Konzentration des Vermögens auf einige Hochvermögende verhindert nachhaltiges Wachstum und verschenkt wertvolle Potenziale.

Antrag 2.7.-Ä006: Änderungsantrag zu 2.7.

Laufende Nummer: 308 • Änderungsantrag zu 2.7.

Antragsteller*in:	SPD-UB Düsseldorf
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 35 - 38

Wir werden der Steuergerechtigkeit Geltung verschaffen - Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerbetrug werden wir konsequent vorgehen. Wir haben grenzüberschreitende Steuergestaltungsmodelle der Anzeigepflicht unterworfen und werden eine nationale Anzeigepflicht einführen. Wir werden die Umgehung der Grunderwerbsteuer (Share Deals) beenden. Der Umsatzsteuerbetrug bei Karussellgeschäften auf europäischer Ebene muss beendet werden. Die öffentliche Transparenz ist ein gutes Mittel, um Unternehmen in die Pflicht zu nehmen. Wir werden Steuervermeidung mit einem öffentlichen Reporting großer, international agierender Unternehmen eindämmen (Public Country-by-Country-Reporting).

Die Besteuerung von Einkommen werden wir gerechter gestalten. Das aktuelle Steuersystem nimmt gerade mittlere Einkommen zu stark in Anspruch. Die finanziellen Lasten der Krisenbewältigung dürfen für die ohnehin stark strapazierte große Mehrheit der Bürger*innen nicht zu einer steuerlichen Mehrbelastung führen. Im Gegenteil: Wir wollen die Steuern für die Mehrheit senken. Wir werden eine Einkommensteuerreform vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt, die Kaufkraft stärkt und dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der wichtigen öffentlichen Aufgaben heranzieht.

Für diejenigen, die besonders viel verdienen, halten wir zudem an dem einen gestaffelten Aufschlag von drei Prozentpunkten zur Einkommensteuer fest. Er soll künftig bei Verheirateten für den zu versteuernden Einkommensanteil für zu versteuernde Einkommen oberhalb von 500.000 Euro im Jahr, bei Ledigen ab 0€ für Verheiratete und 250.000 Euro im Jahr gelten. 00 €. Für Ledige bis zu 18 Prozentpunkten für angebracht

Antrag 2.7.-Ä007: Änderungsantrag zu 2.7.

Laufende Nummer: 316 • Änderungsantrag zu 2.7.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 45

Das geltende Steuerrecht befördert die klassische Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen. Das werden wir ändern und das Steuerrecht stärker auf Partnerschaftlichkeit

ausrichten, sowie die Steuerlast bei unterschiedlich hohen Einkommen zwischen den Eheleuten gerecht verteilen. Das Ehegattensplitting bildet die gesellschaftliche Realität nicht mehr ab und schließt viele Haushalte mit Kindern von dem gewährten Steuervorteil aus. Nutznießer sind stattdessen vor allem Alleinverdiener-Ehepaare mit hohen Einkommen unabhängig von der Kinderzahl. Wir werden das Ehegattensplitting für neu geschlossene Ehen ändern. Die allermeisten Haushalte mit Kindern werden durch die Kindergrundsicherung finanziell bessergestellt werden. Normalverdienende auch ohne Kinder werden keine Einbußen erleiden. Für bestehende Ehen werden wir zudem ein Wahlrecht einführen.

Antrag 2.7.-Ä008: Änderungsantrag zu 2.7.

Laufende Nummer: 366 • Änderungsantrag zu 2.7.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 2

Steuern, Abgaben und Kredite des Bundes sind die Grundlagen für einen handlungsfähigen Staat und Instrumente zu Herstellung einer gerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen. Wir werden deshalb niedrige und mittlere Einkommen, also rund 95 Prozent der Steuerzahler*innen, entlasten und dafür sorgen, dass höchste Einkommen und riesige Vermögen höher besteuert werden.

Die Corona-Pandemie hat gravierende Auswirkungen. Auch auf die öffentlichen Haushalte. Während die Steuereinnahmen zurückgehen, sind die staatlichen Ausgaben gestiegen. Eine Politik der Austerität nach der Krise wäre ein völlig falscher Weg. Wer diesen Weg verfolgt, setzt unsere Zukunft aufs Spiel oder will harte Einschnitte in den Sozialstaat. Wir stehen für eine Finanz- und Haushaltspolitik, die die großen Zukunftsinvestitionen finanziert und so zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft, ein klimaneutrales Wachstum ermöglicht und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

Zeile 17 - 38

~~Wir werden der Steuergerechtigkeit Geltung verschaffen – Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerbetrug werden wir konsequent vorgehen. Wir haben grenzüberschreitende Steuergestaltungsmodelle der Anzeigepflicht unterworfen und werden eine nationale Anzeigepflicht einführen. Wir werden die Umgehung der Grunderwerbsteuer (Share Deals) beenden. Der Umsatzsteuerbetrug bei Karussellgeschäften auf europäischer Ebene muss beendet werden. Die öffentliche Transparenz ist ein gutes Mittel, um Unternehmen in die Pflicht zu nehmen. Wir werden Steuervermeidung mit einem öffentlichen Reporting großer, international agierender Unternehmen eindämmen (Public Country-by-Country-Reporting).~~

~~Die Besteuerung von Einkommen werden wir gerechter gestalten. Das aktuelle Steuersystem nimmt gerade mittlere Einkommen zu stark in Anspruch. Die finanziellen Lasten der Krisenbewältigung dürfen für die ohnehin stark strapazierte große Mehrheit der Bürger*innen nicht zu einer steuerlichen Mehrbelastung führen. Im Gegenteil: Wir wollen die Steuern für die Mehrheit senken. Wir werden eine Einkommensteuerreform vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt, die Kaufkraft stärkt und dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent~~

~~stärker für die Finanzierung der wichtigen öffentlichen Aufgaben heranzieht.~~

~~Für diejenigen, die besonders viel verdienen, halten wir zudem an dem Aufschlag von drei Prozentpunkten zur Einkommensteuer fest. Er soll künftig bei Verheirateten für den zu versteuernden Einkommensanteil oberhalb von 500.000 Euro im Jahr, bei Ledigen ab 250.000 Euro im Jahr gelten.~~

Wir werden der Steuergerechtigkeit Geltung verschaffen – Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerbetrug werden wir konsequent vorgehen. Wir werden ein Unternehmensstrafrecht zur wirksamen Sanktionierung von Beihilfe zu Steuerstraftaten einführen. Wir haben grenzüberschreitende Steuergestaltungsmodelle der Anzeigepflicht unterworfen und werden eine nationale Anzeigepflicht einführen. Wir werden die Umgehung der Grunderwerbsteuer (Share Deals) beenden. Die bisherige Grundsteuer wollen wir durch eine nicht auf die Mieten umlegbare Bodenwertzuwachssteuer ersetzen, die von den Kommunen erhoben wird.

Der Umsatzsteuerbetrug bei Karussellgeschäften auf europäischer Ebene muss beendet werden. Die öffentliche Transparenz ist ein gutes Mittel, um Unternehmen in die Pflicht zu nehmen. Wir werden Steuervermeidung mit einem öffentlichen Reporting großer, international agierender Unternehmen eindämmen (Public Country-by-Country-Reporting).

Wir werden die Verschiebung von Gewinnen in ausländische Steueroasen erschweren, indem wir die globalen Gewinne von Unternehmen anteilig entsprechend dem Umsatz in Deutschland besteuern.

Die Besteuerung von Einkommen werden wir gerechter gestalten. Das aktuelle Steuersystem nimmt gerade mittlere Einkommen zu stark in Anspruch. Die finanziellen Lasten der Krisenbewältigung dürfen für die ohnehin stark strapazierte große Mehrheit der Bürger*innen nicht zu einer steuerlichen Mehrbelastung führen. Im Gegenteil: Wir wollen die Steuern für die Mehrheit senken.

Um die überproportionale Belastung von Haushalten mit niedrigem Einkommen durch die Umsatzsteuer zu verringern, wollen wir einen pauschalen Erstattungsbetrag für alle Haushalte einführen. Die jährliche Auszahlung soll Geringverdienern in Gänze zugutekommen, während sie von Beziehern sehr hoher Einkommen versteuert werden muss.

Wir werden eine Einkommensteuerreform vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt, die Kaufkraft stärkt und dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der wichtigen öffentlichen Aufgaben heranzieht.

Für diejenigen, die besonders viel verdienen, halten wir zudem an dem Aufschlag von drei Prozentpunkten zur Einkommensteuer fest. Er soll künftig bei Verheirateten für den zu versteuernden Einkommensanteil oberhalb von 500.000 Euro im Jahr, bei Ledigen ab 250.000 Euro im Jahr gelten.

Kapitalerträge sollen wieder mit dem persönlichen Einkommensteuersatz und nicht mehr mit der bisherigen pauschalen Abgeltungssteuer in Höhe von 25 Prozent versteuert werden.

~~Das geltende Steuerrecht befördert die klassische Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen. Das werden wir ändern und das Steuerrecht stärker auf Partnerschaftlichkeit ausrichten. Das Ehegattensplitting bildet die gesellschaftliche Realität nicht mehr ab und schließt viele Haushalte mit Kindern von dem gewährten Steuervorteil aus. Nutznießer sind stattdessen vor allem Alleinverdiener-Ehepaare mit hohem Einkommen unabhängig von der Kinderzahl. Wir werden das Ehegattensplitting für neu geschlossene Ehen ändern. Die allermeisten Haushalte mit Kindern werden durch die Kindergrundsicherung finanziell bessergestellt werden. Normalverdienende auch ohne Kinder werden keine Einbußen erleiden. Für bestehende Ehen werden wir zudem ein Wahlrecht einführen.~~

Das geltende Steuerrecht befördert die klassische Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen. Das werden wir ändern und das Steuerrecht stärker auf Partnerschaftlichkeit ausrichten. Das Ehegattensplitting bildet die gesellschaftliche Realität nicht mehr ab und schließt viele Haushalte mit Kindern von dem gewährten Steuervorteil aus. Nutznießer sind stattdessen vor allem Alleinverdiener-Ehepaare mit hohem Einkommen unabhängig von der Kinderzahl.

Das Ehegattensplitting werden wir durch einen Familientarif mit Kinderbonus ersetzen, wobei der Splittingvorteil auf 7.000 Euro gedeckelt wird.

Für bestehende Ehen werden wir zudem ein Wahlrecht einführen.

Zeile 115

Der Zoll ist neben der Polizei eine wichtige Institution im Kampf gegen Geldwäsche und Kriminalität. Wir werden die Kompetenzen des Zolls weiter stärken und die für dessen Wahrnehmung der Aufgaben verbundene Personalausstattung und Ausrüstung im Bereich illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit, organisierte Kriminalität,

Geldwäsche wirkungsvoll unterstützen.

Whistleblower sind gesetzlich zu schützen, wenn sie einen nachweislichen Betrug zulasten der Allgemeinheit (z.B. illegale Finanztransaktionen) aufdecken.

Antrag 2.7.-Ä009: Änderungsantrag zu 2.7.

Laufende Nummer: 378 • Änderungsantrag zu 2.7.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
Status:	erledigt durch 3.1.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.1.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 16

Daher gilt für uns: Die Finanzierung der in diesem Regierungsprogramm formulierten Schwerpunkte stellen wir sicher. Dazu werden wir die verfassungsrechtlich möglichen Spielräume zur Kreditaufnahme nutzen. Die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen ist eine Grundvoraussetzung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die extrem ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen ist nicht nur sozialpolitisch bedenklich, sie ist auch ökonomisch unvernünftig. Die hohe und weiterwachsende Konzentration des Vermögens auf einige Hochvermögende verhindert nachhaltiges

Wachstum und verschenkt wertvolle Potenziale. Angemessene, am besten tariflich gesicherte Arbeitseinkommen und eine hohe Lohnquote sind nicht nur ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit und eine starke Binnennachfrage, sondern eine stabile Einnahmehasis für Staat und Sozialversicherungen.

Antrag 2.7.-Ä010: Änderungsantrag zu 2.7.

Laufende Nummer: 405 • Änderungsantrag zu 2.7.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Nippes
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 38

Wir werden der Steuergerechtigkeit Geltung verschaffen - Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerbetrug werden wir konsequent vorgehen. Wir haben grenzüberschreitende Steuergestaltungsmodelle der Anzeigepflicht unterworfen und werden eine nationale Anzeigepflicht einführen. Wir werden die Umgehung der Grunderwerbsteuer (Share Deals) beenden. Der Umsatzsteuerbetrug bei Karussellgeschäften auf europäischer Ebene muss beendet werden. Die öffentliche Transparenz ist ein gutes Mittel, um Unternehmen in die Pflicht zu nehmen. Wir werden Steuervermeidung mit einem öffentlichen Reporting großer, international agierender Unternehmen eindämmen (Public Country-by-Country-Reporting).

Die Besteuerung von Einkommen werden wir gerechter gestalten. Das aktuelle Steuersystem nimmt gerade mittlere Einkommen zu stark in Anspruch. Die finanziellen Lasten der Krisenbewältigung dürfen für die ohnehin stark strapazierte große Mehrheit der Bürger*innen nicht zu einer steuerlichen Mehrbelastung führen. Im Gegenteil: Wir wollen die Steuern für die Mehrheit senken. Wir werden eine Einkommensteuerreform vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt, die Kaufkraft stärkt und dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der wichtigen öffentlichen Aufgaben heranzieht.

Für diejenigen, die besonders viel verdienen, halten wir zudem an dem Aufschlag von drei Prozentpunkten zur Einkommensteuer fest. Er soll künftig bei Verheirateten für den zu versteuernden Einkommensanteil oberhalb von 500.000 Euro im Jahr, bei Ledigen

ab 250.000 Euro im Jahr gelten. Um Einzelfirmen und Personengesellschaften bei der Besteuerung gegenüber Kapitalgesellschaften nicht zu benachteiligen, werden wir einen Progressionsvorbehalt für den Gewinn aus Gewerbebetrieben auf der Basis des alten Steuersatzes einführen.

Zeile 52

Das geltende Steuerrecht befördert die klassische Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen. Das werden wir ändern und das Steuerrecht stärker auf Partnerschaftlichkeit ausrichten. Das Ehegattensplitting bildet die gesellschaftliche Realität nicht mehr ab und schließt viele Haushalte mit Kindern von dem gewährten Steuervorteil aus. Nutznießer sind stattdessen vor allem

Alleinverdiener-Ehepaare mit hohem Einkommen unabhängig von der Kinderzahl. Wir werden das Ehegattensplitting für neu geschlossene Ehen ändern. Die allermeisten Haushalte mit Kindern werden durch die Kindergrundsicherung finanziell bessergestellt werden. Normalverdienende auch ohne Kinder werden keine Einbußen erleiden. Für bestehende Ehen werden wir zudem ein Wahlrecht einführen. Ehepaare ohne Kinder werden durch diese Änderung keine steuerlichen Nachteile haben

Antrag 2.7.-Ä011: Änderungsantrag zu 2.7.

Laufende Nummer: 484 • Änderungsantrag zu 2.7.

Antragsteller*in:	Ortsverein Neuhausen-Nymphenburg
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 10 - 11

Daher gilt für uns: Die Finanzierung der in diesem Regierungsprogramm formulierten Schwerpunkte stellen wir sicher. ~~Dazu~~Zudem werden wir uns für ein weiteres Aussetzen sowie perspektivisch die ~~verfassungsrechtlich möglichen~~ Abschaffung der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse einsetzen. Vorhandene Spielräume zur Kreditaufnahme für wichtige Zukunftsinvestitionen wollen wir nutzen.“ Die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen ist eine Grundvoraussetzung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die extrem ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen ist nicht nur sozialpolitisch bedenklich, sie ist auch ökonomisch unvernünftig. Die hohe und weiterwachsende Konzentration des Vermögens auf einige Hochvermögende verhindert nachhaltiges Wachstum und verschenkt wertvolle Potenziale.

Antrag 2.7.-Ä012: Änderungsantrag zu 2.7.

Laufende Nummer: 600 • Änderungsantrag zu 2.7.

Antragsteller*in:	Kreisverband Jena
Status:	erledigt durch Beschlusslage
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Beschlusslage
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 31

Wir werden der Steuergerechtigkeit Geltung verschaffen - Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerbetrug werden wir konsequent vorgehen. Wir haben grenzüberschreitende Steuergestaltungsmodelle der Anzeigepflicht unterworfen und werden eine nationale Anzeigepflicht einführen. Wir werden die Umgehung der Grunderwerbsteuer (Share Deals) beenden. Der Umsatzsteuerbetrug bei Karussellgeschäften auf europäischer Ebene muss beendet werden. Die öffentliche Transparenz ist ein gutes Mittel, um Unternehmen in die Pflicht zu nehmen. Wir werden Steuervermeidung mit einem öffentlichen Reporting großer, international agierender Unternehmen eindämmen (Public Country-by-Country-Reporting).

Die Besteuerung von Einkommen werden wir gerechter gestalten. Das aktuelle Steuersystem nimmt gerade mittlere Einkommen zu stark in Anspruch. Die finanziellen Lasten der Krisenbewältigung dürfen für die ohnehin stark strapazierte große Mehrheit der Bürger*innen nicht zu einer steuerlichen Mehrbelastung führen. Im Gegenteil: Wir

wollen die Steuern für die Mehrheit senken. Jedes Einkommen soll entsprechend seiner Höhe gleich besteuert werden. Es darf nicht sein, dass Einkommen, welches erarbeitet wird, höher besteuert wird als Einkommen in gleicher Höhe, welches durch Kapital oder Aktiengewinne erzielt wird. Wir werden eine Einkommensteuerreform

vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt, die Kaufkraft stärkt und dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der wichtigen öffentlichen Aufgaben heranzieht.

Für diejenigen, die besonders viel verdienen, halten wir zudem an dem Aufschlag von drei Prozentpunkten zur Einkommensteuer fest. Er soll künftig bei Verheirateten für den zu versteuernden Einkommensanteil oberhalb von 500.000 Euro im Jahr, bei Ledigen ab 250.000 Euro im Jahr gelten.

Antrag 2.7.-Ä013: Änderungsantrag zu 2.7.

Laufende Nummer: 636 • Änderungsantrag zu 2.7.

Antragsteller*in:	Ortsverein Frankfurt-Niederrad
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 34 - 35

Wir werden der Steuergerechtigkeit Geltung verschaffen - Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerbetrug werden wir konsequent vorgehen. Wir haben grenzüberschreitende Steuergestaltungsmodelle der Anzeigepflicht unterworfen und werden eine nationale Anzeigepflicht einführen. Wir werden die Umgehung der Grunderwerbsteuer (Share Deals) beenden. Der Umsatzsteuerbetrug bei Karussellgeschäften auf europäischer Ebene muss beendet werden. Die öffentliche Transparenz ist ein gutes Mittel, um Unternehmen in die Pflicht zu nehmen. Wir werden Steuervermeidung mit einem öffentlichen Reporting großer, international agierender Unternehmen eindämmen (Public Country-by-Country-Reporting).

Die Besteuerung von Einkommen werden wir gerechter gestalten. Das aktuelle Steuersystem nimmt gerade mittlere Einkommen zu stark in Anspruch. Die finanziellen Lasten der Krisenbewältigung dürfen für die ohnehin stark strapazierte große Mehrheit der Bürger*innen nicht zu einer steuerlichen Mehrbelastung führen. Im Gegenteil: Wir wollen die Steuern für die Mehrheit senken. Wir werden eine Einkommensteuerreform vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt, die Kaufkraft stärkt und dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der wichtigen

öffentlichen Aufgaben heranzieht.

~~Für~~ Deshalb werden wir uns mit Nachdruck u.a. dafür einsetzen, dass der steuerliche Grundfreibetrag an das geltende Mindestlohniveau gesetzlich gekoppelt wird.

Gleichzeitig für diejenigen, die besonders viel verdienen, halten wir zudem an dem Aufschlag von drei Prozentpunkten zur Einkommensteuer fest. Er soll künftig bei Verheirateten für den zu versteuernden Einkommensanteil oberhalb von 500.000 Euro im Jahr, bei Ledigen ab 250.000 Euro im Jahr gelten.

Antrag 2.8.-Ä001: Änderungsantrag zu 2.8.

Laufende Nummer: 253 • Änderungsantrag zu 2.8.

Antragsteller*in:	Ortsverein Pfarrkirchen
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 27

Die Prinzipien offenen Regierungshandelns - Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit - sind für uns handlungsleitend. Wir werden die Nationalen Aktionspläne im Rahmen der Open Government Partnership Deutschlands umsetzen und weiterentwickeln.

Wir werden mit einer bundesweiten Bildungskampagne mehr Bewusstsein für den Stellenwert politischer Prozesse in unserem Land schaffen. Politische Beteiligung ist die Grundlage für unsere Demokratie, doch immer weniger Mitbürger*innen organisieren sich in Parteien oder Gewerkschaften und beschränken sich stattdessen auf symbolischen Protest oder ziehen sich ganz in ihr privates Umfeld zurück. Wir werden eine parteiübergreifende Kampagne führen, um über die nächsten Jahrzehnte hinweg eine allgegenwärtige politische Kultur in der Gesellschaft zu etablieren. Damit soll es allen Bürger*innen und insbesondere jungen und sozial schwachen erleichtert werden, sich aktiv am politischen System zu beteiligen.

Antrag 2.8.-Ä002: Änderungsantrag zu 2.8.

Laufende Nummer: 318 • Änderungsantrag zu 2.8.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
Status:	überwiesen an Digitale Programmmatrix.
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an Digitale Programmmatrix.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 3

Wir wollen vorausschauender, wirksamer, agiler und nachhaltiger regieren und dabei mehr Transparenz, mehr Beteiligung, mehr Demokratie wagen. Mit einer Wirkungsanalyse stellen wir sicher, dass alle Maßnahmen und Gesetze zu mehr Geschlechtergerechtigkeit führen.

Antrag 2.8.-Ä003: Änderungsantrag zu 2.8.

Laufende Nummer: 602 • Änderungsantrag zu 2.8.

Antragsteller*in:	Kreisverband Jena
Status:	überwiesen an Digitale Programmmatrix.
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an Digitale Programmmatrix.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 2
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 2

Zeile 3

Wir wollen vorausschauender, wirksamer, agiler und nachhaltiger regieren und dabei mehr Transparenz, mehr Beteiligung, mehr Demokratie wagen. Alle Gesetze, Verordnungen, Haushaltsausgaben und Setzung von Rahmenbedingungen werden wir dahingehend abschätzen, welche Folgen sie für das Ziel einer echten Gleichstellung der Geschlechter haben (Gesetzesfolgenabschätzung).

Antrag 3.0.-Ä001: Änderungsantrag zu 3.0.

Laufende Nummer: 280 • Änderungsantrag zu 3.0.

Antragsteller*in:	SPD Ortsverein Bad Godesberg-Nord
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 15

Orientierung geht. [Sie tritt Antifeminismus und Sexismus entgegen.](#)

Antrag 3.1.-Ä001: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 200 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Münster
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 53

Es gibt einen gewaltigen Personalmangel in den Krankenhäusern und

Pflegeeinrichtungen. Soziale Arbeit aufwerten heißt für uns, dass der Bund als Arbeitgeber seiner Verantwortung bei der Lohnentwicklung zur Steigerung der Attraktivität aller sozialen Berufe vor allem in den unteren Lohngruppen nachkommt. Soziale Arbeit aufwerten heißt für uns auch, dass die Arbeits-

und Stressbelastung gesenkt werden muss. Wir werden deshalb den Vorschlag eines neuen, bundesweiten und einheitlichen Personalbemessungsrahmens voranbringen. Pfleger*innen müssen sich beruflich weiterentwickeln können.

Antrag 3.1.-Ä002: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 221 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	SPD OV Schwerin-Südstadt
Status:	erledigt durch Zukunftsprogramm 3.1.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Zukunftsprogramm 3.1.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 24

Wer den ganzen Tag arbeitet, muss von seiner Arbeit ohne zusätzliche Unterstützung leben können. Auch das ist eine Frage des Respekts. Wir werden den gesetzlichen Mindestlohn zunächst auf mindestens zwölf Euro erhöhen und die Spielräume der

Mindestlohnkommission für künftige Erhöhungen ausweiten.

Die Vergütung von Beschäftigten bei vom Bund mit Zuwendungen geförderten Institutionen muss dem TVöD entsprechen und deutlich über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen.

Antrag 3.1.-Ä003: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 225 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	SPD OV Schwerin-Südstadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 21 - 23

Wer den ganzen Tag arbeitet, muss von seiner Arbeit und später im Ruhestand ohne zusätzliche Unterstützung leben können. Auch das ist eine Frage des Respekts. Wir werden den gesetzlichen Mindestlohn zunächst auf mindestens ~~zwölf~~dreizehn Euro erhöhen und die Spielräume der Mindestlohnkommission für künftige Erhöhungen ausweiten.

Antrag 3.1.-Ä004: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 248 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	Ortsverein Erkrath
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 11

Arbeit bedeutet auch die Sicherung der Existenz. Das ist ein grundlegendes Bedürfnis. Für sich selbst und die Familie. Diese Sicherheit gibt es nur, wenn man auch langfristig planen kann: Eine gute Wohnung finden, die Miete bezahlen, den Kindern eine gute Ausbildung ermöglichen, den Lebensstandard im Alter sichern.

~~Daher setzen~~ Gemeinsam mit den Gewerkschaften streiten und kämpfen wir uns für gerechte Löhne ein für Lohngerechtigkeit. Die Maßnahmen zur Anhebung von Einstiegsgehältern und mittleren Einkommen, sowie einer innerbetrieblich nachvollziehbaren Neubewertung von 'Managergehältern' und Bonuszahlungen, werden das Beitragsaufkommen für die Sozialversicherungen stetig verbessern und so die gegenwärtigen Auswüchse von Altersarmut vermeiden. Wir werden die Möglichkeit vereinfachen,

Tarifverträge für allgemein verbindlich zu erklären, damit sie für alle Beschäftigten und Arbeitgeber*innen in einer Branche gelten. Tarifverträge müssen auch weiter gelten, wenn Betriebe aufgespalten und ausgelagert werden.

Antrag 3.1.-Ä005: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 249 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	Ortsverein Erkrath
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 21

Wer ~~den ganzen Tag~~ zu rechtem Lohn in Vollzeit arbeitet, muss von seiner Arbeit ohne zusätzliche Unterstützung leben können. Auch das ist eine Frage des Respekts. Wir werden den gesetzlichen Mindestlohn zunächst auf mindestens zwölf Euro erhöhen und die Spielräume der Mindestlohnkommission für künftige Erhöhungen ausweiten.

Antrag 3.1.-Ä006: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 250 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	Ortsverein Erkrath
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 23 - 24

Wer den ganzen Tag arbeitet, muss von seiner Arbeit ohne zusätzliche Unterstützung leben können. Auch das ist eine Frage des Respekts. Wir werden den gesetzlichen

Mindestlohn zunächst auf mindestens ~~zwölf~~fünfzehn Euro erhöhen. Mit dieser politischen Forderung werden wir gemeinsam mit den Gewerkschaften die gesellschaftliche Debatte über Lohngerechtigkeit vertiefen und beflügeln. Basierend auf der neuen Mindestlohnhöhe werden die Spielräume der Mindestlohnkommission für künftige Erhöhungen ~~ausweiten.~~ ausgeweitet.

Antrag 3.1.-Ä007: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 283 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	SPD Ortsverein Bad Godesberg-Nord
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 153

Wir werden auch Solo-Selbständige besser absichern, deren Geschäftsmodell sie grundsätzlich trägt, wo jedoch unvorhersehbare erhebliche Einnahmeausfälle, etwa durch den kurzfristigen Wegfall von Auftraggebern, zu Notlagen führt. Mit einem Sicherungsgeld schaffen wir ein neues und freiwilliges Angebot für eine solidarische Absicherung in Notlagen, die über branchen- und saisonübliche Schwankungen hinausgehen. Das Sicherungsgeld soll mit Leistungen der Arbeitslosenversicherung vergleichbar sein und durch die Bundesagentur für Arbeit ausgezahlt werden. Das durch Beiträge der Selbständigen finanzierte Sicherungsgeld hat dabei Vorrang vor Leistungen der Grundsicherung. Privat geleistete und unbezahlte Sorge- und Hausarbeit in den Familien für Kinder, Kranke, Ältere und Pflegebedürftige ist immer noch die verborgene Basisarbeit in unserer Gesellschaft, die überwiegend von Frauen, vor allem Müttern und pflegenden Angehörigen geleistet wird. Wir wollen Anreize schaffen, damit sich Männer, Väter und Söhne mehr als bisher daran beteiligen. Darüber hinaus wollen wir dafür sorgen, dass niemand, der oder die diese Arbeit leistet, Nachteile in ökonomischer oder beruflicher Hinsicht erleidet.

Antrag 3.1.-Ä008: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 362 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 147 - 149

Wir werden auch Solo-Selbständige besser absichern, deren Geschäftsmodell sie grundsätzlich trägt, wo jedoch unvorhersehbare erhebliche Einnahmeausfälle, etwa

durch den kurzfristigen Wegfall von Auftraggebern, zu Notlagen führt. ~~Mit einem Sicherungsgeld schaffen~~ Im Rahmen der Arbeitslosenversicherung werden wir ein ~~neues und freiwilliges~~ Angebot für eine solidarische Absicherung von Selbständigen in Notlagen schaffen, die über ~~b~~Branchen- und saisonübliche Schwankungen

hinausgehen. Das Sicherungsgeld soll mit Leistungen der Arbeitslosenversicherung vergleichbar sein und durch die Bundesagentur für Arbeit ausgezahlt werden. Das durch Beiträge der Selbständigen finanzierte Sicherungsgeld hat dabei Vorrang vor Leistungen der Grundsicherung.

Antrag 3.1.-Ä009: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 368 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 10 - 11

Arbeit bedeutet auch die Sicherung der Existenz. Das ist ein grundlegendes Bedürfnis. Für sich selbst und die Familie. Diese Sicherheit gibt es nur, wenn man auch langfristig planen kann: Eine gute Wohnung finden, die Miete bezahlen, den Kindern

eine gute Ausbildung ermöglichen, den Lebensstandard im Alter sichern.

~~Daher setzen~~ Gemeinsam mit den Gewerkschaften streiten und kämpfen wir uns für gerechte Löhne ein. für Lohngerechtigkeit. Die Maßnahmen zur Anhebung von Einstiegsgehältern und mittleren Einkommen, sowie einer innerbetrieblich nachvollziehbaren Neubewertung von 'Managergehältern' und Bonuszahlungen, werden das Beitragsaufkommen für die Sozialversicherungen stetig verbessern und so die gegenwärtigen Auswüchse von Altersarmut vermeiden.

Wir werden die Möglichkeit vereinfachen,

Tarifverträge für allgemein verbindlich zu erklären, damit sie für alle Beschäftigten und Arbeitgeber*innen in einer Branche gelten. Tarifverträge müssen auch weiter gelten, wenn Betriebe aufgespalten und ausgelagert werden.

Zeile 21 - 24

Wer ~~den ganzen Tag~~ in Vollzeit arbeitet, muss von seiner Arbeit ohne zusätzliche Unterstützung leben können. Auch das ist eine Frage des Respekts. Wir werden den gesetzlichen Mindestlohn zunächst auf mindestens ~~zwölf~~ fünfzehn Euro erhöhen. Mit dieser politischen Forderung werden wir gemeinsam mit den Gewerkschaften die gesellschaftliche Debatte über Lohngerechtigkeit vertiefen und beflügeln. Basierend auf der neuen Mindestlohnhöhe werden die Spielräume der Mindestlohnkommission für künftige Erhöhungen ~~ausweiten.~~ ausgeweitet.

Antrag 3.1.-Ä010: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 375 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 2

Unser Ziel ist Vollbeschäftigung mit gerechten Löhnen-, die durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich hergestellt werden kann.

Unsere Antwort auf den Wandel

der Arbeitswelt ist ein „Recht auf Arbeit“. Das bedeutet für uns, dass sich die Solidargemeinschaft dazu verpflichtet, sich um Jede*n zu kümmern und jeder*m Arbeit und Teilhabe zu ermöglichen. Weil sich Arbeit verändert, soll jede*r alle Möglichkeiten bekommen, sich auch selbst weiterzuentwickeln.

Zeile 10 - 11

Arbeit bedeutet auch die Sicherung der Existenz. Das ist ein grundlegendes Bedürfnis. Für sich selbst und die Familie. Diese Sicherheit gibt es nur, wenn man auch langfristig planen kann: Eine gute Wohnung finden, die Miete bezahlen, den Kindern

eine gute Ausbildung ermöglichen, den Lebensstandard im Alter sichern-

um auch die Teilnahme am kulturellen und sozialen Leben zu gewährleisten.

Daher setzen wir uns für gerechte Löhne ein. Wir werden die Möglichkeit vereinfachen, Tarifverträge für allgemein verbindlich zu erklären, damit sie für alle Beschäftigten und Arbeitgeber*innen in einer Branche gelten. Tarifverträge müssen auch weiter gelten, wenn Betriebe aufgespalten und ausgelagert werden.

Zeile 15 - 20

~~Wir wollen, dass möglichst viele Unternehmen sich an den Tarifverträgen beteiligen. Die Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung ist unanständig. Wir werden diese Praxis zurückzudrängen. Ein öffentlicher Auftrag darf nur an Unternehmen vergeben werden, die nach Tarif bezahlen. Dazu schaffen wir ein Bundestarifreugesetz. Eine bessere Tarifbindung ist darüber hinaus eine wichtige Voraussetzung, die Lohnangleichung zwischen Ost und West durchzusetzen.-~~

Wir wollen, dass möglichst viele Unternehmen sich an den Tarifverträgen beteiligen. Die Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung ist nicht zu akzeptieren. Die Arbeitgeberverbände werden per Gesetz verpflichtet, den Tarifvertrag der Tarifvertragsparteien für ihre Branchen anzuwenden.

. Wir werden diese Praxis zurückzudrängen. Ein öffentlicher Auftrag und Ausschreibungen für Arbeitsmarktdienstleistungen dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die nach Tarif bezahlen. Dazu schaffen wir ein Bundestariftreuegesetz. Eine bessere Tarifbindung ist darüber hinaus eine wichtige Voraussetzung, die Lohnangleichung zwischen Ost und West durchzusetzen.

Zeile 24

Wer den ganzen Tag arbeitet, muss von seiner Arbeit ohne zusätzliche Unterstützung leben können. Auch das ist eine Frage des Respekts. Wir werden den gesetzlichen Mindestlohn zunächst auf mindestens zwölf Euro erhöhen und die Spielräume der

Mindestlohnkommission für künftige Erhöhungen ausweiten. Dabei gilt als Berechnungsgrundlage immer die des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Antrag 3.1.-Ä011: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 379 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	erledigt durch Annahme von Antrag 2.6.-Ä002
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Annahme von Antrag 2.6.-Ä002
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 25 - 28

~~Die Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne einen Sachgrund werden wir abschaffen und die vom Gesetz akzeptierten Gründe für eine Befristung kritisch überprüfen. Leiharbeiter*innen werden ab dem ersten Tag den gleichen Lohn erhalten wie Festangestellte.~~

Die Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne einen Sachgrund werden wir abschaffen und die vom Gesetz akzeptierten Gründe für eine Befristung kritisch überprüfen.

Besonders betroffen von Befristungen ist dabei der akademische Mittelbau: 92% der Angestellten sind befristet und überwiegend in Teilzeit angestellt. Dabei sind sie der Garant für eine funktionierende Lehre und Ausbildung der Studierenden und einen Forschungsbetrieb, den es für die Herausforderungen von morgen braucht. Wir wollen Dauerstellen für Daueraufgaben, damit in der Wissenschaft Karrierewege besser planbar und chancengerechter sind. Wir wollen für alle die Arbeitsverhältnisse verbessern, von der Leiharbeiter*in bis hin zum wissenschaftlichen Mittelbau - so unterschiedlich die Berufe sind, sie alle sind betroffen von Befristungen und einer unsicheren Lebensplanung.

Leiharbeiter*innen werden ab dem ersten Tag den gleichen Lohn erhalten wie Festangestellte.

Antrag 3.1.-Ä012: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 382 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 17 - 18

Wir wollen, dass möglichst viele Unternehmen sich an den Tarifverträgen beteiligen. Die Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung ist unanständig. Wir werden diese Praxis zurückzudrängen. ~~Ein öffentlicher Auftrag darf, öffentliche Aufträge, staatliche Fördermittel und Leistungsaufträge von Sozialversicherungen dürfen~~ nur an ~~Unternehmen-~~ tarifgebundene Unternehmen und Leistungsanbieter vergeben werden, ~~die nach Tarif bezahlen.~~ Dazu schaffen wir ein Bundestariftreugesetz. Eine bessere Tarifbindung ist darüber hinaus eine wichtige Voraussetzung, die Lohnangleichung zwischen Ost und West durchzusetzen.

Antrag 3.1.-Ä013: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 385 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 72

Die Krise hat gezeigt, wie unverzichtbar und wichtig funktionierende Postdienste und Paketdienste für die Daseinsvorsorge in Deutschland sind. Die Arbeitsbedingungen in dieser Branche sind oft schlecht. Es gibt viele ungesicherte Arbeitsverhältnisse

durch Scheinselbständigkeit und Subunternehmertum. Eine Zerschlagung der Deutschen Post und eine vollständige Privatisierung werden wir verhindern und unfaire Wettbewerbsvorteile von Digitalkonzernen auch in diesem Bereich beseitigen. Wir werden die Branche sozial und ökologisch ausrichten.

Antrag 3.1.-Ä014: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 388 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
Status:	erledigt durch Zukunftsprogramm Zeile 110-111
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Zukunftsprogramm Zeile 110-111
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 114

Wir werden einen Rechtsanspruch auf mobile Arbeit einführen. Grundsätzlich sollen Beschäftigte bei einer Fünf-Tage-Woche mindestens 24 Tage im Jahr mobil oder im Homeoffice arbeiten können, wenn es die Tätigkeit erlaubt. Klar ist, dass das nicht in Rundum-die-Uhr-Arbeiten ausarten darf - auch im Homeoffice müssen Arbeits- und Ruhezeiten gelten, die Arbeitszeit muss jeden Tag vollständig erfasst werden und es braucht ein Recht auf Nichterreichbarkeitszeiten, auf technische Ausstattung sowie guten Unfallversicherungsschutz. Um betriebliche Regelungen zur mobilen Arbeit zu fördern, schaffen wir ein Mitbestimmungsrecht zur Einführung und bei der Ausgestaltung mobiler Arbeit. Der Grundsatz der Freiwilligkeit der mobilen Arbeit für Arbeitnehmer*innen ist für uns Voraussetzung.

Mobiles, hybrides und flexibles Arbeiten wirft ebenso wie Homeoffice komplexe rechtliche Fragen auf. Dabei geht es beispielsweise um die Errichtung und Ausstattung des Arbeitsplatzes, Unfallversicherung, Schutz von Gesundheit und Privatsphäre, Arbeitswege und den (Arbeitnehmer*innen-)Datenschutz. Hinsichtlich dieser rechtlichen, auch finanziellen Fragen und der sozialen Absicherung der Beschäftigten sehen wir die Arbeitgeber in der Pflicht. Wir brauchen einen klaren rechtlichen Rahmen, um die einzelnen Betroffenen und betrieblichen Akteure nicht in jahrelange Rechtsstreitigkeiten zu verwickeln und neue Ungleichbehandlungen hervorzurufen.

Antrag 3.1.-Ä015: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 438 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Nippes
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 131 - 132

Für viele Menschen ist Selbständigkeit eine attraktive Form der Erwerbstätigkeit. Unternehmergeist fördert dringend benötigte Innovationen. Wir schaffen ein Klima, das Selbständigkeit positiv aufnimmt und unterstützt. Dazu gehört, dass offensichtliche Schutzlücken bei kleinen Selbständigen und Kreativen beseitigt werden und deren soziale Absicherung verbessert wird. Die Corona-Krise hat uns deutlicher denn je vor Augen geführt, wie schnell man ohne eigenes Zutun in Not gerät und wie schnell Rücklagen aufgebraucht sind. Wir werden darum Solo-Selbständige, darunter sind beispielsweise viele Künstler*innen, Autor*innen, Maler*innen, Übersetzer*innen,

Entwickler*innen, besser absichern. Dafür ~~werden wir die Absicherung in der Künstlersozialversicherung ebenso wie~~ wird die Künstlersozialkasse in eine Sozialversicherung ändern, die der heutigen Zeit entspricht. Der Zugang wird für Künstler*innen erleichtert und für weitere Solo-Selbständige, insbesondere in kreativen Berufen, geöffnet. Bürokratische Schwierigkeiten bei der Aufnahme in die neue Kasse werden wir verringern. Die Kosten werden auf die Auftraggeber von Solo-Selbständigen umgelegt. Daneben werden wir die Absicherung von Solo-Selbständigen in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung verbessern. Der Wechsel zwischen versicherungspflichtiger Beschäftigung und Selbständigkeit ist keine Ausnahme mehr.

Antrag 3.1.-Ä016: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 439 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Nippes
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 99

Mit der Digitalisierung wird Arbeit immer häufiger ortsunabhängig erledigt oder über Plattformen organisiert. Auch hier müssen Arbeitnehmer*innenrechte unvermindert gültig und wirksam sein. Gewerkschaften sollen ein digitales Zugangsrecht zum „virtuellen“ Betrieb erhalten. Beschäftigte auf Plattformen sollen sich zusammenschließen können, um gemeinsam grundlegende Bedingungen ihrer Tätigkeit mit den Plattformen aushandeln können. Wir wollen, dass der Arbeitnehmerstatus einfacher

geklärt werden kann. Dafür werden wir neue Definitionen des Arbeitsverhältnisses und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung einführen, welcher der aktuellen Arbeitswelt gerecht wird und eine Abgrenzung zu anderen Vertragsarten leichter ermöglicht. Umgehung von sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigungsverhältnissen werden wir durch gesetzliche Einschränkungen der Anwendungsmöglichkeiten von Werk- und Dienstverträgen - wie bereits in der Fleischindustrie erfolgt - entgegenreten. Wir werden ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaften und ein Beschäftigtendatenschutzgesetz einführen.

Antrag 3.1.-Ä017: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 451 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	Landesverband Baden-Württemberg
Status:	erledigt durch Annahme von 3.1 Ä008 in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Annahme von 3.1 Ä008 in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 147 - 149

Wir werden auch Solo-Selbständige besser absichern, deren Geschäftsmodell sie grundsätzlich trägt, wo jedoch unvorhersehbare erhebliche Einnahmeausfälle, etwa

durch den kurzfristigen Wegfall von Auftraggebern, zu Notlagen führt. ~~Mit einem Sicherungsgeld schaffen~~ Im Rahmen der Arbeitslosenversicherung werden wir ein ~~neues und freiwilliges~~ Angebot für eine solidarische Absicherung von Selbständigen in Notlagen schaffen, die über ~~b~~Branchen- und saisonübliche Schwankungen

hinausgehen. Das Sicherungsgeld soll mit Leistungen der Arbeitslosenversicherung vergleichbar sein und durch die Bundesagentur für Arbeit ausgezahlt werden. Das durch Beiträge der Selbständigen finanzierte Sicherungsgeld hat dabei Vorrang vor Leistungen der Grundsicherung.

Antrag 3.1.-Ä018: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 469 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 122

Wir sorgen dafür, dass vom Wandel der Arbeitswelt alle profitieren. Dazu gehört, dass Arbeitszeiten besser zum Leben passen und Menschen mehr selbstbestimmte Zeit haben - etwa für Familie, soziales Engagement und Weiterbildung. Wir werden die Schutzfunktion des Arbeitszeitgesetzes erhalten. Eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit schließen wir aus. Wenn die Arbeit durch Produktivitätsgewinne weniger werden sollte, müssen alle davon profitieren. Da wo Gewerkschaften für die Absenkung von Arbeitszeit streiten, um mehr selbstbestimmte Zeit zu ermöglichen oder

Beschäftigung zu sichern, stehen wir an ihrer Seite. [Die 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich ist dabei unser Ziel.](#)

Antrag 3.1.-Ä019: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 507 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	Ortsverein Neuhausen-Nymphenburg
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 56

Es gibt einen gewaltigen Personalmangel in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Soziale Arbeit aufwerten heißt für uns auch, dass die Arbeits- und Stressbelastung gesenkt werden muss. Wir werden deshalb den Vorschlag eines neuen, bundesweiten und einheitlichen Personalbemessungsrahmens voranbringen.

Die Personalbemessung muss sich an der tatsächlichen Leistung am Menschen, unter Bezugnahme aller relevanten Leitlinien, orientieren. Pfleger*innen müssen sich beruflich weiterentwickeln können.

Antrag 3.1.-Ä020: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 547 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Aachen-Stadt
Status:	erledigt durch Annahme von Antrag 2.6.-Ä002
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Annahme von Antrag 2.6.-Ä002
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 26

Die Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne einen Sachgrund werden wir abschaffen

~~und die.~~ Die vom Gesetz akzeptierten Gründe für eine Befristung werden wir kritisch überprüfen, dies gilt auch insbesondere auch für den Wissenschaftsbereich.

Leiharbeiter*innen werden ab dem ersten Tag den gleichen Lohn erhalten wie Festangestellte.

Antrag 3.1.-Ä021: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 635 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	Ortsverein Frankfurt-Niederrad
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 114

Wir werden einen Rechtsanspruch auf mobile Arbeit einführen. Grundsätzlich sollen Beschäftigte bei einer Fünf-Tage-Woche mindestens 24 Tage im Jahr mobil oder im Homeoffice arbeiten können, wenn es die Tätigkeit erlaubt. Klar ist, dass das nicht in Rundum-die-Uhr-Arbeiten ausarten darf - auch im Homeoffice müssen Arbeits- und Ruhezeiten gelten, die Arbeitszeit muss jeden Tag vollständig erfasst werden und es braucht ein Recht auf Nichterreichbarkeitszeiten, auf technische Ausstattung sowie guten Unfallversicherungsschutz. Um betriebliche Regelungen zur mobilen Arbeit zu fördern, schaffen wir ein Mitbestimmungsrecht zur Einführung und bei der Ausgestaltung mobiler Arbeit. Der Grundsatz der Freiwilligkeit der mobilen Arbeit für

Arbeitnehmer*innen ist für uns Voraussetzung. Für uns ist dabei selbstverständlich, dass die Arbeitgeber Homeofficepauschalen steuerfrei als Ausgleich zahlen.

Antrag 3.1.-Ä023: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 694 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	SPD-OV Eggenfelden
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 35

Die Corona-Krise hat erneut gezeigt, dass die soziale Sicherung der Minijobs unzureichend ist. Unser Ziel ist, alle Beschäftigungsverhältnisse in die soziale Sicherung einzubeziehen. Dabei wird es Übergänge für bestehende Arbeitsverhältnisse und Ausnahmen für bestimmte Gruppen wie zum Beispiel Rentner*innen geben. Um die Nettoeinkommen von gering Verdienenden zu erhöhen, heben wir die Gleitzone der Midi-Jobs auf 1.600 Euro an. In dieser Zone zahlen die Arbeitnehmer*innen geringere

Beiträge, ohne dass sie dadurch einen geringeren Rentenanspruch haben.

Wir wollen: die unterste Tarifzone, durch die geringe und mittlere Einkommen belastet werden, abschaffen. Den Grundfreibetrag muss auf 11.000 Euro erhöht werden. Beginnend bei 11.000 Euro mit einem Steuersatz von 22 Prozent wird der Spitzensteuersatz von 49 Prozent bei 70.000 Euro erhoben. Die Reichensteuer von 3 Prozent wird ab 125.000 Euro erhoben.

Wir wollen das Ehegattensplitting abschaffen.

Die Abgeltungssteuer, also die Besteuerung von Kapitalerträgen und Zinseinkünften, wollen wir wie Arbeitseinkommen besteuern. Damit entfällt die Vorzugbehandlung. Sämtliche Kapitaleinkünfte sind wieder im Rahmen der jährlichen Steuererklärung zu deklarieren. Eine steuerfreie Mitnahme von Kursgewinnen aus Wertpapieren soll nicht möglich sein. Steuerfreibeträge bleiben geringfügig bestehen.

Antrag 3.1.-Ä024: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 697 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	SPD OV Köln-Kalk
Status:	überwiesen an digitale Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an digitale Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 77

Der Erfolg der Unternehmen wird von ihren Beschäftigten erarbeitet. Deshalb verbessern wir deren Mitbestimmung. Wir werden sie auf Unternehmen in ausländischer Rechtsform erweitern. Wir werden den Geltungsbereich der Mitbestimmung durch die

Absenkung der Schwellenwerte der Unternehmensgrößen erweitern. Außerdem werden wir die Bildung von (Teil-)Konzernbetriebsräten auch bei Konzernen mit Unternehmen in Deutschland, aber ausländischer Konzernspitze, gesetzlich ermöglichen. Entscheidungen zur

Verlagerung oder Schließungen von Betriebsstandorten sollen nicht über die Köpfe der Beschäftigten hinweg getroffen werden. Darum stärken wir durch eine echte Parität in den Aufsichtsräten den Einfluss der Arbeitnehmer*innen.

Antrag 3.1.-Ä025: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 698 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	SPD OV Köln-Kalk
Status:	überwiesen an digitale Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an digitale Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 92

Die letzte große Reform der Betriebsverfassung liegt 20 Jahre zurück und braucht ein Update. Unsere Ziele: Mehr echte Mitbestimmungsrechte bei der Beschäftigtensicherung und Betriebsänderungen, beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen, beim Einsatz neuer Technologien und Arbeitsweisen wie die der Künstlichen Intelligenz (KI), bei der Personalbemessung, damit Überlastungen beseitigt werden und bei der betrieblichen Weiterbildung als eine zentrale Voraussetzung für gelungenen Wandel. Wir werden den Kündigungsschutz für Betriebsrät*innen ausweiten und eine Behinderung von

Betriebsratsarbeit stärker verfolgen.

Wir werden daher die Sanktionierung von Verstößen der Arbeitgeber gegen das Betriebsverfassungsgesetz verbessern. Unternehmen, die Mitbestimmungsrechte blockieren oder umgehen oder die die Bildung von Betriebsräten behindern, sollen künftig in das Wettbewerbsregister eingetragen werden können, mit der Folge, sie von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden können.

Antrag 3.1.-Ä026: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 747 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen-Stadt
Status:	überwiesen an Bundestagsfraktion
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 28

Die Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne einen Sachgrund werden wir abschaffen und die vom Gesetz akzeptierten Gründe für eine Befristung kritisch überprüfen. Leiharbeiter*innen werden ab dem ersten Tag den gleichen Lohn erhalten wie

Festangestellte. Werkverträge in Kernbereichen werden wir eindämmen. Wir werden zudem die Beweislast dafür, dass kein Werkvertrag vorliegt, auf den Arbeitgeber umkehren.

Antrag 3.1.-Ä027: Änderungsantrag zu 3.1.

Laufende Nummer: 748 • Änderungsantrag zu 3.1.

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen-Stadt
Status:	erledigt durch 3.1.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.1.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 68

Auch die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen wird von gut ausgebildeten Fachkräften geleistet. Erzieher*innen, Lehrer*innen, Sozialpädagog*innen und Beschäftigte in der Jugendhilfe machen mit großem Engagement und viel Leidenschaft ihre Arbeit, doch auch hier fehlt es an Personal. Mit gezielten Impulsen zur Fachkräftesicherung werden wir die Länder beim weiteren Ausbau von Kitas, Ganztagsbetreuung an Schulen und Jugendeinrichtungen unterstützen. Unser Ziel ist es, die Zahl der Nachwuchskräfte in den erzieherischen Berufen bis 2030 bundesweit zu verdoppeln. Dafür werden wir eine attraktive, vergütete und schulgeldfreie Ausbildung schaffen, für mehr Ausbildungskapazitäten an Fachschulen und in den Studiengängen zur sozialen Arbeit und Kindheitspädagogik sorgen, mehr Karriereoptionen für die Fachkräfte schaffen und Beschäftigungsverhältnisse anstreben, die eine eigenständige Existenzsicherung ermöglichen. [Tarifverträge in Erziehungsberufen und Sozialarbeit sollen für allgemeinverbindlich erklärt werden.](#)

Antrag 3.2.-Ä001: Änderungsantrag zu 3.2.

Laufende Nummer: 363 • Änderungsantrag zu 3.2.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 77

Bereits jetzt besteht die Möglichkeit, dass Arbeitnehmer*innen ihre geleisteten Arbeitsstunden auf Langzeitkonten ansparen. Allerdings besteht bislang kein rechtlicher Anspruch darauf und nur ein kleiner Teil der Unternehmen und Arbeitnehmer*innen nutzt Langzeitkonten. Wir werden das Instrument zu einem persönlichen Zeitkonto weiterentwickeln, um zusätzlich individuelle Gestaltungsmöglichkeiten entlang des Lebenslaufs zu schaffen. Basis eines solchen Zeitkontos sind Zeiteinzahlungen der Beschäftigten - auf diese Weise gehen Überstunden nicht verloren, sondern verwandeln sich in ein Zeitguthaben, das per

Tarifvertrag oder durch den Staat aufgestockt werden kann. Mit dem Chancenkonto ergänzen wir die allgemeinen Leistungen der Sozialversicherungen um individuelle Gestaltungsmöglichkeiten entlang des Lebenslaufs. Nicht nur reiche Erben sollen die Möglichkeit haben etwas auszuprobieren.

Antrag 3.2.-Ä002: Änderungsantrag zu 3.2.

Laufende Nummer: 383 • Änderungsantrag zu 3.2.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 61 - 62

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) soll in Zukunft wieder mehr junge Erwachsene erreichen. Dafür weiten wir die Förderansprüche aus, vereinfachen und digitalisieren die Antragsstellung und streben eine schrittweise Rückkehr zum Vollzuschuss an. Die Lebensrealität der Studierenden muss in Form von Finanzierungssicherheit, flexibleren Härtefallregelungen und einer automatischen Anpassung der Bedarfssätze ansteigende Lebenshaltungskosten berücksichtigt werden. Das neue Kindergeld ist eine Basisabsicherung für alle bis zum Alter von 25 Jahren. Es macht das BAföG elternunabhängiger. Zugleich werden wir das BAföG und das Aufstiegs-BAföG besser aufeinander abstimmen und perspektivisch zusammenführen. Die Altersgrenzen im BAföG werden wir dazu in einem ersten Schritt aufheben. Und wir brauchen ein Neustart-BAföG, das auch im Erwachsenenalter neue berufliche Wege öffnen und angemessen den Lebensunterhalt sichert.

Antrag 3.2.-Ä003: Änderungsantrag zu 3.2.

Laufende Nummer: 391 • Änderungsantrag zu 3.2.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 16 - 19

Wir werden zudem unseren Weg fortsetzen, in den Berufen der Gesundheit, Pflege und Erziehung die vollschulischen Ausbildungen dual auszurichten. Damit werden sie

kostenfrei und die Auszubildenden erhalten eine Vergütung. ~~Zudem werden wir die dualen akademischen Ausbildungswege und damit die Bedeutung der Professionalität in~~ Wir werden den Zugang zu diesen Berufsfeldern stärken, Qualität sichern und Karriereoptionen auch in Zukunft für die Beschäftigten eröffnen ~~Bewerber*innen ohne Hochschulreife offenhalten, deren Professionalität stärken, auch hier die Regelungen des Berufsbildungsgesetzes anwenden und Aufstiegschancen verbessern.~~

Zeile 31

Unsere Arbeit befindet sich im Wandel. Durch die technologische Entwicklung gehören manche Berufsbilder inzwischen der Vergangenheit an oder werden in naher Zukunft verschwinden oder sich verändern. Gleichzeitig entstehen neue Berufsbilder, die Zukunft versprechen. Damit alle, die damit verbundenen Möglichkeiten nutzen können,

lenken wir unser Augenmerk auf die Weiterbildung. Sie ist zunächst Aufgabe der Arbeitgeber, was wir durch Rechtsansprüche gewährleisten und durch Umlagen finanzieren wollen.

Antrag 3.2.-Ä004: Änderungsantrag zu 3.2.

Laufende Nummer: 459 • Änderungsantrag zu 3.2.

Antragsteller*in:	Landesverband Baden-Württemberg
Status:	erledigt durch Annahme 3.2. Ä002 in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Annahme 3.2. Ä002 in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 77

Bereits jetzt besteht die Möglichkeit, dass Arbeitnehmer*innen ihre geleisteten Arbeitsstunden auf Langzeitkonten ansparen. Allerdings besteht bislang kein rechtlicher Anspruch darauf und nur ein kleiner Teil der Unternehmen und Arbeitnehmer*innen nutzt Langzeitkonten. Wir werden das Instrument zu einem persönlichen Zeitkonto weiterentwickeln, um zusätzlich individuelle Gestaltungsmöglichkeiten entlang des Lebenslaufs zu schaffen. Basis eines solchen Zeitkontos sind Zeiteinzahlungen der Beschäftigten - auf diese Weise gehen Überstunden nicht verloren, sondern verwandeln sich in ein Zeitguthaben, das per

Tarifvertrag oder durch den Staat aufgestockt werden kann. Mit dem Chancenkonto ergänzen wir die allgemeinen Leistungen der Sozialversicherungen um individuelle Gestaltungsmöglichkeiten entlang des Lebenslaufs. Nicht nur reiche Erben solle die Möglichkeit haben etwas auszuprobieren.

Antrag 3.2.-Ä005: Änderungsantrag zu 3.2.

Laufende Nummer: 472 • Änderungsantrag zu 3.2.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	überwiesen an digitale Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an digitale Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 13

Wir setzen uns für eine Ausbildungsgarantie ein. Junge Berufsanfänger*innen brauchen eine Chance in das Berufsleben einzusteigen. Sie verdienen Respekt ebenso wie jene, die einen beruflichen Neustart wagen. Für uns bleibt die Vermittlung junger Menschen in eine betriebliche Ausbildung oberstes Ziel. Denn die duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell, das wir vollumfänglich stärken wollen. Alle Unternehmen, vor allem größere, müssen jedoch mehr Verantwortung für die Schaffung von ausreichend Ausbildungsplätzen übernehmen. Wir unterstützen das Mittel der branchenbezogenen Umlagen bzw. Fonds, dort wo unterhalb des Bedarfs ausgebildet wird. Alle jenen ohne betrieblichen Ausbildungsplatz ermöglichen wir eine eng an die betriebliche Praxis angelehnte Ausbildung in einer Berufsschule oder eine außerschulische Ausbildung. Der Wechsel in eine betriebliche Ausbildung hat für uns hier zu jedem Zeitpunkt

Priorität. Die Vergütung von Auszubildenden muss perspektivisch so steigen, dass für alle eine selbstständige Lebensführung dadurch ermöglicht wird.

Antrag 3.2.-Ä006: Änderungsantrag zu 3.2.

Laufende Nummer: 508 • Änderungsantrag zu 3.2.

Antragsteller*in:	Unterbezirk München-Stadt
Status:	überwiesen an digitale Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an digitale Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 8 - 13

Wir setzen uns für eine Ausbildungsgarantie ein. Junge Berufsanfänger*innen brauchen eine Chance in das Berufsleben einzusteigen. Sie verdienen Respekt ebenso wie jene, die einen beruflichen Neustart wagen. Für uns bleibt die Vermittlung junger Menschen in eine betriebliche Ausbildung oberstes Ziel. Denn die duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell, das wir vollumfänglich stärken wollen. Alle Unternehmen, vor allem größere, müssen jedoch mehr Verantwortung für die Schaffung von ausreichend

Ausbildungsplätzen übernehmen. Wir ~~unterstützen das Mittel der branchenbezogenen Umlagen bzw. Fonds, dort wo unterhalb des Bedarfs ausgebildet wird.~~ setzen uns für eine Ausbildungsplatzumlage ein. Von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden getragene branchenbezogene Ausbildungsfonds sollen das Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze erhöhen. Mit der Berufsausbildungsgarantie werden wir jedem jungen Menschen eine klare und vollwertige Qualifizierungsperspektive geben und setzen dabei zuallererst auf eine Stärkung der betrieblichen Ausbildungsplätze Alle jenen ohne betrieblichen Ausbildungsplatz ermöglichen wir eine eng an die betriebliche Praxis angelehnt Ausbildung in einer Berufsschule oder eine außerschulische Ausbildung. Der Wechsel in eine betriebliche Ausbildung hat für uns hier zu jedem Zeitpunkt Priorität.

Wir setzen uns für eine Gleichwertigkeit des dritten Bildungsweges (Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber) ein. Das Lernen im Prozess der Arbeit der dualen Berufsausbildung wird als gleichwertiger Bildungsweg gefördert. Hier sind auch die Betriebe gefordert, sich offener für leistungstärkere Jugendliche zu zeigen, die eine duale Berufsausbildung mit einem Studium kombinieren wollen. Bildungsziel muss es sein, die berufliche Bildung mit den Abschlüssen einer allgemeinen Bildung zu verbinden.

Antrag 3.2.-Ä007: Änderungsantrag zu 3.2.

Laufende Nummer: 545 • Änderungsantrag zu 3.2.

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Aachen-Stadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 15 - 18

Wir werden zudem unseren Weg fortsetzen, in den Berufen der Gesundheit, Pflege und Erziehung die vollschulischen Ausbildungen dual auszurichten ohne ihr Niveau zu senken und Anschlussmöglichkeiten für ein Hochschulstudium zu gefährden. Damit werden sie kostenfrei und die Auszubildenden erhalten eine Vergütung. Zudem werden wir die dualen berufsbegleitende akademischen Ausbildungswege und damit die Bedeutung der Professionalität in diesen Berufsfeldern stärken, ~~Qualität sichern~~ und Karriereoptionen für die Beschäftigten eröffnen.

Antrag 3.2.-Ä008: Änderungsantrag zu 3.2.

Laufende Nummer: 663 • Änderungsantrag zu 3.2.

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Aachen-Stadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 25

Den Lernort Berufsschule werden wird stärken, vor allem im ländlichen Raum und in strukturschwachen Regionen. Dafür schließen wir einen Pakt für berufsbildende Schulen von Bund, Ländern und Schulträgern zusammen mit den Sozialpartnern. Im Vordergrund stehen dabei die Modernisierung der technischen Ausstattung und eine verbesserte Sicherung des Lehrkräfte-Nachwuchses. Um berufliche und akademische Bildung besser zu

verzahnen, werden wir das duale Studium und berufsbegleitende Studienformate besser fördern.

Den Weg der Gebührenfreiheit

bei der Aufstiegsfortbildung setzen wir fort.

Antrag 3.2.-Ä010: Änderungsantrag zu 3.2.

Laufende Nummer: 381 • Änderungsantrag zu 3.2.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Münster
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 60 - 68

~~Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) soll in Zukunft wieder mehr junge Erwachsene erreichen. Dafür weiten wir die Förderansprüche aus und streben eine schrittweise Rückkehr zum Vollzuschuss an. Das neue Kindergeld ist eine Basisabsicherung für alle bis zum Alter von 25 Jahren. Es macht das BAföG elternunabhängiger. Zugleich werden wir das BAföG und das Aufstiegs-BAföG besser aufeinander abstimmen und perspektivisch zusammenführen. Die Altersgrenzen im BAföG werden wir dazu in einem ersten Schritt aufheben. Und wir brauchen ein Neustart-BAföG, das auch im Erwachsenenalter neue berufliche Wege öffnen und angemessen den Lebensunterhalt sichert.~~

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) soll in Zukunft wieder mehr junge Erwachsene erreichen.

Dafür weiten wir die Förderansprüche aus, vereinfachen und digitalisieren die Antragsstellung und streben eine schrittweise Rückkehr zum Vollzuschuss an.

Die Lebensrealität der Studierenden muss in Form von Finanzierungssicherheit, flexibleren Härtefallregelungen und einer automatischen Anpassung der Bedarfssätze ansteigende Lebenshaltungskosten berücksichtigt werden.

Das neue Kindergeld ist eine Basisabsicherung für alle bis zum Alter von 25 Jahren. Es macht das BAföG elternunabhängiger. Zugleich werden wir das BAföG und das Aufstiegs-BAföG besser aufeinander abstimmen und perspektivisch zusammenführen. Die Altersgrenzen im BAföG werden wir dazu in einem ersten Schritt aufheben. Und wir brauchen ein Neustart-BAföG, das auch im Erwachsenenalter neue berufliche Wege öffnen und angemessen den Lebensunterhalt sichert.

Antrag 3.2.-Ä011: Änderungsantrag zu 3.2.

Laufende Nummer: 737 • Änderungsantrag zu 3.2.

Antragsteller*in:	SPD-SV Halle
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 19

Wir werden zudem unseren Weg fortsetzen, in den Berufen der Gesundheit, Pflege und Erziehung die vollschulischen Ausbildungen dual auszurichten. Damit werden sie kostenfrei und die Auszubildenden erhalten eine Vergütung. Zudem werden wir die dualen akademischen Ausbildungswege und damit die Bedeutung der Professionalität in diesen Berufsfeldern stärken, Qualität sichern und Karriereoptionen für die

Beschäftigten eröffnen. Wir prüfen, ob weitere vollschulische Berufsausbildungen in Mangelbereichen in duale Ausbildungen umgewandelt werden können.

Antrag 3.2.-Ä012: Änderungsantrag zu 3.2.

Laufende Nummer: 544 • Änderungsantrag zu 3.2.

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Aachen-Stadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 25

Den Lernort Berufsschule werden wird stärken, vor allem im ländlichen Raum und in strukturschwachen Regionen. Dafür schließen wir einen Pakt für berufsbildende Schulen von Bund, Ländern und Schulträgern zusammen mit den Sozialpartnern. Im Vordergrund stehen dabei die Modernisierung der technischen Ausstattung und eine verbesserte Sicherung des Lehrkräfte-Nachwuchses. Um berufliche und akademische Bildung besser zu

verzahnen, werden wir das duale Studium und berufsbegleitende Studienformate besser fördern.

Den Weg der Gebührenfreiheit

bei der Aufstiegsfortbildung setzen wir fort.

Antrag 3.2.-Ä013: Änderungsantrag zu 3.2.

Laufende Nummer: 829 • Änderungsantrag zu 3.2.

Antragsteller*in:	Antragskommission
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 8 - 9

Wir setzen uns für eine Ausbildungsgarantie ein. Junge Berufsanfänger*innen brauchen eine Chance in das Berufsleben einzusteigen. Sie verdienen Respekt ebenso wie jene, die einen beruflichen Neustart wagen. Für uns bleibt die Vermittlung junger Menschen in eine betriebliche Ausbildung oberstes Ziel. Denn die duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell, das wir vollumfänglich stärken wollen. Alle Unternehmen, vor allem größere, müssen jedoch mehr Verantwortung für die Schaffung von ausreichend

Ausbildungsplätzen übernehmen. Wir unterstützen das Mittel der ~~branchenbezogenen~~-Umlagen bzw. Fonds, beispielsweise branchenbezogen, dort wo unterhalb des Bedarfs ausgebildet wird.

Alle jenen ohne

betrieblichen Ausbildungsplatz ermöglichen wir eine eng an die betriebliche Praxis angelehnte Ausbildung in einer Berufsschule oder eine außerschulische Ausbildung. Der Wechsel in eine betriebliche Ausbildung hat für uns hier zu jedem Zeitpunkt Priorität.

Antrag 3.3.-Ä001: Änderungsantrag zu 3.3.

Laufende Nummer: 201 • Änderungsantrag zu 3.3.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Münster
Status:	erledigt durch das Zukunftsprogramm
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch das Zukunftsprogramm
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 8

Wir wollen Lebensleistungen stärker berücksichtigen. Wer länger eingezahlt hat, soll zukünftig auch länger Arbeitslosengeld I beziehen. Dazu gehört, die Bezugszeit des Arbeitslosengeld I (ALG I) deutlich zu verlängern - und zwar in zweierlei Hinsicht. Wir wollen erstens einen Leistungsanspruch für Qualifizierung einführen. Zweitens wollen wir zusätzlich zu den geltenden Regelungen die Bezugszeit des Arbeitslosengeldes stärker an der Lebensleistung ausrichten, indem wir Beschäftigten, die langjährig Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entrichtet haben, auch einen längeren Arbeitslosengeldanspruch sichern. Für Bürger*innen, die trotz bester

Unterstützung keine Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, haben wir den sozialen Arbeitsmarkt eingeführt. Er ebnet denjenigen, die seit vielen Jahren von Arbeitslosigkeit betroffen sind, den Weg in reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

Antrag 3.3.-Ä002: Änderungsantrag zu 3.3.

Laufende Nummer: 364 • Änderungsantrag zu 3.3.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 14

Es hat sich bewährt, sinnvolle und sozial abgesicherte Tätigkeiten zu schaffen. Wir werden den sozialen Arbeitsmarkt **weiterführen** **ausbauen** und weiterentwickeln. Auch weiterhin werden wir Arbeitgeber mit Lohnkostenzuschüssen unterstützen, die Langzeitarbeitslose sozialversicherungspflichtig einstellen.

Antrag 3.3.-Ä003: Änderungsantrag zu 3.3.

Laufende Nummer: 367 • Änderungsantrag zu 3.3.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 49

Die Leistungen des Sozialstaates sind soziale Rechte - wer sie benötigt, sollte nicht lange suchen müssen. Unser Ziel ist es, die Leistungen ohne Hürden und Umwege zugänglich zu machen. Wir wollen einen Bürgerservice, der nach Lebenslagen berät und alle Leistungen aus einer Hand zugänglich macht. Es ist digital und aufsuchend, wo der Weg zu beschwerlich ist. Ein zugewandter Sozialstaat hilft, Rechtsansprüche

geltend zu machen und auch danach beratend alle Schritte begleiten. Wir werden die Beschäftigten dabei unterstützen, gesund bis zum Rentenalter zu arbeiten. Neben Weiterbildung kommt dabei der Gesundheits-prävention zentrale Bedeutung zu. Dafür wollen wir die Aktivitäten der unterschiedlichen Sozialversicherungen bei der Ansprache von Betrieben und Beschäftigten bündeln.

Antrag 3.3.-Ä004: Änderungsantrag zu 3.3.

Laufende Nummer: 387 • Änderungsantrag zu 3.3.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 8

Wir wollen Lebensleistungen stärker berücksichtigen. Wer länger eingezahlt hat, soll zukünftig auch länger Arbeitslosengeld I beziehen. Bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes I soll immer auch bei Unterbrechung der Erwerbstätigkeit bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes I die gesamte Einzahlzeit berücksichtigt werden. Für Bürger*innen, die trotz bester

Unterstützung keine Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, haben wir den sozialen Arbeitsmarkt eingeführt. Er ebnet denjenigen, die seit vielen Jahren von Arbeitslosigkeit betroffen sind, den Weg in reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

Antrag 3.3.-Ä005: Änderungsantrag zu 3.3.

Laufende Nummer: 434 • Änderungsantrag zu 3.3.

Antragsteller*in:	SPD-OV Greifswald, SPD-LV Bayern, SPD-OV Wentorf, Kreisverband Erlangen-Stadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 41

Wir haben wegen der Corona-Pandemie die Vermögensprüfung weitestgehend ausgesetzt. Man läuft nicht mehr Gefahr, aus der Wohnung ausziehen zu müssen. Dadurch können sich die Behörden und die Betroffenen in den ersten Monaten mit voller Energie auf eine sinnvolle Wiederaufnahme der Beschäftigung konzentrieren. Die guten Erfahrungen aus diesen vorübergehenden Maßnahmen haben uns darin bestätigt, dafür zu sorgen, dass auch in Zukunft Vermögen und Wohnungsgröße innerhalb der ersten zwei Jahre nicht überprüft werden und das Schonvermögen erhöht wird. Das Bürgergeld beinhaltet Mitwirkungspflichten, setzt aber konsequent auf Hilfe und Ermutigung. Eingliederungsvereinbarungen werden durch eine gemeinsame und auf Augenhöhe erarbeitete Teilhabevereinbarung ersetzt. Bei ihrer Umsetzung setzen wir auf

Befähigung und Bestärkung und nicht auf Vorgaben und Zwang. ~~Sinnwidrige und unwürdige~~ Sanktionen schaffen wir ab. Das sozioökonomische und soziokulturelle Existenzminimum muss jederzeit gesichert sein.

Antrag 3.3.-Ä006: Änderungsantrag zu 3.3.

Laufende Nummer: 365 • Änderungsantrag zu 3.3.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 28

Das Ziel muss sein, die hilfsbedürftige Lebenslage gemeinsam zu bezwingen und allen eine Beschäftigung und, falls erforderlich, eine Qualifizierung und Weiterbildung zu

ermöglichen. Wir setzen auf umfassende und passgenaue Unterstützung, die die gesamte Bedarfsgemeinschaft in den Blick nimmt - auf Qualität und gute Netzwerke statt auf eine reine Kennzahlenlogik. Wir werden die gesetzlichen, personellen und finanziellen Rahmenbedingungen weiter so verbessern, dass die Jobcenter und ihre Beschäftigten diesem Auftrag nachkommen können. Wir schaffen das Recht auf Förderung, beim Nachholen eines

Berufsabschlusses und führen einen Weiterbildungs-Bonus ein, der die finanziellen Spielräume spürbar erweitert.

Antrag 3.3.-Ä007: Änderungsantrag zu 3.3.

Laufende Nummer: 460 • Änderungsantrag zu 3.3.

Antragsteller*in:	Landesverband Baden-Württemberg
Status:	erledigt durch den Antrag 3.3.-Ä002
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch den Antrag 3.3.-Ä002
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 14

Es hat sich bewährt, sinnvolle und sozial abgesicherte Tätigkeiten zu schaffen. Wir werden den sozialen Arbeitsmarkt **weiterführen** **ausbauen** und weiterentwickeln. Auch weiterhin werden wir Arbeitgeber mit Lohnkostenzuschüssen unterstützen, die Langzeitarbeitslose sozialversicherungspflichtig einstellen.

Antrag 3.3.-Ä008: Änderungsantrag zu 3.3.

Laufende Nummer: 466 • Änderungsantrag zu 3.3.

Antragsteller*in:	Landesverband Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 28

Das Ziel muss sein, die hilfsbedürftige Lebenslage gemeinsam zu bezwingen und allen eine Beschäftigung und, falls erforderlich, eine Qualifizierung und Weiterbildung zu

ermöglichen. Wir setzen auf umfassende und passgenau Unterstützung, die die gesamte Bedarfsgemeinschaft in den Blick nimmt - auf Qualität und gute Netzwerke statt auf eine reine Kennzahlenlogik. Wir werden die gesetzlichen, personellen und finanziellen Rahmenbedingungen weiter so verbessern, dass die Jobcenter und ihre Beschäftigten diesem Auftrag nachkommen können. Wir schaffen das Recht auf Förderung, beim Nachholen eines

Berufsabschlusses und führen einen Weiterbildungs-Bonus ein, der die finanziellen Spielräume spürbar erweitert.

Antrag 3.3.-Ä009: Änderungsantrag zu 3.3.

Laufende Nummer: 468 • Änderungsantrag zu 3.3.

Antragsteller*in:	Landesverband Baden-Württemberg
Status:	erledigt durch den Antrag 3.3.-Ä003
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch den Antrag 3.3.-Ä003
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 49

Die Leistungen des Sozialstaates sind soziale Rechte - wer sie benötigt, sollte nicht lange suchen müssen. Unser Ziel ist es, die Leistungen ohne Hürden und Umwege zugänglich zu machen. Wir wollen einen Bürgerservice, der nach Lebenslagen berät und alle Leistungen aus einer Hand zugänglich macht. Es ist digital und aufsuchend, wo der Weg zu beschwerlich ist. Ein zugewandter Sozialstaat hilft, Rechtsansprüche

geltend zu machen und auch danach beratend alle Schritte begleiten. Wir werden die Beschäftigten dabei unterstützen, gesund bis zum Rentenalter zu arbeiten. Neben Weiterbildung kommt dabei der Gesundheitsprävention zentrale Bedeutung zu. Dafür wollen wir die Aktivitäten der unterschiedlichen Sozialversicherungen bei der Ansprache von Betrieben und Beschäftigten bündeln.

Antrag 3.3.-Ä010: Änderungsantrag zu 3.3.

Laufende Nummer: 474 • Änderungsantrag zu 3.3.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 25

Die Grundsicherung werden wir grundlegend überarbeiten und zu einem Bürgergeld entwickeln. Unser Bürgergeld steht für ein neues Verständnis eines haltgebenden und bürgernahen Sozialstaats. Das Bürgergeld soll digital und unkompliziert zugänglich sein. Bescheide und Schriftwechsel sollen eine verständliche Sprache sprechen. Die Regelsätze im neuen Bürgergeld müssen zu einem Leben in Würde ausreichen und zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigen. Das Bürgergeld muss absichern, dass eine kaputte Waschmaschine oder eine neue Winterjacke nicht zur untragbaren Last werden. Die Kriterien zur Regelsatzermittlung werden wir weiterentwickeln und Betroffenen und

Sozialverbänden mit einbeziehen.

Dabei wollen wir uns an der Forderung des gemeinsamen Aufrufes von Gewerkschaften, Sozialverbänden und vielen weiteren gesellschaftlichen Gruppen orientieren, die eine Grundsicherungshöhe von mindestens 600€ pro Monat vorschlagen.

Antrag 3.3.-Ä012: Änderungsantrag zu 3.3.

Laufende Nummer: 649 • Änderungsantrag zu 3.3.

Antragsteller*in:	08/01 Rixdorf
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 41 - 43

Wir haben wegen der Corona-Pandemie die Vermögensprüfung weitestgehend ausgesetzt. Man läuft nicht mehr Gefahr, aus der Wohnung ausziehen zu müssen. Dadurch können sich die Behörden und die Betroffenen in den ersten Monaten mit voller Energie auf eine sinnvolle Wiederaufnahme der Beschäftigung konzentrieren. Die guten Erfahrungen aus diesen vorübergehenden Maßnahmen haben uns darin bestätigt, dafür zu sorgen, dass auch in Zukunft Vermögen und Wohnungsgröße innerhalb der ersten zwei Jahre nicht überprüft werden und das Schonvermögen erhöht wird. Das Bürgergeld beinhaltet Mitwirkungspflichten, setzt aber konsequent auf Hilfe und Ermutigung. Eingliederungsvereinbarungen werden durch eine gemeinsame und auf Augenhöhe erarbeitete Teilhabevereinbarung ersetzt. Bei ihrer Umsetzung setzen wir auf

Befähigung und Bestärkung und nicht auf Vorgaben und Zwang. ~~Sinnwidrige und unwürdige Sanktionen schaffen wir ab.~~ Das sozioökonomische ~~und soziokulturelle~~ Existenzminimum muss jederzeit gesichert sein. Für den überwältigenden Anteil von Menschen in Grundsicherung, die sich aktiv um eine neue Arbeit bemühen, setzen wir auf Bonuszahlungen, beispielsweise für Menschen in Weiterbildung.

Antrag 3.3.-Ä014: Änderungsantrag zu 3.3.

Laufende Nummer: 749 • Änderungsantrag zu 3.3.

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen-Stadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 24 - 25

Die Grundsicherung werden wir grundlegend überarbeiten und zu einem Bürgergeld entwickeln. Unser Bürgergeld steht für ein neues Verständnis eines haltgebenden und bürgernahen Sozialstaats. Das Bürgergeld soll digital und unkompliziert zugänglich sein. Bescheide und Schriftwechsel sollen eine verständliche Sprache sprechen. Die Regelsätze im neuen Bürgergeld müssen zu einem Leben in Würde ausreichen und zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigen. Das Bürgergeld muss absichern, dass eine kaputte Waschmaschine oder eine neue Winterjacke nicht zur untragbaren Last werden.

~~Die Kriterien zur Regelsatzermittlung werden wir weiterentwickeln und Betroffenen und Sozialverbänden mit einbeziehen.~~ Wir heben den Regelsatz auf die vom paritätischen Wohlfahrtsverband geforderte Höhe an.

Antrag 3.4.-Ä001: Änderungsantrag zu 3.4.

Laufende Nummer: 228 • Änderungsantrag zu 3.4.

Antragsteller*in:	SPD OV Schwerin-Südstadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 13

Wir wollen die gesetzliche Rente stärken und stehen für eine dauerhaft stabile Rentenleistung und ein dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent. Arbeit darf ihren Wert im Alter nicht verlieren. In Parlament und Regierung haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Grundrente kommt. Nun ist sie da und schützt viele Menschen, die Jahrzehnte für geringe Löhne gearbeitet haben, vor dem Risiko im

Alter arm zu sein. Wir werden dafür sorgen, dass zukünftig noch mehr Menschen, wie in unserem ursprünglichen Modell vorgesehen, vom Grundrentenzuschlag profitieren.

Antrag 3.4.-Ä002: Änderungsantrag zu 3.4.

Laufende Nummer: 246 • Änderungsantrag zu 3.4.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Dellbrück
Status:	überwiesen an an den PV
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an an den PV
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 25

Immer wieder fordern Arbeitgeber und konservative Kräfte, dass Menschen für eine gute Rente noch länger arbeiten sollen. Wir lehnen eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ab, weil sie für viele, die nicht länger arbeiten können, eine Rentenkürzung bedeutet und ungerecht ist. Den gesetzlichen Anspruch, dass besonders langjährig Versicherte vor Erreichen der Regelaltersgrenze abschlagsfrei in Rente gehen können, werden wir beibehalten. Solidarität in der Alterssicherung bedeutet für uns zudem, dass auch die Selbstständigen, Beamt*innen, freien Berufe und Mandatsträger*innen der gesetzlichen Rentenversicherung angehören. Es ist an der Zeit, die Gesamtheit der Erwerbstätigen in die Rentenversicherung aufzunehmen und die Sondersysteme auf lange Sicht zu überwinden. Wenn es zu einer Zusammenführung der Altersversorgung der Beamt*innen mit der gesetzlichen Rentenversicherung kommt, wird

das Gesamtniveau ihrer Alterssicherung nicht reduziert.

Um die Integration der Beamtenversorgung in eine gesetzliche Rentenversicherung zu erleichtern und ein weiteres Auseinanderklaffen in der Altersversorgung von Beamt*innen und Rentner*innen in Zukunft zu vermeiden, werden wir noch vor der Zusammenführung der beiden Systeme sukzessive den Durchschnitt der Erwerbseinkommen der besten 20 Jahre als neue Berechnungsgrundlage für die Höhe gesetzlichen Rente bis zur Zusammenführung der o.a. Alterssicherungssysteme einführen.

Antrag 3.4.-Ä003: Änderungsantrag zu 3.4.

Laufende Nummer: 285 • Änderungsantrag zu 3.4.

Antragsteller*in:	SPD Ortsverein Bad Godesberg-Nord
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 31

Es darf nicht sein, dass jemand wegen gesundheitlicher Beeinträchtigungen in Armut gerät. Wir werden daher die Armutsriskien bei den heutigen Erwerbsminderungsrentner*innen verringern und für sie Verbesserungen erreichen.

Wir wollen eine geschlechtergerechte Rente. Unterschiedliche Arbeitszeiten und familienbedingte Tätigkeiten bei den Renten werden wir gerechter behandeln.

Langjährige Pflege Kindern, von Eltern, Schwiegereltern oder anderen Familienmitgliedern dürfen sich nicht mehr negativ auf die Rente auswirken und die eigene Altersarmut bedeuten. Hier brauchen wir mehr Solidarität und Respekt vor dieser schweren Aufgabe.

Antrag 3.4.-Ä004: Änderungsantrag zu 3.4.

Laufende Nummer: 390 • Änderungsantrag zu 3.4.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 9

Wir wollen die gesetzliche Rente stärken und stehen für eine dauerhaft stabile

Rentenleistung und ein dauerhaftes Rentenniveau von ~~mindestens 48 Prozent~~50 Prozent. Wir werden die Rente auf ein Niveau von 50 Prozent durch Erhöhung des Bundeszuschusses anheben.

Arbeit

darf ihren Wert im Alter nicht verlieren. In Parlament und Regierung haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Grundrente kommt. Nun ist sie da und schützt viele Menschen, die Jahrzehnte für geringe Löhne gearbeitet haben, vor dem Risiko im Alter arm zu sein.

Zeile 17

Immer wieder fordern Arbeitgeber und konservative Kräfte, dass Menschen für eine gute Rente noch länger arbeiten sollen. Wir lehnen eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ab, weil sie für viele, die nicht länger arbeiten können, eine

Renten Kürzung bedeutet und ungerecht ist. Bei Renteneintrittsalter soll für Arbeitnehmer/innen, die körperliche Schwerstarbeit in ihrem Arbeitsleben geleistet haben, ein Plusbonus berücksichtigt werden. Den gesetzlichen Anspruch, dass besonders

langjährig Versicherte vor Erreichen der Regelaltersgrenze abschlagsfrei in Rente gehen können, werden wir beibehalten. Solidarität in der Alterssicherung bedeutet für uns zudem, dass auch die Selbstständigen, Beamt*innen, freien Berufe und Mandatsträger*innen der gesetzlichen Rentenversicherung angehören. Es ist an der Zeit, die Gesamtheit der Erwerbstätigen in die Rentenversicherung aufzunehmen und die Sondersysteme auf lange Sicht zu überwinden. Wenn es zu einer Zusammenführung der Altersversorgung der Beamt*innen mit der gesetzlichen Rentenversicherung kommt, wird das Gesamtniveau ihrer Alterssicherung nicht reduziert.

Antrag 3.4.-Ä005: Änderungsantrag zu 3.4.

Laufende Nummer: 397 • Änderungsantrag zu 3.4.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 9

Wir wollen die gesetzliche Rente stärken und stehen für eine dauerhaft stabile

Rentenleistung und ein dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 perspektivisch spätestens ab 2030 mindestens 50 Prozent Prozent. Arbeit

darf ihren Wert im Alter nicht verlieren. In Parlament und Regierung haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Grundrente kommt. Nun ist sie da und schützt viele Menschen, die Jahrzehnte für geringe Löhne gearbeitet haben, vor dem Risiko im Alter arm zu sein.

Zeile 39

Wir haben es kleinen und mittleren Unternehmen erleichtert, für ihre Beschäftigten in die betriebliche Altersversorgung einzusteigen. Unser ist Ziel ist, dass deutlich mehr Beschäftigte in einer betrieblichen Altersversorgung abgesichert sind. Dabei sollten tarifvertraglich vereinbarte kollektive Altersversorgungsformen bevorzugt

werden, bei denen Beiträge und Leistungsversprechen garantiert werden.

Zeile 43 - 49

Wir wollen allen gesetzlich verpflichtet Versicherten zusätzlich die Möglichkeit einräumen, sich in angemessenem Umfang ergänzend freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung zu versichern.

~~Eine ergänzende private Altersvorsorge ist kein Ersatz für die gesetzliche Rente. Die bisherigen Ergebnisse der Riester-Rente sind~~Wir werden unter Achtung des Vertrauensschutzes die Förderung der Riesterrente beenden. Altersvorsorge darf darüber hinaus nicht zufriedenstellend.~~Wir wollen daher bei klassischen privaten Angeboten der Altersvorsorge bürokratische Hemmnisse abbauen und Kosten senken. Um von den Bürgerinnen und Bürgern eine attraktive private Altersvorsorge zu ermöglichen, setzen wir uns für ein neues standardisiertes Angebot ein, das kostengünstig ist, digital und grenzüberschreitend und (nach schwedischem Vorbild) auch von~~Spielregeln und Risiken der Finanzmärkte abhängen. Wir werden keine staatlichen Mittel einsetzen oder gar gesetzliche Verpflichtungen schaffen, die zugunsten einer öffentlichen~~Institution angeboten wird~~finanzmarktbasierter Altersvorsorge die gesetzliche Rente im Ergebnis

schwächen. Die Förderung neuer

Verträge werden wir in Form von Zuschüssen auf untere und mittlere Einkommensgruppen beschränken.

Antrag 3.4.-Ä006: Änderungsantrag zu 3.4.

Laufende Nummer: 408 • Änderungsantrag zu 3.4.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Nippes
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 4 - 5

Für alle Erwerbstätigen muss eine gute und verlässliche Rente nach vielen Jahren von Arbeit sicher sein. Es geht um Respekt und Wertschätzung der Arbeit und darum, sich mit eigener Arbeit eine gute eigenständige Absicherung im Alter zu schaffen ~~und am gewohntens~~schaffen und von dem erworbenen Lebensstandard ~~anzuknüpfen~~nicht erheblich einzubüßen. Zentrale Grundlage dafür bleibt für uns die gesetzliche Rentenversicherung mit ihren verlässlichen Leistungen und ihrer solidarischen Finanzierung.

Zeile 9 - 13

Wir wollen die gesetzliche Rente stärken und stehen für eine dauerhaft stabile Rentenleistung und ein dauerhaftes Rentenniveau von mindestens ~~48~~52 Prozent. Arbeit darf ihren Wert im Alter nicht verlieren. In Parlament und Regierung haben wir uns erfolgreich ~~dafür eingesetzt, dass für~~ die Grundrente ~~kommt. Nun~~eingesetzt. Sie ist ~~sie da und~~ein Fortschritt, schützt jedoch viele Menschen, die Jahrzehnte für geringe Löhne gearbeitet haben, nicht vor dem Risiko ~~im Alter arm, im Alter auf zusätzliche Sozialhilfe zur Absicherung des Mindeststandards angewiesen~~ zu sein.

Antrag 3.4.-Ä007: Änderungsantrag zu 3.4.

Laufende Nummer: 433 • Änderungsantrag zu 3.4.

Antragsteller*in:	SPD-OV Greifswald
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 9

Wir wollen die gesetzliche Rente stärken und stehen für eine dauerhaft stabile

Rentenleistung und ein dauerhaftes Rentenniveau von mindestens ~~48~~51 Prozent. Arbeit darf ihren Wert im Alter nicht verlieren. In Parlament und Regierung haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Grundrente kommt. Nun ist sie da und schützt viele Menschen, die Jahrzehnte für geringe Löhne gearbeitet haben, vor dem Risiko im Alter arm zu sein.

Antrag 3.4.-Ä008: Änderungsantrag zu 3.4.

Laufende Nummer: 585 • Änderungsantrag zu 3.4.

Antragsteller*in:	SPD-SV Halle
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 51

Wir wollen allen gesetzlich verpflichtet Versicherten zusätzlich die Möglichkeit einräumen, sich in angemessenem Umfang ergänzend freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung zu versichern.

Eine ergänzende private Altersvorsorge ist kein Ersatz für die gesetzliche Rente. Die bisherigen Ergebnisse der Riester-Rente sind nicht zufriedenstellend. Wir wollen daher bei klassischen privaten Angeboten der Altersvorsorge bürokratische Hemmnisse abbauen und Kosten senken. Um den Bürgerinnen und Bürgern eine attraktive private Altersvorsorge zu ermöglichen, setzen wir uns für ein neues standardisiertes Angebot ein, das kostengünstig ist, digital und grenzüberschreitend und (nach schwedischem Vorbild) auch von einer öffentlichen Institution angeboten wird. Die Förderung neuer Verträge werden wir in Form von Zuschüssen auf untere und mittlere Einkommensgruppen beschränken.

Die Grundrente wird auch Selbstständigen und Kleinunternehmer*innen gewährt, die im Alter nicht über eine eigene gesetzliche oder private Rente verfügen, die den Lebensunterhalt sichert. Die Zurechnungszeit zur Berechnung der Erwerbsminderungsrente wird bis zum Erreichen der Regelaltersrente verlängert.

Antrag 3.4.-Ä009: Änderungsantrag zu 3.4.

Laufende Nummer: 587 • Änderungsantrag zu 3.4.

Antragsteller*in:	SPD-SV Halle
Status:	überwiesen an an die digitale Programmmatrix.
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an an die digitale Programmmatrix.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 51

Wir wollen allen gesetzlich verpflichtet Versicherten zusätzlich die Möglichkeit einräumen, sich in angemessenem Umfang ergänzend freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung zu versichern.

Eine ergänzende private Altersvorsorge ist kein Ersatz für die gesetzliche Rente. Die bisherigen Ergebnisse der Riester-Rente sind nicht zufriedenstellend. Wir wollen daher bei klassischen privaten Angeboten der Altersvorsorge bürokratische Hemmnisse abbauen und Kosten senken. Um den Bürgerinnen und Bürgern eine attraktive private Altersvorsorge zu ermöglichen, setzen wir uns für ein neues standardisiertes Angebot ein, das kostengünstig ist, digital und grenzüberschreitend und (nach schwedischem Vorbild) auch von einer öffentlichen Institution angeboten wird. Die Förderung neuer Verträge werden wir in Form von Zuschüssen auf untere und mittlere Einkommensgruppen

beschränken.

Glücklich alt sein

Menschen jenseits der 60, die aus dem Berufsleben ausgeschieden sind, bleiben Teil der Gesellschaft. Es ist uns wichtig, dass sie auf ein gutes Leben zurückblicken und glücklich alt werden.

Senior*innen brauchen soziale Kontakte zu ihren Familien und Bekannten und/oder andere gut funktionierende Unterstützungssysteme.

Senior*innen können Wissen vermitteln, Erfahrungen teilen und Unterstützung geben.

Lebenslanges Lernen wird durch kostenlosen Zugang zu allen Bildungseinrichtungen ermöglicht.

Es werden Strukturen geschaffen, in denen Senior*innen die Betreuung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen übernehmen und z.B. zu Kunst- und Kulturveranstaltungen begleiten.

Wissensvermittlung direkt von der Großelterngeneration an die Enkelgeneration wird gefördert.

Jede/r Senior*in soll jährlich Informationen über aktive ehrenamtliche Mitwirkungsmöglichkeiten in der Kommune erhalten.

Der Gedanke der Solidarität wird gefördert durch das Wohnen und Arbeiten in

Mehrgenerationenhäusern in sozial durchmischten Nachbarschaften. Hier sind mindestens 10% des neu zu vermietenden Wohnraums an einkommensschwache Menschen zu vergeben. Dies

dient dem sozialen Miteinander von Arm und Reich und Jung und Alt. Es schafft die Möglichkeit der gegenseitigen Unterstützung und sensibilisiert für das Anderssein.

Gerechte Teilhabe für Senior*innen beinhaltet kostenfreie Tagesbetreuungsangebote für Senior*innen. Kostenloser Personennah- und Fernverkehr sichert Mobilität und Agilität sowie soziale Teilhabe.

Senior*innen werden auf allen Ebenen an politischen Prozessen beteiligt. Es bedarf eines Mitspracherechtes in kommunalen und landesspezifischen Ausschüssen, die in den Kommunal- und Landesverfassungen zu verankern sind.

Die Digitalisierung von Senior*innenwohnheimen, Wohngemeinschaften, Begegnungsstätten, Tagesstätten und sonstigen Treffs wird gefördert, um den Kontakt zu Familien und Freunden zu pflegen.

Angebote zur Digitalisierung auch im privaten Umfeld werden geschaffen. Smarte Kommunikation und die Nutzung digitaler sozialer Netzwerke ist auch im Alter selbstverständlich.

Gesundheit und Bewegung im Alter werden durch altersgerechte Sportangebote und generationenübergreifende Spielplätze ermöglicht.

Besondere Schutzkonzepte zur Prävention vor Straftaten gegenüber Senior*innen müssen geschaffen werden. Unerwünschte Werbeanrufe sind unter Strafe zu stellen.

Ein selbstbestimmtes Leben beinhaltet auch ein selbstbestimmtes Sterben.

Antrag 3.4.-Ä010: Änderungsantrag zu 3.4.

Laufende Nummer: 609 • Änderungsantrag zu 3.4.

Antragsteller*in:	Ortsverein St. Ingbert-Mitte
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 9

Wir wollen die gesetzliche Rente stärken und stehen für eine dauerhaft stabile

Rentenleistung und ein dauerhaftes Rentenniveau von mindestens ~~48~~50 Prozent. Arbeit darf ihren Wert im Alter nicht verlieren. In Parlament und Regierung haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Grundrente kommt. Nun ist sie da und schützt viele Menschen, die Jahrzehnte für geringe Löhne gearbeitet haben, vor dem Risiko im Alter arm zu sein.

Antrag 3.4.-Ä011: Änderungsantrag zu 3.4.

Laufende Nummer: 676 • Änderungsantrag zu 3.4.

Antragsteller*in:	SPD-SV Halle
Status:	erledigt durch den Antrag 3.4.-Ä008
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch den Antrag 3.4.-Ä008
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 13

Wir wollen die gesetzliche Rente stärken und stehen für eine dauerhaft stabile Rentenleistung und ein dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent. Arbeit darf ihren Wert im Alter nicht verlieren. In Parlament und Regierung haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Grundrente kommt. Nun ist sie da und schützt viele Menschen, die Jahrzehnte für geringe Löhne gearbeitet haben, vor dem Risiko im

Alter arm zu sein. Die Grundrente wird auch Selbstständigen und Kleinunternehmer*innen gewährt, die im Alter nicht über eine eigene gesetzliche oder private Rente verfügen, die den Lebensunterhalt sichert.

Antrag 3.4.-Ä012: Änderungsantrag zu 3.4.

Laufende Nummer: 677 • Änderungsantrag zu 3.4.

Antragsteller*in:	SPD-SV Halle
Status:	erledigt durch den Antrag 3.4.-Ä009
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch den Antrag 3.4.-Ä009
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 51

Wir wollen allen gesetzlich verpflichtet Versicherten zusätzlich die Möglichkeit einräumen, sich in angemessenem Umfang ergänzend freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung zu versichern.

Eine ergänzende private Altersvorsorge ist kein Ersatz für die gesetzliche Rente. Die bisherigen Ergebnisse der Riester-Rente sind nicht zufriedenstellend. Wir wollen daher bei klassischen privaten Angeboten der Altersvorsorge bürokratische Hemmnisse abbauen und Kosten senken. Um den Bürgerinnen und Bürgern eine attraktive private Altersvorsorge zu ermöglichen, setzen wir uns für ein neues standardisiertes Angebot ein, das kostengünstig ist, digital und grenzüberschreitend und (nach schwedischem Vorbild) auch von einer öffentlichen Institution angeboten wird. Die Förderung neuer Verträge werden wir in Form von Zuschüssen auf untere und mittlere Einkommensgruppen

beschränken.

Menschen jenseits der 60, die aus dem Berufsleben ausgeschieden sind, bleiben Teil der Gesellschaft. Es ist uns wichtig, dass sie auf ein gutes Leben zurückblicken und glücklich alt werden.

Senior*innen brauchen soziale Kontakte zu ihren Familien und Bekannten und/oder andere gut funktionierende Unterstützungssysteme.

Senior*innen können Wissen vermitteln, Erfahrungen teilen und Unterstützung geben. Lebenslanges Lernen wird durch kostenlosen Zugang zu allen Bildungseinrichtungen ermöglicht. Es werden Strukturen geschaffen, in denen Senior*innen die Betreuung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen übernehmen und z.B. zu Kunst- und Kulturveranstaltungen begleiten. Wissensvermittlung direkt von der Großelterngeneration an die Enkelgeneration wird gefördert. Jede/r Senior*in soll jährlich Informationen über aktive ehrenamtliche Mitwirkungsmöglichkeiten in der Kommune erhalten.

Der Gedanke der Solidarität wird gefördert durch das Wohnen und Arbeiten in Mehrgenerationenhäusern in sozial durchmischten Nachbarschaften. Hier sind mindestens 10% des neu zu vermietenden Wohnraums an einkommensschwache Menschen zu vergeben. Dies dient dem sozialen Miteinander von Arm und Reich und Jung und Alt. Es schafft die Möglichkeit der gegenseitigen Unterstützung und sensibilisiert für das Anderssein.

Gerechte Teilhabe für Senior*innen beinhaltet kostenfreie Tagesbetreuungsangebote für Senior*innen. Kostenloser Personennah- und Fernverkehr sichert Mobilität und Agilität sowie soziale Teilhabe.

Senior*innen werden auf allen Ebenen an politischen Prozessen beteiligt. Es bedarf eines Mitspracherechtes in kommunalen und landesspezifischen Ausschüssen, die in den Kommunal- und Landesverfassungen zu verankern sind.

Die Digitalisierung von Senior*innenwohnheimen, Wohngemeinschaften, Begegnungsstätten, Tagesstätten und sonstigen Treffs wird gefördert, um den Kontakt zu Familien und Freunden zu pflegen.

Angebote zur Digitalisierung auch im privaten Umfeld werden geschaffen. Smarte Kommunikation und die Nutzung digitaler sozialer Netzwerke ist auch im Alter selbstverständlich.

Gesundheit und Bewegung im Alter werden durch altersgerechte Sportangebote und generationenübergreifende Spielplätze ermöglicht.

Besondere Schutzkonzepte zur Prävention vor Straftaten gegenüber Senior*innen müssen geschaffen werden. Unerwünschte Werbeanrufe sind unter Strafe zu stellen.

Ein selbstbestimmtes Leben beinhaltet auch ein selbstbestimmtes Sterben.

Antrag 3.4.-Ä013: Änderungsantrag zu 3.4.

Laufende Nummer: 695 • Änderungsantrag zu 3.4.

Antragsteller*in:	SPD-OV Eggenfelden
Status:	erledigt durch das Zukunftsprogramm und Programmmatrix.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch das Zukunftsprogramm und Programmmatrix.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 51

Wir wollen allen gesetzlich verpflichtet Versicherten zusätzlich die Möglichkeit einräumen, sich in angemessenem Umfang ergänzend freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung zu versichern.

Eine ergänzende private Altersvorsorge ist kein Ersatz für die gesetzliche Rente. Die bisherigen Ergebnisse der Riester-Rente sind nicht zufriedenstellend. Wir wollen daher bei klassischen privaten Angeboten der Altersvorsorge bürokratische Hemmnisse abbauen und Kosten senken. Um den Bürgerinnen und Bürgern eine attraktive private Altersvorsorge zu ermöglichen, setzen wir uns für ein neues standardisiertes Angebot ein, das kostengünstig ist, digital und grenzüberschreitend und (nach schwedischem Vorbild) auch von einer öffentlichen Institution angeboten wird. Die Förderung neuer Verträge werden wir in Form von Zuschüssen auf untere und mittlere Einkommensgruppen

beschränken.

Wir wollen das Vertrauen in den Sozialstaat durch eine Rente, die armutsfest ist und lebensstandardsichernd ist, zurückgewinnen:

Wir wollen, dass die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) wieder so ausgestaltet wird, dass sie den Lebensstandard sichert und nicht zur Grundsicherung verkommt. Das gesetzliche Rentenniveau muss deutlich oberhalb von 50 % stabilisiert werden. Dazu sind die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren abzuschaffen.

Wir wollen die Riesterrente abschaffen. Sie verhindert nicht, dass Geringverdiener*innen in Grundsicherung fallen, sie verteilt staatliche Förderung hauptsächlich an diejenigen, die ohnehin gut verdienen und gut abgesichert sind. Es darf keine neuen Subventionen und staatliche Anreize für kapitalgedeckte Systeme welcher Art auch immer geben. Die Finanzierungslücke ab etwa 2020 ist durch den Bundeszuschuss (u. a. freie Mittel Riester) zu schließen.

Wer einmal in die Rentenkasse gezahlt hat, muss im Ruhestand mehr Geld erhalten, als dies durch die bloße Grundsicherung der Fall wäre. Eine Grundrente deutlich oberhalb der Grundsicherung und ohne Bedürftigkeitsprüfung ist die richtige Maßnahme.

Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente müssen für alle spürbar sein. Von den verlängerten Zurechnungszeiten profitieren bislang nur Neurentner*innen ab Juli 2014.

Unser Ziel ist die Einführung einer Erwerbstätigenrente ohne Beitragsbemessungsgrenze, in die alle einzahlen und in der alle Einkommensarten Beiträge zahlen.

Die Mütterrente und andere versicherungsfremde Leistungen müssen steuerfinanziert sein.

Wir wollen, dass Betriebe mit hohen Gewinnen und wenigen Mitarbeiter*innen sich stärker an der Finanzierung der Rente beteiligen. Eine Digitalisierung der Arbeitswelt, die in gewissen Branchen zu Arbeitsplatzabbau führen kann, darf nicht bedeuten, dass Unternehmen sich der sozialen Verantwortung entziehen.

Antrag 3.4.-Ä014: Änderungsantrag zu 3.4.

Laufende Nummer: 723 • Änderungsantrag zu 3.4.

Antragsteller*in:	Ortsverein Oldenburg Stadt 2 Stadtmitte-Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 40 - 51

~~Wir wollen allen gesetzlich verpflichtet Versicherten zusätzlich die Möglichkeit einräumen, sich in angemessenem Umfang ergänzend freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung zu versichern.~~

~~Eine ergänzende private Altersvorsorge ist kein Ersatz für die gesetzliche Rente. Die bisherigen Ergebnisse der Riester-Rente sind nicht zufriedenstellend. Wir wollen daher bei klassischen privaten Angeboten der Altersvorsorge bürokratische Hemmnisse abbauen und Kosten senken. Um den Bürgerinnen und Bürgern Wir wollen zurück zu einem Zustand, in dem eine attraktive private Altersvorsorge zu ermöglichen, setzen wir uns für ein neues standardisiertes Angebot ein, das kostengünstig ist, digital und grenzüberschreitend und (nach schwedischem Vorbild) auch von einer öffentlichen Institution angeboten wird. Die Förderung neuer Verträge zusätzliche private Altersvorsorge nicht mehr nötig ist, um den Lebensstandard im Alter zu sichern. Die Riester-Rente und vergleichbare Produkte haben sich nicht bewährt, sondern vor allem den Profit ihrer Anbieter erhöht. Wir werden wir in Form von Zuschüssen auf untere und mittlere Einkommensgruppen beschränken sie unter Bestandswahrung abschaffen.~~

Antrag 3.4.-Ä015: Änderungsantrag zu 3.4.

Laufende Nummer: 724 • Änderungsantrag zu 3.4.

Antragsteller*in:	Ortsverein Oldenburg Stadt 2 Stadtmitte-Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 8 - 10

In vielen unserer Nachbarländer ist das Rentenniveau der gesetzlichen Rentenkasse deutlich höher als in Deutschland. Wir wollen daher die gesetzliche Rente stärken und ~~stehen für eine dauerhaft stabile Rentenleistung und ein dauerhaftes~~ ausbauen und sie langfristig wieder zu einer den Lebensstandard sichernden Altersvorsorge ausbauen. Dafür streben wir kurzfristig ein Rentenniveau von mindestens 48 Prozent. Arbeit darf ihren Wert im Alter nicht verlieren 50 % an, welches nach und nach auf ein zu unseren Nachbarländern wie Österreich oder Frankreich vergleichbares Niveau erhöht wird. In Parlament und Regierung haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Grundrente kommt. Nun ist sie da und schützt viele Menschen, die Jahrzehnte für geringe Löhne gearbeitet haben, vor dem Risiko im Alter arm zu sein.

Antrag 3.4.-Ä016: Änderungsantrag zu 3.4.

Laufende Nummer: 752 • Änderungsantrag zu 3.4.

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen-Stadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 9

Wir wollen die gesetzliche Rente stärken und stehen für eine dauerhaft stabile

Rentenleistung und ein dauerhaftes Rentenniveau von mindestens ~~48~~50 Prozent. Arbeit darf ihren Wert im Alter nicht verlieren. In Parlament und Regierung haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Grundrente kommt. Nun ist sie da und schützt viele Menschen, die Jahrzehnte für geringe Löhne gearbeitet haben, vor dem Risiko im Alter arm zu sein.

Antrag 3.5.-Ä001: Änderungsantrag zu 3.5.

Laufende Nummer: 287 • Änderungsantrag zu 3.5.

Antragsteller*in:	SPD Ortsverein Bad Godesberg-Nord
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 13

Die Pflegeinfrastruktur muss bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Für uns ist es außerdem wichtig, dass Länder, Landkreise und Kommunen mehr Möglichkeiten erhalten, darüber zu entscheiden, wo und in welcher Trägerschaft Heime entstehen. Um ihren Sicherstellungsauftrag zu gewährleisten, müssen sie deutlich intensiver in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Antrag 3.5.-Ä002: Änderungsantrag zu 3.5.

Laufende Nummer: 288 • Änderungsantrag zu 3.5.

Antragsteller*in:	SPD Ortsverein Bad Godesberg-Nord
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 20

Bei Pflegebedürftigkeit wollen viele in der eigenen Wohnung bleiben. Dabei sind sie oft auf eine 24-Stunden-Pflege angewiesen. Dabei entsteht viel Rechtsunsicherheit zu den wechselseitigen Pflichten und Rechten. Wir werden bei der Pflege und der Hilfe im Alltag für rechtliche Klarheit sorgen.

Antrag 3.5.-Ä003: Änderungsantrag zu 3.5.

Laufende Nummer: 572 • Änderungsantrag zu 3.5.

Antragsteller*in:	SPD-OV Heilbronn, SPD-UB Remscheid
Status:	überwiesen an die digitale Programmmatrix: Beschluss Gesundheit, teil Folgen der Pandemie
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an die digitale Programmmatrix: Beschluss Gesundheit, teil Folgen der Pandemie
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 32

Wir werden durch eine besondere Förderung der haushaltsnahen Dienstleistungen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, älteren Menschen helfen, möglichst lange in der eigenen Wohnung zu leben, Schwarzarbeit bekämpfen und den Personen, die bislang ohne Sozialversicherung in den privaten Haushalten arbeiten, eine Absicherung bei Arbeitsunfällen oder Krankheit geben. Diese Förderung soll so ausgerichtet sein,

dass sie auch von Geringverdiener*innen in Anspruch genommen werden kann.

Einsamkeit war und ist nach wie vor ein Tabu Thema und hat sich zu einem individuellen und damit auch zu einem gesellschaftlichen Problem entwickelt. Eine besondere Verstärkung erfährt dieses Thema durch die Corona Pandemie.

Die Corona-Pandemie wirkt wie ein Brennglas und hat die Einsamkeit und soziale Isolation vieler Bürger*innen deutlich verschärft. Aber auch jenseits der Pandemie kämpfen viele Menschen aller Altersstufen mit Einsamkeit in Deutschland. Menschen, die in Armut leben, niedrige Bildungsabschlüsse oder keinen formellen Bildungsabschluss besitzen, nach Deutschland zugewandert sind oder durch Krankheit oder Behinderung eingeschränkt sind, haben ein deutlich höheres Risiko zu vereinsamen - neben den vielen alten und älteren Menschen, die durch Verlust ihres Partners in die Einsamkeit gelangen.

Sich dauerhaft einsam zu fühlen ist nicht nur sehr belastend, sondern es macht körperlich und psychisch krank. Einsame Menschen fühlen sich zudem weniger zugehörig, mit erheblichen Folgen für ihre Gesundheit und unsere Gesellschaft. Eine gesellschaftliche Teilhabe findet dann kaum noch statt. Auch sorgt die Digitalisierung neben all ihren Vorzügen zusätzlich für Vereinsamung und fehlendes direktes Miteinander. Der Wille mitzugestalten und wählen zu gehen, sinkt. Das kann den sozialen Zusammenhalt insgesamt gefährden.

Wir wollen die Situation einsamer Menschen verbessern, indem wir die strukturellen und gesellschaftlichen Probleme von Einsamkeit angehen: Dazu gehört das Sichtbarmachen von Einsamkeit mit all seinen Facetten. In vielen Regionen gibt es bereits Nachbarschaftsquartiere, die kommerzfrei einen Treffpunkt bieten, in dem Gemeinwesen stattfindet, bisher überwiegend in Brennpunkten. Damit von Einsamkeit bedrohten Menschen insgesamt geholfen werden kann, müssen z. B. Nachbarschaftsquartiere grundsätzlich in Städten und Gemeinden vorgehalten werden.

Die hier gesammelten Erfahrungen müssen mit den aktuellen Bundes- sowie Landes- Armuts- und Altersjahresberichten sowie mit den Akteuren der Sozialverbände und Gemeinwesen-Träger ausgewertet und in Handlungsoptionen umgesetzt werden. Wir wollen auf allen Ebenen entsprechende Weichenstellungen (Bund, Land) in Form von Finanzierung und Ausstattung der auf kommunaler Ebene notwendigen Bekämpfung der Einsamkeit.

Wir wollen gemeinsam Armut bekämpfen, faire Löhne für alle, Bildungschancen unabhängig von der Herkunft ermöglichen, Integration und Inklusion leben und gesellschaftliche Teilhabe für jede*n ermöglichen. Einsamkeit soll kein Tabuthema mehr sein. Wir wollen ein gutes, solidarisches Miteinander leben und füreinander eintreten.

Gemeinsam auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene müssen wir der Einsamkeit und den daraus resultierenden Schwierigkeiten insbesondere für die Gesundheit entgegenwirken. Neue Studien verweisen darauf, dass Einsamkeit nicht allein ein Phänomen der älteren Generation ist, sondern auch generationsübergreifend fest zu stellen ist.

Gerade auf kommunaler Ebene mit seiner Quartiersarbeit und den Unterstützungsangeboten braucht es nicht nur Anerkennung, sondern von Bund und Land konkrete finanzielle Hilfen.

Das Bundesmodellprogramm „Stärkung der Teilhabe Älterer“ muss fortgesetzt werden und auch für die Generationen von 18 - 39 Jahren Angebote formuliert werden. Innovative generationsübergreifende Wohnformen fördern und bürgerschaftliches Engagement verstärkt unterstützen und dabei Bürokratiehürden abbauen. Arbeitgeber, Betriebsräte und Ärzte sensibilisieren und Teilhabe für alle Menschen ermöglichen, damit wir gemeinsam dieses Tabu Thema aufbrechen und die Einsamkeit aus der Einsamkeit holen.

Antrag 3.5.-Ä004: Änderungsantrag zu 3.5.

Laufende Nummer: 623 • Änderungsantrag zu 3.5.

Antragsteller*in:	SPD-UB Remscheid
Status:	erledigt durch den Antrag 3.5.-Ä003
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch den Antrag 3.5.-Ä003
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 32

Wir werden durch eine besondere Förderung der haushaltsnahen Dienstleistungen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, älteren Menschen helfen, möglichst lange in der eigenen Wohnung zu leben, Schwarzarbeit bekämpfen und den Personen, die bislang ohne Sozialversicherung in den privaten Haushalten arbeiten, eine Absicherung bei Arbeitsunfällen oder Krankheit geben. Diese Förderung soll so ausgerichtet sein,

dass sie auch von Geringverdiener*innen in Anspruch genommen werden kann.

Einsamkeit und soziale Isolation

Einsamkeit war und ist nach wie vor ein Tabu Thema und hat sich zu einem individuellen und damit auch zu einem gesellschaftlichen Problem entwickelt. Eine besondere Verstärkung erfährt dieses Thema durch die Corona Pandemie.

Die Corona-Pandemie wirkt wie ein Brennglas und hat die Einsamkeit und soziale Isolation vieler Bürger*innen deutlich verschärft. Aber auch jenseits der Pandemie kämpfen viele Menschen aller Altersstufen mit Einsamkeit in Deutschland. Menschen, die in Armut leben, niedrige Bildungsabschlüsse oder keinen formellen Bildungsabschluss besitzen, nach Deutschland zugewandert sind oder durch Krankheit oder Behinderung eingeschränkt sind, haben ein deutlich höheres Risiko zu vereinsamen - neben den vielen alten und älteren Menschen, die durch Verlust ihres Partners in die Einsamkeit gelangen.

Sich dauerhaft einsam zu fühlen ist nicht nur sehr belastend, sondern es macht körperlich und psychisch krank. Einsame Menschen fühlen sich zudem weniger zugehörig, mit erheblichen Folgen für ihre Gesundheit und unsere Gesellschaft. Eine gesellschaftliche Teilhabe findet dann kaum noch statt. Auch sorgt die Digitalisierung neben all ihren Vorzügen zusätzlich für Vereinsamung und fehlendes direktes Miteinander. Der Wille mitzugestalten und wählen zu gehen, sinkt. Das kann den sozialen Zusammenhalt insgesamt gefährden.

Wir wollen die Situation einsamer Menschen verbessern, indem wir die strukturellen und gesellschaftlichen Probleme von Einsamkeit angehen: Dazu gehört das Sichtbarmachen von Einsamkeit mit all seinen Facetten. In vielen Regionen gibt es bereits Nachbarschaftsquartiere, die kommerzfrei einen Treffpunkt bieten, in dem Gemeinwesen stattfindet, bisher überwiegend in Brennpunkten. Damit von Einsamkeit bedrohten Menschen insgesamt geholfen werden kann, müssen z. B. Nachbarschaftsquartiere grundsätzlich in Städten und Gemeinden vorgehalten

werden.

Die hier gesammelten Erfahrungen müssen mit den aktuellen Bundes- sowie Landes- Armuts- und Altersjahresberichten sowie mit den Akteuren der Sozialverbände und Gemeinwesen-Träger ausgewertet und in Handlungsoptionen umgesetzt werden. Wir wollen auf allen Ebenen entsprechende Weichenstellungen (Bund, Land) in Form von Finanzierung und Ausstattung der auf kommunaler Ebene notwendigen Bekämpfung der Einsamkeit.

Wir wollen gemeinsam Armut bekämpfen, faire Löhne für alle, Bildungschancen unabhängig von der Herkunft ermöglichen, Integration und Inklusion leben und gesellschaftliche Teilhabe für jede*n ermöglichen. Einsamkeit soll kein Tabuthema mehr sein. Wir wollen ein gutes, solidarisches Miteinander leben und füreinander eintreten.

Gemeinsam auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene müssen wir der Einsamkeit und den daraus resultierenden Schwierigkeiten insbesondere für die Gesundheit entgegenwirken. Neue Studien verweisen darauf, dass Einsamkeit nicht allein ein Phänomen der älteren Generation ist, sondern auch generationsübergreifend fest zu stellen ist.

Gerade auf kommunaler Ebene mit seiner Quartiersarbeit und den Unterstützungsangeboten braucht es nicht nur Anerkennung, sondern von Bund und Land konkrete finanzielle Hilfen.

Das Bundesmodellprogramm „Stärkung der Teilhabe Älterer“ muss fortgesetzt werden und auch für die Generationen von 18 - 39 Jahren Angebote formuliert werden. Innovative generationsübergreifende Wohnformen fördern und bürgerschaftliches Engagement verstärkt unterstützen und dabei Bürokratiedürden abbauen. Arbeitgeber, Betriebsräte und Ärzte sensibilisieren und Teilhabe für alle Menschen ermöglichen, damit wir gemeinsam dieses Tabu Thema aufbrechen und die Einsamkeit aus der Einsamkeit holen.

Antrag 3.6.-Ä001: Änderungsantrag zu 3.6.

Laufende Nummer: 202 • Änderungsantrag zu 3.6.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Münster
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 28

Wir werden dazu beitragen, dass kommunale Wohnbauflächen nicht veräußert werden, Flächen zurückerworben werden und öffentliches Bauland nur auf dem Weg der Erbpacht für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wird. Mit der Schaffung von Bodenfonds unter Einbeziehung bundeseigener Grundstücke erhalten Kommunen ein Instrument für die nachhaltige Stadtentwicklung und bezahlbaren Wohnungsbau. Bei der Konversion von bislang z.B. militärisch genutzten Immobilien trägt der Bund eine große Verantwortung. Die Schaffung von bezahlbarem und sozialem Wohnraum in öffentlicher Hand muss immer Vorrang vor gewinnorientierter Veräußerung haben. Wir werden die bislang nach einer Zehn-Jahres-Frist geltende Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne nicht selbst genutzter Grundstücke abschaffen. Um die Spekulation mit Wohnraum einzudämmen, werden wir die Eigentümerstrukturen über ein zentrales Immobilienregister transparent machen.

Antrag 3.6.-Ä002: Änderungsantrag zu 3.6.

Laufende Nummer: 226 • Änderungsantrag zu 3.6.

Antragsteller*in:	SPD OV Schwerin-Südstadt
Status:	erledigt durch Zukunftsprogramm Kap.2.5, Zeile 20 f.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Zukunftsprogramm Kap.2.5, Zeile 20 f.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 8

Wir werden bezahlbaren Wohnraum erhalten und neuen schaffen. Dazu werden wir alle Beteiligten an einen Tisch bringen. Kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften, aber auch private Wohnungsunternehmen und Vermieter*innen, die sich einer sozialverträglichen Vermietung verpflichtet fühlen, sollten dabei sein wie auch die Bauwirtschaft und die Gewerkschaften.

[Wir werden den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen in Ostdeutschland die DDR-Altschulden erlassen.](#)

Antrag 3.6.-Ä003: Änderungsantrag zu 3.6.

Laufende Nummer: 309 • Änderungsantrag zu 3.6.

Antragsteller*in:	SPD-UB Düsseldorf
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 13

Es gibt eine gemeinsame Verantwortung aller Beteiligten vor allem für den erforderlichen Neubau sowie die Quartiersentwicklung und den Klimaschutz. Nach wie vor ist der Neubau von 100.000 Sozialwohnungen jährlich erforderlich. Daneben führen wir eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit ein und fördern damit ein zusätzliches nicht

gewinnorientiertes Segment auf dem Wohnungsmarkt. Die öffentliche Hand hat zum Ende der 1990er und in den 2000er Jahre in großem Umfang Wohnungen an privatwirtschaftliche Unternehmen verkauft. Dies ist ein großer Fehler gewesen und hat erheblich dazu beigetragen, dass preiswerte, bedarfsgerechte Wohnungen nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Privatwirtschaftliche Unternehmen wollen ihren Profit maximieren. An der Errichtung bedarfsgerechter Wohnungen sind sie weniger interessiert. Daher werden wir diese falsche Entwicklung umkehren und ein mit erheblichen Mitteln ausgestattetes Programm auflegen, das kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften in die Lage versetzt, Wohnungen zu kaufen und neue Wohnungen zu errichten.

Antrag 3.6.-Ä004: Änderungsantrag zu 3.6.

Laufende Nummer: 392 • Änderungsantrag zu 3.6.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	erledigt durch Annahme von Ä1 in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Annahme von Ä1 in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 8

Wir werden bezahlbaren Wohnraum erhalten und neuen schaffen. Dazu werden wir alle Beteiligten an einen Tisch bringen. Kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften, aber auch private Wohnungsunternehmen und Vermieter*innen, die sich einer sozialverträglichen Vermietung verpflichtet fühlen, sollten dabei sein wie auch

die Bauwirtschaft und die Gewerkschaften. Flächen im Eigentum der Bundesimmobilienanstalt (BImA) werden in angespannten Märkten den Kommunen bzw. kommunalen Gesellschaften zum Bau von Wohnungen unbürokratisch und zum aktuellen Bodenrichtwert zur Verfügung gestellt. Sollte keine kommunale Gesellschaft bestehen, realisiert die BImA selbst geförderten Wohnungsbau.

Zeile 30 - 32

Wir werden dazu beitragen, dass kommunale Wohnbauflächen nicht veräußert werden, Flächen zurückerworben werden und öffentliches Bauland nur auf dem Weg der Erbpacht für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wird. Mit der Schaffung von Bodenfonds unter Einbeziehung bundeseigener Grundstücke erhalten Kommunen ein Instrument für die nachhaltige Stadtentwicklung und bezahlbaren Wohnungsbau. Wir werden die bislang nach einer Zehn-Jahres-Frist geltende Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne nicht selbst

genutzter Grundstücke abschaffen. ~~Um die Spekulation mit Wohnraum einzudämmen, werden wir die Eigentümerstrukturen~~ Wohneigentum soll sich auf viele Schultern verteilen, damit jede*r ein Zuhause findet, für das Alter vorsorgen kann und Marktmacht gegenüber dominanten Eigentumsstrukturen begrenzt wird. Großeigentümer werden über ein zentrales Immobilienregister transparent ~~machen.~~ gemacht.

Antrag 3.6.-Ä005: Änderungsantrag zu 3.6.

Laufende Nummer: 402 • Änderungsantrag zu 3.6.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 14 - 16

~~In angespannten Wohnlagen werden wir daneben~~ Wir fordern ein ~~zeitlich befristetes~~ bundesweites Mietenmoratorium ~~einführen, das bedeutet: Mieten können für eine bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden.~~ Mietwucher werden wir wirksam unterbinden. Wir werden außerdem die Mietpreisbremse entfristen und Schlupflöcher schließen, den Betrachtungszeitraum von Mietspiegeln auf acht Jahre verlängern und die Möglichkeiten für Eigenbedarfskündigungen reduzieren.

Antrag 3.6.-Ä006: Änderungsantrag zu 3.6.

Laufende Nummer: 404 • Änderungsantrag zu 3.6.

Antragsteller*in:	SPD-OV M-Olympiadorf
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 14 - 18

~~In angespannten Wohnlagen werden wir daneben~~ Wir fordern ein ~~zeitlich befristetes~~ bundesweites Mietenmoratorium ~~einführen, das bedeutet: Mieten können für eine bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden.~~ Mietwucher werden wir wirksam unterbinden. Wir werden außerdem die Mietpreisbremse entfristen und Schlupflöcher schließen, den Betrachtungszeitraum von Mietspiegeln ~~auf acht Jahre~~ verlängern und die Möglichkeiten für Eigenbedarfskündigungen reduzieren.

Antrag 3.6.-Ä007: Änderungsantrag zu 3.6.

Laufende Nummer: 406 • Änderungsantrag zu 3.6.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Nippes
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 28 - 30

Wir werden dazu beitragen, dass kommunale Wohnbauflächen nicht veräußert werden, Flächen zurückerworben werden und öffentliches Bauland nur auf dem Weg der Erbpacht für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wird. Mit der Schaffung von Bodenfonds unter Einbeziehung bundeseigener Grundstücke erhalten Kommunen ein Instrument für die nachhaltige Stadtentwicklung und bezahlbaren Wohnungsbau. ~~Wir werden die bislang nach einer Zehn-Jahres-Frist geltende Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne nicht selbst genutzter Grundstücke abschaffen.~~ Um die Spekulation mit Wohnraum einzudämmen, werden wir die Eigentümerstrukturen über ein zentrales Immobilienregister transparent machen.

Antrag 3.6.-Ä008: Änderungsantrag zu 3.6.

Laufende Nummer: 407 • Änderungsantrag zu 3.6.

Antragsteller*in:	SPD-OV M-Olympiadorf
Status:	erledigt durch Annahme von Ä 15
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Annahme von Ä 15
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 32

Wir werden dazu beitragen, dass kommunale Wohnbauflächen nicht veräußert werden, Flächen zurückerworben werden und öffentliches Bauland nur auf dem Weg der Erbpacht für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wird. Mit der Schaffung von Bodenfonds unter Einbeziehung bundeseigener Grundstücke erhalten Kommunen ein Instrument für die nachhaltige Stadtentwicklung und bezahlbaren Wohnungsbau. Wir werden die bislang nach einer Zehn-Jahres-Frist geltende Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne nicht selbst genutzter Grundstücke abschaffen. Um die Spekulation mit Wohnraum einzudämmen, werden wir die Eigentümerstrukturen über ein zentrales Immobilienregister transparent

machen. [Wir fordern eine neue Bodenordnung mit einem bundesweit geregelten Planungswertausgleich in Anlehnung an das Modell von Hans-Jochen Vogel, nach der die Wertsteigerungen durch Leistungen der Kommunen der Allgemeinheit zugute kommen.](#)

Antrag 3.6.-Ä009: Änderungsantrag zu 3.6.

Laufende Nummer: 409 • Änderungsantrag zu 3.6.

Antragsteller*in:	SPD-OV M-Olympiadorf
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 32

Wir werden dazu beitragen, dass kommunale Wohnbauflächen nicht veräußert werden, Flächen zurückerworben werden und öffentliches Bauland nur auf dem Weg der Erbpacht für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wird. Mit der Schaffung von Bodenfonds unter Einbeziehung bundeseigener Grundstücke erhalten Kommunen ein Instrument für die nachhaltige Stadtentwicklung und bezahlbaren Wohnungsbau. Wir werden die bislang nach einer Zehn-Jahres-Frist geltende Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne nicht selbst genutzter Grundstücke abschaffen. Um die Spekulation mit Wohnraum einzudämmen, werden wir die Eigentümerstrukturen über ein zentrales Immobilienregister transparent

machen. Wir fordern eine neue Bodenordnung mit einem bundesweit geregelten Planungswertausgleich in Anlehnung an das Modell von Hans-Jochen Vogel, nach der die Wertsteigerungen durch Leistungen der Kommunen der Allgemeinheit zugute kommen.

Die Grundsteuer wird künftig von Eigentümer*innen getragen und nicht mehr auf die Mieter*innen umgelegt. Beim Verkauf von Immobilien wird nach dem Bestellerprinzip die Vermittlungsprovision künftig zu 100% von der Seite übernommen, die die Vermittlung beauftragt hat. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land sollen zur Entlastung von Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt beitragen. Das Recht auf eine angemessene Wohnung ist ein Grundrecht.

Antrag 3.6.-Ä010: Änderungsantrag zu 3.6.

Laufende Nummer: 411 • Änderungsantrag zu 3.6.

Antragsteller*in:	SPD-OV M-Olympiadorf
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 39

Um soziale Härten und Wohnungsverluste infolge der Coronapandemie zu vermeiden muss die Stundung von Mietzahlungen und der damit einhergehende Kündigungsschutz bei Wohnraummietverhältnissen wieder ermöglicht werden, wobei die Stundungszinsen künftig dem aktuellen Niedrigzins angepasst werden sollten. Außerdem sind baurechtliche Ausnahmeregelungen für eine schnelle Schaffung von neuem sozial gebundenem Wohnraum zu prüfen, die ähnlich der im Jahr 2015 befristet eingeführten Regelungen zur schnellen Schaffung von Wohnraum für Geflüchtete ausgestaltet werden könnten.

Die Corona-Pandemie verstärkt die Strukturveränderungen in unseren Innenstädten und Stadtteilzentren. Das betrifft den Einzelhandel, die Gastronomie und das Hotelgewerbe ebenso wie Museen, Theater, Büchereien und Kinos. Die gemeinsam mit den Ländern getragene Städtebauförderung sichern wir ab. Wir unterstützen die Städte dabei, die Innenstädte lebendig zu halten und notwendige Nutzungsänderungen mitgestalten zu können, unter anderem durch eine Mietpreisbegrenzung, einen Mieterschutz im Gewerbeimmobilienbereich, durch Konzepte zur Revitalisierung von Standorten und die Förderung von Co-Working-Spaces in den Innenstädten. Ein besonderes Augenmerk werden wir auf die Entwicklung im ländlichen Raum legen.

Antrag 3.6.-Ä011: Änderungsantrag zu 3.6.

Laufende Nummer: 549 • Änderungsantrag zu 3.6.

Antragsteller*in:	SPD-OV München Haidhausen
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 23

Unsere Bodenpolitik wird am Gemeinwohl orientiert. Bund, Länder und Kommunen sollen öffentliches Eigentum an Grundstücken sichern und vermehren, um die Spekulation mit Grund und Boden zu stoppen. Dazu ist das Vorkaufsrecht für Kommunen zu fairen Preisen

unter Berücksichtigung des Ertragswerts wichtig.

Antrag 3.6.-Ä012: Änderungsantrag zu 3.6.

Laufende Nummer: 552 • Änderungsantrag zu 3.6.

Antragsteller*in:	SPD-OV München Haidhausen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 18 - 19

In angespannten Wohnlagen werden wir daneben ein zeitlich befristetes Mietemoratorium einführen, das bedeutet: Mieten können für eine bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden. Mietwucher werden wir wirksam unterbinden. Wir werden außerdem die Mietpreisbremse entfristen und Schlupflöcher

~~schließen, den Betrachtungszeitraum von Mietspiegeln auf.~~ Das Instrument des qualifizierten Mietspiegels wollen wir bundesweit nach einheitlichen und damit rechtssicheren Kriterien ausgestalten und seine Bedeutung stärken. Mietspiegel dürfen keine bloßen Neumietenspiegel sein. Deshalb werden wir künftig mindestens die vertraglich vereinbarten Mieten der vergangenen acht Jahre verlängern und die Möglichkeiten für Eigenbedarfskündigungen reduzieren. bei ihrer Aufstellung heranziehen.

Antrag 3.6.-Ä013: Änderungsantrag zu 3.6.

Laufende Nummer: 645 • Änderungsantrag zu 3.6.

Antragsteller*in:	08/01 Rixdorf
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 47

Die Corona-Pandemie verstärkt die Strukturveränderungen in unseren Innenstädten und Stadtteilzentren. Das betrifft den Einzelhandel, die Gastronomie und das Hotelgewerbe ebenso wie Museen, Theater, Büchereien und Kinos. Die gemeinsam mit den Ländern getragene Städtebauförderung sichern wir ab. Wir unterstützen die Städte dabei, die Innenstädte lebendig zu halten und notwendige Nutzungsänderungen mitgestalten zu können, unter anderem durch eine Mietpreisbegrenzung, einen Mieterschutz im Gewerbeimmobilienbereich, durch Konzepte zur Revitalisierung von Standorten und die Förderung von Co-Working-Spaces in den Innenstädten. Ein besonderes Augenmerk werden

wir auf die Entwicklung im ländlichen Raum legen. Menschen, die in die Obdachlosigkeit abgerutscht sind, müssen wir als Gesellschaft nachhaltig helfen. Deshalb wollen wir eine flächendeckende Umsetzung von Housing-First-Konzepten in den Städten und Kommunen voranbringen. Die sehr hohen Erfolgsquoten dieser Projekte ermöglichen die Rückkehr in die eigene Wohnung und damit ein Leben in Würde.

Antrag 3.6.-Ä014: Änderungsantrag zu 3.6.

Laufende Nummer: 657 • Änderungsantrag zu 3.6.

Antragsteller*in:	SPD-Kreis II Altona
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 47

Die Corona-Pandemie verstärkt die Strukturveränderungen in unseren Innenstädten und Stadtteilzentren. Das betrifft den Einzelhandel, die Gastronomie und das Hotelgewerbe ebenso wie Museen, Theater, Büchereien und Kinos. Die gemeinsam mit den Ländern getragene Städtebauförderung sichern wir ab. Wir unterstützen die Städte dabei, die Innenstädte lebendig zu halten und notwendige Nutzungsänderungen mitgestalten zu können, unter anderem durch eine Mietpreisbegrenzung, einen Mieterschutz im Gewerbeimmobilienbereich, durch Konzepte zur Revitalisierung von Standorten und die Förderung von Co-Working-Spaces in den Innenstädten. Ein besonderes Augenmerk werden

wir auf die Entwicklung im ländlichen Raum legen. Wir werden generationenübergreifende, alternative und barrierefreie Wohnformen in Städten und Quartieren fördern.

Antrag 3.6.-Ä015: Änderungsantrag zu 3.6.

Laufende Nummer: 753 • Änderungsantrag zu 3.6.

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen-Stadt
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 30

Wir werden dazu beitragen, dass kommunale Wohnbauflächen nicht veräußert werden, Flächen zurückerworben werden und öffentliches Bauland nur auf dem Weg der Erbpacht für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wird. Mit der Schaffung von Bodenfonds unter Einbeziehung bundeseigener Grundstücke erhalten Kommunen ein Instrument für die nachhaltige Stadtentwicklung und bezahlbaren Wohnungsbau. Wir werden die bislang nach einer Zehn-Jahres-Frist geltende Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne nicht selbst

genutzter Grundstücke abschaffen und einen Planungswertausgleich einführen, um leistungslose Bodenwertgewinne der Allgemeinheit zukommen zu lassen. Um die Spekulation mit Wohnraum einzudämmen, werden

wir die Eigentümerstrukturen über ein zentrales Immobilienregister transparent machen.

Antrag 3.7.-Ä001: Änderungsantrag zu 3.7.

Laufende Nummer: 222 • Änderungsantrag zu 3.7.

Antragsteller*in:	SPD OV Schwerin-Südstadt
Status:	erledigt durch 3.2.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.2.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 64

Junge Menschen in Ausbildung sollen durch direkte, elternunabhängige Auszahlung des neuen Kindergeldes finanziell abgesichert werden - mit einem zusätzlichen,

auskömmlichen Fördersatz an BAföG obendrauf. Die Leistungen des BAföGs werden wieder als vollständiger Zuschuss gezahlt. Die Förderung per Darlehen entfällt.

Wir wollen Hilfen für Kinder,

Jugendliche und Familien bündeln, die von Krankheit oder Behinderung betroffen sind. Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Eltern müssen einen einfachen Zugang zu Unterstützungsleistungen haben. Dafür sind weitere Schritte notwendig. Der Kampf gegen Bildungsbenachteiligung muss in allen Systemen konsequent stattfinden. Die erste Bildungseinrichtung im Leben eines Kindes ist heute die Kita. Deshalb werden wir die frühkindliche Bildung weiter ausbauen.

Antrag 3.7.-Ä002: Änderungsantrag zu 3.7.

Laufende Nummer: 227 • Änderungsantrag zu 3.7.

Antragsteller*in:	SPD OV Schwerin-Südstadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 112

Ein gutes Ganztagsangebot ist entscheidend für gleiche Chancen - und das muss für alle Kinder zur Verfügung stehen. Ganztagschulen sind Lern- und Lebensorte, wo gute Chancen für alle ermöglicht und sichergestellt werden. Schule erreicht jedes Kind, unabhängig von seiner Herkunft. Der Rechtsanspruch auf ein ganztägiges Bildungs- und Betreuungsangebot im Grundschulalter ist ein wichtiger Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit und zudem für viele Eltern der notwendige nächste Schritt in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auf den sie dringend warten. Mehr als 70

Prozent wünschen sich ein solches Angebot für ihre Kinder.

Ganztagschulen können nur dann erfolgreich zur Chancengleichheit beitragen, wenn sie qualifiziertes Lernen über den Tag verteilt sichern und nicht nur Betreuung am Nachmittag bieten. Nur solche Schulen verdienen ihren Namen und sollten zuerst in Stadtteilen mit einkommensschwächeren Familien eingerichtet werden.

Antrag 3.7.-Ä003: Änderungsantrag zu 3.7.

Laufende Nummer: 369 • Änderungsantrag zu 3.7.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	erledigt durch 3.7.-Ä006
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.7.-Ä006
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 49

Wir haben deshalb ein Konzept der Kindergrundsicherung entwickelt, das aus zwei zentralen Bereichen besteht. Zum einen aus einer Infrastruktur, die gerechte Bildung

und Teilhabe für alle Kinder ermöglicht. ~~-, eine soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche und freie Fahrt in Bus und Bahn im Nahverkehr sowie ein Recht auf Mobilität vor allem für den ländlichen Raum.~~

Sie beinhaltet gute und beitragsfreie Kitas,

ein Ganztagsangebot für Schulkinder, eine soziale Infrastruktur für Jugendliche und freie Fahrt für Kinder und Jugendliche mit Bus und Bahn im Nahverkehr. Die Kindergrundsicherung besteht zum anderen aus einem neuen existenzsichernden, automatisch ausgezahlten Kindergeld, das nach Einkommen der Familie gestaffelt ist - je höher der Unterstützungsbedarf, desto höher das Kindergeld. Damit machen wir das Leben der Familien leichter, die es besonders schwer haben.

Antrag 3.7.-Ä004: Änderungsantrag zu 3.7.

Laufende Nummer: 370 • Änderungsantrag zu 3.7.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 127

Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche sicher aufwachsen. Wir werden daher Strafrecht und Prävention besser verbinden, um Kinder und Jugendliche wirksam zu schützen. Wir brauchen Schutzkonzepte unter anderem mit Kinderschutzbeauftragten für

Kitas, Schulen und Jugendhilfe-Einrichtungen und Vereine und werden das durch vom Bund geförderte

Pilotprojekte unterstützen. Darüber hinaus werden wir unabhängige Ombudsstellen einrichten.

Antrag 3.7.-Ä005: Änderungsantrag zu 3.7.

Laufende Nummer: 394 • Änderungsantrag zu 3.7.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	überwiesen an Parteivorstand
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an Parteivorstand
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 40

Unser Modell der Familienpflegezeit ist die vierte Säule. Wer Angehörige pflegt, soll dabei unterstützt werden, die Pflege mit Erwerbsarbeit zu kombinieren. Das bedeutet: 15 Monate Anspruch auf Unterstützung (Lohnersatz) bei einer Arbeitszeitreduzierung für jeden nahen Angehörigen ab Pflegegrad 2, auf mehrere Pflegepersonen aufteilbar mit einer Mindestarbeitszeit von 15 bis 20 Stunden. Wichtig ist, dass Unternehmen

gezielt auch die Männer ermutigen, dieses Modell zu nutzen. Familien bestehen auch nach einer elterlichen Trennung fort. Wir treten für eine Reform des Familienrechts ein, die nach einer elterlichen Trennung die anteilige Aufteilung von Kinderbetreuung, Familienarbeit und Berufstätigkeit zwischen Müttern und Vätern im Sinne von „Getrennt gemeinsam erziehen“ fördert. Kinder, Eltern und Großeltern sollen darin unterstützt werden, nach einer Elterntrennung die familiären Bindungen und ein aktives Familienleben auch im Alltag fortführen zu können. Dazu gehört auch die Anpassung des Unterhaltsrechts bei anteiliger Betreuung sowie die gleichberechtigte Zuteilung der elterlichen Sorgeverantwortung ab der Geburt des Kindes auch für unverheiratete Elternpaare.

Antrag 3.7.-Ä006: Änderungsantrag zu 3.7.

Laufende Nummer: 400 • Änderungsantrag zu 3.7.

Antragsteller*in:	Kreisverband Meißen
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 50 - 51

Wir haben deshalb ein Konzept der Kindergrundsicherung entwickelt, das aus zwei zentralen Bereichen besteht. Zum einen aus einer Infrastruktur, die gerechte Bildung und Teilhabe für alle Kinder ermöglicht. Sie beinhaltet gute und beitragsfreie Kitas,

ein Ganztagsangebot für Schulkinder, eine soziale Infrastruktur für ~~Jugendliche und~~ Kinder und Jugendliche und freie Fahrt ~~für Kinder und Jugendliche mit~~ in Bus und Bahn im Nahverkehr sowie ein Recht auf Mobilität vor allem für den ländlichen Raum. Die

Kindergrundsicherung besteht zum anderen aus einem neuen existenzsichernden, automatisch ausbezahlten Kindergeld, das nach Einkommen der Familie gestaffelt ist - je höher der Unterstützungsbedarf, desto höher das Kindergeld. Damit machen wir das Leben der Familien leichter, die es besonders schwer haben.

Antrag 3.7.-Ä007: Änderungsantrag zu 3.7.

Laufende Nummer: 470 • Änderungsantrag zu 3.7.

Antragsteller*in:	Landesverband Baden-Württemberg
Status:	erledigt durch 3.7.-Ä006
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.7.-Ä006
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 50 - 51

Wir haben deshalb ein Konzept der Kindergrundsicherung entwickelt, das aus zwei zentralen Bereichen besteht. Zum einen aus einer Infrastruktur, die gerechte Bildung und Teilhabe für alle Kinder ermöglicht. Sie beinhaltet gute und beitragsfreie Kitas,

ein Ganztagsangebot für Schulkinder, eine soziale Infrastruktur für ~~Jugendliche und~~ Kinder und Jugendliche und freie Fahrt ~~für Kinder und Jugendliche mit~~ in Bus und Bahn im Nahverkehr sowie ein Recht auf Mobilität vor allem für den ländlichen Raum. Die

Kindergrundsicherung besteht zum anderen aus einem neuen existenzsichernden, automatisch ausbezahlten Kindergeld, das nach Einkommen der Familie gestaffelt ist - je höher der Unterstützungsbedarf, desto höher das Kindergeld. Damit machen wir das Leben der Familien leichter, die es besonders schwer haben.

Antrag 3.7.-Ä008: Änderungsantrag zu 3.7.

Laufende Nummer: 631 • Änderungsantrag zu 3.7.

Antragsteller*in:	Ortsverein Frankfurt-Niederrad
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 116 - 118

Durch die Einschränkung des Präsenzunterrichts während der Pandemie droht sich die Verbindung von Bildungserfolg und Familienhintergrund zu verfestigen und Bildungsbenachteiligungen zu verstärken. Aus diesem Grund starten wir die

Bundesinitiative Chancengleichheit in der Bildung. ~~Mit einem~~ Durch ein Bundesprogramm für Schulsozialarbeit werden ~~wir durch~~ den ~~Bund finanzierte Chancenhelfer für jede~~ Kommunen Mittel zur Förderung von Chancenhelfern an jeder Schule ~~fördern-~~ bereitgestellt. Die Finanzierung trägt der Bund.

Antrag 3.7.-Ä009: Änderungsantrag zu 3.7.

Laufende Nummer: 452 • Änderungsantrag zu 3.7.

Antragsteller*in:	SPD-UB Dresden
Status:	erledigt durch 3.7.-Ä006
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.7.-Ä006
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 50 - 51

Wir haben deshalb ein Konzept der Kindergrundsicherung entwickelt, das aus zwei zentralen Bereichen besteht. Zum einen aus einer Infrastruktur, die gerechte Bildung und Teilhabe für alle Kinder ermöglicht. Sie beinhaltet gute und beitragsfreie Kitas,

ein Ganztagsangebot für Schulkinder, eine soziale Infrastruktur für ~~Jugendliche und~~ Kinder und Jugendliche und freie Fahrt ~~für Kinder und Jugendliche mit~~ in Bus und Bahn im Nahverkehr sowie ein Recht auf Mobilität vor allem für den ländlichen Raum. Die

Kindergrundsicherung besteht zum anderen aus einem neuen existenzsichernden, automatisch ausbezahlten Kindergeld, das nach Einkommen der Familie gestaffelt ist - je höher der Unterstützungsbedarf, desto höher das Kindergeld. Damit machen wir das Leben der Familien leichter, die es besonders schwer haben.

Antrag 3.8.-Ä001: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 203 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Münster
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 70

Paare, die sich für Kinder entscheiden, brauchen Versorgungssicherheit und die freie Wahl des Geburtsortes. Ob nun stationär oder ambulant in der Klinik, im Geburtshaus oder in den eigenen vier Wänden. Für eine gute Geburtsbegleitung ist ein Betreuungsschlüssel für Hebammen notwendig, der eine Eins-zu-eins-Betreuung im Kreißaal vorsieht. Daher muss auch die Geburtshilfe aus dem System der

„diagnosebezogenen Fallpauschalen“ entlassen und die Haftpflicht für freiberufliche Hebammen werden.

Antrag 3.8.-Ä002: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 206 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Münster
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 79

Frauen und Paare, die sich in einer Konfliktsituation für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, brauchen Zugang zu Informationen und einer wohnortnahen, guten medizinischen Versorgung - das gilt ambulant wie stationär. Deshalb müssen Länder und Kommunen dafür sorgen, dass Krankenhäuser, die öffentliche

Mittel erhalten, Schwangerschaftsabbrüche als Grundversorgung anbieten. Wir werden freiwillige, ergebnisoffene Beratungsangebote stärken. Wir erkennen

die Verantwortung und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen an. In Hinblick auf die Paragraphen 218 und 219a stellen wir fest: Schwangerschaftskonflikte gehören nicht ins Strafrecht.

Antrag 3.8.-Ä003: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 208 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Münster
Status:	erledigt durch 3.8.-Ä019
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.8.-Ä019
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 81

Frauen und Paare, die sich in einer Konfliktsituation für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, brauchen Zugang zu Informationen und einer wohnortnahen, guten medizinischen Versorgung - das gilt ambulant wie stationär. Deshalb müssen Länder und Kommunen dafür sorgen, dass Krankenhäuser, die öffentliche Mittel erhalten, Schwangerschaftsabbrüche als Grundversorgung anbieten. Wir erkennen die Verantwortung und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen an. In Hinblick auf die

Paragrafen 218 ~~und~~ bis 219a stellen wir fest: Schwangerschaftskonflikte gehören nicht ins Strafrecht.

Antrag 3.8.-Ä004: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 210 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Münster
Status:	erledigt durch 3.8.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.8.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 93

Wir schaffen ein modernes Abstammungsrecht. Wir setzen uns ein für gleiche Rechte von gleichgeschlechtlichen Partner*innen in der Ehe, insbesondere bei Adoptionen. Wir setzen uns für die vollständige rechtliche Gleichberechtigung von gleichgeschlechtlichen Partner:innen in der Ehe, bei der Adoption und bei der Elternschaft ein. Kein

Gericht sollte künftig mehr über die Anpassung des Personenstandes entscheiden. Psychologische Gutachten zur Feststellung der Geschlechtsidentität werden wir abschaffen. Jeder Mensch sollte selbst über sein Leben bestimmen können. Wir wollen, dass trans-, inter- und nicht binäre Menschen im Recht gleich behandelt werden, deshalb werden wir das Transsexuellengesetz reformieren. Das Diskriminierungsverbot wegen der geschlechtlichen und sexuellen Identität wollen wir in Art. 3 Abs. 3 GG aufnehmen.

Antrag 3.8.-Ä005: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 229 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	SPD OV Schwerin-Südstadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 86 - 91

In der Familie wird füreinander Verantwortung übernommen. Die Ehe ist und bleibt dafür attraktiv. Deshalb haben wir die Ehe für alle durchgesetzt. Zugleich ist klar, Verantwortung hängt nicht am Trauschein. Wir werden vielfältige Familienmodelle

rechtlich absichern. ~~Mit der Verantwortungsgemeinschaft schaffen wir nach dem Vorbild des französischen „Pacte civil de solidarité (PACS) eine Möglichkeit des füreinander Einstehens für alle, zu deren Lebenssituation das klassische Ehe-Modell nicht passt. Mit der Verantwortungsgemeinschaft unterstützen wir beispielsweise Regenbogenfamilien zusätzlich darin, füreinander Sorge zu tragen und Verantwortung zu übernehmen, wenn sich mehrere Menschen mit oder anstelle der biologischen Eltern um Kinder kümmern.~~

Antrag 3.8.-Ä006: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 289 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	SPD Ortsverein Bad Godesberg-Nord
Status:	überwiesen an digitale Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an digitale Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 13

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche durchziehen muss: Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Bildungs- und Rechtspolitik - aber auch Haushalts- und Finanzpolitik. Dies schließt eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung mit ein. Wir wollen die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen erreichen. Dazu werden wir die Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung zu einem verbindlichen Fahrplan mit konkreten und wirksamen Maßnahmen für alle Politikbereiche weiterentwickeln: und verbindliche Wirkungsanalysen aller Gesetze und Maßnahmen auf ihren Beitrag zur Gleichstellung durchführen.

:

Antrag 3.8.-Ä007: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 320 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 11 - 12

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche durchziehen muss: Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Bildungs- und Rechtspolitik - aber auch Haushalts- und Finanzpolitik. Dies schließt eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung mit ein. Wir wollen die Gleichstellung von Männern und Frauen in

allen gesellschaftlichen Bereichen bis 2030 erreichen. Dazu werden wir die Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung auf eine gesetzliche Grundlage stellen und zu einem verbindlichen Fahrplan mit konkreten und wirksamen Maßnahmen für alle Politikbereiche weiterentwickeln.

Antrag 3.8.-Ä008: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 321 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 35

Erfolgreiches Wirtschaften braucht geschlechterparitätische und kulturell vielfältige Arbeitsteams. Das gilt selbstverständlich auch an den Unternehmensspitzen. Wir haben bisher eine Quote für Aufsichtsräte eingeführt und geregelt, dass in größeren Vorständen von börsennotierten und paritätisch mitbestimmten großen Unternehmen mindestens eine Frau vertreten sein muss. Wir wollen, dass an der Spitze von Unternehmen und in den Führungsebenen darunter genauso viele Frauen wie Männer vertreten sind. Dies werden wir auf alle börsennotierten oder mitbestimmten Unternehmen ausweiten und wirksame Sanktionen einführen für alle, die sich nicht daran halten. Wir werden die institutionelle Gleichstellungspolitik wie z.B. die Bundesstiftung Gleichstellung dauerhaft und bedarfsgerecht finanzieren.

Antrag 3.8.-Ä009: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 322 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 61

Dass jeden dritten Tag eine Frau durch die Hand ihres Partners oder Ex-Partners stirbt, ist erschütternd. Jede siebte Frau erlebt Belästigung oder Gewalt am Arbeitsplatz. Um Gewalt gegen Frauen wirksam zu bekämpfen, werden wir die Zusammenarbeit aller Verantwortlichen in staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen verbessern. Entsprechend unserer Verpflichtungen aus der „Istanbul-Konvention“ werden wir das Hilfesystem aus Beratungsstellen, Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen weiterentwickeln und die internationalen Vereinbarungen zum Schutz vor Gewalt am Arbeitsplatz ([ILO Konvention 190](#)) umsetzen. Für von Gewalt betroffene Frauen

führen wir einen Rechtsanspruch auf Beratung und Schutz ein. Wir werden Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Femizide einrichten - also zur Verfolgung von Morden an Frauen, die begangen wurden, weil sie Frauen sind.

Antrag 3.8.-Ä010: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 323 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
Status:	überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 77

Frauen und Paare, die sich in einer Konfliktsituation für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, brauchen Zugang zu Informationen und einer

wohnortnahen, kostenlosen, guten medizinischen Versorgung - das gilt ambulant wie stationär. Deshalb müssen Länder und Kommunen dafür sorgen, dass Krankenhäuser, die öffentliche Mittel erhalten, Schwangerschaftsabbrüche als Grundversorgung anbieten. Wir erkennen die Verantwortung und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen an. In Hinblick auf die Paragraphen 218 und 219a stellen wir fest: Schwangerschaftskonflikte gehören nicht ins Strafrecht.

Antrag 3.8.-Ä011: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 372 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 82

Frauen und Paare, die sich in einer Konfliktsituation für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, brauchen Zugang zu Informationen und einer wohnortnahen, guten medizinischen Versorgung - das gilt ambulant wie stationär. Deshalb müssen Länder und Kommunen dafür sorgen, dass Krankenhäuser, die öffentliche Mittel erhalten, Schwangerschaftsabbrüche als Grundversorgung anbieten. Wir erkennen die Verantwortung und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen an. In Hinblick auf die Paragraphen 218 und 219a stellen wir fest: Schwangerschaftskonflikte gehören nicht

ins Strafrecht. In Deutschland gibt es für mind. 100.000 Frauen keinen ausreichenden Zugang zu Perioden-Hygieneartikeln. Wir werden Menstruationsprodukte in öffentlichen Einrichtungen in Deutschland frei zur Verfügung stellen.

Antrag 3.8.-Ä012: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 436 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	SPD-OV Greifswald
Status:	erledigt durch 3.8.-Ä019
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.8.-Ä019
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 82

Frauen und Paare, die sich in einer Konfliktsituation für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, brauchen Zugang zu Informationen und einer wohnortnahen, guten medizinischen Versorgung - das gilt ambulant wie stationär. Deshalb müssen Länder und Kommunen dafür sorgen, dass Krankenhäuser, die öffentliche Mittel erhalten, Schwangerschaftsabbrüche als Grundversorgung anbieten. Wir erkennen die Verantwortung und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen an. In Hinblick auf die Paragraphen 218 und 219a stellen wir fest: Schwangerschaftskonflikte gehören nicht

ins Strafrecht. Schon jetzt fordert die SPD, dass der Paragraph 219a gestrichen wird.

Antrag 3.8.-Ä013: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 448 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	SPD-UB Dresden
Status:	überwiesen an SPD-BTF
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-BTF
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 110

Wir stellen uns konsequent gegen Diskriminierung und Gewalt. Wir werden einen nationalen Aktionsplan gegen Homo-, Bi-, Trans- und Interphobie und Gewalt gegen LSBTIQ* einführen. Wir fördern den Kampf gegen Hass und Gewalt, die sich gegen queere Menschen richtet. Wir werden darauf hinwirken, dass die diskriminierende Richtlinie

der Bundesärztekammer zur Blutspende abgeschafft wird. Auch in Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft wie Schulen, Kindergärten, Altenheimen und Krankenhäuser, die oft nur zu weniger als 10% von den Kirchen selbst finanziert werden, muss der Grundsatz von Diskriminierungsfreiheit gewahrt werden. Daher müssen Menschen der LSBTIQ*-Community und andere Betroffene gleiche Chancen bei Einstellungsprozessen erhalten und vollen Kündigungsschutz bekommen. Religionen dürfen Lebensmodelle abseits ihres traditionellen Gesellschaftsbildes nicht diskriminieren.

Antrag 3.8.-Ä014: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 450 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	SPD-UB Dresden
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 53

Wenn der Einsatz von Algorithmen, zum Beispiel bei der Personalrekrutierung, über das Leben oder die Chancen von Menschen mitentscheidet, dürfen sie niemals diskriminieren. Wir wollen verantwortungsvolle Künstliche Intelligenzen (KI) und Algorithmen, die vorurteilsfrei programmiert sind und auf diskriminierungsfreien

Datenlagen basieren. Dies soll regelmäßig geprüft und zertifiziert werden. Die Menstruation soll enttabuisiert werden, weshalb Aufklärung rund um den Menstruationszyklus gefördert wird. Menstruierende werden kostenfreien Zugang zu Hygieneprodukten erhalten und wir fördern Informationen zu umweltfreundlichen Alternativen zu Hygieneprodukten wie Tampons und Binden.

Antrag 3.8.-Ä015: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 531 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Krefeld
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 57 - 58

Dass jeden dritten Tag eine Frau durch die Hand ihres Partners oder Ex-Partners stirbt, ist erschütternd. Jede siebte Frau erlebt Belästigung oder Gewalt am Arbeitsplatz. Um Gewalt gegen Frauen wirksam zu bekämpfen, werden wir die

~~Zusammenarbeit aller Verantwortlichen~~ Möglichkeit zur Erhebung von geschlechtsspezifischen Beweggründen gesetzlich verankern, um so geschlechterspezifische Täter-Opferbeziehungen in staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen verbessern allen Bereichen von physischen und psychischen Gewalttaten erheben zu können. Entsprechend unserer Verpflichtungen aus der „Istanbul-

Konvention“ werden wir das Hilfesystem aus Beratungsstellen, Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen weiterentwickeln und die internationalen Vereinbarungen zum Schutz vor Gewalt am Arbeitsplatz umsetzen. Für von Gewalt betroffene Frauen führen wir einen Rechtsanspruch auf Beratung und Schutz ein. Wir werden Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Femizide einrichten - also zur Verfolgung von Morden an Frauen, die begangen wurden, weil sie Frauen sind.

Antrag 3.8.-Ä016: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 575 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	SPD-UB Krefeld
Status:	erledigt durch 3.8.-Ä015
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.8.-Ä015
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 57

Dass jeden dritten Tag eine Frau durch die Hand ihres Partners oder Ex-Partners stirbt, ist erschütternd. Jede siebte Frau erlebt Belästigung oder Gewalt am Arbeitsplatz. Um Gewalt gegen Frauen wirksam zu bekämpfen, werden wir die

Möglichkeit zur Erhebung von geschlechtsspezifischen Beweggründen gesetzlich verankern, um so geschlechterspezifische Täter-Opferbeziehungen in allen Bereichen von physischen und psychischen Gewalttaten erheben zu können. Wir werden die Zusammenarbeit aller

Verantwortlichen in staatlichen und nichtstaatlichen

Institutionen verbessern. Entsprechend unserer Verpflichtungen aus der „Istanbul-Konvention“ werden wir das Hilfesystem aus Beratungsstellen, Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen weiterentwickeln und die internationalen Vereinbarungen zum Schutz vor Gewalt am Arbeitsplatz umsetzen. Für von Gewalt betroffene Frauen führen wir einen Rechtsanspruch auf Beratung und Schutz ein. Wir werden Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Femizide einrichten - also zur Verfolgung von Morden an Frauen, die begangen wurden, weil sie Frauen sind.

Antrag 3.8.-Ä017: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 576 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	SPD-UB Krefeld
Status:	erledigt durch 3.8.-Ä015
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.8.-Ä015
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 62

Dass jeden dritten Tag eine Frau durch die Hand ihres Partners oder Ex-Partners stirbt, ist erschütternd. Jede siebte Frau erlebt Belästigung oder Gewalt am Arbeitsplatz. Um Gewalt gegen Frauen wirksam zu bekämpfen, werden wir die Zusammenarbeit aller Verantwortlichen in staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen verbessern. Entsprechend unserer Verpflichtungen aus der „Istanbul-Konvention“ werden wir das Hilfesystem aus Beratungsstellen, Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen weiterentwickeln und die internationalen Vereinbarungen zum Schutz vor Gewalt am Arbeitsplatz umsetzen. Für von Gewalt betroffene Frauen

führen wir einen Rechtsanspruch auf Beratung und Schutz ein. Wir ~~werden~~ nehmen Einfluss dahingehend auf die Rechtsanwendung, dass intime Beziehungen zwischen Tätern und Opfern in Fällen der häuslichen Gewalt oder auch bei Femiziden nicht länger strafmildernd berücksichtigt werden. Wir werden

Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Femizide einrichten - also zur Verfolgung von Morden an Frauen, die begangen wurden, weil sie Frauen sind.

Antrag 3.8.-Ä018: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 577 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	SPD-UB Krefeld
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 64

Dass jeden dritten Tag eine Frau durch die Hand ihres Partners oder Ex-Partners stirbt, ist erschütternd. Jede siebte Frau erlebt Belästigung oder Gewalt am Arbeitsplatz. Um Gewalt gegen Frauen wirksam zu bekämpfen, werden wir die Zusammenarbeit aller Verantwortlichen in staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen verbessern. Entsprechend unserer Verpflichtungen aus der „Istanbul-Konvention“ werden wir das Hilfesystem aus Beratungsstellen, Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen weiterentwickeln und die internationalen Vereinbarungen zum Schutz vor Gewalt am Arbeitsplatz umsetzen. Für von Gewalt betroffene Frauen führen wir einen Rechtsanspruch auf Beratung und Schutz ein. Wir werden Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Femizide einrichten - also zur Verfolgung von

Morden an Frauen, die begangen wurden, weil sie Frauen sind- und setzen uns gesellschaftlich dafür ein, dass Femizide auch als solche benannt werden und nicht als "Verbrechen aus Leidenschaft" oder "Familientragödie".

Antrag 3.8.-Ä019: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 596 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	Ortsverein Frankfurt Innenstadt
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 80 - 81

Frauen und Paare, die sich in einer Konfliktsituation für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, brauchen Zugang zu Informationen und einer wohnortnahen, guten medizinischen Versorgung - das gilt ambulant wie stationär. Deshalb müssen Länder und Kommunen dafür sorgen, dass Krankenhäuser, die öffentliche Mittel erhalten, Schwangerschaftsabbrüche als Grundversorgung anbieten. Wir erkennen

die Verantwortung und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen an. ~~In Hinblick auf die Paragraphen 218 und 219a stellen wir fest: Schwangerschaftskonflikte gehören nicht~~ und wollen deshalb den Paragraphen 219a abschaffen. In Hinblick auf den Paragraphen 218 stellen wir fest: Schwangerschaftskonflikte gehören nicht in das Strafrecht. In Hinblick auf die Paragraphen 218 und 219a stellen wir fest: Schwangerschaftskonflikte gehören nicht ins Strafrecht.

Antrag 3.8.-Ä020: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 628 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	Ortsverein Frankfurt-Niederrad
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 49 - 53

~~Wenn der Einsatz von Algorithmen, zum Beispiel bei der Personalrekrutierung, über das Leben oder die Chancen von Menschen mitentscheidet, dürfen sie niemals diskriminieren. Wir wollen verantwortungsvolle Künstliche Intelligenzen (KI) und Algorithmen, die vorurteilsfrei programmiert sind und auf diskriminierungsfreien Datenlagen basieren. Dies soll regelmäßig geprüft und zertifiziert werden.~~

Antrag 3.8.-Ä021: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 630 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	Ortsverein Frankfurt-Niederrad
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 1

3.8. Gleich~~stell~~berechtigung verwirklichen

Antrag 3.8.-Ä022: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 633 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	Ortsverein Frankfurt-Niederrad
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 65

Gleichstellung verwirklichen

Paare, die sich für Kinder entscheiden, brauchen Versorgungssicherheit und die freie Wahl des Geburtsortes. Ob nun stationär oder ambulant in der Klinik, im Geburtshaus oder in den eigenen vier Wänden. Für eine gute Geburtsbegleitung ist ein Betreuungsschlüssel für Hebammen notwendig, der eine Eins-zu-eins-Betreuung im Kreißaal vorsieht. Daher muss auch die Geburtshilfe aus dem System der „diagnosebezogenen Fallpauschalen“ entlassen werden.

Antrag 3.8.-Ä023: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 634 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	Ortsverein Frankfurt-Niederrad
Status:	erledigt durch 3.8.-Ä019
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.8.-Ä019
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 82

Frauen und Paare, die sich in einer Konfliktsituation für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, brauchen Zugang zu Informationen und einer wohnortnahen, guten medizinischen Versorgung - das gilt ambulant wie stationär. Deshalb müssen Länder und Kommunen dafür sorgen, dass Krankenhäuser, die öffentliche Mittel erhalten, Schwangerschaftsabbrüche als Grundversorgung anbieten. Wir erkennen die Verantwortung und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen an. In Hinblick auf die Paragraphen 218 und 219a stellen wir fest: Schwangerschaftskonflikte gehören nicht

ins Strafrecht. Darum gehören diese beiden Paragraphen aus dem Strafrecht gestrichen.

Antrag 3.8.-Ä024: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 709 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	Ortsverein Oldenburg Stadt 2 Stadtmitte-Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 14 - 16

~~Gleichberechtigung ist auch eine Frage der politischen Repräsentation. Darum setzen wir uns für Paritätsgesetze für den Bundestag, die Länder und Kommunen ein, damit alle Geschlechter in gleichem Maße an politischen Entscheidungen beteiligt sind.~~

Antrag 3.8.-Ä025: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 731 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	Ortsverein Augsburg-Untere Stadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 92

Wir schaffen ein modernes Abstammungsrecht. ~~Wir setzen uns ein für~~ und verwirklichen gleiche Rechte von gleichgeschlechtlichen Partner*innen in der Ehe, insbesondere bei Adoptionen. Kein Gericht sollte künftig mehr über die Anpassung des Personenstandes entscheiden. Psychologische Gutachten zur Feststellung der Geschlechtsidentität werden wir abschaffen. Jeder Mensch sollte selbst über sein Leben bestimmen können. Wir wollen, dass trans-, inter- und nicht binäre Menschen im Recht gleich behandelt werden, deshalb werden wir das Transsexuellengesetz reformieren. Das Diskriminierungsverbot wegen der geschlechtlichen und sexuellen Identität wollen wir in Art. 3 Abs. 3 GG aufnehmen.

Antrag 3.8.-Ä026: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 732 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	Ortsverein Augsburg-Untere Stadt
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 99

Wir schaffen ein modernes Abstammungsrecht. Wir setzen uns ein für gleiche Rechte von gleichgeschlechtlichen Partner*innen in der Ehe, insbesondere bei Adoptionen. Kein Gericht sollte künftig mehr über die Anpassung des Personenstandes entscheiden. Psychologische Gutachten zur Feststellung der Geschlechtsidentität werden wir abschaffen. Jeder Mensch sollte selbst über sein Leben bestimmen können. Wir wollen, dass trans-, inter- und nicht binäre Menschen im Recht gleich behandelt werden, deshalb werden wir das Transsexuellengesetz reformieren. Das Diskriminierungsverbot

wegen der geschlechtlichen und sexuellen Identität ~~w~~erd~~e~~n wir in Art. 3 Abs. 3 GG aufnehmen.

Antrag 3.8.-Ä027: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 733 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	Ortsverein Augsburg-Untere Stadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 104 - 105

Die gleichberechtigte Teilhabe aller Geschlechter und Identitäten ist ein Gewinn für die ganze Gesellschaft. So können alte Rollen- und Denkmuster aufgebrochen werden. Wir setzen uns für die Anerkennung und Gleichstellung von Lesben, Schwulen,

Bisexuellen, Trans-, Inter- und queeren Menschen (LSBTIQ*) ein. Wir setzen ~~uns die~~ die rechtliche Absicherung von LSBTIQ*-Familien und Trans* und Inter*Personen ~~zum Ziel~~ um.

Antrag 3.8.-Ä028: Änderungsantrag zu 3.8.

Laufende Nummer: 734 • Änderungsantrag zu 3.8.

Antragsteller*in:	Ortsverein Augsburg-Untere Stadt
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 108 - 109

Wir stellen uns konsequent gegen Diskriminierung und Gewalt. Wir werden einen nationalen Aktionsplan gegen Homo-, Bi-, Trans- und Interphobie und Gewalt gegen

LSBTIQ* einführen und uns auf europäischer Ebene für die Ächtung solcher Diskriminierung einsetzen. Wir fördern den Kampf gegen ~~Hass und Gewalt~~ Gewalt und Diskriminierung, die sich gegen queere Menschen richtet - in Deutschland und der Europäischen Union. Wir werden darauf hinwirken, dass die diskriminierende Richtlinie der Bundesärztekammer zur Blutspende abgeschafft wird.

Antrag 3.9.-Ä001: Änderungsantrag zu 3.9.

Laufende Nummer: 252 • Änderungsantrag zu 3.9.

Antragsteller*in:	Ortsverein Erkrath
Status:	erledigt durch 3.9.-Ä001_AK
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.9.-Ä001_AK
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 51 - 53

~~Wir begrüßen das Engagement in den Religionsgemeinschaften und Kirchen. Den interreligiösen Dialog werden wir weiter fördern und verstärken. Die Religionsfreiheit ist fest im Grundgesetz verankert und wir schützen sie.~~

Wir begrüßen das Engagement in den Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie in den säkularen Initiativen der Zivilgesellschaft. Den Dialog der Religionen, Weltanschauungen und Kulturen werden wir weiter fördern und verstärken.

Die Religionsfreiheit ist fest im Grundgesetz verankert und wir schützen sie. Hierzu gehört auch das Recht auf Freiheit von Religion.

Antrag 3.9.-Ä001_AK: Änderungsantrag zu 3.9.

Laufende Nummer: 794 • Änderungsantrag zu 3.9.

Antragsteller*in:	Antragskommission
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 52 - 53

Wir begrüßen das Engagement in den Religionsgemeinschaften und Kirchen. Den interreligiösen Dialog und den Dialog von Religionen, Weltanschauungen und Kulturen werden wir weiter fördern und verstärken. Wir begrüßen das Engagement von säkularen Initiativen der Zivilgesellschaft. Die Religionsfreiheit ist fest im Grundgesetz verankert und wir schützen sie.

Antrag 3.9.-Ä002: Änderungsantrag zu 3.9.

Laufende Nummer: 324 • Änderungsantrag zu 3.9.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 15

Dafür werden wir die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes stärken und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz modernisieren. Gleichzeitig werden wir nachdrücklich gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus,

Antifeminismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus und LSBTIQ*-Feindlichkeit vorgehen. Ein besserer Austausch und ein abgestimmtes Vorgehen, zum Beispiel durch die Schaffung einer Bund-Länder-Kommission, ist ein wichtiger Schritt. Zudem müssen Straftaten in diesem Bereich konsequenter erfasst und geahndet werden.

Antrag 3.9.-Ä003: Änderungsantrag zu 3.9.

Laufende Nummer: 349 • Änderungsantrag zu 3.9.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Köln
Status:	erledigt durch 3.9.-Ä008
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.9.-Ä008
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 29

Integration ist eine permanente gesellschaftliche, wie auch staatliche Aufgabe. Wir möchten allen Menschen, die neu zu uns kommen den Anspruch auf Integrations- und Beteiligungsangebote gewährleisten. Für das Miteinander stärken wir die Integrations- und Sprachkurse für alle zugewanderten Menschen in Deutschland, zu denen sie - ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit und ihres Aufenthaltsstatus - von Tag eins an Zugang haben sollen. Alle Kinder müssen unmittelbar die Möglichkeit erhalten, eine Kita zu besuchen; auch die Schulpflicht gilt unmittelbar für alle Kinder. Familien gehören zusammen. Auch die Integration klappt am besten mit der Familie. Die Regelungen für den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten wollen wir daher wieder an die für Flüchtlinge angleichen. Dabei werden wir auch Regelungen für den Geschwisternachzug zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen schaffen.

Wir werden keine Menschen in Kriegs- und Krisengebiete abschieben wie beispielsweise Afghanistan oder Somalia - oder an Orte, an denen ihnen Gefahren für Freiheit und Leben drohen. Auch den generellen Abschiebestopp nach Syrien werden wir verlängern. Allen Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen wollen, werden wir dies ermöglichen und sie finanziell bedarfsdeckend unterstützen. Geflüchtete müssen schnellstmöglich dezentral in den Kommunen untergebracht werden, spätestens nach 3 Monaten muss ein Aufenthalt in einer Sammelunterkunft beendet sein, um Integration, Teilhabe und auch den Gesundheitsschutz zu fördern.

Antrag 3.9.-Ä004: Änderungsantrag zu 3.9.

Laufende Nummer: 432 • Änderungsantrag zu 3.9.

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Aachen-Stadt
Status:	erledigt durch Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 13

Dafür werden wir die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes stärken und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz modernisieren. Darüberhinaus wollen wir ein bundesweites Antidiskriminierungsgesetz auf den Weg bringen, das sich über das Gleichbehandlungsgesetz hinaus speziell gegen die Diskriminierung im öffentlich- rechtlichen Handeln richtet. Gleichzeitig werden wir nachdrücklich gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus und LSBTIQ*-Feindlichkeit vorgehen. Ein besserer Austausch und ein abgestimmtes Vorgehen, zum Beispiel durch die Schaffung einer Bund-Länder-Kommission, ist ein wichtiger Schritt. Zudem müssen Straftaten in diesem Bereich konsequenter erfasst und geahndet werden.

Antrag 3.9.-Ä005: Änderungsantrag zu 3.9.

Laufende Nummer: 454 • Änderungsantrag zu 3.9.

Antragsteller*in:	SPD-Arbeitsgemeinschaft für Migration und Vielfalt
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 25

Integration ist eine permanente gesellschaftliche, wie auch staatliche Aufgabe. Wir möchten allen Menschen, die neu zu uns kommen den Anspruch auf Integrations- und Beteiligungsangebote gewährleisten. Für das Miteinander stärken wir die Integrations- und Sprachkurse für alle zugewanderten Menschen in Deutschland, zu denen sie - ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit und ihres Aufenthaltsstatus - von Tag eins an Zugang haben sollen. Alle Kinder müssen unmittelbar die Möglichkeit erhalten, eine

Kita zu besuchen; auch die Schulpflicht gilt unmittelbar für alle Kinder. Gut integrierten Menschen ohne gesicherten Aufenthalt wollen wir ein dauerhaftes Bleiberecht ermöglichen. Familien gehören zusammen. Auch die Integration klappt am besten mit der Familie. Die Regelungen für den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten wollen wir daher wieder an die für Flüchtlinge angleichen. Dabei werden wir auch Regelungen für den Geschwisternachzug zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen schaffen.

Antrag 3.9.-Ä006: Änderungsantrag zu 3.9.

Laufende Nummer: 601 • Änderungsantrag zu 3.9.

Antragsteller*in:	SPD OV Köln-Kalk
Status:	erledigt durch 3.9.-Ä008
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.9.-Ä008
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 29

Integration ist eine permanente gesellschaftliche, wie auch staatliche Aufgabe. Wir möchten allen Menschen, die neu zu uns kommen den Anspruch auf Integrations- und Beteiligungsangebote gewährleisten. Für das Miteinander stärken wir die Integrations- und Sprachkurse für alle zugewanderten Menschen in Deutschland, zu denen sie - ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit und ihres Aufenthaltsstatus - von Tag eins an Zugang haben sollen. Alle Kinder müssen unmittelbar die Möglichkeit erhalten, eine Kita zu besuchen; auch die Schulpflicht gilt unmittelbar für alle Kinder. Familien gehören zusammen. Auch die Integration klappt am besten mit der Familie. Die Regelungen für den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten wollen wir daher wieder an die für Flüchtlinge angleichen. Dabei werden wir auch Regelungen für den Geschwisternachzug zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen schaffen.

Wir werden keine Menschen in Kriegs- und Krisengebiete abschieben wie beispielsweise Afghanistan oder Somalia - oder an Orte, an denen ihnen Gefahren für Freiheit und Leben drohen. Auch den generellen Abschiebestopp nach Syrien werden wir verlängern.

Allen Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen wollen, werden wir dies ermöglichen und sie finanziell bedarfsdeckend unterstützen. Geflüchtete müssen schnellstmöglich dezentral in den Kommunen untergebracht werden, spätestens nach 3 Monaten muss ein Aufenthalt in einer Sammelunterkunft beendet sein, um Integration, Teilhabe und auch den Gesundheitsschutz zu fördern.

Antrag 3.9.-Ä007: Änderungsantrag zu 3.9.

Laufende Nummer: 629 • Änderungsantrag zu 3.9.

Antragsteller*in:	Ortsverein Frankfurt-Niederrad
Status:	erledigt durch Leitantrag 3.8 und 2.3
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Leitantrag 3.8 und 2.3
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 53

Wir begrüßen das Engagement in den Religionsgemeinschaften und Kirchen. Den interreligiösen Dialog werden wir weiter fördern und verstärken. Die

Religionsfreiheit ist fest im Grundgesetz verankert und wir schützen sie.

Wenn der Einsatz von Algorithmen, zum Beispiel bei der Personalrekrutierung, über das Leben oder die Chancen von Menschen mitentscheidet, dürfen sie niemals diskriminieren. Wir wollen verantwortungsvolle Künstliche Intelligenzen (KI) und Algorithmen, die vorurteilsfrei programmiert sind und auf diskriminierungsfreien Datenlagen basieren. Dies soll regelmäßig geprüft und zertifiziert werden.

Antrag 3.9.-Ä008: Änderungsantrag zu 3.9.

Laufende Nummer: 646 • Änderungsantrag zu 3.9.

Antragsteller*in:	08/01 Rixdorf
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 29

Integration ist eine permanente gesellschaftliche, wie auch staatliche Aufgabe. Wir möchten allen Menschen, die neu zu uns kommen den Anspruch auf Integrations- und Beteiligungsangebote gewährleisten. Für das Miteinander stärken wir die Integrations- und Sprachkurse für alle zugewanderten Menschen in Deutschland, zu denen sie - ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit und ihres Aufenthaltsstatus - von Tag eins an Zugang haben sollen. Alle Kinder müssen unmittelbar die Möglichkeit erhalten, eine Kita zu besuchen; auch die Schulpflicht gilt unmittelbar für alle Kinder. Familien gehören zusammen. Auch die Integration klappt am besten mit der Familie. Die Regelungen für den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten wollen wir daher wieder an die für Flüchtlinge angleichen. Dabei werden wir auch Regelungen für den Geschwisternachzug zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen schaffen. Jeder, der bei uns lebt, soll das Recht haben für seinen Lebensunterhalt zu sorgen. Arbeitsverbote werden wir daher abschaffen. Auch der Zustand von jahrelanger Kettenduldungen ist ein Integrationshemmnis und muss durch Stichtagsregelung beendet werden, um Menschen eine Perspektive zu geben. Die zwangsweise Rückführung von Menschen in Länder, in denen ihnen Gefahr für Leib und Leben droht, lehnen wir grundlegend ab.

Antrag 3.9.-Ä009: Änderungsantrag zu 3.9.

Laufende Nummer: 647 • Änderungsantrag zu 3.9.

Antragsteller*in:	08/01 Rixdorf
Status:	überwiesen an Bundestagsfraktion
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 47

Unsere Gesellschaft des Respekts braucht ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht. Nachdem wir bereits dafür gesorgt haben, dass grundsätzlich alle in Deutschland geborenen Kinder mit der Geburt auch deutsche Staatsbürger*innen sind, werden wir auch die generelle Möglichkeit von Mehrstaatigkeit gesetzlich verankern. Wir wollen bestehende Hürden bei Einbürgerungen abschaffen und hierfür auch die geltende

Regelaufenthaltsdauer von bisher acht Jahren verkürzen. Auch bei unserm Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungssystem muss die Realität der Migrationsgesellschaft anerkannt werden. Deshalb müssen die Ansprüche aus geleisteten Beitragsjahren auch in den Herkunftsländern Gültigkeit behalten.

Antrag 3.10.-Ä001: Änderungsantrag zu 3.10.

Laufende Nummer: 293 • Änderungsantrag zu 3.10.

Antragsteller*in:	SPD Ortsverein Bad Godesberg-Nord
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 11

Demokratie ist die Basis einer Gesellschaft, die allen die Chance bietet, in Freiheit und Sicherheit zu leben. Mit einem Demokratiefördergesetz werden wir Vereine, Projekte und Initiativen langfristig fördern und sie besser wappnen gegen die Feinde unserer offenen Gesellschaft. Wir werden das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ weiter ausbauen und hierüber Präventionsprojekte auf Bundes-, Landes und kommunaler

Ebene fördern, insbesondere gegen Rechtsextremismus und Antifeminismus. Auch politische Bildung ist unverzichtbar. Wir werden

Arbeitnehmer*innen verstärkt in die Lage versetzen, ihren gesetzlichen Bildungsurlaub zu nutzen, um sich einfacher für ihr ehrenamtliches Engagement freistellen zu lassen.

Antrag 3.10.-Ä002: Änderungsantrag zu 3.10.

Laufende Nummer: 444 • Änderungsantrag zu 3.10.

Antragsteller*in:	SPD-UB Dresden
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 11

Demokratie ist die Basis einer Gesellschaft, die allen die Chance bietet, in Freiheit und Sicherheit zu leben. Mit einem Demokratiefördergesetz werden wir Vereine, Projekte und Initiativen langfristig fördern und sie besser wappnen gegen die Feinde unserer offenen Gesellschaft. Wir werden das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ weiter ausbauen und hierüber Präventionsprojekte auf Bundes-, Landes und kommunaler

Ebene fördern. Auch politische Bildung ist unverzichtbar. ~~Wir werden~~ Dafür setzen wir uns innerhalb und außerhalb der schulischen Bildung für verstärkten und einfacheren Zugang zu politischen Bildungsmöglichkeiten und Demokratieförderung ein. Wir werden

Arbeitnehmer*innen verstärkt in die Lage versetzen, ihren gesetzlichen Bildungsurlaub zu nutzen, um sich einfacher für ihr ehrenamtliches Engagement freistellen zu lassen.

Antrag 3.10.-Ä003: Änderungsantrag zu 3.10.

Laufende Nummer: 455 • Änderungsantrag zu 3.10.

Antragsteller*in:	SPD-Arbeitsgemeinschaft für Migration und Vielfalt
Status:	erledigt durch 3.10.-Ä008
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.10.-Ä008
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 48

Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden oder auch bei der Bundeswehr bekämpfen wir konsequent. Der Entstehung von rassistischen Denkmustern im Polizeialltag wirken wir entgegen und etablieren Strukturen, die rassistischer Benachteiligung entgegenwirken. Wir unterstützen die Einrichtungen von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Verfolgung von Antisemitismus und Rassismus.

Antrag 3.10.-Ä004: Änderungsantrag zu 3.10.

Laufende Nummer: 546 • Änderungsantrag zu 3.10.

Antragsteller*in:	SPD-OV München Haidhausen
Status:	erledigt durch 3.10.-Ä008
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.10.-Ä008
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 47 - 48

Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden oder auch bei der Bundeswehr bekämpfen wir konsequent. ~~Der Entstehung von rassistischen Denkmustern~~ Rassistische Denkmuster im Polizeialltag untersuchen wir mit einer Studie und wirken ~~wir entgegen.~~ deren Entstehung mit der Ermöglichung von Supervision, Fort- und Weiterbildungen, guten Arbeitsbedingungen und einer Studie zu Rassismus in der Polizei. Wir unterstützen die Einrichtungen von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Verfolgung von Antisemitismus und Rassismus.

Antrag 3.10.-Ä005: Änderungsantrag zu 3.10.

Laufende Nummer: 582 • Änderungsantrag zu 3.10.

Antragsteller*in:	SPD-SV Halle
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 30 - 36

~~Zu einer lebendigen Demokratie gehört eine starke Zivilgesellschaft und ein zeitgemäßes Gemeinnützigkeitsrecht. Daher werden wir prüfen, welche weiteren gesellschaftspolitisch bedeutsamen Bereiche in den Katalog gemeinnütziger Zwecke aufgenommen werden können und~~ Wir werden sicherstellen, dass steuerbegünstigte Körperschaften wie Vereine bei der Verfolgung ihrer satzungsmäßigen Zwecke auch politisch tätig sein können und z.B. der Aufruf eines Sportvereins zu einer Demonstration gegen Rassismus ~~und Fremdenfeindlichkeit~~ und Rechtsextremismus möglich ist, ohne diese steuerliche Vergünstigung zu verlieren.

Antrag 3.10.-Ä006: Änderungsantrag zu 3.10.

Laufende Nummer: 650 • Änderungsantrag zu 3.10.

Antragsteller*in:	08/01 Rixdorf
Status:	überwiesen an Forum Innenpolitik
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an Forum Innenpolitik
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 49

Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden oder auch bei der Bundeswehr bekämpfen wir konsequent. Der Entstehung von rassistischen Denkmustern im Polizeialltag wirken wir entgegen. Wir unterstützen die Einrichtungen von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur

Verfolgung von Antisemitismus und Rassismus. Polizeiliches Handeln muss immer transparent und nachverfolgbar sein. Wir stehen daher für eine individuelle Kennzeichnungspflicht bei der Bundespolizei und richten nach dem Vorbild sozialdemokratisch geführter Länder einen unabhängigen Polizeibeauftragten auf Bundesebene ein

Antrag 3.10.-Ä008: Änderungsantrag zu 3.10.

Laufende Nummer: 476 • Änderungsantrag zu 3.10.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 48

Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden oder auch bei der Bundeswehr bekämpfen wir konsequent. Der Entstehung von rassistischen Denkmustern im Polizeialltag wirken wir durch die Ermöglichung von Supervision, Fort- und Weiterbildungen, guten Arbeitsbedingungen und einer Studie zu Rassismus in der Polizei entgegen. Wir unterstützen die Einrichtungen von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Verfolgung von Antisemitismus und Rassismus.

Antrag 3.10.-Ä009: Änderungsantrag zu 3.10.

Laufende Nummer: 754 • Änderungsantrag zu 3.10.

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen-Stadt
Status:	erledigt durch 3.10.-Ä008
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.10.-Ä008
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 48

Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden oder auch bei der Bundeswehr bekämpfen wir konsequent. Der Entstehung von rassistischen Denkmustern im Polizeialltag wirken wir entgegen. Jegliche Form von Racial Profiling und verwandte Ermittlungsmethoden lehnen wir ab und setzen uns für eine dahingehende unabhängige Untersuchung in deutschen Sicherheitsbehörden ein. Wir unterstützen die Einrichtungen von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Verfolgung von Antisemitismus und Rassismus.

Antrag 3.10.-Ä010: Änderungsantrag zu 3.10.

Laufende Nummer: 542 • Änderungsantrag zu 3.10.

Antragsteller*in:	SPD-OV München Haidhausen
Status:	erledigt durch 3.10.-Ä008
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.10.-Ä008
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 47 - 48

Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden oder auch bei der Bundeswehr bekämpfen wir konsequent. ~~Der Entstehung von rassistischen Denkmustern~~ Rassistische Denkmuster im Polizeialltag untersuchen wir mit einer Studie und wirken ~~wir entgegen~~ deren Entstehung mit der Ermöglichung von Supervision, Fort- und Weiterbildungen, guten Arbeitsbedingungen und einer Studie zu Rassismus in der Polizei. Wir unterstützen die Einrichtungen von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Verfolgung von Antisemitismus und Rassismus.

Antrag 3.10.-Ä011: Änderungsantrag zu 3.10.

Laufende Nummer: 831 • Änderungsantrag zu 3.10.

Antragsteller*in:	Antragskommission
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Antrag 3.10.-Ä012: Änderungsantrag zu 3.10.

Laufende Nummer: 840 • Änderungsantrag zu 3.10.

Antragsteller*in:	Antragskommission
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Antrag 3.11.-Ä001: Änderungsantrag zu 3.11.

Laufende Nummer: 325 • Änderungsantrag zu 3.11.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
Status:	erledigt durch digitale Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch digitale Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 14

Angesichts der existentiellen Bedeutung von Kunst und Kultur müssen wir uns als Gesellschaft darüber verständigen, was Kulturpolitik im 21. Jahrhundert leisten muss. Dafür wollen wir die kulturpolitischen Spitzengespräche zu einem bundesweiten Kulturplenum weiterentwickeln, in dem neben Kommunen, Ländern und Bund auch Kulturproduzent*innen, ihre Verbände und die Zivilgesellschaft vertreten sind, um einen neuen Kulturkonsens über die Aufgaben und Verfahren der Kulturpolitik, ein kulturelles Bündnis der Vielfalt und Freiheit zu erarbeiten. Wir wollen Kultur als

Staatsziel im Grundgesetz verankern. Wir werden Geschlechtergerechtigkeit zu einem Leitprinzip der Kulturpolitik und -förderung machen.

Antrag 3.11.-Ä002: Änderungsantrag zu 3.11.

Laufende Nummer: 360 • Änderungsantrag zu 3.11.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Köln
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 68

Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus stellen uns vor neue Herausforderungen insbesondere in der Aufarbeitung der NS-Verbrechen und der Shoa. Wir werden die wissenschaftliche und gesichtsdidaktische Aufbereitung der Zeitzeugenberichte und des Quellenmaterials zur NS-Zeit besser unterstützen. Wir

werden kleine Initiativen und Gedenkort stärker unterstützen- und eingedenk des Versterbens von Zeitzeugen die Entwicklung neuer Formen der Gedenkkultur fördern

Antrag 3.11.-Ä003: Änderungsantrag zu 3.11.

Laufende Nummer: 398 • Änderungsantrag zu 3.11.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 43

Games sind Kulturgut, Innovationsmotor und Wirtschaftsfaktor. Die Potentiale von Games in der digitalen Bildung aber auch von eSports in Vereinen und Schulen werden jedoch noch unzureichend genutzt. Die Förderung von Computerspielen wollen wir darum dauerhaft verankern. Wir werden die Entwicklung von eSports in Deutschland weiter

unterstützen, beispielsweise dadurch, dass er gemeinnützig wird. Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit soll sich hierbei nicht nur auf Sportsimulationen beschränken, sondern alle turnierfähigen Games miteinbeziehen. Wir werden allen

Bürger*innen den Zugang zu Kunst und Kultur ermöglichen, unabhängig von Herkunft, Bildung, sozialer Lage und finanziellen Mittel. Wir werden uns darum kümmern, dass sich Kultureinrichtungen weiter öffnen können. Wir werden die Vielfalt in den kulturellen Einrichtungen stärken. Wir werden die Diversität und Geschlechtergerechtigkeit auch in Führungspositionen, Gremien und Jurys ausbauen.

Antrag 3.12.-Ä001: Änderungsantrag zu 3.12.

Laufende Nummer: 722 • Änderungsantrag zu 3.12.

Antragsteller*in:	Ortsverein Oldenburg Stadt 2 Stadtmitte-Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 10

Die neue Welt ist digital und medial. Deshalb sind digitale und mediale Teilhabe, Vielfalt, Chancengleichheit und ein kommunikativer Pluralismus von grundlegender Bedeutung. Wir begreifen Medienpolitik auf allen staatlichen Ebenen als Gesellschaftspolitik. Sie dient dazu, das offene demokratische Gespräch unserer Gesellschaft zu stärken.

Wir setzen uns gesamtstaatlich für einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein und unterstützen die Länder darin, den Auftrag in einer digitalen Medienwelt weiter zu entwickeln. Gerade jetzt braucht es öffentlich-rechtliche Angebote, die eine umfassende und tiefgreifende journalistische Berichterstattung sicherstellen.

Wir müssen, um die breite gesellschaftliche Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks langfristig zu erhalten und zu verbessern, in einen ergebnisoffenen Dialog eintreten. Darin muss diskutiert werden, wie wir die Grundlagen, also den Programmauftrag, die Finanzierung und die Aufsicht, zukünftig ausgestalten wollen.

Antrag 3.12.-Ä002: Änderungsantrag zu 3.12.

Laufende Nummer: 569 • Änderungsantrag zu 3.12.

Antragsteller*in:	SPD-OV Heilbronn
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 38

Medienkompetenz ist vor allem eine Demokratiekompetenz. Lernen, Arbeiten, Identitätsbildung, Persönlichkeitsentwicklung und die Kommunikation mit anderen sind in unserem Alltag zunehmend an soziale Medien gebunden. Dafür wollen wir die kreative Energie der Netzcommunity mit der Qualität und Erfahrung der klassischen Medien zusammenbringen. Wir wollen Entwicklungsräume schaffen, in denen die digitale

Transformation der Medienwelt gelingt, und diese mit Bildungsangeboten verknüpfen.

Große Social Media-Plattformen spielen eine enorme Rolle für die Kommunikation innerhalb unserer Gesellschaft. Die damit einhergehende Verantwortung steht oftmals im Kontrast zu den wirtschaftlichen Zielen der Betreiber*innen. Oftmals bevorzugen Plattformen deshalb aufmerksamkeitserregenden Inhalte, um Nutzer*innen auf der Plattform zu halten und den Profit der Betreiber*innen zu steigern. Dies unterstützt unter anderem die Verbreitung von Hassrede und Fake News. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Betreiber*innen dazu verpflichtet werden, die Kriterien, nach denen Inhalte auf den Plattformen angezeigt werden, den betroffenen Nutzer*innen transparent zu machen. Außerdem sollen Plattformen dazu verpflichtet werden, den Nutzer*innen die Option zu bieten, dass ihnen Inhalte chronologisch und ungefiltert angezeigt werden.

Antrag 3.13.-Ä001: Änderungsantrag zu 3.13.

Laufende Nummer: 326 • Änderungsantrag zu 3.13.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 17

Wir bekämpfen organisierte Kriminalität und ganz besonders den Menschenhandel. Wir sorgen dafür, dass die Herkunft von schmutzigem Geld einfacher nachweisbar wird. Notwendig sind kontinuierliche und flächenübergreifende Strukturermittlungen der Länderpolizeien, der Bundespolizei und des Zolls zusammen mit BKA und Europol.

Antrag 3.13.-Ä002: Änderungsantrag zu 3.13.

Laufende Nummer: 480 • Änderungsantrag zu 3.13.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 26 - 30

In Gefängnissen sollen Täter*innen ihre Strafe verbüßen. Sie sollen immer auch Orte der Resozialisierung sein. Mit den Bundesländern werden wir ~~Maßnahmen zum Schutz vor Radikalisierung und zur Deradikalisierung von Straftäter*innen voranbringen. Um gezielter vorbeugen~~daher zu können, müssen wir mehr wissen über Kriminalitätsentwicklungen. Dafür werden wir den Periodischen Sicherheitsbericht wieder regelmäßig erarbeiten lassen.
sozialversicherungspflichtiger Arbeit in Gefängnissen in Austausch treten und eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit erwirken.

Antrag 3.13.-Ä003: Änderungsantrag zu 3.13.

Laufende Nummer: 533 • Änderungsantrag zu 3.13.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Sülz-Klettenberg
Status:	überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 18

Wir bekämpfen organisierte Kriminalität. Wir sorgen dafür, dass die Herkunft von schmutzigem Geld einfacher nachweisbar wird. So werden wir die Möglichkeit zur Bezahlung von Immobilien mit Bargeld abschaffen. Notwendig sind kontinuierliche und flächenübergreifende Strukturermittlungen der Länderpolizeien, der Bundespolizei und des Zolls zusammen mit BKA und Europol.

Antrag 3.13.-Ä004: Änderungsantrag zu 3.13.

Laufende Nummer: 540 • Änderungsantrag zu 3.13.

Antragsteller*in:	SPD-OV München Haidhausen
Status:	überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Landtagsfraktionen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Landtagsfraktionen
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 26 - 27

In Gefängnissen sollen Täter*innen ihre Strafe verbüßen. Sie sollen immer auch Orte der Resozialisierung sein.

Gefängnisse sind dazu da, die Freiheit zu entziehen und nicht die wirtschaftliche Existenz zu zerstören. Mit den Bundesländern werden wir ~~Maßnahmen zum Schutz vor Radikalisierung und zur Deradikalisierung von Straftäter*innen voranbringen.~~ daher zu sozialversicherungspflichtiger Arbeit in Gefängnissen in Austausch treten und eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit erwirken, um den Wiedereinstieg in ein straffreies und sozial gesichertes Leben zu ermöglichen. Um

gezielter vorbeugen zu können, müssen wir mehr wissen über Kriminalitätsentwicklungen. Dafür werden wir den Periodischen Sicherheitsbericht wieder regelmäßig erarbeiten lassen.

Antrag 3.13.-Ä005: Änderungsantrag zu 3.13.

Laufende Nummer: 700 • Änderungsantrag zu 3.13.

Antragsteller*in:	SPD-OV München Haidhausen
Status:	überwiesen an Forum Innenpolitik
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an Forum Innenpolitik
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 9 - 14

Für mehr Sicherheit in Deutschland kommt es auf motivierte, gut ausgebildete und gut ausgestattete Polizist*innen an. ~~Es ist unakzeptabel, dass Polizist*innen und Rettungsdienste~~
Daher brauchen wir ein Musterpolizeigesetz, das klar macht, wie auch Behördenmitarbeiter*innen
~~zunehmend angegriffen und beleidigt werden. Sie verdienen Anerkennung und Respekt für ihre~~
~~Arbeit. Das muss sich auch in einem modernen Dienstrecht, guten Arbeitsbedingungen und in~~
~~einer Angemessenen Bezahlung für Beamt*innen und Mitarbeiter*innen der~~ rechtssicheres
Handeln der
Polizei aussieht, Supervision ermöglicht, unabhängige Beschwerdestellen einrichtet und zu
Weiterbildung verpflichtet. Polizist*innen und Rettungsdienste verdienen Anerkennung und
Respekt für ihre Arbeit. Das muss sich auch in einem modernen Dienstrecht und in einer
angemessenen und damit besseren Bezahlung widerspiegeln. Bund und Länder müssen als
attraktiver öffentlicher Dienst
untereinander wieder durchlässiger werden und gleichzeitig gegenüber der Wirtschaft
wettbewerbsfähig sein.

Antrag 3.13.-Ä006: Änderungsantrag zu 3.13.

Laufende Nummer: 535 • Änderungsantrag zu 3.13.

Antragsteller*in:	Ortsverein St. Pauli Süd
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 37

Gleichzeitig zeigen sich hier neue wie bereits bekannte Herausforderungen: Cyberattacken, Desinformation und Terrorismus stellen erhebliche Bedrohungen dar, die schnell weite Teile Bevölkerung betreffen können. Wir sorgen dafür, dass Bund, Länder und Kommunen besser und schneller Hand in Hand arbeiten können.

Hierfür ist es notwendig, dass wir den Pakt für den Rechtsstaat fortführen und ausweiten. Bis zum Jahr 2025 soll der Bund weitere 2000 Stellen für Richter*innen und Staatsanwält*innen schaffen. Damit begegnen wir einer schon jetzt an einigen Orten sichtbaren Überlastung sowie einer überwältigenden Pensionierungswelle in der Justiz, die eine große Überlastung und einen Wissensverlust in naher Zukunft befürchten lässt: Beinahe jede*r zweite*r Richter*in oder Staatsanwält*in geht bis zum Jahr 2030 in Rente. Eine funktionierende und Vertrauen schaffende Justiz ist für unseren Rechtsstaat aber von überragender Bedeutung. Es kann nicht sein, dass im Bereich des Strafrechts - wie es teilweise schon passiert - Verfahren eingestellt werden, weil es zu wenige Staatsanwält*innen gibt, um sie anzuklagen. Es kann auch nicht sein, dass Bürger*innen vor den Zivil- und Verwaltungsgerichten erst Jahre später ein Urteil bekommen. Die Arbeit in der Justiz muss attraktiver für Jurist*innen werden. Viele Gerichtsgebäude sind marode. Es fehlt an den notwendigen dem „modernen“ Arbeiten angepassten Arbeitsmitteln. Insbesondere im Bereich der IT hinkt die Justiz der Wirtschaft in vielen Bereichen nach. Gerade für die jungen, gut ausgebildeten Jurist*innen, welche die Justiz für den Ersatz der nun in Rente gehenden Richter*innen bewerben muss, muss die Justiz moderner aufgestellt sein. Hierfür muss der Bund Summen bereitstellen, die in den Neubau oder die Renovierung von Gerichtsgebäuden geht sowie in die IT-Infrastruktur und sonstige Arbeitsmittel.

Antrag 3.13.-Ä007: Änderungsantrag zu 3.13.

Laufende Nummer: 730 • Änderungsantrag zu 3.13.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Sülz-Klettenberg
Status:	überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 18

Wir bekämpfen organisierte Kriminalität. Wir sorgen dafür, dass die Herkunft von schmutzigem Geld einfacher nachweisbar wird. So werden wir die Möglichkeit zur Bezahlung von Immobilien mit Bargeld abschaffen. Notwendig sind kontinuierliche und flächenübergreifende Strukturermittlungen der Länderpolizeien, der Bundespolizei und des Zolls zusammen mit BKA und Europol.

Antrag 3.13.-Ä008: Änderungsantrag zu 3.13.

Laufende Nummer: 477 • Änderungsantrag zu 3.13.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	überwiesen an Forum Innenpolitik
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an Forum Innenpolitik
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 9 - 16

Für mehr Sicherheit in Deutschland kommt es auf motivierte, gut ausgebildete und gut ausgestattete Polizist*innen an. ~~Es ist unakzeptabel, dass Polizist*innen und Rettungsdienste~~
Daher brauchen wir ein Musterpolizeigesetz, das klar macht, wie auch Behördenmitarbeiter*innen
~~zunehmend angegriffen und beleidigt werden. Sie verdienen Anerkennung und Respekt für ihre~~
~~Arbeit. Das muss sich auch in einem modernen Dienstrecht, guten Arbeitsbedingungen und in~~
~~einer Angemessenen Bezahlung für Beamt*innen und Mitarbeiter*innen~~rechtssicheres Handeln
der Polizei aussieht, Supervision ermöglicht, unabhängige Beschwerdestellen einrichtet und zu
Weiterbildung verpflichtet. Polizist*innen und Rettungsdienste verdienen Anerkennung und
Respekt für ihre Arbeit. Das muss sich auch in einem modernen Dienstrecht und in einer
angemessenen und damit besseren Bezahlung widerspiegeln.~~Bund und Länder müssen als~~
~~attraktiver öffentlicher Dienst untereinander wieder durchlässiger werden und gleichzeitig~~
~~gegenüber der Wirtschaft wettbewerbsfähig sein.~~

Antrag 3.15.-Ä001: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 373 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 1

3.15. Natur respektieren

[Natur, Umwelt und Kulturlandschaft respektieren](#)

Antrag 3.15.-Ä002: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 374 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 49 - 50

Wir werden die Lebensmittelsicherheit durch mehr Kontrollen verbessern und es den Verbraucher*innen durch die Einführung eines Hygienebarometers ermöglichen, sich über die Kontrollergebnisse zu informieren. ~~Wir bleiben beim Nein zu gentechnisch veränderten Pflanzen~~ Ein verantwortungsvoller Einsatz moderner Technologien in der Pflanzenzüchtung sollte nach gründlicher Prüfung möglich sein.

Antrag 3.15.-Ä003: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 423 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	SPD-UB Dresden
Status:	überwiesen an die digitale Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an die digitale Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 18

Wir setzen uns ein für Biodiversitätspolitik, um Ökosysteme zu schützen und wiederherzustellen. Eine besondere Rolle kommt dem Erhalt der Wälder zu. Ebenso wollen wir den Einsatz von Dünger und Pestiziden reduzieren.

Ohne leistungsstarke Kohlenstoffsenken kann Deutschland nicht klimaneutral werden. Eine besondere Bedeutung fällt dabei Mooren und Wäldern zu. Bestehende Moore müssen geschützt und trockengelegte Moore müssen im großen Stil wiedervernässt werden. Wälder müssen an den Klimawandel angepasst werden, damit sie auch in Zukunft ihre

wichtige Rolle für den Klimaschutz und die Biodiversität erfüllen können. [Klimaangepasste und naturnah bewirtschaftete Wälder erfüllen vielfältige Ökosystemdienstleistungen für die Gesellschaft.](#)

Antrag 3.15.-Ä004: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 424 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	SPD-UB Dresden
Status:	überwiesen an Digitale Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an Digitale Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 19

Die ~~Landwirtschaft~~Land- und Forstwirtschaft hat bei der Bekämpfung des Klimawandels und dem Erhalt der

Artenvielfalt eine zentrale Rolle. Wir werden daher die Agrarförderung so ausrichten, dass eine umweltschonende Landwirtschaft im Wettbewerb mithalten kann.

Antrag 3.15.-Ä005: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 430 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Aachen-Stadt
Status:	erledigt durch digitale Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch digitale Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 32

Der Boden, als wichtigstes Gut in der Landwirtschaft, steht den selbst wirtschaftenden Betrieben vor Ort zu. Er darf kein Spekulationsobjekt sein. Wir werden ihn vor Investoren ohne Agrarbezug schützen. Tierleid ist nicht zu rechtfertigen, auch nicht aus wirtschaftlichem Interesse. In der Nutztierhaltung setzen wir konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls bei Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze. Den Antibiotikaeinsatz werden wir reduzieren. ~~Wir werden~~ und befürworten ausdrücklich ein Verbot von Reserveantibiotika in der industriellen Tierhaltung.

Wir werden

für die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit nachvollziehbaren Regeln sorgen und den Transport von lebenden Tieren auf acht Stunden begrenzen.

Antrag 3.15.-Ä006: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 445 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	SPD-UB Dresden
Status:	erledigt durch digitale Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch digitale Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 21

Die Landwirtschaft hat bei der Bekämpfung des Klimawandels und dem Erhalt der Artenvielfalt eine zentrale Rolle. Wir werden daher die Agrarförderung so ausrichten,

dass eine umweltschonende Landwirtschaft das in Deutschland vorherrschende Modell wird und im internationalen Wettbewerb mithalten kann.

Antrag 3.15.-Ä007: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 446 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	SPD-UB Dresden
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 38

Für immer mehr Menschen ist die Qualität der Nahrungserzeugung und ihre Wirkung auf Umwelt und Klima relevant. Unser Ziel ist es, gesunde und nachhaltige Ernährung für

alle zu ermöglichen. Auf vegetarische und vegane Alternativen zu tierischen Nahrungsmitteln wird deshalb der ermäßigte Mehrwertsteuersatz angewendet. Eine kostenlose, den Standards der Deutschen Gesellschaft für

Ernährung entsprechende gesundheitsfördernde Kita- und Schulverpflegung ist die wichtigste Maßnahme gegen Ernährungsarmut. Wir werden Verbraucher*innen die gesunde und nachhaltige Wahl erleichtern und dabei auch die Wirtschaft in die Verantwortung nehmen.

Antrag 3.15.-Ä008: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 482 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	03/13 Prenzlauer Berg NO
Status:	überwiesen an digitale Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an digitale Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 10

Insbesondere die Verschmutzung der Meere durch Plastik ist alarmierend. Wir müssen die zunehmende Plastikflut zurückdrängen. Das gelingt nur, wenn wir unnötiges Plastik vermeiden und abschaffen. Dort, wo Einweg-Kunststoff nicht vermeidbar ist, werden wir umweltfreundliche und recycelbare Lösungen einfordern. Möglichst viel Kunststoff muss aufbereitet und wiederverwendet werden. Wir wollen die Hersteller noch stärker in die Pflicht nehmen. Produkte müssen so gestaltet werden, dass man sie wiederverwenden,

recyclen und auch reparieren kann. Im Kontext einer notwendigen Reduktion des Rohstoffverbrauchs und unter Berücksichtigung des Vorsorgeprinzips setzen wir uns auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene dafür ein, den Abbau von Rohstoffen in sensiblen Gebieten wie der Tiefsee zu verhindern. Wir schützen somit das bereits gefährdete Ökosystem Ozean vor nicht abschätzbaren Folgen und respektieren die Rohstoffe der Tiefsee als gemeinsames Erbe der Menschheit.

Antrag 3.15.-Ä009: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 509 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	Ortsverein St. Pauli Süd
Status:	überwiesen an digitale Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an digitale Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 18

Wir setzen uns ein für Biodiversitätspolitik, um Ökosysteme zu schützen und wiederherzustellen. Eine besondere Rolle kommt dem Erhalt der Wälder zu. Ebenso wollen wir den Einsatz von Dünger und Pestiziden reduzieren.

Ohne leistungsstarke Kohlenstoffsenken kann Deutschland nicht klimaneutral werden. Eine besondere Bedeutung fällt dabei Mooren und Wäldern zu. Bestehende Moore müssen geschützt und trockengelegte Moore müssen im großen Stil wiedervernässt werden. Wälder müssen an den Klimawandel angepasst werden, damit sie auch in Zukunft ihre

wichtige Rolle für den Klimaschutz und die Biodiversität erfüllen können. Durch Aufwirbelungen im Meer sind Grundsleppnetze ähnlich klimaschädlich wie der globale Flugverkehr und schaden der Biodiversität. Wir werden uns für einen drastischen Ausbau von entsprechenden Schutzgebieten und ein Zurückdrängen dieser Praxis einsetzen.

Antrag 3.15.-Ä010: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 512 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	Ortsverein St. Pauli Süd
Status:	erledigt durch digitale Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch digitale Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 21

Die Landwirtschaft hat bei der Bekämpfung des Klimawandels und dem Erhalt der Artenvielfalt eine zentrale Rolle. Wir werden daher die Agrarförderung so ausrichten,

dass eine umweltschonende Landwirtschaft im Wettbewerb mithalten kann. In Europa entfallen bis zu 80 % der CO₂-Emissionen im Bereich Ernährung auf Fleisch, Milch und Eier. Durch den Futteranbau verbraucht dieser Industriezweig in Deutschland ca. 60 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Starke Ziele zum Schutz des Klimas, der Biodiversität oder im Tierschutz können ohne eine Verringerung der Tierproduktion gar nicht erreicht werden. Daher stellen wir eine Reduzierungsstrategie für die Tierindustrie auf und beginnen mit der Umsetzung.

Antrag 3.15.-Ä011: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 515 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	Ortsverein St. Pauli Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 26

Lebensmittel sind unsere Lebensgrundlage. Sie sollten auch den Landwirt*innen ihre Lebensgrundlage sichern. Dies geht nur mit fairen Preisen für hochwertige Nahrungsmittel. Wir werden im Lebensmittelhandel unfairen Handelspraktiken einen Riegel vorschieben, denn sie schaden Verbraucher*innen, Landwirt*innen und fair

handelnden Wettbewerbern. Außerdem wollen wir Tierhalter*innen mithilfe von Ausstiegsprämien und Umschulungen den Ausstieg aus der Tierhaltung ermöglichen.

Antrag 3.15.-Ä012: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 516 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	Ortsverein St. Pauli Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 30

Der Boden, als wichtigstes Gut in der Landwirtschaft, steht den selbst wirtschaftenden Betrieben vor Ort zu. Er darf kein Spekulationsobjekt sein. Wir werden ihn vor Investoren ohne Agrarbezug schützen. Tierleid ist nicht zu

rechtfertigen, auch nicht aus wirtschaftlichem Interesse. Daher werden wir nachhaltige Ansätze wie eine deutlich pflanzlichere orientierte Landwirtschaft und Innovationen wie Kulturfleisch unterstützen. In der Nutztierhaltung

setzen wir konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls bei Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze. Den Antibiotikaeinsatz werden wir reduzieren. Wir werden für die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit nachvollziehbaren Regeln sorgen und den Transport von lebenden Tieren auf acht Stunden begrenzen.

Antrag 3.15.-Ä013: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 519 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	Ortsverein St. Pauli Süd
Status:	überwiesen an digitale Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an digitale Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 30

Der Boden, als wichtigstes Gut in der Landwirtschaft, steht den selbst wirtschaftenden Betrieben vor Ort zu. Er darf kein Spekulationsobjekt sein. Wir werden ihn vor Investoren ohne Agrarbezug schützen. Tierleid ist nicht zu

rechtfertigen, auch nicht aus wirtschaftlichem Interesse. Denn Tiere in Fabriken zu produzieren und zu töten ist keine Perspektive für das 21. Jahrhundert. Wir werden ein bundesweites Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine einführen. In der Nutztierhaltung

setzen wir konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls bei Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze. Den Antibiotikaeinsatz werden wir reduzieren. Wir werden für die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit nachvollziehbaren Regeln sorgen und den Transport von lebenden Tieren auf acht Stunden begrenzen.

Antrag 3.15.-Ä014: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 526 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	Ortsverein St. Pauli Süd
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 38 - 40

Für immer mehr Menschen ist die Qualität der Nahrungserzeugung und ihre Wirkung auf Umwelt und Klima relevant. Unser Ziel ist es, gesunde und nachhaltige Ernährung für

alle zu ermöglichen. ~~Eine kostenlose,~~ Wir wollen in staatlich finanzierten Einrichtungen eine den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung entsprechende gesundheitsfördernde ~~Kita- und Schulverpflegung ist die wichtigste Maßnahme~~ Gemeinschaftsverpflegung umsetzen. Um gegen Ernährungsarmut vorzugehen soll sie für die Kita- und Schulverpflegung kostenlos sein. Wir werden Verbraucher*innen die gesunde und nachhaltige Wahl erleichtern und dabei auch die Wirtschaft in die Verantwortung nehmen.

Antrag 3.15.-Ä015: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 530 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	Ortsverein St. Pauli Süd
Status:	erledigt durch 2.1.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.1.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 40

Für immer mehr Menschen ist die Qualität der Nahrungserzeugung und ihre Wirkung auf Umwelt und Klima relevant. Unser Ziel ist es, gesunde und nachhaltige Ernährung für alle zu ermöglichen. Eine kostenlose, den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung entsprechende gesundheitsfördernde Kita- und Schulverpflegung ist die

wichtigste Maßnahme gegen Ernährungsarmut. Wir müssen aber auch nachhaltige Ernährungsangebote deutlich stärken, wollen wir eine Chance gegen den Verlust der Artenvielfalt und dem Klimawandel haben. Wir werden Verbraucher*innen die gesunde

und nachhaltige Wahl erleichtern und dabei auch die Wirtschaft in die Verantwortung nehmen.

Antrag 3.15.-Ä016: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 532 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	Ortsverein St. Pauli Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 42

Für immer mehr Menschen ist die Qualität der Nahrungserzeugung und ihre Wirkung auf Umwelt und Klima relevant. Unser Ziel ist es, gesunde und nachhaltige Ernährung für alle zu ermöglichen. Eine kostenlose, den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung entsprechende gesundheitsfördernde Kita- und Schulverpflegung ist die wichtigste Maßnahme gegen Ernährungsarmut. Wir werden Verbraucher*innen die gesunde und nachhaltige Wahl erleichtern und dabei auch die Wirtschaft in die Verantwortung

nehmen. Als weiteres Mittel werden wir hierzu die Besteuerung von Lebensmitteln anpassen. Wir wollen die Steuer für tierische Lebensmittel erhöhen sowie für pflanzliche Lebensmittel senken.

Antrag 3.15.-Ä017: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 573 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	Ortsverein Kassel-Holland
Status:	erledigt durch Votierung der Anträge 3.15-Ä010 bis 3.15-Ä14 und 3.15-Ä016. im Übrigen Ablehnung.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Votierung der Anträge 3.15-Ä010 bis 3.15-Ä14 und 3.15-Ä016. im Übrigen Ablehnung.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 22 - 26

In Europa entfallen bis zu 80 % der CO2-Emissionen im Bereich Ernährung auf Fleisch, Milch und Eier. Durch den Futteranbau verbraucht dieser Industriezweig in Deutschland ca. 60 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Starke Ziele zum Schutz des Klimas, der Biodiversität oder im Tierschutz können ohne eine Verringerung der Tierproduktion gar nicht erreicht werden. Daher stellen wir eine Reduzierungsstrategie für die Tierindustrie auf und beginnen mit der Umsetzung. Lebensmittel sind unsere Lebensgrundlage. Sie sollten auch den Landwirt*innen ihre Lebensgrundlage sichern. Dies geht nur mit fairen Preisen für hochwertige Nahrungsmittel. Wir werden im Lebensmittelhandel unfairen Handelspraktiken einen Riegel vorschieben, denn sie schaden Verbraucher*innen, Landwirt*innen und fair handelnden Wettbewerbern. Auch wollen wir Tierhalter*innen mithilfe von Ausstiegsprämien und Umschulungen den Ausstieg aus der Tierhaltung ermöglichen.

Zeile 30 - 34

Der Boden, als wichtigstes Gut in der Landwirtschaft, steht den selbst wirtschaftenden Betrieben vor Ort zu. Er darf kein Spekulationsobjekt sein. Wir werden ihn vor Investoren ohne Agrarbezug schützen. Tierleid ist nicht zu

rechtfertigen, auch nicht aus wirtschaftlichem Interesse. Daher werden wir nachhaltige Ansätze wie eine deutlich pflanzlichere orientierte Landwirtschaft und Innovationen wie Kulturfleisch unterstützen. Denn Tiere in Fabriken zu produzieren und zu töten ist keine Perspektive für das 21. Jahrhundert. Wir werden ein bundesweites Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine einführen. In der Nutztierhaltung setzen wir konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls bei Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze. Den Antibiotikaeinsatz werden wir reduzieren. Wir werden für die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit nachvollziehbaren Regeln sorgen, das Ende der Exportstrategie durchsetzen und den Transport von lebenden Tieren auf acht

Stunden begrenzen.

Zeile 38 - 42

Für immer mehr Menschen ist die Qualität der Nahrungserzeugung und ihre Wirkung auf Umwelt

und Klima relevant. Unser Ziel ist es, gesunde und nachhaltige Ernährung für alle zu ermöglichen. ~~Eine kostenlose, Kita- und Schulverpflegung ist die wichtigste Maßnahme~~ Wir wollen in staatlich finanzierten Einrichtungen eine den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung entsprechende gesundheitsfördernde Gemeinschaftsverpflegung umsetzen. Um gegen Ernährungsarmut vorzugehen soll sie für die Kita- und Schulverpflegung kostenlos sein. Wir müssen aber auch nachhaltige Ernährungsangebote deutlich stärken, wollen wir eine Chance gegen den Verlust der Artenvielfalt und dem Klimawandel haben. Wir werden Verbraucher*innen die gesunde und nachhaltige Wahl erleichtern und dabei auch die Wirtschaft in die Verantwortung nehmen. Als weiteres Mittel werden wir hierzu die Besteuerung von Lebensmitteln anpassen. Wir wollen die Steuer für tierische Lebensmittel erhöhen sowie für pflanzliche Lebensmittel senken.

Antrag 3.15.-Ä018: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 579 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	SPD-SV Halle
Status:	erledigt durch digitale Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch digitale Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 33

Der Boden, als wichtigstes Gut in der Landwirtschaft, steht den selbst wirtschaftenden Betrieben vor Ort zu. Er darf kein Spekulationsobjekt sein. Wir werden ihn vor Investoren ohne Agrarbezug schützen. Tierleid ist nicht zu rechtfertigen, auch nicht aus wirtschaftlichem Interesse. In der Nutztierhaltung setzen wir konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls bei Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze. Den Antibiotikaeinsatz werden wir reduzieren. Wir werden

Reserveantibiotika in der Nutztierhaltung verbieten und Antibiotika nur zur Einzelbehandlung durch Tierärzt:innen zulassen. Unsere wirkungsvollsten Waffen zum Schutz der Gesundheit unserer Bevölkerung und unserer Wirtschaft aufzugeben, für eine geringe Produktionssteigerung in der Tierhaltung, ist kurzsichtig. Wir werden für die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit

nachvollziehbaren Regeln sorgen und den Transport von lebenden Tieren auf acht Stunden begrenzen.

Antrag 3.15.-Ä019: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 580 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	SPD-SV Halle
Status:	überwiesen an digitale Programmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an digitale Programmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 30

Der Boden, als wichtigstes Gut in der Landwirtschaft, steht den selbst wirtschaftenden Betrieben vor Ort zu. Er darf kein Spekulationsobjekt sein. Wir werden ihn vor Investoren ohne Agrarbezug schützen. Tierleid ist nicht zu

rechtfertigen, auch nicht aus wirtschaftlichem Interesse. Deshalb führen wir bundesweit ein Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine ein. Wir setzen eine Veröffentlichungspflicht für Verwaltungsakte in der Nutztierhaltung, nach dem Vorbild des Umweltschutzes, um. Mit einer tierschutzrechtlichen Genehmigung stellen wir zudem eine behördliche Kontrolle sicher. Auch regelmäßige Kontrollen der Betriebe sind unerlässlich um tierschutzrechtlichen Verstößen vorzubeugen. In der Nutztierhaltung

setzen wir konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls bei Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze. Den Antibiotikaeinsatz werden wir reduzieren. Wir werden für die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit nachvollziehbaren Regeln sorgen und den Transport von lebenden Tieren auf acht Stunden begrenzen.

Antrag 3.15.-Ä020: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 615 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	SPD-OV Kleve
Status:	überwiesen an digitale Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an digitale Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 19

Durch Aufwirbelungen im Meer sind Grundscheppnetze ähnlich klimaschädlich wie der globale Flugverkehr und schaden der Biodiversität. Wir werden uns für einen drastischen Ausbau von entsprechenden Schutzgebieten und ein Zurückdrängen dieser Praxis einsetzen.

Die Landwirtschaft hat bei der Bekämpfung des Klimawandels und dem Erhalt der Artenvielfalt eine zentrale Rolle. Wir werden daher die Agrarförderung so ausrichten, dass eine umweltschonende Landwirtschaft im Wettbewerb mithalten kann.

Antrag 3.15.-Ä021: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 616 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	SPD-OV Kleve
Status:	erledigt durch digitale Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch digitale Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 22

In Europa entfallen bis zu 80 % der CO₂-Emissionen im Bereich Ernährung auf Fleisch, Milch und Eier. Durch den Futteranbau verbraucht dieser Industriezweig in Deutschland ca. 60 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Starke Ziele zum Schutz des Klimas, der Biodiversität oder im Tierschutz können ohne eine Verringerung der Tierproduktion gar nicht erreicht werden. Daher stellen wir eine Reduzierungsstrategie für die Tierindustrie auf und beginnen mit der Umsetzung

Lebensmittel sind unsere Lebensgrundlage. Sie sollten auch den Landwirt*innen ihre Lebensgrundlage sichern. Dies geht nur mit fairen Preisen für hochwertige Nahrungsmittel. Wir werden im Lebensmittelhandel unfairen Handelspraktiken einen Riegel vorschieben, denn sie schaden Verbraucher*innen, Landwirt*innen und fair handelnden Wettbewerbern.

Antrag 3.15.-Ä022: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 617 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	SPD-OV Kleve
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 30

Der Boden, als wichtigstes Gut in der Landwirtschaft, steht den selbst wirtschaftenden Betrieben vor Ort zu. Er darf kein Spekulationsobjekt sein. Wir werden ihn vor Investoren ohne Agrarbezug schützen. Tierleid ist nicht zu

rechtfertigen, auch nicht aus wirtschaftlichem Interesse. Daher werden wir nachhaltige Ansätze wie eine deutlich pflanzlichere orientierte Landwirtschaft und Innovationen wie Kulturfleisch unterstützen. In der Nutztierhaltung

setzen wir konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls bei Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze. Den Antibiotikaeinsatz werden wir reduzieren. Wir werden für die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit nachvollziehbaren Regeln sorgen und den Transport von lebenden Tieren auf acht Stunden begrenzen.

Antrag 3.15.-Ä023: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 618 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	SPD-OV Kleve
Status:	erledigt durch digitale Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch digitale Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 30

Der Boden, als wichtigstes Gut in der Landwirtschaft, steht den selbst wirtschaftenden Betrieben vor Ort zu. Er darf kein Spekulationsobjekt sein. Wir werden ihn vor Investoren ohne Agrarbezug schützen. Tierleid ist nicht zu

rechtfertigen, auch nicht aus wirtschaftlichem Interesse. Denn Tiere in Fabriken zu produzieren und zu töten ist keine Perspektive für das 21. Jahrhundert. In der Nutztierhaltung setzen wir konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls bei Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze. Den Antibiotikaeinsatz werden wir reduzieren. Wir werden für die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit nachvollziehbaren Regeln sorgen und den Transport von lebenden Tieren auf acht Stunden begrenzen.

Antrag 3.15.-Ä024: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 619 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	SPD-OV Kleve
Status:	überwiesen an digitale Programmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an digitale Programmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 30

Der Boden, als wichtigstes Gut in der Landwirtschaft, steht den selbst wirtschaftenden Betrieben vor Ort zu. Er darf kein Spekulationsobjekt sein. Wir werden ihn vor Investoren ohne Agrarbezug schützen. Tierleid ist nicht zu

rechtfertigen, auch nicht aus wirtschaftlichem Interesse. Wir werden ein bundesweites Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine einführen. In der Nutztierhaltung setzen wir konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls bei Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze. Den Antibiotikaeinsatz werden wir reduzieren. Wir werden für die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit nachvollziehbaren Regeln sorgen und den Transport von lebenden Tieren auf acht Stunden begrenzen.

Antrag 3.15.-Ä025: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 620 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	SPD-OV Kleve
Status:	erledigt durch 3.15.-Ä014
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.15.-Ä014
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 38

Für immer mehr Menschen ist die Qualität der Nahrungserzeugung und ihre Wirkung auf Umwelt und Klima relevant. Unser Ziel ist es, gesunde und nachhaltige Ernährung für

alle zu ermöglichen. Wir wollen in staatlich finanzierten Einrichtungen eine den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung entsprechende gesundheitsfördernde Gemeinschaftsverpflegung umsetzen. Um gegen Ernährungsarmut vorzugehen soll sie für die Kita- und Schulverpflegung kostenlos sein. Eine kostenlose, den Standards der Deutschen Gesellschaft für

Ernährung entsprechende gesundheitsfördernde Kita- und Schulverpflegung ist die wichtigste Maßnahme gegen Ernährungsarmut. Wir werden Verbraucher*innen die gesunde und nachhaltige Wahl erleichtern und dabei auch die Wirtschaft in die Verantwortung nehmen.

Antrag 3.15.-Ä026: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 621 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	SPD-OV Kleve
Status:	erledigt durch 2.1.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.1.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 38

Für immer mehr Menschen ist die Qualität der Nahrungserzeugung und ihre Wirkung auf Umwelt und Klima relevant. Unser Ziel ist es, gesunde und nachhaltige Ernährung für

alle zu ermöglichen. Wir müssen aber auch nachhaltige Ernährungsangebote deutlich stärken, wollen wir eine Chance gegen den Verlust der Artenvielfalt und dem Klimawandel haben. Eine

kostenlose, den Standards der Deutschen Gesellschaft für

Ernährung entsprechende gesundheitsfördernde Kita- und Schulverpflegung ist die wichtigste Maßnahme gegen Ernährungsarmut. Wir werden Verbraucher*innen die gesunde und nachhaltige Wahl erleichtern und dabei auch die Wirtschaft in die Verantwortung nehmen.

Antrag 3.15.-Ä027: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 670 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	SPD-SV Halle
Status:	erledigt durch digitale Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch digitale Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 33

Der Boden, als wichtigstes Gut in der Landwirtschaft, steht den selbst wirtschaftenden Betrieben vor Ort zu. Er darf kein Spekulationsobjekt sein. Wir werden ihn vor Investoren ohne Agrarbezug schützen. Tierleid ist nicht zu rechtfertigen, auch nicht aus wirtschaftlichem Interesse. In der Nutztierhaltung setzen wir konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls bei Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze. Den Antibiotikaeinsatz werden wir reduzieren. Wir werden Reserveantibiotika in der Nutztierhaltung verbieten und Antibiotika nur zur Einzelbehandlung durch Tierärzt:innen zulassen. Wir werden für die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit nachvollziehbaren Regeln sorgen und den Transport von lebenden Tieren auf acht Stunden begrenzen.

Antrag 3.15.-Ä028: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 672 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	SPD-SV Halle
Status:	erledigt durch 3.15.-Ä019
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.15.-Ä019
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 30

Der Boden, als wichtigstes Gut in der Landwirtschaft, steht den selbst wirtschaftenden Betrieben vor Ort zu. Er darf kein Spekulationsobjekt sein. Wir werden ihn vor Investoren ohne Agrarbezug schützen. Tierleid ist nicht zu

rechtfertigen, auch nicht aus wirtschaftlichem Interesse. Deshalb führen wir bundesweit ein Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine ein. Wir setzen eine Veröffentlichungspflicht für Verwaltungsakte in der Nutztierhaltung, nach dem Vorbild des Umweltschutzes, um. Mit einer tierschutzrechtlichen Genehmigung stellen wir zudem eine behördliche Kontrolle sicher. Auch regelmäßige Kontrollen der Betriebe sind unerlässlich um tierschutzrechtlichen Verstößen vorzubeugen. In der Nutztierhaltung

setzen wir konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls bei Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze. Den Antibiotikaeinsatz werden wir reduzieren. Wir werden für die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit nachvollziehbaren Regeln sorgen und den Transport von lebenden Tieren auf acht Stunden begrenzen.

Antrag 3.15.-Ä029: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 622 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	SPD-OV Kleve
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 42

Für immer mehr Menschen ist die Qualität der Nahrungserzeugung und ihre Wirkung auf Umwelt und Klima relevant. Unser Ziel ist es, gesunde und nachhaltige Ernährung für alle zu ermöglichen. Eine kostenlose, den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung entsprechende gesundheitsfördernde Kita- und Schulverpflegung ist die wichtigste Maßnahme gegen Ernährungsarmut. Wir werden Verbraucher*innen die gesunde und nachhaltige Wahl erleichtern und dabei auch die Wirtschaft in die Verantwortung

nehmen.

Als weiteres Mittel werden wir hierzu die Besteuerung von Lebensmitteln anpassen. Wir wollen die Steuer für tierische Lebensmittel erhöhen sowie für pflanzliche Lebensmittel senken.

Antrag 3.15.-Ä030: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 668 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	Ortsverein St. Pauli Süd
Status:	erledigt durch 3.1.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 3.1.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 32

Der Boden, als wichtigstes Gut in der Landwirtschaft, steht den selbst wirtschaftenden Betrieben vor Ort zu. Er darf kein Spekulationsobjekt sein. Wir werden ihn vor Investoren ohne Agrarbezug schützen. Tierleid ist nicht zu rechtfertigen, auch nicht aus wirtschaftlichem Interesse. In der Nutztierhaltung setzen wir konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls bei Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze. Den Antibiotikaeinsatz werden wir reduzieren. ~~Wir werden~~ Die Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne einen Sachgrund werden wir abschaffen. Die vom Gesetz akzeptierten Gründe für eine Befristung werden wir kritisch überprüfen, dies gilt auch insbesondere auch für den Wissenschaftsbereich. Leiharbeiter*innen werden ab dem ersten Tag den gleichen Lohn erhalten wie Festangestellte. Wir werden für die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit nachvollziehbaren Regeln sorgen und den Transport von lebenden Tieren auf acht Stunden begrenzen.

Antrag 3.15.-Ä031: Änderungsantrag zu 3.15.

Laufende Nummer: 755 • Änderungsantrag zu 3.15.

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen-Stadt
Status:	überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 3
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 3

Zeile 13 - 14

Wir setzen uns ein für Biodiversitätspolitik, um Ökosysteme zu schützen und wiederherzustellen. Eine besondere Rolle kommt dem Erhalt der Wälder zu. Ebenso wollen wir den Einsatz von Dünger und Pestiziden reduzieren.

Wir wollen eine Qualitätsoffensive für den Naturschutz in Verbindung mit der Schaffung eines Bundesnaturschutzfonds für zusätzliche Naturschutzmaßnahmen.

Ohne leistungsstarke Kohlenstoffsenken kann Deutschland nicht klimaneutral werden. Eine besondere Bedeutung fällt dabei Mooren und Wäldern zu. Bestehende Moore müssen geschützt und trockengelegte Moore müssen im großen Stil wiedervernässt werden. Wälder müssen an den Klimawandel angepasst werden, damit sie auch in Zukunft ihre wichtige Rolle für den Klimaschutz und die Biodiversität erfüllen können.

Antrag 4.0.-Ä001: Änderungsantrag zu 4.0.

Laufende Nummer: 262 • Änderungsantrag zu 4.0.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Köln
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 10

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft haben wir dafür genutzt, einen solidarischeren und besseren Weg zu gehen als bei der letzten großen Krise vor gut zehn Jahren. Die historischen Entscheidungen zu dem größten Wiederaufbauprogramm in der Geschichte der Europäischen Union hätte es ohne die SPD nicht gegeben. Ein Paradigmenwechsel

deutscher Europapolitik.

Die Stärkung aller Teile Europas ist von existenzieller geostrategischer Bedeutung. Die wirtschaftliche Stabilisierung unserer engsten Partner, sowie eine breite und ausgeglichene Verteilung von Vermögen innerhalb Europas nützen allen, einschließlich Deutschland, indem sie Arbeitsplätze überall in Europa sichern, Arbeitnehmer*innen vor Verlust und Abstieg schützen und Zukunftschancen eröffnen. Dafür brauchen wir eine starke EU und die EU braucht eine starke Sozialdemokratie.

Antrag 4.0.-Ä002: Änderungsantrag zu 4.0.

Laufende Nummer: 481 • Änderungsantrag zu 4.0.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 1

IV. ~~Souveränes~~ Solidarisches Europa in der Welt

Antrag 4.0.-Ä003: Änderungsantrag zu 4.0.

Laufende Nummer: 483 • Änderungsantrag zu 4.0.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 2 - 3

Die Einheit Europas ist ~~eine zivilisatorische Errungenschaft. Sie ist~~ unsere gemeinsame Chance auf eine solidarische und bessere Zukunft im 21. Jahrhundert - wir stellen uns der Herausforderungen, die Europäische Union in einen humanen, sozialen und gerechten Verbund umzuwandeln. Gleichzeitig stellt

die Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen die größte Herausforderung der Europäischen Union (EU) seit ihrer Gründung dar.

Antrag 4.0.-Ä004: Änderungsantrag zu 4.0.

Laufende Nummer: 485 • Änderungsantrag zu 4.0.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	erledigt durch 4.1.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 4.1.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 9 - 10

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft haben wir dafür genutzt, einen solidarischeren und besseren Weg zu gehen als bei der letzten großen Krise vor gut zehn Jahren. Die historischen Entscheidungen zu dem größten Wiederaufbauprogramm in der Geschichte der

Europäischen Union hätte es ohne die SPD nicht gegeben. Ein ~~Paradigmenwechsel-
deutscher~~ erster Schritt zu einer neuen Europapolitik ~~;~~ wurde gegangen. Wir gehen den Weg weiter
und verabschieden uns von Austerität und Sparkurs!

Antrag 4.1.-Ä001: Änderungsantrag zu 4.1.

Laufende Nummer: 212 • Änderungsantrag zu 4.1.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Münster
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 7

Wir werden aus der Krise gestärkt hervorgehen, wenn wir in Europa solidarisch zusammenhalten und die EU für die großen Zukunftsaufgaben robuster und handlungsfähiger machen. Wir setzen uns dafür ein, dass aus dem Wiederaufbaufonds und der in der Krise gestärkten europäischen Solidarität ein dauerhafter Integrationsfortschritt wird. Wir werden innere Handlungsblockaden der EU abbauen und

die äußere Handlungsautonomie fortentwickeln. Wenn innere Handlungsblockaden und mangelnde Abstimmung zu nationalen Alleingängen führen, sind vor allem die Menschen in Grenzregionen davon betroffen. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass die besondere Situation der Bewohner*innen in den Grenzregionen besser berücksichtigt wird. Geeignete Ansatzpunkte sind die Stärkung der Zusammenarbeit über Verwaltungs- und nationalstaatliche Grenzen hinweg sowie die frühzeitige Einbindung von Akteur*innen aus Grenzregionen bei der Entwicklung und Umsetzung von nationalen Gesetzesvorhaben. Nationale Hemmnisse, die der Integration in Grenzregionen im Wege stehen, werden wir identifizieren und wo möglich abschaffen.

Antrag 4.1.-Ä002: Änderungsantrag zu 4.1.

Laufende Nummer: 263 • Änderungsantrag zu 4.1.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Köln
Status:	erledigt durch 4.1.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 4.1.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 25

Investitionen sind essentiell für eine nachhaltige europäische Zukunft. Wir werden den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu einem Nachhaltigkeitspakt weiterentwickeln. Statt einer Rückkehr zur Kürzungspolitik der Vergangenheit bleiben wir bei der in der Corona-Krise begonnenen gemeinsamen Investitionspolitik Europas. Eine krisenfeste EU muss fiskalpolitisch handlungsfähig sein und sich zu einer echten Fiskal-,

Wirtschafts- und Sozialunion weiterentwickeln.

In ihr koordinieren die Mitgliedstaaten die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik und verpflichten sich dem Ziel, ökonomisch noch stärker zusammenzuwachsen. Einstimmigkeitserfordernisse im Rat sind zu reduzieren. Die gemeinsame, europäische Finanzpolitik sollte unter dem Dach eines europäischen Finanzministeriums organisiert werden und bedarf der Legitimation und Kontrolle durch das Europäische Parlament.

Antrag 4.1.-Ä003: Änderungsantrag zu 4.1.

Laufende Nummer: 268 • Änderungsantrag zu 4.1.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Köln
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 34 - 35

Wir setzen uns dafür ein, die Finanzierung der EU dauerhaft gerechter und eigenständiger zu gestalten. Wir werden für diesen bedeutenden Integrationsschritt

die Besteuerung digitaler Großkonzerne, eine CO₂-Grenzabgabe, die die auf außerhalb der EU hergestellte klimaschädliche Produkte erhoben werden könnte, sowie neue Einnahmen aus dem Emissionshandel heranziehen. Damit können Emissionen wirksam eingespart und gleiche Wettbewerbsbedingungen für klimafreundliche Unternehmen hergestellt werden. Ferner sprechen gute Gründe für eine EU-weite Besteuerung von Plastikverpackungen und Flugbenzin.

Antrag 4.1.-Ä004: Änderungsantrag zu 4.1.

Laufende Nummer: 377 • Änderungsantrag zu 4.1.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	erledigt durch 2.7.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.7.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 39

Einstimmigkeitsprinzips in Steuerfragen und die Beendigung des Steuerdumpings

zwischen den Mitgliedstaaten, insbesondere im Bereich der Unternehmensbesteuerung. Wir setzen uns für eine europäische Transaktionssteuer auf alle Finanztransaktionen ein, nicht nur auf Aktien. Wir setzen uns für eine europäische Transaktionssteuer auf alle Finanztransaktionen ein, nicht nur auf Aktien.

Antrag 4.1.-Ä005: Änderungsantrag zu 4.1.

Laufende Nummer: 486 • Änderungsantrag zu 4.1.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 7

Wir werden aus der Krise gestärkt hervorgehen, wenn wir in Europa solidarisch zusammenhalten und die EU für die großen Zukunftsaufgaben robuster und handlungsfähiger machen. Wir setzen uns dafür ein, dass aus dem Wiederaufbaufonds und der in der Krise gestärkten europäischen Solidarität ein dauerhafter Integrationsfortschritt wird. Wir werden innere Handlungsblockaden der EU abbauen und

die äußere Handlungsautonomie fortentwickeln.

Für uns ist die demokratische Mitbestimmung aller Menschen in der Europäischen Union dabei zentral. Wir setzen uns mit Nachdruck für Europäische Institutionen ein, die gegenüber der Bevölkerung rechenschaftspflichtig sind. Das gelingt nur mit einem Europäischen Parlament als höchstes gesetzgebendes und beschlussfassendes Gremium und einer vom Europäischen Parlament gewählten Kommission.

Antrag 4.1.-Ä006: Änderungsantrag zu 4.1.

Laufende Nummer: 487 • Änderungsantrag zu 4.1.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 10 - 12

Nur mit einer solidarischen und souveränen EU sind wir in der Lage, die Welt von morgen mitzugestalten und unserer Vision einer demokratischen, gerechten und

nachhaltigen Zukunft näher zu kommen. Unser Ziel ist es, ~~Europa grundlegend zu stärken, damit wir in einer multipolaren Welt unsere Eigenständigkeit und unsere Art zu leben, auch in Zukunft bewahren.~~ eine Europäische Union zu schaffen, die den Zusammenhalt der Menschen stärkt und Vorkämpferin für Menschenrechte, Frieden und soziale Gerechtigkeit nach innen sowie nach außen ist.

Antrag 4.1.-Ä007: Änderungsantrag zu 4.1.

Laufende Nummer: 489 • Änderungsantrag zu 4.1.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 35

Wir setzen uns dafür ein, die Finanzierung der EU dauerhaft gerechter und eigenständiger zu gestalten. Wir werden für diesen bedeutenden Integrationsschritt die Besteuerung digitaler Großkonzerne, eine CO2-Grenzabgabe sowie neue Einnahmen aus

dem Emissionshandel heranziehen -, die jedoch stets hohe Einkommen und Vermögende stärker belasten werden als Menschen mit geringem Einkommen. Eine Klimaabgabe wird es mit uns nur geben, wenn sie sozial gerecht ist.

Antrag 4.1.-Ä008: Änderungsantrag zu 4.1.

Laufende Nummer: 488 • Änderungsantrag zu 4.1.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 17 - 18

Ein solches Europa kann seinen Einfluss ~~gleichermaßen zum Schutz und zur Stärkung europäischer Werte und Interessen einbringen~~Schaffung einer gerechten Verteilung von Wohlstand auf der ganzen Welt geltend machen, als selbstbewusste Friedensmacht auftreten und so eine kooperative, multilaterale Weltordnung mitgestalten.

Antrag 4.2.-Ä001: Änderungsantrag zu 4.2.

Laufende Nummer: 269 • Änderungsantrag zu 4.2.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Köln
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 47

Mit dem Ziel, die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Europäer*innen zu verbessern, und in Richtung einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse weiterzuentwickeln, werden wir in den kommenden Jahren konsequent die europäische Säule sozialer Rechte in die Praxis umsetzen. Alle Arbeitnehmer*innen in Europa müssen von ihrer Arbeit gut leben können. Unser Ziel bleiben europaweit Löhne, die zum Leben reichen, daher begrüßen wir den Vorschlag für einen Rechtsrahmen für europäische Mindestlöhne.

Antrag 4.2.-Ä002: Änderungsantrag zu 4.2.

Laufende Nummer: 282 • Änderungsantrag zu 4.2.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Köln
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 59

Um eine angemessene soziale Absicherung zu gewährleisten und Armut zu bekämpfen, setzen wir uns für europäische Mindeststandards bei den nationalen Grundsicherungssystemen ein. Wichtig ist uns insbesondere die Bekämpfung von

Kinderarmut in Europa und daher die Umsetzung der Europäische Kindergarantie.

Die kommunale Selbstverwaltung und der kommunale Handlungsspielraum insbesondere im Hinblick auf die Erstellung von Daseinsvorsorgeleistungen in kommunalen Unternehmen und Betrieben dürfen nicht durch ausufernde europäische Regelungen etwa in Form von Ausschreibungspflichten und dem Verbot staatlicher Beihilfen ausgehöhlt werden.

Antrag 4.2.-Ä003: Änderungsantrag zu 4.2.

Laufende Nummer: 380 • Änderungsantrag zu 4.2.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 36

Mit unserer Handelspolitik werden wir die sozial-ökologische Transformation unterstützen. Dafür soll der Handel mit nachhaltigen Gütern besonders gefördert werden. Handelspolitische Maßnahmen auf einer werteorientierten Basis haben immer die Interessen der Partner mit im Blick, insbesondere die der weniger entwickelten

Länder. Deshalb werden wir ~~auch insbesondere kleinbäuerliche und agrarökologische~~ eine nachhaltige, d.h. sozial gerechte, ökologisch und ökonomisch rentable

Landwirtschaft fördern. Damit die Handelspolitik demokratischer werden kann, werden wir die Kontroll- und Entscheidungsrechte des Europäischen Parlamentes ausdehnen und Vertreter*innen von Gewerkschaften wie auch der Zivilgesellschaft besser als bisher an Verhandlungsprozessen beteiligen.

Antrag 4.2.-Ä004: Änderungsantrag zu 4.2.

Laufende Nummer: 412 • Änderungsantrag zu 4.2.

Antragsteller*in:	Ortsverein Brüssel
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 46

Die Pandemie hat die Verwundbarkeit unseres Gesundheitssystems offengelegt. Wir werden eine souveräne Europäische Gesundheitsunion mit einer starken und widerstandsfähigen Gesundheitswirtschaft in Europa schaffen, indem wir Mindeststandards in der Gesundheitsversorgung garantieren, einen starken Katastrophenschutzmechanismus etablieren und die gemeinsame Forschung und Beschaffung

wichtiger medizinischer Güter fördern.

Um auf schwerwiegende grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren in der Zukunft schneller und effektiver reagieren zu können, brauchen wir eine krisenfeste europäische Gesundheitsbehörde. Hierfür muss die derzeit geplante EU-Behörde für Krisenvorsorge und Krisenreaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet werden.

Antrag 4.2.-Ä005: Änderungsantrag zu 4.2.

Laufende Nummer: 384 • Änderungsantrag zu 4.2.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	erledigt durch Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 37

Mit unserer Handelspolitik werden wir die sozial-ökologische Transformation unterstützen. Dafür soll der Handel mit nachhaltigen Gütern besonders gefördert werden. Handelspolitische Maßnahmen auf einer werteorientierten Basis haben immer die Interessen der Partner mit im Blick, insbesondere die der weniger entwickelten Länder. Deshalb werden wir auch insbesondere kleinbäuerliche und agrarökologische

Landwirtschaft fördern. Wir wollen Landgrabbing durch europäische Agrarkonzerne verhindern und nachhaltige Agrarökologie fördern. Den Projekten der sogenannten Green Revolution der Alliance for Green Revolution in Africa (AGRA) erteilen wir eine Absage und werden keine Projekte des Agrarbusiness fördern. Damit die Handelspolitik demokratischer werden kann, werden wir die Kontroll- und Entscheidungsrechte des Europäischen Parlamentes ausdehnen und Vertreter*innen von Gewerkschaften wie auch der Zivilgesellschaft besser als bisher an Verhandlungsprozessen beteiligen.

Antrag 4.2.-Ä006: Änderungsantrag zu 4.2.

Laufende Nummer: 447 • Änderungsantrag zu 4.2.

Antragsteller*in:	SPD-UB Dresden
Status:	erledigt durch Regierungshandeln
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Regierungshandeln
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 31

Das Abkommen zwischen der EU und dem MERCOSUR-Staatenbund ist ein wichtiges Projekt, um die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika zu festigen. Einem Abkommen ohne Stärkung der Umwelt-, Menschenrechts- und Sozialstandards durch zusätzliche verbindliche und sanktionierbare Überprüfungs-,

Umsetzungs- und Durchsetzungsmechanismen, werden wir aber nicht zustimmen. [Um in diesem Zusammenhang die Rechte indigener Gemeinschaften zu schützen, setzen wir uns für die Ratifizierung der ILO 169 in Deutschland ein.](#)

Antrag 4.2.-Ä007: Änderungsantrag zu 4.2.

Laufende Nummer: 492 • Änderungsantrag zu 4.2.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 20

In allen Handels-, Wirtschaftspartnerschafts- und Investitionsabkommen der EU werden zukünftig neben verbindlichen sozialen Standards wie die ILO Kernarbeitsnormen sowie menschenrechtlichen und ökologischen Standards auch konkrete Beschwerde- und

Sanktionsmechanismen vereinbart. Die Sozialdemokratie wird Freihandelsabkommen nur dann unterstützen, wenn sie zweifelsfrei keinen Menschenrechtsbrüchen Vorschub leisten, im Sinne unserer Klimaziele verfasst wurden und keine Machtgefälle zwischen Staaten und Märkte entstehen, die der Prekarisierung ganzer Länder des Globalen Südens weiter Vorschub leisten. Freier Handel muss immer fairer Handel sein. Zudem sollen private

Streitschlichtungsmechanismen

abgeschafft und durch öffentliche Gerichte ersetzt werden. Wir wollen ein multinationales Investitionsgericht, das bei Diskriminierung, sprich der ungleichen Behandlung zwischen Handelspartnern, eingreift. Die Rechte von Arbeitnehmer*innen, strengere Umweltgesetzgebungen, die Umsetzung internationaler Verpflichtungen etwa beim Klimaschutz und Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge sind keine diskriminierenden Praktiken. Hier darf es keine Klagemöglichkeiten geben.

Antrag 4.2.-Ä008: Änderungsantrag zu 4.2.

Laufende Nummer: 493 • Änderungsantrag zu 4.2.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 27 - 31

Das Abkommen zwischen der EU und dem MERCOSUR-Staatenbund ist steht beispielhaft für ein wichtiges Projekt, ~~um die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika zu festigen. Einem Abkommen ohne Stärkung der Umwelt-, Menschenrechts- und Sozialstandards durch zusätzliche verbindliche und sanktionierbare Überprüfungs-, Umsetzungs- und Durchsetzungsmechanismen, werden~~ Freihandelsabkommen, das wir aber auf Grund der genannten Kriterien nicht zustimmen, unterstützen können.

Antrag 4.2.-Ä009: Änderungsantrag zu 4.2.

Laufende Nummer: 494 • Änderungsantrag zu 4.2.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 35 - 36

Mit unserer Handelspolitik werden wir die sozial-ökologische Transformation unterstützen. Dafür soll der Handel mit nachhaltigen Gütern besonders gefördert werden. Handelspolitische Maßnahmen auf einer werteorientierten Basis haben immer die

Interessen der Partner mit im Blick, insbesondere die der ~~weniger entwickelten~~ Länder des Globalen Südens. Deshalb werden wir auch insbesondere kleinbäuerliche und agrarökologische Landwirtschaft fördern. Damit die Handelspolitik demokratischer werden kann, werden wir die Kontroll- und Entscheidungsrechte des Europäischen Parlamentes ausdehnen und Vertreter*innen von Gewerkschaften wie auch der Zivilgesellschaft besser als bisher an Verhandlungsprozessen beteiligen.

Antrag 4.2.-Ä010: Änderungsantrag zu 4.2.

Laufende Nummer: 498 • Änderungsantrag zu 4.2.

Antragsteller*in:	03/13 Prenzlauer Berg NO
Status:	überwiesen an SPD-BTF
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-BTF
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 13 - 14

Um Klimawandel, Artensterben und übermäßigem Rohstoffverbrauch entgegenzuwirken, muss sich die Art und Weise, wie wir in Europa leben, konsumieren und produzieren grundlegend ändern. Um die Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen, kommt dem Energiesektor eine Schlüsselrolle zu. Wir müssen den Anteil erneuerbarer Energien enorm steigern, den Energie-Mix weiter ausweiten und bestehende Abhängigkeit von fossilen Energielieferungen abbauen. Wir werden Europa bis spätestens 2050 zum ersten nachhaltigen und treibhausgasneutralen Kontinent machen

und eine Vorreiterrolle beim der Bekämpfung des Klimawandels einnehmen.

Wir werden verbindliche Ziele festlegen, um den übermäßigen Rohstoffverbrauch zu senken. Diese müssen regelmäßig kontrolliert werden. Bei Nichterreichung werden wir konsequent gegensteuern.

Auch die europäische Landwirtschaft als einer der größten Treibhausgasemittenten muss einen Beitrag leisten, weg von der Flächenförderung, hin zu einer Förderung, die an Kriterien für Klima, Natur- und Umweltschutz und Tierwohl gebunden ist.

Antrag 4.2.-Ä011: Änderungsantrag zu 4.2.

Laufende Nummer: 499 • Änderungsantrag zu 4.2.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 59

Um eine angemessene soziale Absicherung zu gewährleisten und Armut zu bekämpfen, setzen wir uns für europäische Mindeststandards bei den nationalen Grundsicherungssystemen ein. Wichtig ist uns insbesondere die Bekämpfung von

Kinderarmut in Europa und daher die Umsetzung der Europäische Kindergarantie. Ein weiterer wesentlicher Bestandteil der Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut ist die Abschaffung sämtlicher Gebühren und eine vollständige Lehrmittelfreiheit für alle Betreuungseinrichtungen, Schulen und Hochschulen in der ganzen EU.

Antrag 4.2.-Ä012: Änderungsantrag zu 4.2.

Laufende Nummer: 500 • Änderungsantrag zu 4.2.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 65

Wir werden die Rechte von Arbeitnehmer*innen weiter ausbauen, insbesondere durch die Stärkung europäischer Betriebsräte, durch Mitspracherechte in Organisation und Entscheidungen großer Unternehmen sowie das Recht auf Kollektivmaßnahmen und Tarifverhandlungen. Die Durchsetzung von geltendem Arbeitsrecht und Arbeitsschutz bei Saisonarbeitnehmern muss dringend verbessert werden. Weil vielerorts gerade die

Jugendarbeitslosigkeit ~~zur strukturellen Begleiterscheinung~~ zu einer der größten Herausforderungen der Krise geworden ist,

werden wir die europäische Jugendgarantie weiter stärken und jungen Menschen eine Perspektive bieten.

Antrag 4.2.-Ä013: Änderungsantrag zu 4.2.

Laufende Nummer: 502 • Änderungsantrag zu 4.2.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 67

Wir werden die Rechte von Arbeitnehmer*innen weiter ausbauen, insbesondere durch die Stärkung europäischer Betriebsräte, durch Mitspracherechte in Organisation und Entscheidungen großer Unternehmen sowie das Recht auf Kollektivmaßnahmen und Tarifverhandlungen. Die Durchsetzung von geltendem Arbeitsrecht und Arbeitsschutz bei Saisonarbeitnehmern muss dringend verbessert werden. Weil vielerorts gerade die Jugendarbeitslosigkeit zur strukturellen Begleiterscheinung der Krise geworden ist, werden wir die europäische Jugendgarantie weiter stärken und jungen Menschen eine

Perspektive bieten.

Die Europäische Jugendgarantie muss zudem stärker auf die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen, unbefristeten Vollzeitstellen für Jugendliche und junge Erwachsene ausgerichtet werden. Auf spärlich bezahlten Praktika und kurzfristige Arbeitsverhältnisse kann niemand eine Zukunft aufbauen - wo es nötig ist, sorgen wir mit entschlossener Gesetzgebung für die Durchsetzung der Prinzipien Guter Arbeit in der ganzen EU.

Antrag 4.2.-Ä014: Änderungsantrag zu 4.2.

Laufende Nummer: 588 • Änderungsantrag zu 4.2.

Antragsteller*in:	Kreisverband Jena
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 12

Um Klimawandel, Artensterben und übermäßigem Rohstoffverbrauch entgegenzuwirken, muss sich die Art und Weise, wie wir in Europa leben, konsumieren und produzieren grundlegend ändern. Um die Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen, kommt dem Energiesektor eine Schlüsselrolle zu. Wir müssen den Anteil erneuerbarer Energien enorm steigern, den Energie-Mix weiter ausweiten und bestehende Abhängigkeit von fossilen Energielieferungen abbauen. Wir werden Europa bis

spätestens 20540 zum ersten nachhaltigen und treibhausgasneutralen Kontinent machen und eine Vorreiterrolle beim der Bekämpfung des Klimawandels einnehmen.

Auch die europäische Landwirtschaft als einer der größten Treibhausgasemittenten muss einen Beitrag leisten, weg von der Flächenförderung, hin zu einer Förderung, die an Kriterien für Klima, Natur- und Umweltschutz und Tierwohl gebunden ist.

Antrag 4.2.-Ä015: Änderungsantrag zu 4.2.

Laufende Nummer: 715 • Änderungsantrag zu 4.2.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	erledigt durch 4.2.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 4.2.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 36

Mit unserer Handelspolitik werden wir die sozial-ökologische Transformation unterstützen. Dafür soll der Handel mit nachhaltigen Gütern besonders gefördert werden. Handelspolitische Maßnahmen auf einer werteorientierten Basis haben immer die Interessen der Partner mit im Blick, insbesondere die der weniger entwickelten

~~Länder~~Länder. Durch die Abwälzung ökologischer Kosten der Industrieländer auf die Länder des Südens, durch Handelsabkommen zulasten ärmerer Staaten verschärft sich der Nord-Süd-Konflikt, öffnet sich die Armutsschere immer mehr und wächst der Migrationsdruck. Deshalb

werden wir auch insbesondere kleinbäuerliche und agrarökologische Landwirtschaft fördern. Damit die Handelspolitik demokratischer werden kann, werden wir die Kontroll- und Entscheidungsrechte des Europäischen Parlamentes ausdehnen und Vertreter*innen von Gewerkschaften wie auch der Zivilgesellschaft besser als bisher an Verhandlungsprozessen beteiligen.

Antrag 4.2.-Ä016: Änderungsantrag zu 4.2.

Laufende Nummer: 497 • Änderungsantrag zu 4.2.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	erledigt durch 2.4.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 2.4.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 46

Die Pandemie hat die Verwundbarkeit unseres Gesundheitssystems offengelegt. Wir werden eine souveräne Europäische Gesundheitsunion mit einer starken und widerstandsfähigen Gesundheitswirtschaft in Europa schaffen, indem wir Mindeststandards in der Gesundheitsversorgung garantieren, einen starken Katastrophenschutzmechanismus etablieren und die gemeinsame Forschung und Beschaffung

wichtiger medizinischer Güter fördern.

Ein öffentlicher Gesundheitsdienst, wie in seiner Ursprungsidee der NHS im Vereinigten Königreich, kann hier ein Vorbild sein. Privatisierungen und Kürzungen in den Gesundheitssystemen der Unionsmitglieder müssen endlich ein Ende finden. Wir sorgen für einen kostenfreien Zugang zu jeglicher gesundheitlichen Versorgung für alle Menschen auf EU-Gebiet.

Antrag 4.2.-Ä017: Änderungsantrag zu 4.2.

Laufende Nummer: 496 • Änderungsantrag zu 4.2.

Antragsteller*in:	03/13 Prenzlauer Berg NO
Status:	erledigt durch 4.2.-Ä010
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 4.2.-Ä010
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 13 - 14

Um Klimawandel, Artensterben und übermäßigem Rohstoffverbrauch entgegenzuwirken, muss sich die Art und Weise, wie wir in Europa leben, konsumieren und produzieren grundlegend ändern. Um die Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen, kommt dem Energiesektor eine Schlüsselrolle zu. Wir müssen den Anteil erneuerbarer Energien enorm steigern, den Energie-Mix weiter ausweiten und bestehende Abhängigkeit von fossilen Energielieferungen abbauen. Wir werden Europa bis spätestens 2050 zum ersten nachhaltigen und treibhausgasneutralen Kontinent machen

und eine Vorreiterrolle beim der Bekämpfung des Klimawandels einnehmen.

Wir werden verbindliche Ziele festlegen, um den übermäßigen Rohstoffverbrauch zu senken. Diese müssen regelmäßig kontrolliert werden. Bei Nichterreichung werden wir konsequent gegensteuern.

Auch die europäische Landwirtschaft als einer der größten Treibhausgasemittenten muss einen Beitrag leisten, weg von der Flächenförderung, hin zu einer Förderung, die an Kriterien für Klima, Natur- und Umweltschutz und Tierwohl gebunden ist.

Antrag 4.3.-Ä001: Änderungsantrag zu 4.3.

Laufende Nummer: 214 • Änderungsantrag zu 4.3.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Münster
Status:	erledigt durch 4.3.-Ä001_AK
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 4.3.-Ä001_AK
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 16 - 18

Durch den Rechtsstaatsdialog und Rechtsstaatsmechanismus haben wir Europa wehrhafter gemacht und konkrete Instrumente ~~eingeführt~~eingeführt, um die Einhaltung ~~europäischer~~europäische Grundwerte verbindlich zu ~~überprüfen und fundamentale~~überprüfen und Verstöße ~~gegen die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit~~ zu sanktionieren. Wir werden uns für eine Verschärfung der Sanktionsmöglichkeiten einsetzen. Dazu gehört für uns bei wiederholten oder fundamentalen Verstößen auch der Ausschluss aus der EU. Sollte eine entsprechende Reform der primärrechtlichen Grundlagenverträge der EU mittelfristig nicht machbar sein, werden wir den europäischen Integrationsprozess mit gewillten Mitgliedstaaten vorantreiben.

Desinformationskampagnen, Fake News und

Hassreden stellen eine Bedrohung der Demokratie dar. Wir setzen uns für europäische Regelungen ein, um strafbare Online-Hassreden effektiv zu bekämpfen und werden europäische Frühwarnsysteme gegen Desinformationskampagnen ausbauen.

Antrag 4.3.-Ä001_AK: Änderungsantrag zu 4.3.

Laufende Nummer: 798 • Änderungsantrag zu 4.3.

Antragsteller*in:	Antragskommission
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 17 - 18

Durch den Rechtsstaatsdialog und Rechtsstaatsmechanismus haben wir Europa wehrhafter gemacht und konkrete Instrumente eingeführt, um die Einhaltung europäischer

Grundwerte verbindlich zu überprüfen und ~~fundamentale Verstöße gegen die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit~~ zu sanktionieren. Wir werden uns für eine konsequente Umsetzung und Verschärfung der Sanktionsmöglichkeiten einsetzen. Desinformationskampagnen, Fake News und Hassreden stellen eine Bedrohung der Demokratie dar. Wir setzen uns für europäische Regelungen ein, um strafbare Online-Hassreden effektiv zu bekämpfen und werden europäische Frühwarnsysteme gegen Desinformationskampagnen ausbauen.

Antrag 4.3.-Ä002: Änderungsantrag zu 4.3.

Laufende Nummer: 215 • Änderungsantrag zu 4.3.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Münster
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 25 - 26

Wir stehen für eine humanitäre und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union. Deshalb werden wir ein funktionsfähiges Europäisches Asylsystem mit dem notwendigen Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität

voranbringen, das ~~eine Reform des Dublin-Systems beinhaltet und~~ das Recht auf Asyl vollumfänglich wahrt und gewährt. Wir werden das Dublin System durch einen solidarischen Verteilungsschlüssel ersetzen. Das Asylsystem soll weiter europäisiert und das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen zu einer vollwertigen europäischen Asylagentur ausgebaut werden.

Antrag 4.3.-Ä003: Änderungsantrag zu 4.3.

Laufende Nummer: 217 • Änderungsantrag zu 4.3.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Münster
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 31

Wir werden die Genfer Flüchtlingskonvention verteidigen. Pushbacks sind eine eklatante Verletzung des Völkerrechts. Seenotrettung ist eine Verpflichtung aus dem internationalen Seerecht und darf nicht kriminalisiert werden. [Die EU hat eine leistungsfähige Seenotrettung im Mittelmeer sicherzustellen.](#) Im Rahmen eines umfassenden Ansatzes sollten legale Migrationswege geschaffen und die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpft werden. Wir werden eine Brücke zu lokalen Akteuren bauen und die Aufnahmebereitschaft von europäischen Kommunen und Städten fördern und unterstützen.

Antrag 4.3.-Ä004: Änderungsantrag zu 4.3.

Laufende Nummer: 230 • Änderungsantrag zu 4.3.

Antragsteller*in:	SPD OV Schwerin-Südstadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 9

Wir werden die Demokratie in Europa stärken. Dass unsere europäische Wertegemeinschaft zunehmend auf die Probe gestellt und populistische und nationalistische Regierungen die Unabhängigkeit der Justiz und grundlegende Rechte beschneiden, nehmen wir nicht hin. Der Schutz von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit in Europa bildet das Fundament für eine geeinte europäische Zukunft. Dazu gehört eine Vervollständigung der Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments, inklusive eines echten Initiativrechts. Wir werden ein gemeinsames Wahlrecht zur Wahl

der europäischen Volksvertretung schaffen. Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind keine Gegensätze, sie bedingen einander.

Antrag 4.3.-Ä005: Änderungsantrag zu 4.3.

Laufende Nummer: 264 • Änderungsantrag zu 4.3.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Köln
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 9

Wir werden die Demokratie in Europa stärken. Dass unsere europäische Wertegemeinschaft zunehmend auf die Probe gestellt und populistische und nationalistische Regierungen die Unabhängigkeit der Justiz und grundlegende Rechte beschneiden, nehmen wir nicht hin. Der Schutz von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit in Europa bildet das Fundament für eine geeinte europäische Zukunft. Dazu gehört eine Vervollständigung der Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments, inklusive eines echten Initiativrechts. Wir werden ein gemeinsames Wahlrecht zur Wahl

der europäischen Volksvertretung schaffen ~~-,~~ mit dem Ziel, die Europawahl zu „europäisieren“.
Auch sollte verbindlich festgeschrieben werden, dass das Europäische Parlament den Präsidenten der Europäischen Kommission aus den von den Europäischen Parteienbündnissen nominierten Spitzenkandidaten wählt.

Antrag 4.3.-Ä006: Änderungsantrag zu 4.3.

Laufende Nummer: 266 • Änderungsantrag zu 4.3.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Köln
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 11

Mit einem Sonderfonds für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werden wir

zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit gezielt fördern. Die Entwicklung und Stärkung einer europäisch denkenden und handelnden, vielfältigen und unabhängigen Zivilgesellschaft ist von größter Bedeutung. Wir brauchen Transparenz und eine europäische Öffentlichkeit. Beispielsweise wollen wir unabhängige, europaweite Medien (Print, Online, TV und Hörfunk), die die Sprachbarrieren überwinden sollen, fördern. Die Regionen Europas sind zu stärken, ebenso die Rolle der Kommunen. Wir wollen, dass sich Kommunen auch grenzüberschreitend vernetzen und gemeinsame Infrastrukturprojekte angehen können. Die Konferenz zur Zukunft

Europas soll ein Erfolg werden. Wir setzen uns dafür ein, dass sie in Deutschland und der ganzen EU eine breite Debatte zur europäischen Demokratie und Handlungsfähigkeit initiiert und ihre Ergebnisse umgesetzt werden.

Antrag 4.3.-Ä007: Änderungsantrag zu 4.3.

Laufende Nummer: 337 • Änderungsantrag zu 4.3.

Antragsteller*in:	SPD-KV Eimsbüttel
Status:	erledigt durch 4.3.-Ä002
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 4.3.-Ä002
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 25

Wir stehen für eine humanitäre und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union. Deshalb werden wir ein funktionsfähiges Europäisches Asylsystem mit dem notwendigen Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität

voranbringen, das eine Reform des Dublin-Systems - insbesondere hinsichtlich des Ortes der ersten Einreise - beinhaltet und das Recht auf Asyl

vollumfänglich wahrt und gewährt. Das Asylsystem soll weiter europäisiert und das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen zu einer vollwertigen europäischen Asylagentur ausgebaut werden.

Antrag 4.3.-Ä008: Änderungsantrag zu 4.3.

Laufende Nummer: 351 • Änderungsantrag zu 4.3.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Köln
Status:	erledigt durch Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 23 - 28

Wir stehen für eine humanitäre und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union. Dass das Asylrecht und die Genfer Flüchtlingskonvention durch Abschottung eingeschränkt werden, wollen wir beenden. Wir wollen ein lebenswertes Europa, keine Festung. Wir bekennen uns zum Grundrecht auf Asyl und dessen vollumfänglicher Anwendung. Es müssen rechtliche Regelungen für die Migration geschaffen werden, die sich nicht vorwiegend an wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Europas, sondern verstärkt an humanitären Interessen orientieren.
Eine menschenrechtskonforme Flüchtlings- und Migrationspolitik muss wirksamen Rechtsschutz und Unterstützung für alle Flüchtenden gewährleisten. Deshalb werden wir ein funktionsfähiges Europäisches Asylsystem mit dem notwendigen Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität voranbringen, das eine Reform des Dublin-Systems beinhaltet und das Recht auf Asyl vollumfänglich wahrt und gewährt. Das Asylsystem soll weiter europäisiert und das müssen Fluchtwege geschaffen werden, auf denen Menschenleben nicht zusätzlich gefährdet werden. Wir wollen daher humanitäre Visa für legale Flucht- und Zugangswege nach Europa schaffen.
Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen, „Hotspots“, wie die Lager auf Lesbos, müssen aufgelöst und die Menschen schnell aufgenommen werden. Schnellverfahren und Internierungen lehnen wir ab.
Auf EU-Ebene wollen wir ein faires Asylsystem schaffen, dass von den Interessen der Geflüchteten schützt und eine gerechte Zusammenarbeit in der EU perspektivisch ermöglicht. Dafür muss zunächst die Dublin-Konvention überarbeitet werden, um das Prinzip des Ersteinreiselandes und des sicheren Herkunfts- und Drittlandes zu einer vollwertigen europäischen Asylagentur ausgebaut werden.
überwinden. Migrationsdeals zulasten der Flüchtlinge, wie mit der Türkei und vielen nordafrikanischen Staaten an den Außengrenzen Europas, lehnen wir ab.
Die Kriminalisierung von NGOs, insbesondere der Seenotrettung, muss beendet werden. Wir werden ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm schaffen und wollen Frontex auflösen.

Zeile 29 - 35

~~Wir werden die Genfer Flüchtlingskonvention verteidigen. Pushbacks sind eine eklatante Verletzung des Völkerrechts. Seenotrettung ist eine Verpflichtung aus dem internationalen Seerecht und darf nicht kriminalisiert werden. Im Rahmen eines umfassenden Ansatzes sollten~~

~~legale Migrationswege geschaffen und die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpft werden.
Wir werden eine Brücke zu lokalen Akteuren bauen und die Aufnahmebereitschaft von
europäischen Kommunen und Städten fördern und unterstützen.~~

Antrag 4.3.-Ä009: Änderungsantrag zu 4.3.

Laufende Nummer: 427 • Änderungsantrag zu 4.3.

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Aachen-Stadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 35

Wir werden die Genfer Flüchtlingskonvention verteidigen. Pushbacks sind eine eklatante Verletzung des Völkerrechts. Seenotrettung ist eine Verpflichtung aus dem internationalen Seerecht und darf nicht kriminalisiert werden. Im Rahmen eines umfassenden Ansatzes sollten legale Migrationswege geschaffen und die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpft werden. Wir werden eine Brücke zu lokalen Akteuren bauen und die Aufnahmebereitschaft von europäischen Kommunen und Städten fördern und unterstützen.

Wir stehen für europaweite Mindeststandards zum humanitären Umgang mit Geflüchteten ein. Durch diese Mindeststandards sollen einheitliche Voraussetzungen, bezogen auf die Unterbringung, den Zugang zu medizinischer Versorgung und anderen menschlichen Grundbedürfnissen gewährleistet werden.

Antrag 4.3.-Ä010: Änderungsantrag zu 4.3.

Laufende Nummer: 504 • Änderungsantrag zu 4.3.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 8

Wir werden die Demokratie in Europa stärken. Dass unsere europäische Wertegemeinschaft zunehmend auf die Probe gestellt und populistische und nationalistische Regierungen die Unabhängigkeit der Justiz und grundlegende Rechte beschneiden, nehmen wir nicht hin. Der Schutz von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit in Europa bildet das Fundament für eine geeinte europäische Zukunft. Dazu gehört eine Vervollständigung der Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments,

~~inklusive eines echten Initiativrechts~~ das wir zum höchsten gesetzgebenden und beschlussfassenden Organ der EU ausbauen wollen, das die Kommission wählt. Wir werden ein gemeinsames Wahlrecht zur Wahl der europäischen Volksvertretung schaffen.

Antrag 4.3.-Ä011: Änderungsantrag zu 4.3.

Laufende Nummer: 505 • Änderungsantrag zu 4.3.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 15 - 18

~~Durch den Rechtsstaatsdialog und Rechtsstaatsmechanismus haben wir Europa wehrhafter gemacht und konkrete Instrumente eingeführt, um die Einhaltung europäischer Grundwerte verbindlich zu überprüfen und fundamentale Verstöße gegen die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit zu sanktionieren.~~ Desinformationskampagnen, Fake News und Hassreden stellen eine Bedrohung der Demokratie dar. Wir setzen uns für europäische Regelungen ein, um strafbare Online-Hassreden effektiv zu bekämpfen und werden europäische Frühwarnsysteme gegen Desinformationskampagnen ausbauen.

Antrag 4.3.-Ä012: Änderungsantrag zu 4.3.

Laufende Nummer: 522 • Änderungsantrag zu 4.3.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	erledigt durch 4.3.-Ä003
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 4.3.-Ä003
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 31

Wir werden die Genfer Flüchtlingskonvention verteidigen. Pushbacks sind eine eklatante Verletzung des Völkerrechts. Seenotrettung ist eine Verpflichtung aus dem internationalen Seerecht und darf nicht kriminalisiert werden. Wir betrachten sie als staatliche Aufgabe, die im Zweifel von der EU direkt organisiert werden muss. Im Rahmen eines umfassenden Ansatzes sollten legale Migrationswege geschaffen und die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpft werden. Wir werden eine Brücke zu lokalen Akteuren bauen und die Aufnahmebereitschaft von europäischen Kommunen und Städten fördern und unterstützen.

Antrag 4.3.-Ä013: Änderungsantrag zu 4.3.

Laufende Nummer: 538 • Änderungsantrag zu 4.3.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Krefeld
Status:	erledigt durch 4.3.-Ä019
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 4.3.-Ä019
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 33 - 35

Wir werden die Genfer Flüchtlingskonvention verteidigen. Pushbacks sind eine eklatante Verletzung des Völkerrechts. Seenotrettung ist eine Verpflichtung aus dem internationalen Seerecht und darf nicht kriminalisiert werden. Im Rahmen eines umfassenden Ansatzes sollten legale Migrationswege geschaffen und die Ursachen von

Flucht und Vertreibung bekämpft werden. Wir werden eine Brücke zu lokalen ~~Akteuren~~ Akteur*innen bauen und die Aufnahmebereitschaft von europäischen Kommunen und Städten fördern ~~und unterstützen.~~ , indem bundesweite Aufnahmeprogramme durchgesetzt werden, unabhängig von einer europaweiten Einigung zur Aufnahme von Geflüchteten.

Antrag 4.3.-Ä014: Änderungsantrag zu 4.3.

Laufende Nummer: 578 • Änderungsantrag zu 4.3.

Antragsteller*in:	SPD-UB Krefeld
Status:	erledigt durch 4.3.-Ä019
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 4.3.-Ä019
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 33

Wir werden die Genfer Flüchtlingskonvention verteidigen. Pushbacks sind eine eklatante Verletzung des Völkerrechts. Seenotrettung ist eine Verpflichtung aus dem internationalen Seerecht und darf nicht kriminalisiert werden. Im Rahmen eines umfassenden Ansatzes sollten legale Migrationswege geschaffen und die Ursachen von

Flucht und Vertreibung bekämpft werden. Wir werden eine Brücke zu lokalen Akteur*innen bauen und die Aufnahmebereitschaft von europäischen Kommunen und Städten fördern, indem bundesweite Aufnahmeprogramme durchgesetzt werden, unabhängig von einer europaweiten Einigung zur Aufnahme von Geflüchteten. Wir werden eine Brücke zu lokalen Akteuren

bauen und die Aufnahmebereitschaft von europäischen Kommunen und Städten fördern und unterstützen.

Antrag 4.3.-Ä015: Änderungsantrag zu 4.3.

Laufende Nummer: 603 • Änderungsantrag zu 4.3.

Antragsteller*in:	SPD OV Köln-Kalk
Status:	erledigt durch Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 22 - 28

~~Wir stehen für eine humanitäre und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union. Deshalb werden wir ein funktionsfähiges Europäisches Asylsystem mit dem notwendigen Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität voranbringen, das eine Reform des Dublin-Systems beinhaltet und das Recht auf Asyl vollumfänglich wahrt und gewährt. Das Asylsystem soll weiter europäisiert und das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen zu einer vollwertigen europäischen Asylagentur ausgebaut werden.-~~

Wir stehen für eine humanitäre und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union. Dass das Asylrecht und die Genfer Flüchtlingskonvention durch Abschottung eingeschränkt werden, wollen wir beenden. Wir wollen ein lebenswertes Europa, keine Festung. Wir bekennen uns zum Grundrecht auf Asyl und dessen vollumfänglicher Anwendung. Wir wollen rechtliche Regelungen für die Migration schaffen, die sich nicht vorwiegend an wirtschaftlichen Interessen, sondern verstärkt an humanitären Interessen orientieren.

Eine menschenrechtskonforme Flüchtlings- und Migrationspolitik muss wirksamen Rechtsschutz und Unterstützung für alle Flüchtenden gewährleisten. Deshalb müssen Fluchtwege geschaffen werden, auf denen Menschenleben nicht zusätzlich gefährdet werden. Wir wollen daher humanitäre Visa für legale Flucht- und Zugangswege nach Europa schaffen. Europäische „Hotspots“, wie die Lager auf Lesbos, müssen aufgelöst und die Menschen schnell aufgenommen werden. Schnellverfahren und Internierungen lehnen wir ab.

Auf EU-Ebene wollen wir ein faires Asylsystem schaffen, das die Interessen der Geflüchteten schützt und eine gerechte Zusammenarbeit in der EU ermöglicht. Daher setzen wir uns für eine Überarbeitung der Dublin-Konvention ein, um das Prinzip des Ersteinreiselandes und des sicheren Herkunfts- und Drittlandes zu überwinden. Für uns zählt der Einzelfall. Migrationsdeals zulasten der Flüchtlinge, wie mit der Türkei und vielen nordafrikanischen Staaten an den Außengrenzen Europas, lehnen wir ab.

Die Kriminalisierung von NGOs, insbesondere der Seenotrettung, muss beendet werden. Wir werden ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm schaffen und wollen Frontex auflösen

Antrag 4.3.-Ä016: Änderungsantrag zu 4.3.

Laufende Nummer: 604 • Änderungsantrag zu 4.3.

Antragsteller*in:	Kreisverband Jena
Status:	erledigt durch 4.3.-Ä003
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 4.3.-Ä003
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 31

Wir werden die Genfer Flüchtlingskonvention verteidigen. Pushbacks sind eine eklatante Verletzung des Völkerrechts. Seenotrettung ist eine Verpflichtung aus dem internationalen Seerecht und darf nicht kriminalisiert werden. Mit dem Leitgedanken ‚Jedes Menschenleben ist wertvoll‘ unterstützen wir alle Formen der Seenotrettung. Im Rahmen eines umfassenden Ansatzes sollten legale Migrationswege geschaffen und die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpft werden. Wir werden eine Brücke zu lokalen Akteuren bauen und die Aufnahmebereitschaft von europäischen Kommunen und Städten fördern und unterstützen.

Antrag 4.3.-Ä017: Änderungsantrag zu 4.3.

Laufende Nummer: 626 • Änderungsantrag zu 4.3.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Köln
Status:	erledigt durch 4.3.-Ä008
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 4.3.-Ä008
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 22 - 28

~~Wir stehen für eine humanitäre und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union. Deshalb werden wir ein funktionsfähiges Europäisches Asylsystem mit dem notwendigen Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität voranbringen, das eine Reform des Dublin-Systems beinhaltet und das Recht auf Asyl vollumfänglich wahrt und gewährt. Das Asylsystem soll weiter europäisiert und das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen zu einer vollwertigen europäischen Asylagentur ausgebaut werden.~~

Wir stehen für eine humanitäre und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union. Dass das Asylrecht und die Genfer Flüchtlingskonvention durch Abschottung eingeschränkt werden, wollen wir beenden. Wir wollen ein lebenswertes Europa, keine Festung. Wir bekennen uns zum Grundrecht auf Asyl und dessen vollumfänglicher Anwendung. Wir wollen rechtliche Regelungen für die Migration schaffen, die sich nicht vorwiegend an wirtschaftlichen Interessen, sondern verstärkt an humanitären Interessen orientieren.

Eine menschenrechtskonforme Flüchtlings- und Migrationspolitik muss wirksamen Rechtsschutz und Unterstützung für alle Flüchtenden gewährleisten. Deshalb müssen Fluchtwege geschaffen werden, auf denen Menschenleben nicht zusätzlich gefährdet werden. Wir wollen daher humanitäre Visa für legale Flucht- und Zugangswege nach Europa schaffen. Europäische „Hotspots“, wie die Lager auf Lesbos, müssen aufgelöst und die Menschen schnell aufgenommen werden. Schnellverfahren und Internierungen lehnen wir ab.

Auf EU-Ebene wollen wir ein faires Asylsystem schaffen, dass die Interessen der Geflüchteten schützt und eine gerechte Zusammenarbeit in der EU ermöglicht. Daher setzen wir uns für eine Überarbeitung der Dublin-Konvention ein, um das Prinzip des Ersteinreiselandes und des sicheren Herkunfts- und Drittlandes zu überwinden. Für uns zählt der Einzelfall. Migrationsdeals zulasten der Flüchtlinge, wie mit der Türkei und vielen nordafrikanischen Staaten an den Außengrenzen Europas, lehnen wir ab.

Die Kriminalisierung von NGOs, insbesondere der Seenotrettung, muss beendet werden. Wir werden ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm schaffen und wollen Frontex auflösen.

Antrag 4.3.-Ä018: Änderungsantrag zu 4.3.

Laufende Nummer: 681 • Änderungsantrag zu 4.3.

Antragsteller*in:	SPD-OV Wentorf
Status:	erledigt durch Programmmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Programmmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 22 - 28

~~Wir stehen für eine humanitäre und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union. Deshalb werden wir ein funktionsfähiges Europäisches Asylsystem mit dem notwendigen Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität voranbringen, das eine Reform des Dublin-Systems beinhaltet und das Recht auf Asyl vollumfänglich wahrt und gewährt. Das Asylsystem soll weiter europäisiert und das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen zu einer vollwertigen europäischen Asylagentur ausgebaut werden.~~

Wir wollen alles daran setzen, dass die Bundesrepublik ihren Teil dazu beiträgt, die 17 UN-Ziele für eine Nachhaltige Entwicklung zu verwirklichen, damit niemand mehr fliehen muss. Da dies noch nicht der Fall ist, kämpfen wir für eine humanitäre und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik in Deutschland und der europäischen Union. Unsere Grundlage Orientierung dafür ist die vollumfängliche Anwendung des Grundrechts auf Asyl und der Genfer Flüchtlingskonvention.

Abschiebungen lehnen wir ab, insbesondere in Konflikt- und Krisenregionen. Es muss ein Migrationsrecht geschaffen werden, dass sich nicht vorwiegend an wirtschaftlichen Interessen Deutschlands, sondern auch an humanitären Interessen orientiert.

Geflüchtete sind zügig dezentral unterzubringen und in der Wahrnehmung ihrer Rechte umfassen und unabhängig zu unterstützen; dafür muss es ausreichende öffentliche Förderung geben.

Wir wollen kurzfristig den Kommunen und Ländern die Aufnahme von Flüchtlingen ermöglichen. Wir wollen entsprechende regionale Initiativen auch in anderen europäischen Ländern unterstützen.

Eine menschenrechtskonforme Flüchtlings- und Migrationspolitik muss wirksamen Rechtsschutz und Unterstützung für alle Flüchtenden gewährleisten. Schnellverfahren und Internierungen lehnen wir ab. Es müssen Fluchtwege geschaffen werden, auf denen Menschenleben nicht zusätzlich gefährdet werden. Wir wollen daher humanitäre Visa für legale Flucht- und Zugangswege nach Europa schaffen. Europäische „Hotspots“, wie die schrecklichen Lager auf Lesbos, müssen aufgelöst und die Menschen schnell aufgenommen werden.

Auf EU-Ebene muss ein faires Asylsystem geschaffen werden, dass von den Interessen der Flüchtlinge schützt und eine gerechte Zusammenarbeit in der EU perspektivisch ermöglicht. Dafür muss die Dublin-Konvention überarbeitet werden, um das Prinzip des Ersteinreiselandes und des sicheren Herkunfts- und Drittlandes zu überwinden. Migrationsdeals zulasten der Flüchtlinge, wie

mit der Türkei und anderen Staaten an den Außengrenzen Europas, lehnen wir ab.

Die Kriminalisierung von NGO, insbesondere der Seenotrettung, muss beendet werden. Ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm muss geschaffen werden; Frontex ist aufzulösen.

Zeile 29 - 35

~~Wir werden die Genfer Flüchtlingskonvention verteidigen. Pushbacks sind eine eklatante Verletzung des Völkerrechts. Seenotrettung ist eine Verpflichtung aus dem internationalen Seerecht und darf nicht kriminalisiert werden. Im Rahmen eines umfassenden Ansatzes sollten legale Migrationswege geschaffen und die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpft werden. Wir werden eine Brücke zu lokalen Akteuren bauen und die Aufnahmebereitschaft von europäischen Kommunen und Städten fördern und unterstützen.~~

Antrag 4.3.-Ä019: Änderungsantrag zu 4.3.

Laufende Nummer: 716 • Änderungsantrag zu 4.3.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 35

Wir werden die Genfer Flüchtlingskonvention verteidigen. Pushbacks sind eine eklatante Verletzung des Völkerrechts. Seenotrettung ist eine Verpflichtung aus dem internationalen Seerecht und darf nicht kriminalisiert werden. Im Rahmen eines umfassenden Ansatzes sollten legale Migrationswege geschaffen und die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpft werden. Wir werden eine Brücke zu lokalen Akteuren bauen und die Aufnahmebereitschaft von europäischen Kommunen und Städten fördern und unterstützen.

Darum werden wir die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, dass die rd. 200 deutschen Kommunen, die sich im Rahmen der Initiative „Sichere Häfen“ bereit erklärt haben, aus humanitären Gründen Geflüchtete aus den Lagern in Griechenland und Bosnien aufzunehmen, dies tun können.

Antrag 4.3.-Ä020: Änderungsantrag zu 4.3.

Laufende Nummer: 520 • Änderungsantrag zu 4.3.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 26 - 28

Wir stehen für eine humanitäre und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union. Deshalb werden wir ein funktionsfähiges Europäisches Asylsystem mit dem notwendigen Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität voranbringen, das eine Reform des Dublin-Systems beinhaltet und das Recht auf Asyl

vollumfänglich wahrt und gewährt. Das ~~Asylsystem soll weiter europäisiert und das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen bauen wir zu einer ~~vollwertigen europäischen Asylagentur~~ ausgebaut werden. Organisation um, die zivilgesellschaftlichen Gruppen die Kontrolle der Vorgänge an den EU-Außengrenzen und auf dem Mittelmeer ermöglicht.~~

Antrag 4.4.-Ä001: Änderungsantrag zu 4.4.

Laufende Nummer: 231 • Änderungsantrag zu 4.4.

Antragsteller*in:	SPD OV Schwerin-Südstadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 41 - 44

Ob die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, die Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine, Cyberangriffe auf den Deutschen Bundestag oder die Anwendung des international geächteten chemischen Kampfstoffes Nowitschok zur Ausschaltung

innenpolitischer Gegner: Russland bricht regelmäßig internationales Recht ~~und~~ (Ermordung innenpolitischer Gegner wie Alexei Anatoljewitsch Nawalny) und belastet damit die Beziehungen zu seinen Nachbarn. Wir setzen, bei aller erforderlicher Kritik, auch bei Russland auf die Bereitschaft zum Dialog und zur Zusammenarbeit. Frieden in Europa ~~kann~~ sollte es nicht gegen, sondern nur mit Russland

geben. Wertvoll in den Beziehungen zu Russland sind die zivilgesellschaftlichen Kontakte, die wir weiter fördern und ausbauen wollen, auch durch Visaerleichterungen für den Austausch junger Menschen.

Antrag 4.4.-Ä002: Änderungsantrag zu 4.4.

Laufende Nummer: 311 • Änderungsantrag zu 4.4.

Antragsteller*in:	SPD-UB Düsseldorf
Status:	erledigt durch Zukunftsprogramm
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Zukunftsprogramm
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 54

Basierend auf den Werten und Prinzipien der OSZE verfolgen wir daher das Ziel einer neuen europäischen Ostpolitik, die den Fokus auf eine gemeinsame und kohärente EU-Politik gegenüber Russland legt. Eine konstruktive Dialogbereitschaft seitens Russlands ist Voraussetzung, um am Abbau von Spannungen zu arbeiten. Dazu zählt auch, dass der Weg zu einer friedlichen Lösung des Ukraine Konflikts und damit einhergehend die Beendigung der Sanktionen maßgeblich von der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen

abhängt. Menschenrechte und rechtsstaatliche Grundsätze müssen aber nicht nur in Staaten wie Russland geachtet werden. Vielmehr gilt dies umso mehr für Staaten, die der EU angehören. Wir werden daher alle nationalen Möglichkeiten ausnutzen, Staaten und Amtsträger*innen der EU-Mitgliedstaaten zu sanktionieren, die rechtsstaatliche Grundsätze nicht respektieren. Auch werden wir den deutschen Einfluss in der EU nutzen, um gegen derartige Staaten und Amtsträger*innen Sanktionen der EU durchzusetzen.

Antrag 4.4.-Ä003: Änderungsantrag zu 4.4.

Laufende Nummer: 329 • Änderungsantrag zu 4.4.

Antragsteller*in:	SPD-KV Eimsbüttel
Status:	erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 15

Die NATO ist und bleibt ein tragender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft und für Europas Sicherheit unverzichtbar. Parallel dazu muss die EU sicherheits- und verteidigungspolitisch eigenständiger werden. Die europäische Zusammenarbeit werden

wir ausbauen. ~~Unser Ziel bleibt~~ Wir wollen ein System Gemeinsamer Sicherheit in Europa zum Beispiel durch eine europäische Armee als Teil der Friedensmacht

Europa. Durch die Bündelung europäischer Rüstungskoooperation nutzen wir Synergien und sparen unnötige Mehrausgaben ein. Souverän muss Europa neue Rüstungskontroll- und Abrüstungsinitiativen für den europäischen Kontinent entwickeln, um frühzeitig auf die Risiken neuer Technologien und gefährliche Entwicklungen im Cyberbereich oder im Weltraum reagieren zu können.

Antrag 4.4.-Ä004: Änderungsantrag zu 4.4.

Laufende Nummer: 330 • Änderungsantrag zu 4.4.

Antragsteller*in:	SPD-KV Eimsbüttel
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 16 - 17

Die NATO ist und bleibt ein tragender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft und für Europas Sicherheit unverzichtbar. Parallel dazu muss die EU sicherheits- und verteidigungspolitisch eigenständiger werden. Die europäische Zusammenarbeit werden wir ausbauen. Unser Ziel bleibt eine europäische Armee als Teil der Friedensmacht

~~Europa. Durch die Bündelung europäischer Rüstungskooperation nutzen wir Synergien und sparen unnötige Mehrausgaben ein~~ Europa. Souverän muss Europa neue Rüstungskontroll- und Abrüstungsinitiativen für den europäischen Kontinent entwickeln, um frühzeitig auf die Risiken neuer Technologien und gefährliche Entwicklungen im Cyberbereich oder im Weltraum reagieren zu können.

Antrag 4.4.-Ä005: Änderungsantrag zu 4.4.

Laufende Nummer: 386 • Änderungsantrag zu 4.4.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 50

Basierend auf den Werten und Prinzipien der OSZE verfolgen wir daher das Ziel einer neuen europäischen Ostpolitik, die den Fokus auf eine gemeinsame und kohärente EU-

Politik gegenüber Russland legt. Wir werden einen neuen sicherheitspolitischen Dialog im Rahmen der OSZE mit Russland vorschlagen, um den Korfu-Prozess wiederzubeleben. Wir streben neue vertrauensbildende Maßnahmen mit Russland im Rahmen des Wiener Dokuments der OSZE an. Eine konstruktive Dialogbereitschaft seitens

Russlands ist Voraussetzung, um am Abbau von Spannungen zu arbeiten. Dazu zählt auch, dass der Weg zu einer friedlichen Lösung des Ukraine Konflikts und damit einhergehend die Beendigung der Sanktionen maßgeblich von der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen abhängt.

Antrag 4.4.-Ä006: Änderungsantrag zu 4.4.

Laufende Nummer: 523 • Änderungsantrag zu 4.4.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 3 - 4

Mehr Eigenständigkeit setzt höhere Handlungsfähigkeit voraus. Grundlegend dafür ist

~~die Einführung von Mehrheitsentscheiden in der Außenpolitik – statt des jetzigen Einstimmigkeitsprinzips~~ die Demokratisierung der Entscheidungsfindung in der EU, die das Parlament zum zentralen entscheidenden Organ machen wird, das durch die Direktwahl der EU-Kommission als europäische Regierung auch ein*e EU-Außenminister*in wählen wird. Auch das Amt des Hohen Vertreters der EU für Außen- und

Sicherheitspolitik sollte langfristig zu einem EU-Außenminister weiterentwickelt werden. Wir wollen eine gemeinsame Ausrichtung unserer globalen Entwicklungszusammenarbeit und deswegen unsere Kräfte in Europa bündeln.

Antrag 4.4.-Ä007: Änderungsantrag zu 4.4.

Laufende Nummer: 525 • Änderungsantrag zu 4.4.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 17

Die NATO ist und bleibt ein tragender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft und für Europas Sicherheit unverzichtbar. Parallel dazu muss die EU sicherheits- und verteidigungspolitisch eigenständiger werden. Die europäische Zusammenarbeit werden wir ausbauen. Unser Ziel bleibt eine europäische Armee als Teil der Friedensmacht Europa. Durch die Bündelung europäischer Rüstungskoooperation nutzen wir Synergien und

sparen unnötige Mehrausgaben ein. Rüstungsproduktion soll dabei verstaatlicht werden und ausschließlich dem Eigenbedarf dienen. Souverän muss Europa neue Rüstungskontroll- und Abrüstungsinitiativen für den europäischen Kontinent entwickeln, um frühzeitig auf die Risiken neuer Technologien und gefährliche Entwicklungen im Cyberbereich oder im Weltraum reagieren zu können.

Antrag 4.4.-Ä008: Änderungsantrag zu 4.4.

Laufende Nummer: 528 • Änderungsantrag zu 4.4.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 24

Die Nachbarschaft Europas im Süden wie im Osten ist durch Krisen sowie durch die wachsende Einflussnahme anderer Staaten geprägt. Diese Herausforderungen muss die EU durch eine konzeptionell neue ausgerichtete europäische Nachbarschaftspolitik

angehen. ~~Die~~ Wir unterstützen die Länder des Westbalkans werden wir integrieren Südosteuropas, die sich bereit erklären, der Europäischen Union beizutreten, ausdrücklich. Die Partnerschaft zwischen Europa und Afrika wollen wir politisch und wirtschaftlich deutlich ausbauen und auf ein neues Level der Zusammenarbeit heben.

Antrag 4.4.-Ä009: Änderungsantrag zu 4.4.

Laufende Nummer: 536 • Änderungsantrag zu 4.4.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	erledigt durch digitale Beschlussmatrix.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch digitale Beschlussmatrix.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 61

Die wachsende Bedeutung Chinas in der Welt hat zur Folge, dass eine globale Antwort auf die ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Herausforderungen unserer Zeit kaum ohne Peking vorstellbar ist.

Interessens- und Wertekonflikte mit China nehmen zu. Europa muss den Dialog mit China über Kooperation und Wettbewerb geschlossen, konstruktiv und kritisch führen. Die gravierenden Menschenrechtsverletzungen gegenüber Minderheiten, insbesondere

uigurischen Muslimen, verurteilen wir. Auch und insbesondere bei wirtschaftlichem Kontakte und Handel mit der Volksrepublik China legen wir großen Wert auf die Einhaltung menschenrechtlicher Standards. Wir sind bereit, uns Verbündete in der Weltgemeinschaft zu suchen, um den wirtschaftlichen Druck auf China zu erhöhen. Gleichzeitig muss das Verhindern einer jeden bewaffneten Auseinandersetzung an erster Stelle stehen. Für Honkong muss das international verbriefte

Prinzip „Ein Land - zwei Systeme“ gewahrt bleiben. Wir betrachten mit großer Sorge den wachsenden Druck auf Taiwan.

Antrag 4.4.-Ä010: Änderungsantrag zu 4.4.

Laufende Nummer: 685 • Änderungsantrag zu 4.4.

Antragsteller*in:	SPD-OV Wentorf
Status:	erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 15 - 17

Die NATO ist und bleibt ein tragender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft und für Europas Sicherheit unverzichtbar. Parallel dazu muss die EU sicherheits- und verteidigungspolitisch eigenständiger werden. Die europäische Zusammenarbeit werden

wir ausbauen. ~~Unser Ziel bleibt eine europäische Armee als Teil der Friedensmacht Europa. Durch die Bündelung europäischer Rüstungskooperation nutzen wir Synergien und sparen unnötige Mehrausgaben ein~~ Wir wollen ein System Gemeinsamer Sicherheit in Europa und weltweit.

Verständigung und die Weiterentwicklung von Vertragssystemen über internationale und europäische Abrüstung sind dafür wesentliche Bausteine. Souverän muss Europa neue

Rüstungskontroll- und

Abrüstungsinitiativen für den europäischen Kontinent entwickeln, um frühzeitig auf die Risiken neuer Technologien und gefährliche Entwicklungen im Cyberbereich oder im Weltraum reagieren zu können.

Antrag 4.4.-Ä011: Änderungsantrag zu 4.4.

Laufende Nummer: 718 • Änderungsantrag zu 4.4.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 15 - 17

Die NATO ist und bleibt ein tragender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft und für Europas Sicherheit unverzichtbar. Parallel dazu muss die EU sicherheits- und verteidigungspolitisch eigenständiger werden. Die europäische Zusammenarbeit werden

wir ausbauen. ~~Unser Ziel bleibt~~ Wir wollen ein System gemeinsamer Sicherheit in Europa und weltweit. Inwiefern eine europäische Armee ~~als Teil der Friedensmacht Europa. Durch die Bündelung europäischer Rüstungskoooperation nutzen wir Synergien und sparen unnötige Mehrausgaben ein~~ dazu beiträgt, kann verantwortbar erst nach einer umfassenden politischen und gesellschaftlichen Debatte und der sorgfältigen Würdigung aller Aspekte getroffen werden.

Souverän muss Europa neue Rüstungskontroll- und

Abrüstungsinitiativen für den europäischen Kontinent entwickeln, um frühzeitig auf die Risiken neuer Technologien und gefährliche Entwicklungen im Cyberbereich oder im Weltraum reagieren zu können.

Antrag 4.4.-Ä012: Änderungsantrag zu 4.4.

Laufende Nummer: 719 • Änderungsantrag zu 4.4.

Antragsteller*in:	Ortsverein Oldenburg Stadt 2 Stadtmitte-Süd
Status:	erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 58 - 59

Die wachsende Bedeutung Chinas in der Welt hat zur Folge, dass eine globale Antwort auf die ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Herausforderungen unserer Zeit kaum ohne Peking vorstellbar ist.

Interessens- und Wertekonflikte mit China nehmen zu. ~~Europa muss den Dialog mit China über Kooperation und Wettbewerb geschlossen, konstruktiv und kritisch führen. Die~~ China ist weiterhin eine totalitäre Diktatur. Das bisherige Prinzip "Wandel durch Handel" hat leider nicht zu einer Entwicklung des Landes in Richtung einer rechtsstaatlichen Demokratie geführt und muss überdacht werden. Im Interesse der Menschenrechte müssen wir Fortführung und Ausbau des weitgehend freien Handels mit China daran knüpfen, ob und inwieweit China in den kommenden Jahren einen Wandel hin zu demokratischen Grundsätzen einleitet. Die

gravierenden Menschenrechtsverletzungen gegenüber Minderheiten, insbesondere uigurischen Muslimen, verurteilen wir. Für Honkong muss das international verbrieftes Prinzip „Ein Land - zwei Systeme“ gewahrt bleiben. Wir betrachten mit großer Sorge den wachsenden Druck auf Taiwan.

Antrag 4.4.-Ä013: Änderungsantrag zu 4.4.

Laufende Nummer: 524 • Änderungsantrag zu 4.4.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 16

Die NATO ist und bleibt ein tragender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft und für Europas Sicherheit unverzichtbar. Parallel dazu muss die EU sicherheits- und verteidigungspolitisch eigenständiger werden. Die europäische Zusammenarbeit werden wir ausbauen. Unser Ziel bleibt eine europäische Armee als Teil der Friedensmacht

~~Europa~~ Europa. Als Friedensmacht ist es selbstverständlich, keine Auslandseinsätze ohne völkerrechtliche Legitimation durchzuführen. Hierfür soll eine vertragliche Verpflichtung aller EU-Staaten geschaffen werden. Durch die Bündelung europäischer Rüstungskooperation nutzen wir Synergien und

sparen unnötige Mehrausgaben ein. Souverän muss Europa neue Rüstungskontroll- und Abrüstungsinitiativen für den europäischen Kontinent entwickeln, um frühzeitig auf die Risiken neuer Technologien und gefährliche Entwicklungen im Cyberbereich oder im Weltraum reagieren zu können.

Antrag 4.4.-Ä014: Änderungsantrag zu 4.4.

Laufende Nummer: 756 • Änderungsantrag zu 4.4.

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen-Stadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 33 - 37

Es ist ganz klar im deutschen und europäischen Interesse, wenn wir mit Russland in Fragen der gemeinsamen Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle wie auch bei Klima, Nachhaltigkeit, Energie und der Bekämpfung von Pandemien gemeinsame Fortschritte erreichen. Wir ~~sehen jedoch auch, dass Europa~~ setzen auch bei Russland auf die Bereitschaft zum Dialog und zur Zusammenarbeit. Frieden in Europa kann es nicht gegen, sondern nur mit Russland geben. Wertvoll in den Beziehungen zu Russland ~~immer wieder Rückschlägen ausgesetzt sind. die zivilgesellschaftlichen Kontakte, die wir weiter fördern und ausbauen wollen, auch durch Visaerleichterungen für den Austausch junger Menschen.~~

Zeile 38 - 47

~~Ob die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, die Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine, Cyberangriffe auf den Deutschen Bundestag oder die Anwendung des international geächteten chemischen Kampfstoffes Nowitschok zur Ausschaltung innenpolitischer Gegner: Russland bricht regelmäßig internationales Recht und belastet damit die Beziehungen zu seinen Nachbarn. Wir setzen, bei aller erforderlicher Kritik, auch bei Russland auf die Bereitschaft zum Dialog und zur Zusammenarbeit. Frieden in Europa kann es nicht gegen, sondern nur mit Russland geben. Wertvoll in den Beziehungen zu Russland sind die zivilgesellschaftlichen Kontakte, die wir weiter fördern und ausbauen wollen, auch durch Visaerleichterungen für den Austausch junger Menschen.~~

Zeile 51 - 53

Basierend auf den Werten und Prinzipien der OSZE verfolgen wir daher das Ziel einer neuen europäischen Ostpolitik, die den Fokus auf eine gemeinsame und kohärente EU-Politik gegenüber Russland legt. Eine konstruktive Dialogbereitschaft seitens

Russlands ist die Voraussetzung, um aman den Abbau von Spannungen zu arbeiten. Dazu zählt auch, dass der Weg zu einer friedlichen Lösung des Ukraine Konflikts ~~und damit einhergehend die Beendigung der Sanktionen~~ maßgeblich von der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen abhängt.

Antrag 4.4.-Ä015: Änderungsantrag zu 4.4.

Laufende Nummer: 310 • Änderungsantrag zu 4.4.

Antragsteller*in:	Ortsverein Düsseldorf-Oberbilk
Status:	erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 26

Die Nachbarschaft Europas im Süden wie im Osten ist durch Krisen sowie durch die wachsende Einflussnahme anderer Staaten geprägt. Diese Herausforderungen muss die EU durch eine konzeptionell neue ausgerichtete europäische Nachbarschaftspolitik angehen. Die Länder des Westbalkans werden wir integrieren. Die Partnerschaft zwischen Europa und Afrika wollen wir politisch und wirtschaftlich deutlich ausbauen

und auf ein neues Level der Zusammenarbeit heben. Wir sind uns dabei der Unterschiedlichkeit und Vielfältigkeit der Länder auf dem afrikanischen Kontinent bewusst. Wir sehen die wirtschaftlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Fortschritte und werden diese weiter unterstützen. Wir wollen den wirtschaftlichen Austausch und fairen Handel zwischen Europa und Afrika stärken. Exporte aus der Europäischen Union, die heimische Märkte auf dem afrikanischen Kontinent stören, werden wir kritisch überprüfen. Das wirtschaftliche und unternehmerische Potenzial afrikanischer Länder bietet vielfältige Chancen für deutsche mittelständische Unternehmen. Wir werden wirtschaftliche Aktivitäten durch mehr Austausch und Vernetzung sowie Exportkreditgarantien fördern. Wir sehen die Innovationskraft afrikanischer Startups: Wir werden diese verstärkt mit deutschen Unternehmen und Startups vernetzen und voneinander lernen. Wir werden den kulturellen und künstlerischen Austausch intensivieren. Wir streben nach und nach Visaerleichterungen für Reisende aus der Region zu beruflichen und touristischen Zwecken an.

Antrag 4.5.-Ä001: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 218 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Münster
Status:	erledigt durch 4.5.-Ä008
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 4.5.-Ä008
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 31

Gute Arbeit und eine intakte Umwelt weltweit stärken gehört zur Kernaufgabe sozialdemokratischer Politik. Wir tun das, indem wir von Unternehmen weltweit die Einhaltung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten entlang globaler Lieferketten fordern. Es ist ein großer Erfolg der SPD, dass ein nationales

Lieferkettengesetz auf den Weg gebracht werden konnte. Wir werden es regelmäßig evaluieren und nötigenfalls gesetzgeberisch nachsteuern, sollten sich nicht alle mit dem Gesetz verbundenen Ziele erfolgreich umsetzen lassen. Nun wollen wir auch ein Gesetz

zur Rückverfolgung auf dem Weltmarkt gehandelten Güter auf europäischer Ebene verankern, mit verbindlichen und sanktionsbewehrte Regeln, Zugang zu Gerichten in Europa und Entschädigung der Opfer. Wir unterstützen ein VN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten, um Globalisierung im Sinne der Menschenrechte zu gestalten. Arbeit darf weder arm noch krank machen.

Antrag 4.5.-Ä002: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 219 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD OV Köln-Kalk
Status:	erledigt durch Zukunftsprogramm
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Zukunftsprogramm
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 26

Wir müssen die globale Erderwärmung auf weit unter zwei Grad halten und möglichst auf 1,5 Grad Celsius begrenzen. Dafür werden wir unsere eigenen Klimaschutzverpflichtungen gemäß des Pariser Klimaabkommens einlösen und weiter steigern. Darüber hinaus werden wir die Länder des Globalen Südens bei der Anpassung

an den Klimawandel in ihrer nachhaltigen Entwicklung unterstützen.

Wir werden den Kampf gegen den Klimawandel auch zu einem zentralen Thema unserer Außenpolitik und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit machen. Wir werden bei der internationalen Kooperation einen Schwerpunkt darin setzen, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu beenden. Insbesondere Afrika wollen wir beim Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung mit erneuerbaren Energien unterstützen.

Antrag 4.5.-Ä003: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 232 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD OV Schwerin-Südstadt
Status:	überwiesen an als Material an die SPD-Projektgruppe zur Frage der Bewaffnung von Drohnen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an als Material an die SPD-Projektgruppe zur Frage der Bewaffnung von Drohnen
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 118

Unsere Soldat*innen verdienen die bestmögliche Ausrüstung und den höchsten Grad an Ausbildung. Ausrüstung statt Aufrüstung - diesem Prinzip verpflichtet, haben wir wesentliche Beschaffungsvorhaben für die Bundeswehr vorangetrieben und setzen uns kontinuierlich für die Verbesserungen der persönlichen Ausrüstung und sozialen Absicherung ein. Zugleich werden wir die Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr weiter steigern. Wir stehen für den bestmöglichen Schutz unserer Soldat*innen. Dazu gehört auch der Einsatz von Drohnen. Die Entscheidung, ob diese auch bewaffnet werden

sollen, kann verantwortbar erst nach einer umfassenden zeitnah geführten politischen und gesellschaftlichen Debatte und der sorgfältigen Würdigung aller Aspekte getroffen werden.

Antrag 4.5.-Ä004: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 233 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD OV Schwerin-Südstadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 130

Wir setzen wir uns dafür ein, dass unbemannte bewaffnete Drohnen international erfasst und in ein internationales Regelwerk einbezogen werden, um dem Trend einer zeitlichen und räumlichen Entgrenzung militärischer Gewalt ebenso entgegenzuwirken wie den Befürchtungen einer technologischen und funktionalen Autonomie. Wie notwendig ein solches Regelwerk ist, hat nicht zuletzt der massive Einsatz von bewaffneten Drohnen als Angriffswaffen im Krieg zwischen Aserbaidschan und Armenien und im Libyen-Konflikt gezeigt. Dieser Einsatz hat neue Fragen aufgeworfen, die in einer umfassenden Debatte zu berücksichtigen sind.

Vor der Entscheidung über ein Nachfolgesystem des Kampfflugzeugs Tornado setzen wir uns für eine gewissenhafte, sachliche und sorgfältige Erörterung der ~~technischen~~-nuklearen Teilhabe ein.

Antrag 4.5.-Ä005: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 234 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD OV Schwerin-Südstadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 98

Bei der Entschärfung internationaler Krisen und der Vermittlung von Frieden nimmt Deutschland schon jetzt eine weltweite Führungsrolle ein. Das werden wir weiter ausbauen, indem wir das Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF) stärken und ein hochprofessionelles Team von Friedensemissären für das Führen von Verhandlungen

sowie von Expert*innen für demokratische Prozesse aufbauen. Friedensprozesse sind nur dann nachhaltig, wenn die Belange und Interessen

von Frauen stärker berücksichtigt und wenn sie an Aushandlungsprozessen beteiligt werden. Deshalb fordern wir, dass die VN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ konsequent umgesetzt und weiterentwickelt wird. Es gilt auf allen Ebenen der Anti-Gender-Bewegung entgegenzutreten.

Antrag 4.5.-Ä006: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 298 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD Ortsverein Bad Godesberg-Nord
Status:	erledigt durch Regierungshandeln
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Regierungshandeln
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 2 - 4

~~Wie in keiner anderen Partei gehören in der Sozialdemokratie internationale Solidarität, die universelle Geltung der Menschenrechte, Frieden und Dialog von Beginn an zum Grundverständnis unseres politischen Handelns.~~

Für die Sozialdemokratie gehören internationale Solidarität, die universelle Geltung der Menschenrechte, Frieden und Dialog von Beginn an zum Grundverständnis ihres politischen Handelns. Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Wir wollen den Frieden aktiv fördern, indem wir weltweite Gerechtigkeit und die Klimakrise in den Blick nehmen. Nur eine gerechte Welt kann auch dauerhaft friedlich werden. Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Deutschen Außenpolitik hin zu einer klaren Ausrichtung auf die Förderung des Friedens. Deshalb werden wir die Gesamtheit der deutschen Außenbeziehungen auf bilateraler, europäischer und multilateraler Ebene an den Zielen der Förderung des Friedens und der nachhaltigen Entwicklung (Agenda 2030) ausrichten.

Antrag 4.5.-Ä007: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 312 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD-UB Düsseldorf
Status:	erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 150 - 155

~~Für uns ist eine restriktive Rüstungsexportpolitik zentral. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Ausfuhr deutscher Rüstungsgüter in Staaten außerhalb von EU-, NATO- und denen gleichgestellten Ländern weiter eingeschränkt, die Kontrolle über Deutschland gehört noch immer zu den endgültigen Verbleib der Waffen ausgeweitet und absolute Ausnahmen fünf größten~~
Waffenexporteuren der Welt. Der Verkauf von Waffen an bestimmte Staaten und der Export von Waffen in bestimmte Regionen ist nicht nur im begründeten Einzelfall möglich sein werden – öffentlich nachvollziehbar dokumentiert. Das soll in einem Rüstungsexportgesetz festgeschrieben werden. mora-lich verwerflich, sondern verschärft auch inner- und zwischenstaatliche Konflikte. Wir werden daher dafür sorgen, dass deutsche Unternehmen keine Waffen und sonstige militärische Ausrüstung in Krisengebiete liefern. Dies gilt auch für Staaten, die zwar nicht in militärische Kon-flikte verwickelt sind, jedoch die Menschenrechte nicht achten. Die NATO ist ein Verteidigungs-bündnis, das hohe moralische Ansprüche geltend macht. Daher werden wir künftig auch Waffenlie-ferungen an Bündnispartner verhindern, die in militärische Konflikte verwickelt sind, die nicht durch die NATO oder UN gebilligt sind.

Auch mit unseren europäischen

Partnern werden wir eine Verschärfung der EU-Rüstungsexportvereinbarungen abstimmen. Für Staaten, die weder Mitglied der EU noch der NATO sind, ist eine Ratifizierung des Vertrags über Waffenhandel (ATT) und dessen konsequente Umsetzung zwingende Voraussetzung für jede Form der Rüstungskooperation.

Antrag 4.5.-Ä008: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 327 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 31

Gute Arbeit und eine intakte Umwelt weltweit stärken gehört zur Kernaufgabe sozialdemokratischer Politik. Wir tun das, indem wir von Unternehmen weltweit die Einhaltung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten entlang globaler Lieferketten fordern. Es ist ein großer Erfolg der SPD, dass ein nationales

Lieferkettengesetz auf den Weg gebracht werden konnte. -, das wir noch geschlechtergerecht ausgestalten werden.

Nun wollen wir auch ein Gesetz

zur Rückverfolgung auf dem Weltmarkt gehandelten Güter auf europäischer Ebene verankern, mit verbindlichen und sanktionsbewehrte Regeln, Zugang zu Gerichten in Europa und Entschädigung der Opfer. Wir unterstützen ein VN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten, um Globalisierung im Sinne der Menschenrechte zu gestalten. Arbeit darf weder arm noch krank machen.

Antrag 4.5.-Ä009: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 328 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 101

Bei der Entschärfung internationaler Krisen und der Vermittlung von Frieden nimmt Deutschland schon jetzt eine weltweite Führungsrolle ein. Das werden wir weiter ausbauen, indem wir das Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF) stärken und ein hochprofessionelles Team von Friedensemissären für das Führen von Verhandlungen aufbauen. Friedensprozesse sind nur dann nachhaltig, wenn die Belange und Interessen von Frauen stärker berücksichtigt und wenn sie an Aushandlungsprozessen beteiligt werden. Deshalb fordern wir, dass die VN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden,

Sicherheit“ konsequent umgesetzt und weiterentwickelt, die VN-Frauenrechtskonvention konsequent angewandt und bekannter gemacht wird.

Es gilt auf allen Ebenen der Anti-Gender-Bewegung entgegenzutreten.

Antrag 4.5.-Ä010: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 335 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD-KV Eimsbüttel
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 129 - 131

Wir setzen wir uns dafür ein, dass unbemannte bewaffnete Drohnen international erfasst und in ein internationales Regelwerk einbezogen werden, um dem Trend einer zeitlichen und räumlichen Entgrenzung militärischer Gewalt ebenso entgegenzuwirken wie den Befürchtungen einer technologischen und funktionalen Autonomie. Wie notwendig ein solches Regelwerk ist, hat nicht zuletzt der massive Einsatz von bewaffneten Drohnen als Angriffswaffen im Krieg zwischen Aserbaidschan und Armenien und im Libyen-Konflikt gezeigt. Dieser Einsatz hat neue Fragen aufgeworfen, die in einer umfassenden Debatte zu berücksichtigen sind.

~~Vor der Entscheidung über ein Nachfolgesystem des Kampfflugzeugs Tornado setzen wir uns~~Ziel sozialdemokratischer Politik ist atomare Abrüstung. Wir setzen uns daher für eine gewissenhafte, sachliche und sorgfältige Erörterung der technischen nuklearen Teilhabe ein. den Beitritt zum Atomwaffen-Verbotsvertrag der Vereinten Nationen ein. Die Anschaffung von Kampjets, die für den Transport von Atomwaffen ausgeru~~stet sind, lehnen wir ab.~~

Antrag 4.5.-Ä011: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 336 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD-KV Eimsbüttel
Status:	überwiesen an als Material an die Projektgruppe zur Frage der Bewaffnung von Drohnen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an als Material an die Projektgruppe zur Frage der Bewaffnung von Drohnen
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 117 - 120

Unsere Soldat*innen verdienen die bestmögliche Ausrüstung und den höchsten Grad an Ausbildung. Ausrüstung statt Aufrüstung - diesem Prinzip verpflichtet, haben wir wesentliche Beschaffungsvorhaben für die Bundeswehr vorangetrieben und setzen uns kontinuierlich für die Verbesserungen der persönlichen Ausrüstung und sozialen Absicherung ein. Zugleich werden wir die Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr weiter steigern. Wir stehen für den bestmöglichen Schutz unserer Soldat*innen. Dazu

gehört auch der Einsatz von Drohnen. ~~Die Entscheidung, ob diese auch bewaffnet werden sollen, kann verantwortbar erst nach einer umfassenden politischen und gesellschaftlichen Debatte und der sorgfältigen Würdigung aller Aspekte getroffen werden.~~

Kampfdrohnen bedeuten hingegen eine Entgrenzung des Krieges. Wir lehnen die Bewaffnung von Drohnen ab und setzen uns für ihre internationale Ächtung ein.

Antrag 4.5.-Ä012: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 342 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Köln
Status:	erledigt durch 4.5.-Ä002
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 4.5.-Ä002
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 26

Wir müssen die globale Erderwärmung auf weit unter zwei Grad halten und möglichst auf 1,5 Grad Celsius begrenzen. Dafür werden wir unsere eigenen Klimaschutzverpflichtungen gemäß des Pariser Klimaabkommens einlösen und weiter steigern. Darüber hinaus werden wir die Länder des Globalen Südens bei der Anpassung

an den Klimawandel in ihrer nachhaltigen Entwicklung unterstützen. Wir werden den Kampf gegen den Klimawandel auch zu einem zentralen Thema unserer Außenpolitik und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit machen. Wir werden bei der internationalen Kooperation einen Schwerpunkt darin setzen, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu beenden. Insbesondere Afrika wollen wir beim Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung mit erneuerbaren Energien unterstützen.

Antrag 4.5.-Ä013: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 393 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	erledigt durch Zukunftsprogramm
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Zukunftsprogramm
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 93

Die friedenspolitischen Herausforderungen nehmen zu. Gesundheitskrise, Klimawandel und Ungerechtigkeit verschärfen bestehende Konflikte und entfachen neue. Autonome Waffensysteme senken die Schwelle für kriegerische Handlungen, Kernwaffen erleben ein Comeback, digitaler Fortschritt macht uns verwundbar für Cyberangriffe. Dafür werden wir auf parlamentarischer Ebene einen Mechanismus einrichten, durch den neue Programme, Gesetze, Vorhaben daraufhin überprüft werden, ob sie friedenspolitischen

Zielen widersprechen. Wir werden die Instrumente zur Krisenprävention und Konfliktlösung ausbauen und die Haushaltsmittel dafür erhöhen.

Antrag 4.5.-Ä014: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 395 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 129 - 131

Wir setzen wir uns dafür ein, dass unbemannte bewaffnete Drohnen international erfasst und in ein internationales Regelwerk einbezogen werden, um dem Trend einer zeitlichen und räumlichen Entgrenzung militärischer Gewalt ebenso entgegenzuwirken wie den Befürchtungen einer technologischen und funktionalen Autonomie. Wie notwendig ein solches Regelwerk ist, hat nicht zuletzt der massive Einsatz von bewaffneten Drohnen als Angriffswaffen im Krieg zwischen Aserbaidschan und Armenien und im Libyen-Konflikt gezeigt. Dieser Einsatz hat neue Fragen aufgeworfen, die in einer umfassenden Debatte zu berücksichtigen sind.

~~Vor der Entscheidung über ein Nachfolgesystem des Kampfflugzeugs Tornado setzen wir uns für eine gewissenhafte, sachliche und sorgfältige Erörterung der technischen nuklearen Teilhabe ein.~~

Antrag 4.5.-Ä015: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 396 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	erledigt durch Dopplung
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Dopplung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 146

Der im Rahmen der Vereinten Nationen beschlossene und inzwischen in Kraft getretene Atomwaffenverbotsvertrag bringt eine weitere Dynamik in die Bemühungen für eine nuklearwaffenfreie Welt. Deutschland sollte als Beobachter bei der Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags die Intentionen des Vertrages konstruktiv begleiten. Auch setzen wir uns ein für den Beginn von Verhandlungen zwischen den USA und Russland zur verifizierbaren, vollständigen Abrüstung im substrategischen Bereich mit dem Ziel, die in Europa und in Deutschland stationierten

Atomwaffen endlich abzuziehen und zu vernichten. Vor der Entscheidung über ein Nachfolgesystem des Kampfflugzeugs Tornado setzen wir uns für eine gewissenhafte, sachliche und sorgfältige Erörterung der technischen nuklearen Teilhabe ein. Wir werden zudem Rüstungskontrolle

auch in den Bereichen Biotechnologie, Cyber und Künstliche Intelligenz etablieren. Die Ächtung autonomer tödlicher Waffensysteme bleibt unser Ziel. Bei allen Bemühungen um Abrüstung muss stärker als bisher auch China einbezogen werden.

Antrag 4.5.-Ä016: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 399 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	Bezirk Hessen-Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 143 - 146

Der im Rahmen der Vereinten Nationen beschlossene und inzwischen in Kraft getretene Atomwaffenverbotsvertrag bringt eine weitere Dynamik in die Bemühungen für eine nuklearwaffenfreie Welt. Deutschland sollte als Beobachter bei der Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags die Intentionen des Vertrages

konstruktiv begleiten und entscheidende Schritte unternehmen um den Vertrag zu unterzeichnen.

Auch setzen wir uns ein für den Beginn von Verhandlungen zwischen den USA und Russland zur verifizierbaren, vollständigen Abrüstung im substrategischen Bereich mit dem Ziel, die in Europa und in Deutschland stationierten Atomwaffen endlich abzuziehen und zu vernichten. Vor der Entscheidung über ein Nachfolgesystem des Kampfflugzeugs Tornado setzen wir uns für eine gewissenhafte, sachliche und sorgfältige Erörterung der technischen nuklearen Teilhabe ein. Wir werden zudem Rüstungskontrolle

auch in den Bereichen Biotechnologie, Cyber und Künstliche Intelligenz etablieren. Die Ächtung autonomer tödlicher Waffensysteme bleibt unser Ziel. Bei allen Bemühungen um Abrüstung muss stärker als bisher auch China einbezogen werden.

Antrag 4.5.-Ä017: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 413 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	Ortsverein Brüssel
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 43

Gesundheit ist ein globales öffentliches Gut. Diese Pandemie kann nur durch europäische und internationale Solidarität überwunden werden. Die Krise ist erst vorbei, wenn es schnell global genügend Impfstoff gibt. Wir setzen uns daher für die Einrichtung eines globalen Gesundheitsfonds ein und für die finanzielle und substanzielle Förderung der globalen Impfkampagne der Weltgesundheitsorganisation, COVAX, für den weltweiten Zugang zu SARS-CoV-2-Impfstoffen. Unsere Schwerpunkte liegen auf den Aus-

und Aufbau öffentlicher Gesundheitssysteme, der Verbesserung des Zugangs zu Arzneimitteln und Impfstoffen, mehr Transparenz sowie auf der gesundheitlichen Bildung und damit einhergehend auf der Stärkung sexueller und reproduktiver Gesundheit. Wir arbeiten auch daran, dass die Weltgesundheitsorganisation WHO durch einen mutigen Reformprozess gestärkt wird.

Wir setzen uns dafür ein, den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (ODA-Quote) von mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens einzuhalten. Davon sollen 0,2 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die ärmsten Entwicklungsländer (LDCs) verwendet werden.

Antrag 4.5.-Ä018: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 414 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	Ortsverein Brüssel
Status:	Sonstiges Annahme in Z. 35 in Kapitel 4.3.
Empfehlung der Antragskommission:	Sonstiges Annahme in Z. 35 in Kapitel 4.3.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 57

Menschen, die durch Konflikte, Epidemien oder Naturkatastrophen in Not geraten sind, bedürfen unserer Hilfe. Als reiches Industrieland werden wir unser Engagement für humanitäre Hilfe weiterhin an den steigenden humanitären Bedarfen orientieren und daran arbeiten, die Basis der internationalen Geber zu stärken und auszuweiten.

Zusätzlich fordern wir die Einrichtung innerhalb der Europäischen Union eines gemeinsamen Impfkontingents für Geflüchtete, um Menschen unabhängig von ihrem Unterbringungsort versorgen zu können. Die Verantwortung darf nicht auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen abgewälzt werden. Darüber hinaus gilt für uns weiterhin: Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtlinge.

Zusammen mit Partnerländern werden wir uns deshalb dafür einsetzen, dass der Globale Pakt für Migration umfassend umgesetzt wird.

Antrag 4.5.-Ä019: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 501 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	03/13 Prenzlauer Berg NO
Status:	erledigt durch 4.5.-Ä008
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 4.5.-Ä008
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 31

Gute Arbeit und eine intakte Umwelt weltweit stärken gehört zur Kernaufgabe sozialdemokratischer Politik. Wir tun das, indem wir von Unternehmen weltweit die Einhaltung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten entlang globaler Lieferketten fordern. Es ist ein großer Erfolg der SPD, dass ein nationales

Lieferkettengesetz auf den Weg gebracht werden konnte. Wir setzen uns dafür ein, dass das Lieferkettengesetz eine wirksame Haftungsregel erhält, um die Rechte von Betroffenen zu stärken.

Nun wollen wir auch ein Gesetz

zur Rückverfolgung auf dem Weltmarkt gehandelten Güter auf europäischer Ebene verankern, mit verbindlichen und sanktionsbewehrte Regeln, Zugang zu Gerichten in Europa und Entschädigung der Opfer. Wir unterstützen ein VN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten, um Globalisierung im Sinne der Menschenrechte zu gestalten. Arbeit darf weder arm noch krank machen.

Antrag 4.5.-Ä020: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 537 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 4

Wie in keiner anderen Partei gehören in der Sozialdemokratie internationale Solidarität, die universelle Geltung der Menschenrechte, Frieden und Dialog von

Beginn an zum Grundverständnis unseres politischen Handelns. Daher werden wir jedes Handeln in Parlament und Regierung den Zielen der Schaffung globaler Gerechtigkeit und einer Gleichbehandlung aller Menschen, ungeachtet ihres Wohnortes, ihrer Herkunft oder ihres Aufenthaltsstatus, unterordnen.

Antrag 4.5.-Ä021: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 539 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 22 - 23

Wir müssen die globale Erderwärmung auf ~~weit unter zwei Grad halten und möglichst auf~~ 1,5 Grad Celsius begrenzen und alles dafür geben dieses Ziel zu erreichen!. Dafür werden wir unsere eigenen

Klimaschutzverpflichtungen gemäß des Pariser Klimaabkommens einlösen und weiter steigern. Darüber hinaus werden wir die Länder des Globalen Südens bei der Anpassung an den Klimawandel in ihrer nachhaltigen Entwicklung unterstützen.

Antrag 4.5.-Ä022: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 541 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 35 - 36

Gute Arbeit und eine intakte Umwelt weltweit stärken gehört zur Kernaufgabe sozialdemokratischer Politik. Wir tun das, indem wir von Unternehmen weltweit die Einhaltung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten entlang globaler Lieferketten fordern. Es ist ein großer Erfolg der SPD, dass ein nationales Lieferkettengesetz auf den Weg gebracht werden konnte. Nun wollen wir auch ein Gesetz zur Rückverfolgung auf dem Weltmarkt gehandelten Güter auf europäischer Ebene verankern, mit verbindlichen und sanktionsbewehrte Regeln, Zugang zu Gerichten in Europa und Entschädigung der Opfer. Wir unterstützen ein VN-Abkommen zu Wirtschaft

und Menschenrechten, um ~~Globalisierung im Sinne der Menschenrechte zu gestalten. Arbeit darf weder arm noch krank machen.~~ die Folgen einer unregulierten Weltwirtschaft, wie beispielsweise Kinderarbeit, moderne Sklaverei, Hunger und Krankheit, entschlossen und ausnahmslos entgegenzutreten.

Antrag 4.5.-Ä023: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 529 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Lindenthal
Status:	erledigt durch 4.5.-Ä002
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 4.5.-Ä002
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 26

Wir müssen die globale Erderwärmung auf weit unter zwei Grad halten und möglichst auf 1,5 Grad Celsius begrenzen. Dafür werden wir unsere eigenen Klimaschutzverpflichtungen gemäß des Pariser Klimaabkommens einlösen und weiter steigern. Darüber hinaus werden wir die Länder des Globalen Südens bei der Anpassung

an den Klimawandel in ihrer nachhaltigen Entwicklung unterstützen. Wir werden den Kampf gegen den Klimawandel auch zu einem zentralen Thema unserer Außenpolitik und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit machen. Wir werden bei der internationalen Kooperation einen Schwerpunkt darin setzen, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu beenden. Insbesondere Afrika wollen wir beim Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung mit erneuerbaren Energien unterstützen.

Antrag 4.5.-Ä024: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 550 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	erledigt durch 4.3.
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch 4.3.
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 52

Gesundheit ist ein globales öffentliches Gut. Unsere Schwerpunkte liegen auf den Aus- und Aufbau öffentlicher Gesundheitssysteme, der Verbesserung des Zugangs zu Arzneimitteln und Impfstoffen, mehr Transparenz sowie auf der gesundheitlichen Bildung und damit einhergehend auf der Stärkung sexueller und reproduktiver Gesundheit. Wir arbeiten auch daran, dass die Weltgesundheitsorganisation WHO durch einen mutigen Reformprozess gestärkt wird.

Wir setzen uns dafür ein, den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (ODA-Quote) von mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens einzuhalten. Davon sollen 0,2 Prozent des

Bruttonationaleinkommens für die ärmsten Entwicklungsländer (LDCs) verwendet werden.

Dabei hören wir die Stimmen aus den Globalen Süden, die uns darauf aufmerksam machen, dass die Bemühungen europäischer Entwicklungszusammenarbeit in den letzten Jahrzehnten nicht zur Beseitigung globaler Ungerechtigkeiten und Machtgefälle geführt hat. Wir müssen daher einen Schritt weitergehen und die wirtschaftlichen Aktivitäten Europas dementsprechend regulieren, dass sie eine Angleichung der Lebensstandards auf der ganzen Welt ermöglichen, allen Menschen gleichermaßen Zugang zu Wohlstand und den Ressourcen ihrer Umwelt schaffen und eine nachhaltige, klimaneutrale Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft global vorantreibt.

Antrag 4.5.-Ä025: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 551 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 57

Menschen, die durch Konflikte, Epidemien oder Naturkatastrophen in Not geraten sind, bedürfen unserer Hilfe. Als reiches Industrieland werden wir unser Engagement für humanitäre Hilfe weiterhin an den steigenden humanitären Bedarfen orientieren und daran arbeiten, die Basis der internationalen Geber zu stärken und auszuweiten.

Darüber hinaus gilt für uns weiterhin: Fluchtursachen bekämpfen, nicht ~~Flüchtlinge.~~ Geflüchtete. Zusammen mit Partnerländern werden wir uns deshalb dafür einsetzen, dass der Globale Pakt für Migration umfassend umgesetzt wird.

Antrag 4.5.-Ä026: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 553 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 93

Die friedenspolitischen Herausforderungen nehmen zu. Gesundheitskrise, Klimawandel und Ungerechtigkeit verschärfen bestehende Konflikte und entfachen neue. Autonome Waffensysteme senken die Schwelle für kriegerische Handlungen, Kernwaffen erleben ein Comeback, digitaler Fortschritt macht uns verwundbar für Cyberangriffe. Dafür werden wir auf parlamentarischer Ebene einen Mechanismus einrichten, durch den neue Programme, Gesetze, Vorhaben daraufhin überprüft werden, ob sie friedenspolitischen

Zielen widersprechen. Wo das der Fall ist, werden wir Gesetzesinitiativen nicht unterstützen.

Antrag 4.5.-Ä027: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 554 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 103 - 110

~~Zur~~Wir werden die Rolle der Bundeswehr bei der Sicherung ~~des Friedens- und der Verteidigung-~~ leistet die Bundeswehr einen verantwortungsvollen Beitrag. Wir stehen für das Primat der Politik und für das Leitbild der Inneren Führung der Soldat*innen als Staatsbürger*innen in Uniform. Für uns steht fest, dass wir nur mit einer gut ausgestatteten und modernen Bundeswehr unseren Aufgaben als zuverlässiger Partner in Europa und der NATO gerecht werden können. Unsere Soldat*innen können sich von Frieden und Verteidigungsfähigkeit kritisch beleuchten. Wir stehen für eine Bundeswehr, die auf ~~uns~~ Landesverteidigung und humanitäre Einsätze ausgerichtet ist. Wir sind der Auffassung, dass eine gut ausgestattete Armee ohne eine Koppelung der Erhöhung von Militärausgaben an das Bruttoinlandsprodukt möglich ist, und stehen für eine Begrenzung der Militärausgaben. Unsere Soldat*innen können sich darauf verlassen. ~~Wir haben daher nach vielen Jahren immer neuer Sparrunden die Investitionen im Verteidigungshaushalt erhöht,~~ dass wir gegen rechtsradikale, neo-nazistische sowie gewaltverherrlichende Strukturen und Personalien in der Bundeswehr entschlossen vorgehen werden.

Antrag 4.5.-Ä028: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 555 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	überwiesen an als Material an die SPD-Projektgruppe zur Frage der Bewaffnung von Drohnen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an als Material an die SPD-Projektgruppe zur Frage der Bewaffnung von Drohnen
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 122 - 125

Wir setzen wir uns dafür ein, dass unbemannte bewaffnete Drohnen international

~~erfasst und in ein internationales Regelwerk einbezogen~~ geächtet werden, um dem Trend einer zeitlichen und räumlichen Entgrenzung militärischer Gewalt ebenso entgegenzuwirken wie den Befürchtungen einer technologischen und funktionalen Autonomie. Wie notwendig ~~ein solches Regelwerk~~ eine solche Ächtung ist, hat nicht zuletzt der massive Einsatz von bewaffneten Drohnen als Angriffswaffen im Krieg zwischen Aserbaidshan und Armenien und im Libyen-Konflikt gezeigt. Dieser Einsatz hat neue Fragen aufgeworfen, die in einer umfassenden Debatte zu berücksichtigen sind.

Vor der Entscheidung über ein Nachfolgesystem des Kampfflugzeugs Tornado setzen wir uns für eine gewissenhafte, sachliche und sorgfältige Erörterung der technischen nuklearen Teilhabe ein.

Antrag 4.5.-Ä029: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 556 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 130 - 131

Wir setzen wir uns dafür ein, dass unbemannte bewaffnete Drohnen international erfasst und in ein internationales Regelwerk einbezogen werden, um dem Trend einer zeitlichen und räumlichen Entgrenzung militärischer Gewalt ebenso entgegenzuwirken wie den Befürchtungen einer technologischen und funktionalen Autonomie. Wie notwendig ein solches Regelwerk ist, hat nicht zuletzt der massive Einsatz von bewaffneten Drohnen als Angriffswaffen im Krieg zwischen Aserbaidschan und Armenien und im Libyen-Konflikt gezeigt. Dieser Einsatz hat neue Fragen aufgeworfen, die in einer umfassenden Debatte zu berücksichtigen sind.

Vor der Entscheidung über ein Nachfolgesystem des Kampfflugzeugs Tornado setzen wir uns für eine gewissenhafte, sachliche und sorgfältige Erörterung ~~der technischen nuklearen Teilhabe~~ ein.

Antrag 4.5.-Ä030: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 557 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 141 - 143

Der im Rahmen der Vereinten Nationen beschlossene und inzwischen in Kraft getretene Atomwaffenverbotsvertrag bringt eine weitere Dynamik in die Bemühungen für eine nuklearwaffenfreie Welt. Deutschland sollte ~~als Beobachter bei der Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags die Intentionen des Vertrages konstruktiv begleiten~~Deutschland soll dem Abkommen beitreten. Auch setzen wir uns ein für den Beginn von Verhandlungen zwischen den USA und Russland zur verifizierbaren, vollständigen Abrüstung im substrategischen Bereich mit dem Ziel, die in Europa und in Deutschland stationierten Atomwaffen endlich abzuziehen und zu vernichten. Wir werden zudem Rüstungskontrolle auch in den Bereichen Biotechnologie, Cyber und Künstliche Intelligenz etablieren. Die Ächtung autonomer tödlicher Waffensysteme bleibt unser Ziel. Bei allen Bemühungen um Abrüstung muss stärker als bisher auch China einbezogen werden.

Antrag 4.5.-Ä031: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 559 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 152

Für uns ist eine restriktive Rüstungsexportpolitik zentral. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Ausfuhr deutscher Rüstungsgüter in Staaten außerhalb von EU-,

NATO- und denen gleichgestellten Ländern ~~weiter eingeschränkt~~ vollständig untersagt, die Kontrolle über den

endgültigen Verbleib der Waffen ausgeweitet und absolute Ausnahmen nur im begründeten Einzelfall möglich sein werden - öffentlich nachvollziehbar dokumentiert. Das soll in einem Rüstungsexportgesetz festgeschrieben werden. Auch mit unseren europäischen Partnern werden wir eine Verschärfung der EU-Rüstungsexportvereinbarungen abstimmen. Für Staaten, die weder Mitglied der EU noch der NATO sind, ist eine Ratifizierung des Vertrags über Waffenhandel (ATT) und dessen konsequente Umsetzung zwingende Voraussetzung für jede Form der Rüstungskooperation.

Antrag 4.5.-Ä032: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 567 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD-LV Bayern
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 173

Alle unsere Anstrengungen können jedoch nur gelingen, wenn wir die Vereinten Nationen darin unterstützen, ihren Auftrag der Friedenssicherung, Förderung nachhaltiger Entwicklung und Wahrung der Menschenrechte zu erfüllen. Wir wissen: Reformen der Vereinten Nationen sind hierfür dringend notwendig. Diese werden wir vorantreiben.

Unser Ziel ist ein ständiger europäischer Sitz und eine ~~angemessene~~ deutlich erhöhte Repräsentanz des Globalen Südens im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Antrag 4.5.-Ä033: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 653 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	08/01 Rixdorf
Status:	erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 48 - 51

Gesundheit ist ein globales öffentliches Gut. Unsere Schwerpunkte liegen auf den Aus- und Aufbau öffentlicher Gesundheitssysteme, der Verbesserung des Zugangs zu Arzneimitteln und Impfstoffen, mehr Transparenz sowie auf der gesundheitlichen Bildung und damit einhergehend auf der Stärkung sexueller und reproduktiver Gesundheit. Wir arbeiten auch daran, dass die Weltgesundheitsorganisation WHO durch

einen mutigen Reformprozess gestärkt wird.

Wir setzen uns dafür ein, den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (ODA-Quote) über das Mindestziel von ~~mindestens~~ 0,7 Prozent des ~~Bruttonationaleinkommens einzuhalten~~ Bruttonationaleinkommens weiterzuentwickeln. Ziel muss die tatsächliche Deckung der globalen Bedarfe der Agenda 2030 sein. Davon sollen 0,2 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die ärmsten Entwicklungsländer (LDCs) verwendet werden.

Antrag 4.5.-Ä034: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 654 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	08/01 Rixdorf
Status:	erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 155

Für uns ist eine restriktive Rüstungsexportpolitik zentral. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Ausfuhr deutscher Rüstungsgüter in Staaten außerhalb von EU-, NATO- und denen gleichgestellten Ländern weiter eingeschränkt, die Kontrolle über den endgültigen Verbleib der Waffen ausgeweitet und absolute Ausnahmen nur im begründeten Einzelfall möglich sein werden - öffentlich nachvollziehbar dokumentiert. Das soll in

einem Rüstungsexportgesetz festgeschrieben werden. Rüstungsexporte in Staaten, in denen die Einhaltung der Menschenrechte nicht gewährt ist, lehnen wir ausnahmslos ab. Auch mit unseren europäischen

Partnern werden wir eine Verschärfung der EU-Rüstungsexportvereinbarungen abstimmen. Für Staaten, die weder Mitglied der EU noch der NATO sind, ist eine Ratifizierung des Vertrags über Waffenhandel (ATT) und dessen konsequente Umsetzung zwingende Voraussetzung für jede Form der Rüstungskooperation.

Antrag 4.5.-Ä035: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 656 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	Kreis Hamburg-Nord
Status:	erledigt durch Zukunftsprogramm
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Zukunftsprogramm
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 36

Gute Arbeit und eine intakte Umwelt weltweit stärken gehört zur Kernaufgabe sozialdemokratischer Politik. Wir tun das, indem wir von Unternehmen weltweit die Einhaltung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten entlang globaler Lieferketten fordern. Es ist ein großer Erfolg der SPD, dass ein nationales Lieferkettengesetz auf den Weg gebracht werden konnte. Nun wollen wir auch ein Gesetz zur Rückverfolgung auf dem Weltmarkt gehandelten Güter auf europäischer Ebene verankern, mit verbindlichen und sanktionsbewehrte Regeln, Zugang zu Gerichten in Europa und Entschädigung der Opfer. Wir unterstützen ein VN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten, um Globalisierung im Sinne der Menschenrechte zu gestalten.

Arbeit darf weder arm noch krank machen. Damit auch im globalen Wettbewerb niemand von niedrigen Standards zulasten von Menschenrechten und Umwelt profitiert, unterstützen wir den aktuellen Prozess für einen verbindlichen, völkerrechtlichen Vertrag zu Wirtschaft und Menschenrechten.

Antrag 4.5.-Ä036: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 659 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	Unterbezirk Köln
Status:	erledigt durch Zukunftsprogramm
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Zukunftsprogramm
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 159

Für uns ist eine restriktive Rüstungsexportpolitik zentral. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Ausfuhr deutscher Rüstungsgüter in Staaten außerhalb von EU-, NATO- und denen gleichgestellten Ländern weiter eingeschränkt, die Kontrolle über den endgültigen Verbleib der Waffen ausgeweitet und absolute Ausnahmen nur im begründeten Einzelfall möglich sein werden - öffentlich nachvollziehbar dokumentiert. Das soll in einem Rüstungsexportgesetz festgeschrieben werden. Auch mit unseren europäischen Partnern werden wir eine Verschärfung der EU-Rüstungsexportvereinbarungen abstimmen. Für Staaten, die weder Mitglied der EU noch der NATO sind, ist eine Ratifizierung des Vertrags über Waffenhandel (ATT) und dessen konsequente Umsetzung zwingende

Voraussetzung für jede Form der Rüstungskooperation.

Wir werden die wissenschaftliche und geschichtsdidaktische Aufbereitung der Zeitzeugenberichte und des Quellenmaterials zur NS-Zeit besser unterstützen. Wir werden kleine Initiativen und Gedenkort stärker unterstützen und eingedenk des Versterbens von Zeitzeugen die Entwicklung neuer Formen der Gedenkkultur fördern. Wir werden die Bundesstiftung Aufarbeitung stärken, damit auch das Engagement der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur landesweit mehr Unterstützung erhält.

Antrag 4.5.-Ä037: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 662 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD OV Köln-Kalk
Status:	erledigt durch Regierungshandeln
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Regierungshandeln
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 2 - 4

~~Wie in keiner anderen Partei gehören in der Sozialdemokratie internationale Solidarität, die universelle Geltung der Menschenrechte,~~ Die SPD hat sich immer als Friedenspartei verstanden und ist stolz auf die Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr. Diese Politik muss wieder konsequent verfolgt werden. Wir müssen wieder deutlich machen, dass Frieden ~~und Dialog von Beginn an zum Grundverständnis unseres politischen Handelns.~~ mehr ist als die Abwesenheit von Krieg. Sozialdemokratische Außenpolitik muss die Friedensidee wieder umfassend und thematisch breit fördern. Die verschiedenen globalen und regionalen Krisen der letzten Jahre machen überdeutlich, dass wir uns wieder an unseren ursprünglichen Leitbildern orientieren müssen.

Die Gesamtheit der deutschen Außenbeziehungen auf bilateraler, europäischer und multilateraler Ebene wird an den Zielen der Förderung des Friedens und der nachhaltigen Entwicklung (Agenda 2030) ausgerichtet. Wir sprechen uns damit für einen grundlegenden Perspektivwechsel von einem vorrangorientierten sicherheitspolitisch geprägten Denken hin zu einem friedenspolitischen zivilen und auf die Verwirklichung der UN-Entwicklungsziele orientierten Ansatz aus.

Antrag 4.5.-Ä038: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 666 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD OV Köln-Kalk
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 110

Zur Sicherung des Friedens- und der Verteidigung leistet die Bundeswehr einen verantwortungsvollen Beitrag. Wir stehen für das Primat der Politik und für das Leitbild der Inneren Führung der Soldat*innen als Staatsbürger*innen in Uniform. Für uns steht fest, dass wir nur mit einer gut ausgestatteten und modernen Bundeswehr unseren Aufgaben als zuverlässiger Partner in Europa und der NATO gerecht werden können. Unsere Soldat*innen können sich auf uns verlassen. Wir haben daher nach vielen Jahren immer neuer Sparrunden die Investitionen im Verteidigungshaushalt

erhöht.

Die unter dem Druck amerikanischer Administration, der NATO-Führung und der Verteidigungsministerin forcierte schrittweise Erhöhung des Militärhaushaltes auf 2% lehnen wir ab und muss rückgängig gemacht werden. Wir wollen darüber hinaus die Auslandseinsätze der Bundeswehr kritisch auswerten, die Friedensforschung an den Hochschulen stärken und Alternativen ziviler Konfliktbewältigung entwickeln.

Antrag 4.5.-Ä039: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 667 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD OV Köln-Kalk
Status:	überwiesen an als Material an die SPD-Projektgruppe zur Frage der Bewaffnung von Drohnen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an als Material an die SPD-Projektgruppe zur Frage der Bewaffnung von Drohnen
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 117 - 120

Unsere Soldat*innen verdienen die bestmögliche Ausrüstung und den höchsten Grad an Ausbildung. Ausrüstung statt Aufrüstung - diesem Prinzip verpflichtet, haben wir wesentliche Beschaffungsvorhaben für die Bundeswehr vorangetrieben und setzen uns kontinuierlich für die Verbesserungen der persönlichen Ausrüstung und sozialen Absicherung ein. Zugleich werden wir die Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr weiter steigern. Wir stehen für den bestmöglichen Schutz unserer Soldat*innen. Dazu

gehört auch der Einsatz von Drohnen. ~~Die Entscheidung, ob diese auch bewaffnet werden sollen, kann verantwortbar erst nach einer umfassenden politischen und gesellschaftlichen Debatte und der sorgfältigen Würdigung aller Aspekte getroffen werden.~~ Kampfdrohnen bedeuten hingegen eine Entgrenzung des Krieges. Wir lehnen die Bewaffnung von Drohnen ab und setzen uns für ihre internationale Ächtung ein,

Zeile 121 - 122

~~Wir setzen wir uns dafür ein, dass unbemannte bewaffnete Drohnen international erfasst und in ein internationales Regelwerk einbezogen werden,~~ um dem Trend einer zeitlichen und räumlichen Entgrenzung militärischer Gewalt ebenso entgegenzuwirken wie den Befürchtungen einer technologischen und funktionalen Autonomie. Wie notwendig ein solches Regelwerk ist, hat nicht zuletzt der massive Einsatz von bewaffneten Drohnen als Angriffswaffen im Krieg zwischen Aserbaidschan und Armenien und im Libyen-Konflikt gezeigt. Dieser Einsatz hat neue Fragen aufgeworfen, die in einer umfassenden Debatte zu berücksichtigen sind. Vor der Entscheidung über ein Nachfolgesystem des Kampfflugzeugs Tornado setzen wir uns für eine gewissenhafte, sachliche und sorgfältige Erörterung der technischen nuklearen Teilhabe ein.

Antrag 4.5.-Ä040: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 669 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD OV Köln-Kalk, SPD-OV Wentorf
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 129 - 131

Wir setzen wir uns dafür ein, dass unbemannte bewaffnete Drohnen international erfasst und in ein internationales Regelwerk einbezogen werden, um dem Trend einer zeitlichen und räumlichen Entgrenzung militärischer Gewalt ebenso entgegenzuwirken wie den Befürchtungen einer technologischen und funktionalen Autonomie. Wie notwendig ein solches Regelwerk ist, hat nicht zuletzt der massive Einsatz von bewaffneten Drohnen als Angriffswaffen im Krieg zwischen Aserbaidschan und Armenien und im Libyen-Konflikt gezeigt. Dieser Einsatz hat neue Fragen aufgeworfen, die in einer umfassenden Debatte zu berücksichtigen sind.

~~Vor der Entscheidung über ein Nachfolgesystem des Kampfflugzeugs Tornado setzen wir uns für eine gewissenhafte, sachliche und sorgfältige Erörterung der technischen nuklearen Teilhabe ein.~~
Ziel sozialdemokratischer Politik ist atomare Abrüstung. Wir setzen uns daher für den Beitritt zum Atomwaffen-Verbotsvertrag der Vereinten Nationen sowie für den Abzug amerikanischer Atomwaffen aus Deutschland ein. Die Anschaffung von Kampfjets, die für den Transport von Atomwaffen ausgerüstet sind, lehnen wir ab.

Antrag 4.5.-Ä041: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 671 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD OV Köln-Kalk
Status:	erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 150 - 155

Für uns ist eine restriktive Rüstungsexportpolitik zentral. Wir ~~werden uns dafür einsetzen~~lehnen es ab, dass ~~die Ausfuhr deutscher Rüstungsgüter in Staaten außerhalb von EU-, NATO- und denen gleichgestellten Ländern weiter eingeschränkt, die Kontrolle über den endgültigen Verbleib der Waffen ausgeweitet und absolute Ausnahmen nur~~Waffenexporte im begründeten Einzelfall möglich sein werden – öffentlich nachvollziehbar dokumentiert. Das soll in einem Rüstungsexportgesetz festgeschrieben werdenInteresse der beteiligten Rüstungsunternehmen geheim gehalten werden, wie es mittlerweile für Waffenexporte in Staaten außerhalb der NATO und der EU gilt. Rüstungsexporte in Krisengebiete lehnen wir ab. Wir wollen Waffenexporte einer parlamentarischen Kontrolle unterziehen. Mittel- und langfristig ist ein genereller Stopp von Waffenexporten unser Ziel. Auch mit unseren europäischen

Partnern werden wir eine Verschärfung der EU-Rüstungsexportvereinbarungen abstimmen. Für Staaten, die weder Mitglied der EU noch der NATO sind, ist eine Ratifizierung des Vertrags über Waffenhandel (ATT) und dessen konsequente Umsetzung zwingende Voraussetzung für jede Form der Rüstungskoooperation.

Antrag 4.5.-Ä042: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 683 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD-OV Wentorf
Status:	erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch digitale Beschlussmatrix
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 150 - 155

~~Für uns ist eine restriktive Rüstungsexportpolitik zentral. Wir werden uns dafür einsetzen~~lehnen es ab, dass die Ausfuhr deutscher Rüstungsgüter in StaatenWaffenexporte, die in Länderaußerhalb von EU-, NATO- und denen gleichgestellten Ländern weiter eingeschränkt, die Kontrolle über den endgültigen Verbleib der Waffen ausgeweitet und absolute Ausnahmen nur der NATO und der EU gehen, im begründeten Einzelfall möglich sein werden – öffentlich nachvollziehbar dokumentiert. Das soll in einem Rüstungsexportgesetz festgeschrieben werdenInteresse der beteiligten Rüstungsunternehmen geheim gehalten werden. Rüstungsexporte in Krisengebiete lehnen wir ab. Es ist eine Liste der Länder zu erstellen, in die Deutschland keine Waffen liefert. Generell hat der Deutsche Bundestag über alle Waffenexporte zu entscheiden. Mittel- und langfristig ist ein genereller Stopp von Waffenexporten unser Ziel. Auch mit unseren europäischen Partnern werden wir eine Verschärfung der EU-Rüstungsexportvereinbarungen abstimmen. Für Staaten, die weder Mitglied der EU noch der NATO sind, ist eine Ratifizierung des Vertrags über Waffenhandel (ATT) und dessen konsequente Umsetzung zwingende Voraussetzung für jede Form der Rüstungskoooperation.

Antrag 4.5.-Ä043: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 684 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD-OV Wentorf
Status:	erledigt durch Regierungshandeln
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Regierungshandeln
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 2 - 4

~~Wie in keiner anderen Partei gehören in der Sozialdemokratie internationale Solidarität, die universelle Geltung der Menschenrechte,~~ Die SPD hat sich immer als Friedenspartei verstanden und ist stolz auf die Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr. Diese Politik muss wieder konsequent verfolgt werden. Wir müssen wieder deutlich machen, dass Frieden ~~und Dialog von Beginn an zum Grundverständnis unseres politischen Handelns,~~ mehr ist als die Abwesenheit von Krieg. Sozialdemokratische Außenpolitik muss die Friedensidee wieder umfassend und thematisch breit fördern. Die verschiedenen globalen und regionalen Krisen der letzten Jahre machen überdeutlich, dass wir uns wieder an unseren ursprünglichen Leitbildern orientieren müssen.

Die Gesamtheit der deutschen Außenbeziehungen auf bilateraler, europäischer und multilateraler Ebene wird an den Zielen der Förderung des Friedens und der nachhaltigen Entwicklung (Agenda 2030) ausgerichtet. Wir sprechen uns damit für einen grundlegenden Perspektivwechsel von einem auf Vorrang orientierten sicherheitspolitischen Denken hin zur Erneuerung einer Politik der Gemeinsamen Sicherheit, Abrüstung und der zivilen Verwirklichung der UN-Entwicklungsziele aus.

Antrag 4.5.-Ä045: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 717 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	Ortsverein Oldenburg Stadt 2 Stadtmitte-Süd
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 103 - 110

~~Zur Sicherung des Friedens- und der Verteidigung leistet die Bundeswehr einen verantwortungsvollen Beitrag. Wir stehen für das Primat der Politik und für das Leitbild der Inneren Führung der Soldat*innen als Staatsbürger*innen in Uniform. Für uns steht fest, dass wir nur~~
Die Bundeswehr ist die zentrale Stütze der Landes- und Bündnisverteidigung; diese ist ihr wesentlicher Auftrag. Dazu muss sie mit einer gut ausgestatteten und allen modernen ~~Bundeswehr-~~
~~unseren Aufgaben als zuverlässiger Partner in Europa und der NATO gerecht werden können. Unsere Soldat*innen können sich auf uns verlassen. Wir haben daher nach vielen~~
Jahren ~~konventionellen Waffensystemen und Technologien hinreichend ausgerüstet sein. Wir~~
stehen für das Primat der Politik und für das Leitbild der Inneren Führung der Soldat*innen als Staatsbürger*innen in Uniform. Ebenfalls bekennen wir uns zur NATO-Mitgliedschaft
Deutschlands. Allerdings müssen wir aufpassen, dass die NATO nicht immer ~~neuer Sparrunden die~~
~~Investitionen im Verteidigungshaushalt erhöht.~~ mehr ihre Rolle als Verteidigungsbündnis gegen
die einer Interventionsmacht zur Durchsetzung geostrategischer Interessen eintauscht. Die
Aufnahme weiterer Länder, insbesondere außerhalb des namensgebenden Nordatlantikgebiets,
sehen wir kritisch und lehnen sie ab, wenn es sich wie etwa bei der Ukraine und Georgien nicht
um gefestigte Demokratien handelt. Langfristig streben wir eine Stärkung der eigenen
Verteidigungsfähigkeit der EU an."

Antrag 4.5.-Ä046: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 720 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	erledigt durch Regierungshandeln
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Regierungshandeln
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 2 - 4

~~Wie in keiner anderen Partei gehören in der Sozialdemokratie internationale Solidarität, die universelle Geltung der Menschenrechte,~~ Die SPD hat sich immer als Friedenspartei verstanden und ist stolz auf die Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr. Diese Politik muss wieder konsequent verfolgt werden. Wir müssen wieder deutlich machen, dass Frieden und Dialog von Beginn an zum Grundverständnis unseres politischen Handelns, ~~mehr ist als die Abwesenheit von Krieg. Die verschiedenen globalen und regionalen Krisen der letzten Jahre machen überdeutlich, dass wir uns wieder an unseren ursprünglichen Leitbildern orientieren müssen. Die Gesamtheit der deutschen Außenbeziehungen auf bilateraler, europäischer und multilateraler Ebene wird an den Zielen der Förderung des Friedens und der nachhaltigen Entwicklung (Agenda 2030) ausgerichtet. Wir sprechen uns damit für einen grundlegenden Perspektivwechsel von einem vorrangorientierten sicherheitspolitisch geprägten Denken hin zu einem friedenspolitischen zivilen und auf die Verwirklichung der UN-Entwicklungsziele orientierten Ansatz aus~~

Zeile 110

Zur Sicherung des Friedens- und der Verteidigung leistet die Bundeswehr einen verantwortungsvollen Beitrag. Wir stehen für das Primat der Politik und für das Leitbild der Inneren Führung der Soldat*innen als Staatsbürger*innen in Uniform. Für uns steht fest, dass wir nur mit einer gut ausgestatteten und modernen Bundeswehr unseren Aufgaben als zuverlässiger Partner in Europa und der NATO gerecht werden können. Unsere Soldat*innen können sich auf uns verlassen. Wir haben daher nach vielen Jahren immer neuer Sparrunden die Investitionen im Verteidigungshaushalt

erhöht.

Die unter dem Druck amerikanischer Administration, der NATO-Führung und der Verteidigungsministerin forcierte schrittweise Erhöhung des Militärhaushaltes auf 2% lehnen wir ab und muss rückgängig gemacht werden. Wir wollen darüber hinaus die Auslandseinsätze der Bundeswehr kritisch auswerten und Alternativen ziviler Konfliktbewältigung entwickeln.

Zeile 121 - 124

Ziel sozialdemokratischer Politik ist umfassende Abrüstung, auch atomare. Wir setzen ~~wir uns~~ dafür ein, ~~dass unbemannte bewaffnete Drohnen international erfasst und in ein internationales Regelwerk einbezogen werden, um dem Trend einer zeitlichen und räumlichen Entgrenzung militärischer Gewalt ebenso entgegenzuwirken wie den Befürchtungen einer technologischen und funktionalen Autonomie~~ uns daher für den Beitritt zum Atomwaffen-Verbotsvertrag der Vereinten Nationen sowie für den Abzug amerikanischer Atomwaffen aus Deutschland ein. Die Anschaffung von Kampffjets, die für den Transport von Atomwaffen ausgerüstet sind, lehnen wir ab. Wie notwendig

ein solches Regelwerk ist, hat nicht zuletzt der massive Einsatz von bewaffneten Drohnen als Angriffswaffen im Krieg zwischen Aserbaidschan und Armenien und im Libyen-Konflikt gezeigt. Dieser Einsatz hat neue Fragen aufgeworfen, die in einer umfassenden Debatte zu berücksichtigen sind.

Vor der Entscheidung über ein Nachfolgesystem des Kampfflugzeugs Tornado setzen wir uns für eine gewissenhafte, sachliche und sorgfältige Erörterung der technischen nuklearen Teilhabe ein.

Zeile 150 - 155

Für uns ist eine restriktive Rüstungsexportpolitik zentral. Wir ~~werden uns dafür einsetzen~~ lehnen es ab, dass ~~die Ausfuhr deutscher Rüstungsgüter in Staaten außerhalb von EU-, NATO- und denen gleichgestellten Ländern weiter eingeschränkt, die Kontrolle über den endgültigen Verbleib der Waffen ausgeweitet und absolute Ausnahmen nur~~ Waffenexporte im begründeten Einzelfall möglich sein werden – öffentlich nachvollziehbar dokumentiert. Das soll in einem Rüstungsexportgesetz festgeschrieben werden Interesse der beteiligten Rüstungsunternehmen geheim gehalten werden. Rüstungsexporte in Krisengebiete lehnen wir ab. Wir wollen Waffenexporte einer parlamentarischen Kontrolle unterziehen. Auch mit unseren europäischen Partnern werden wir eine Verschärfung der EU-Rüstungsexportvereinbarungen abstimmen. Für Staaten, die weder Mitglied der EU noch der NATO sind, ist eine Ratifizierung des Vertrags über Waffenhandel (ATT) und dessen konsequente Umsetzung zwingende Voraussetzung für jede Form der Rüstungskooperation.

Antrag 4.5.-Ä047: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 736 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD-SV Halle
Status:	erledigt durch Zukunftsprogramm
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Zukunftsprogramm
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 25

Wir müssen die globale Erderwärmung auf weit unter zwei Grad halten und möglichst auf 1,5 Grad Celsius begrenzen. Dafür werden wir unsere eigenen Klimaschutzverpflichtungen gemäß des Pariser Klimaabkommens einlösen und weiter

steigern. Wir wollen Umweltforschung und nachhaltige Ressourcennutzung als Zukunftsforschungsthemen stärken. Darüber hinaus werden wir die Länder des Globalen Südens bei der Anpassung an den Klimawandel in ihrer nachhaltigen Entwicklung unterstützen.

Antrag 4.5.-Ä048: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 757 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen-Stadt
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 139 - 143

~~Der im Rahmen der Vereinten Nationen beschlossene und inzwischen in Kraft getretene~~ Die SPD fordert, dass die BRD dem seit 22. Januar 2021 gültigen UN Atomwaffenverbotsvertrag bringt eine weitere Dynamik in die Bemühungen für eine nuklearwaffenfreie Welt. Deutschland sollte als Beobachter bei der Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags die Intentionen des Vertrages konstruktiv begleiten (AVV) beitrifft und diesen ratifiziert. Des Weiteren soll der Abzug der auf deutschem Boden gelagerten US-Atomwaffensprengköpfe gefordert und vollzogen werden (Siehe den BT Beschluss von 2010 der bis heute nicht vollzogen ist.) Außerdem soll dann die BRD offiziell zu einem Atomwaffen freien Territorium erklärt werden. Auch setzen wir uns ein für den Beginn von Verhandlungen

zwischen den USA und Russland zur verifizierbaren, vollständigen Abrüstung im substrategischen Bereich mit dem Ziel, die in Europa und in Deutschland stationierten Atomwaffen endlich abzuziehen und zu vernichten. Wir werden zudem Rüstungskontrolle auch in den Bereichen Biotechnologie, Cyber und Künstliche Intelligenz etablieren. Die Ächtung autonomer tödlicher Waffensysteme bleibt unser Ziel. Bei allen Bemühungen um Abrüstung muss stärker als bisher auch China einbezogen werden.

Antrag 4.5.-Ä049: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 758 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	Kreisverband Erlangen-Stadt
Status:	überwiesen an als Material an die SPD-Projektgruppe zur Frage der Bewaffnung von Drohnen
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an als Material an die SPD-Projektgruppe zur Frage der Bewaffnung von Drohnen
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 116 - 120

Unsere Soldat*innen verdienen die bestmögliche Ausrüstung und den höchsten Grad an Ausbildung. Ausrüstung statt Aufrüstung - diesem Prinzip verpflichtet, haben wir wesentliche Beschaffungsvorhaben für die Bundeswehr vorangetrieben und setzen uns kontinuierlich für die Verbesserungen der persönlichen Ausrüstung und sozialen Absicherung ein. Zugleich werden wir die Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr

weiter steigern. Wir stehen für den bestmöglichen Schutz unserer Soldat*innen. ~~Dazu gehört auch der Einsatz~~ Bewaffnete Drohnen sind in jedem Fall Offensivwaffen und dienen somit nicht der Glaubwürdigkeit von Drohnenverteidigung. Die ~~Entscheidung, ob diese auch bewaffnet werden sollen, kann verantwortbar erst nach einer umfassenden politischen und gesellschaftlichen Debatte und der sorgfältigen Würdigung aller Aspekte getroffen werden.~~ SPD spricht sich grundsätzlich gegen bewaffnete Drohnen aus, und wird auch keinem, wie auch immer zusammengesetztem, Regierungsbündnis beitreten, in dem dies nicht gewährleistet ist.

Zeile 121 - 128

~~Wir setzen wir uns dafür ein, dass unbemannte bewaffnete Drohnen international erfasst und in ein internationales Regelwerk einbezogen werden, um dem Trend einer zeitlichen und räumlichen Entgrenzung militärischer Gewalt ebenso entgegenzuwirken wie den Befürchtungen einer technologischen und funktionalen Autonomie. Wie notwendig ein solches Regelwerk ist, hat nicht zuletzt der massive Einsatz von bewaffneten Drohnen als Angriffswaffen im Krieg zwischen Aserbaidschan und Armenien und im Libyen-Konflikt gezeigt. Dieser Einsatz hat neue Fragen aufgeworfen, die in einer umfassenden Debatte zu berücksichtigen sind.~~

Vor der Entscheidung über ein Nachfolgesystem des Kampfflugzeugs Tornado setzen wir uns für eine gewissenhafte, sachliche und sorgfältige Erörterung der technischen nuklearen Teilhabe ein.

Antrag 4.5.-Ä050: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 682 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	SPD-OV Wentorf
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 138

Eine Welt ohne Atomwaffen ist und bleibt das Ziel sozialdemokratischer Außenpolitik. Zu einer abrüstungspolitischen Offensive gehört, dass bestehende Vereinbarungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung unbedingt gerettet sowie die Verpflichtungen aus dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) umgesetzt werden. Wir brauchen reale Abrüstungsschritte. Mit der neuen US-Administration gilt es die Gespräche wiederaufzunehmen, wie eine vollständige Umsetzung des internationalen Atomabkommen

(JCPOA) mit dem Iran erfolgen kann. Die Bundesregierung soll die Ächtung der Atomwaffen unterzeichnen und durch den Bundestag ratifizieren lassen.

Antrag 4.5.-Ä051: Änderungsantrag zu 4.5.

Laufende Nummer: 839 • Änderungsantrag zu 4.5.

Antragsteller*in:	Antragskommission
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 4
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 62 - 63

Internationale Steuerkooperation kann verhindern, dass Vermögen und Unternehmensgewinne der Besteuerung entzogen werden. Darum brauchen wir ein globales

Register für mehr Transparenz. Mit Global agierende Konzerne müssen sich an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Dafür muss der weltweite Dumpingsteuerwettbewerb um die niedrigsten Unternehmenssteuern beendet werden. Deshalb hat die SPD in der Bundesregierung das Konzept einer globalen Mindestbesteuerung ~~von Konzernen können wir dem Niedrigsteuerwettbewerb entgegenwirken~~ für Unternehmen entwickelt und internationale Verhandlungen hierzu initiiert. Die neue US-Regierung hat sich nun hinter dieses Konzept gestellt. Wir werden diese historische Chance für eine globale Steuerreform ergreifen. Wir werden den Aufbau einer

globalen Steuerkoordinationsstelle bei der UN und die OECD in ihrem Kampf gegen Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung unterstützen. Unser Ziel ist es Steueroasen trockenzulegen und gerechte Steuersysteme unter angemessener Beteiligung auch der Eliten im Globalen Süden zu fördern und fordern.

Antrag 5.0.-Ä001: Änderungsantrag zu 5.0.

Laufende Nummer: 294 • Änderungsantrag zu 5.0.

Antragsteller*in:	SPD Ortsverein Bad Godesberg-Nord
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 5
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 6

In den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts entscheidet sich, welche Rolle Deutschland und Europa in der Welt spielen werden. Mit unseren Zukunftsmissionen werden wir heute die Zukunft gestalten.

Wir wollen Vollbeschäftigung erreichen mit guter Arbeit und gerechten Löhnen. Wir wollen eine geschlechtergerechte Gesellschaft schaffen und die Sorgearbeit aufwerten.

Antrag 5.0.-Ä002: Änderungsantrag zu 5.0.

Laufende Nummer: 721 • Änderungsantrag zu 5.0.

Antragsteller*in:	Ortsverein Köln-Ehrenfeld
Status:	abgelehnt
Empfehlung der Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 5
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 30

Dafür werben wir mit diesem Programm.

Wir wollen in einem progressiven Regierungsbündnis jenseits der Union mit einem sozialdemokratischen Kanzler an der Spitze die Zukunft unseres Landes sozial, digital und klimaneutral gestalten.

Antrag 5.0.-Ä003: Änderungsantrag zu 5.0.

Laufende Nummer: 827 • Änderungsantrag zu 5.0.

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	ZP - Zukunftsprogramm Untersachgebiet: Kapitel 5
Antragsblock:	Antragsblock Kapitel 4 & 5

Zeile 15

Wir wollen aus Träumen Zukunft machen. Wir wollen, dass alle Menschen ihre Wünsche verwirklichen und ihre Ziele erreichen können. Am Anfang ihres Lebens, aber auch wenn sie bereits mitten im Leben stehen. Mit gleicher Förderung vom Beginn eines Lebens an, und mit Möglichkeiten sich zu entwickeln - ein Leben lang.

Wir wollen gemeinsam vorankommen. Deshalb kämpfen wir für die Umsetzung der EU-Gleichstellungsstrategie, das Lösen der Blockade bei der Führungspositionen Richtlinie und die Entgelttransparenz Richtlinie in der EU. Darüber hinaus ist es unser Ziel, die Istanbul-Konvention in allen EU-Ländern vollständig anzuwenden.